

Der Geschäftsbericht 2007.

LB≡**BW**

Kenngrößen des LBBW-Konzerns

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. EUR	2007	2006
Zinsergebnis	2 127	2 185
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 186	- 163
Provisionsergebnis	584	500
Handelsergebnis ¹⁾	- 615	190
Sonstiges betriebliches Ergebnis ²⁾	202	125
Verwaltungsaufwendungen	- 1 650	- 1 542
Finanzanlageergebnis	- 124	- 3
At-Equity- und EAV-Ergebnis	9	0
Konzernergebnis vor Steuern	347	1 292
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 36	- 361
Konzernjahresüberschuss	311	931

Kennzahlen in %	2007	2006
Eigenkapitalrendite vor Steuern	3,7	15,3
Cost-Income-Ratio	71,8	51,4

Bilanzzahlen in Mrd. EUR	31.12.2007	31.12.2006
Bilanzsumme	443,4	417,3
Risikovolumen nach KWG (Anrechnungspflichtige Positionen)	191,4	169,9
Bilanzielles Eigenkapital (Konzerneigenkapital abzgl. Bilanzgewinn, inkl. Hybridkapital, nachrangige Verbindlichkeiten und Genussrechtskapital)	21,6	20,3

Bankaufsichtsrechtliche Kennzahlen nach KWG	31.12.2007	31.12.2006
Kernkapital (in Mrd. EUR)	12,4	10,7
Eigenmittel (in Mrd. EUR)	18,6	17,9
Kernkapitalquote (in %)	8,3	7,4
Gesamtkennziffer (in %)	9,7	10,6

Mitarbeiter	Anzahl	Anzahl
Konzern	12 303	11 999

Rating (Stand April 2008)

Rating-Agentur	Langfrist-Rating garantierte Verbindlichkeiten	Langfrist-Rating ungarantierte Verbindlichkeiten	Finanzkraft	Öff. Pfandbriefe
Standard & Poor's	AA+	A+	-	AAA
Moody's Investors Service	Aaa	Aa1	C+	Aaa
Fitch Ratings	AAA	A+	B/C	AAA

¹⁾ Dieser Posten umfasst neben dem Handelsergebnis i. e. S. zusätzlich das Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option sowie das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen.

²⁾ Neben den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen wird in diesem Posten zusätzlich das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ausgewiesen.

2007

Vorwort und Berichte 4

Vorwort	4
Der Vorstand	8
Bericht der Trägerversammlung	10
Bericht des Verwaltungsrats	12

Konzernstrategie 15

Geschäftsfelder 21

Corporates	23
Retail Clients	39
Financial Markets	45
Zentralbank der Sparkassen	55

Konzernlagebericht 61

Geschäftstätigkeit	63
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	64
Entwicklung der Kreditwirtschaft	66
Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr	66
Geschäftsentwicklung	68
Mitarbeiter	76
Compliance	80
Nachhaltigkeit	82
Risikobericht	85
Nachtragsbericht	128
Prognosebericht	129

Konzernabschluss 133

Gewinn- und Verlustrechnung	135
Konzernbilanz	136
Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen	138
Kapitalflussrechnung	139
Konzernanhang	141
Segmentberichterstattung	165
Vorstand	221
Verwaltungsrat	222
Bestätigungsvermerk	229
Trägerversammlung	230
Beirat	231
Glossar	235

Vorwort.



DR. SIEGFRIED JASCHINSKI
Vorsitzender des Vorstands

*Ihr geehrte Kundinnen und Kunden,
sehr geehrte Geschäftspartner des LBBW-Konzerns,*

2007 war für die Finanzbranche ein bewegtes Jahr. Auf der einen Seite stand die anhaltende Prosperität der deutschen Wirtschaft; auf der anderen Seite der Beginn der Turbulenzen an den US-amerikanischen Immobilien- und Kreditmärkten mit ihren Auswirkungen auf die weltweite Finanzbranche. Nach einem erfreulichen Halbjahresergebnis 2007 haben sich mit den Spannungen auf den weltweiten Kapitalmärkten auch für den LBBW-Konzern die Rahmenbedingungen geändert. Dennoch

konnten wir mit 311 Millionen Euro einen positiven Konzernjahresüberschuss erzielen. Der deutliche Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist vor allem auf stichtagsbezogene Kursschwankungen zurückzuführen und wird durch die erstmalige Anwendung der IFRS-Rechnungslegung besonders akzentuiert. Ich gehe jedoch davon aus, dass sich diese Kursschwankungen bei einer Normalisierung der Lage an den Finanzmärkten wieder zu Gunsten des LBBW-Konzerns entwickeln werden.

GUTE CAPITALBASIS: KREDITVERSORGUNG AUSGEBAUT. Unser Konzernjahresüberschuss zeigt, dass wir ein solides Geschäftsmodell haben, mit dem wir auch in stürmischem Fahrwasser sicher manövrieren können. Kernelemente dieses Geschäftsmodells bilden die maßvolle Risikopolitik sowie unsere breit diversifizierten Geschäftsfelder mit starkem Mittelstands- und Privatkundengeschäft. So konnte der LBBW-Konzern aufgrund der guten Eigenkapitalausstattung und der hohen Liquiditätsreserven die Spannungen auf den internationalen Geldmärkten abfedern. Davon profitieren nicht nur unsere weltweiten Investoren in Form sehr solider Investments. Die Finanzstärke kommt insbesondere auch unseren weit über einer Million Kunden zugute, die mit uns einen zuverlässigen Partner haben – dank sicherer Einlagen und hoher Finanzierungskraft. Trotz des herausfordernden Umfelds haben wir die Kreditversorgung für unsere Unternehmenskunden weiter ausgebaut.

INTEGRATION DER SACHSEN LB: NEUE CHANCEN IN DEN NEUEN LÄNDERN. Mit der Übernahme der Sachsen LB zum Jahresanfang 2008 haben wir sehr gute Voraussetzungen, unser erfolgreiches Geschäftsmodell in Sachsen und seinen angrenzenden Bundesländern weiterzuentwickeln. Gerade das prosperierende Sachsen bietet uns im Mittelstandsgeschäft ein attraktives Ertragspotenzial. Dabei richten wir unseren Blick auch über die Grenzen Deutschlands hinaus nach Polen und Tschechien. Im Verlauf des ersten Halbjahres 2008 werden wir die Sachsen LB als unselbstständige Anstalt mit eigenständigen Vertriebsstrukturen integrieren. Damit verbinden wir effiziente Kostenstrukturen und Konzern-Know-how einerseits

mit Kundennähe und regionaler Expertise andererseits. Weitere Synergien nutzen wir bei der bisher als Tochter geführten LRP Landesbank Rheinland-Pfalz in gleicher Weise. In einem abschließenden Integrations-schritt werden wir die LRP als operative Geschäftseinheit rechtlich und wirtschaftlich vollständig in die LBBW eingliedern.

WACHSTUMSINITIATIVEN: MEHR ERTRAG BEI STABILEN KOSTEN. Das besondere Augenmerk gilt weiterhin unseren Ertragsinitiativen bei gleichzeitig stabilem Kostenniveau. Das Wachstumsprojekt Financial Markets verzeichnete bereits im vergangenen Jahr ordentliche Erfolge. Große Beachtung schenken wir dem weiteren Ausbau unserer internationalen Stützpunkte, zuletzt in Jakarta, Dubai und Seoul. Im Segment Privatkunden haben wir die Weichen zum Ausbau des Geschäfts im Wealth Management gestellt. Auch die Zusammenarbeit mit den Sparkassen haben wir weiter intensiviert.

BEWÄHRTE ERFOLGSFAKTOREN: DEN EINGESCHLAGENEN WEG KONSEQUENT WEITERGEHEN. Von den Subprime-Verwerfungen war der LBBW-Konzern nur mittelbar betroffen; gleichwohl hatte die Finanzmarktkrise Auswirkungen auf andere Assetklassen wie zum Beispiel Titel bonitäts-starker Banken, Unternehmen und Staaten. Dieser indirekte Effekt schlägt sich auch im Jahresabschluss des LBBW-Konzerns nieder. Die aufgrund der Verwerfungen notwendigen Wertberichtigungen sind jedoch nicht Ausdruck reduzierter Assetqualität, sondern vor allem Spiegel aktueller Kurswertschwankungen. Die führende Position im Südwesten Deutschlands und in der öffentlichen Bankenlandschaft, die breite Aufstellung des Konzerns und das zunehmende nationale wie auch internationale Wachstumspotenzial sind unsere bewährten Erfolgsfaktoren, auf die wir auch in Zukunft bauen können. Wir werden den eingeschlagenen Weg daher konsequent weitergehen.

LOYALE KUNDEN, ENGAGIERTE MITARBEITER: DANK DES VORSTANDS.

Der besondere Dank des gesamten Vorstands gilt in erster Linie unseren Kunden, denen wir für ihr Vertrauen und die oft seit Jahrzehnten währende Zusammenarbeit danken. Besonderer Dank gilt ebenso unseren mehr als 12 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Unsere anspruchsvollen Ziele und zahlreichen Projekte haben die Beschäftigten vor große Herausforderungen gestellt, die sie mit viel Teamgeist und Engagement gemeistert haben. Bei den Personalräten bedanken wir uns gleichfalls für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Nicht zuletzt gilt der Dank des Vorstands den Trägern und Verwaltungsräten, die unser Management auch im vergangenen Jahr konstruktiv begleitet und die Reputation der LBBW weiter gefördert haben.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, reading 'Siegfried Jaschinski'.

DR. SIEGFRIED JASCHINSKI
Vorsitzender des Vorstands

Der Vorstand.



Der Vorstand der LBBW

Dr. Bernhard Walter

Marktfolge

Wholesale/Kreditrisikosteuerung
Risikomanagement Key Account/
Immobilien/Structured Finance/
Leverage Finance

Joachim E. Schielke

Unternehmenskunden I

Zielgruppenmanagement
Unternehmenskunden/
Öffentliche Hand

Dr. Peter A. Kaemmerer

Unternehmenskunden II

International Business
Region East
International Business
Region West
Immobilien
Key Account / Leverage Finance /
Structured Finance



Dr. Siegfried Jaschinski

**Vorsitzender des Vorstands
Corporate Center**

Konzernstrategie / Recht
Konzernkommunikation /
Marketing
Personal
Revision
Research

Hans-Joachim Strüder

Financial Markets

Equity
Treasury
Credit Capital Markets
Capital Markets Trading und Sales

Michael Horn

**Stv. Vorsitzender des Vorstands
Sparkassen/Privat- und
Anlagekunden**

Sparkassenzentralbankfunktion /
Sparkassensekretariat
Back Office Financial Markets

Rudolf Zipf

Finanzen, Operations und IT

IT Financial Markets
IT / Organisation
Finanzcontrolling
Konzernrisikocontrolling
Rechnungswesen /
Meldewesen / Steuern
Verwaltung
Bankbetrieb

Bericht der Trägerversammlung.



GÜNTHER H. OETTINGER, MdL
Ministerpräsident
des Landes Baden-Württemberg

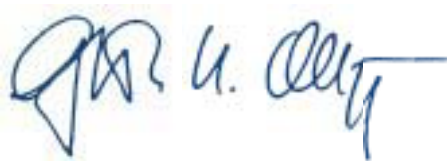
Im vergangenen Jahr hat sich die Trägerversammlung der Landesbank Baden-Württemberg mit der Ergebnisentwicklung des Konzerns, insbesondere vor dem Hintergrund der Finanzmarktturbulenzen, mit Beteiligungsfragen sowie mit strategischen Fragestellungen im Zuge der anhaltenden Konsolidierungsdiskussion befasst. Wesentliche Themen in diesem Zusammenhang waren der Erwerb der Sachsen LB durch die LBBW sowie die Integration der Landesbank Rheinland-Pfalz in den LBBW-Konzern.

Der Vorstand und dessen Vorsitzender haben die Trägerversammlung und deren Stimmführer regelmäßig, zeitnah und ausführlich über grundsätzliche Sachverhalte der Geschäftsentwicklung sowie der Geschäftspolitik unterrichtet und wichtige Fragestellungen im ständigen Dialog erörtert. Die Trägerversammlung hat im Geschäftsjahr 2007 in drei ordentlichen Sitzungen und sechs Sondersitzungen getagt. Außerdem wurden Beschlüsse, soweit erforderlich, im Umlaufverfahren herbeigeführt. Die ihr durch Gesetz und Satzung übertragenen Aufgaben hat die Trägerversammlung wahrgenommen.

In ihrer Sitzung am 25. April 2008 hat die Trägerversammlung die Berichte des Abschlussprüfers PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zum Jahresabschluss und zum Konzernabschluss, die mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen sind, entgegengenommen sowie über die Verwendung des Bilanzgewinns beschlossen. Dem Vorstand und dem Verwaltungsrat wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Im Namen der Mitglieder der Trägerversammlung danke ich dem Vorstand und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesbank Baden-Württemberg für ihre im vergangenen Jahr geleistete Arbeit.

Stuttgart, den 25. April 2008
Der Vorsitzende der Trägerversammlung

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Günther H. Oettinger', with a stylized flourish at the end.

GÜNTHER H. OETTINGER, MdL
Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

Bericht des Verwaltungsrats.



PETER SCHNEIDER, MdL
Präsident
Sparkassenverband Baden-Württemberg

Der Vorstand der Landesbank Baden-Württemberg informierte den Verwaltungsrat und seine Ausschüsse regelmäßig und zeitnah über Lage und Geschäftsentwicklung der Bank sowie des Konzerns im Jahr 2007. Die ihnen durch Gesetz und Satzung übertragenen Aufgaben haben der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse wahrgenommen. Zwischen den Sitzungen unterrichtete der Vorsitzende des Vorstands der Bank den Vorsitzenden des Verwaltungsrats über wesentliche Entwicklungen und Entscheidungen.

Im Berichtsjahr trat der Verwaltungsrat zu vier ordentlichen Sitzungen zusammen. In einer weiteren Sitzung wurden die stellvertretenden Mitglieder des Verwaltungsrats über die Entwicklung der Bank und des Konzerns informiert. In allen ordentlichen Sitzungen des Verwaltungsrats wurde über die jeweilige Volumens-, Ergebnis- und Risikosituation und -entwicklung des LBBW-Konzerns berichtet. Im Berichtsjahr fanden darüber hinaus zwei Sondersitzungen des Verwaltungsrats im Zuge der Übernahme der Sachsen LB statt.

Hauptschwerpunkte der regelmäßigen Berichterstattungen im Verwaltungsrat waren neben der Volumens- und Ertragsentwicklung sowie der Risikoberichterstattung vor allem die Auswirkungen der Finanzmarkt-turbulenzen sowie die aktuellen Diskussionen über die Landesbanken-konsolidierung. In der Sitzung vom 7. Dezember 2007 hat der Verwaltungsrat den Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2008 genehmigt. Im Bereich des internationalen Geschäfts stimmte der Verwaltungsrat folgenden Vorhaben zu: Eröffnung von Auslandsniederlassungen in Tokio und Seoul, Gründung von German Centres in Moskau und Indien sowie der Genehmigung einer Finanzierungs- und (Personal)-Service-gesellschaft in Mexico-City.

Entsprechend den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) wurde der Verwaltungsrat regelmäßig über risikorelevante Themen im LBBW-Konzern informiert. Die Geschäftsstrategie sowie die dazu konsistenten Risikostrategien für die einzelnen Geschäftsfelder und Kundengruppen wurden im Kreditausschuss und im Verwaltungsrat erörtert und zur Kenntnis genommen. Über die relevanten Risikoarten wurde ausführlich im Kreditausschuss und zusammenfassend im Verwaltungsrat vierteljährlich Bericht erstattet. Der Kreditausschuss der LBBW – als Ausschuss des Verwaltungsrats – behandelte im Berichtsjahr in elf Sitzungen die nach Gesetz und Satzung zustimmungspflichtigen Engagements. Eilentscheidungen des Vorstands nahm der Kreditausschuss der LBBW zur Kenntnis.

Jahresabschluss und Konzernabschluss der LBBW unter Einbeziehung der Lageberichte wurden auf Beschluss des Verwaltungsrats durch die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, geprüft. Der uneingeschränkte Prüfungsvermerk wurde erteilt. Der Verwaltungsrat erörterte den Bericht des Abschlussprüfers und erhob nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung keine Einwendungen.

Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung am 25. April 2008 den Jahresabschluss 2007 der Landesbank Baden-Württemberg festgestellt und vom Vorschlag an die Trägerversammlung über die Gewinnverwendung sowie vom Konzernabschluss Kenntnis genommen.

Das Jahr 2007 war geprägt von hohen Anforderungen an die LBBW. Im Namen der Mitglieder des Verwaltungsrats bedanke ich mich beim Vorstand und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit.

Stuttgart, den 25. April 2008
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Peter Schneider', is positioned above the printed name.

PETER SCHNEIDER, MdL
Präsident
Sparkassenverband Baden-Württemberg

Das Geschäftsmodell der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) basiert auf dem Zusammenspiel spezialisierter Konzerneinheiten und Konzernunternehmen. Damit bietet die größte deutsche Landesbank ihren Kunden – im Privat- und Anlagegeschäft, im Unternehmenskundenbereich und bei Transaktionen auf den nationalen wie internationalen Kapitalmärkten – die umfangreiche Leistungspalette eines modernen Finanzdienstleistungskonzerns. Mit einem in Deutschland verankerten Geschäftsmodell, der festen Verwurzelung in einem Kernmarkt mit überdurchschnittlich hoher Wirtschaftskraft und einer gewachsenen Kundenbasis steht der LBBW-Konzern solide im Markt. Diese Geschäftsbasis wird – unter Beibehaltung einer maßvollen, konservativen Risikopolitik – ausgebaut, um die darin liegenden Ertrags- und Wachstumschancen konsequent zu nutzen.

Effizienz und Ertragsstruktur im Fokus.

In den vorangegangenen Jahren lag der Fokus im LBBW-Konzern auf der Erzielung von Kostensynergien. Im Geschäftsjahr 2007 wurde das Hauptaugenmerk auf die weitere Verbesserung der Effizienz und Ertragsstruktur des Konzerns gerichtet. Diese Ziele bleiben auch im Jahr 2008 bestehen. Denn nur so kann sich die LBBW ihr gutes Rating langfristig sichern. Und dies trägt wesentlich dazu bei, die für die gesamte Sparkassenfinanzgruppe notwendige günstige Refinanzierung aufrechtzuerhalten. Damit behält die LBBW ihr wichtigstes strategisches Ziel fest im Blick, nämlich ihre Position unter den großen deutschen Kreditinstituten zu festigen und den Spitzenplatz unter den deutschen Landesbanken auszubauen.

Aufgrund der wirtschaftlichen Globalisierung und der rasanten technologischen Entwicklung verlangen Bankkunden heute nach immer spezielleren Bankdienstleistungen und leistungsfähigeren Produkten. Mit einer differenzierten Angebotspalette und seinem profunden Know-how kann der LBBW-Konzern diesen Wünschen seiner Kunden entsprechen und maßgeschneiderte Lösungen bieten. Neben der Rolle als Kreditgeber ist der LBBW-Konzern verlässlicher Partner für die ganzheitliche, strategische Kundenberatung und die Gestaltung individueller Finanzierungslösungen. Gleichzeitig wird er auch künftig in den personellen Ausbau von Wachstumsbereichen des Bankgeschäfts sowie in attraktive neue Produkte und Angebote investieren.

Die LBBW entwickelt ihr erfolgreiches Geschäftsmodell kontinuierlich weiter. Dies umfasst aktuell beispielsweise die vollständige rechtliche und wirtschaftliche Integration der LRP Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) sowie der Landesbank Sachsen Aktiengesellschaft (Sachsen LB) in den LBBW-Konzern, die weitere Optimierung der internen Strukturen sowie die konzernweite Bündelung der Kräfte in einzelnen spezialisierten Einheiten. Weiterhin stehen im Fokus die stete Orientierung an den Bedürfnissen aller Kundengruppen sowie an den wachsenden Erfordernissen der Kapitalmärkte und nicht zuletzt der sukzessive Ausbau zukunftssträchtiger Geschäftsfelder wie beispielsweise das Wealth Management oder das internationale Geschäft. Zahlreiche aktuell laufende Initiativen zielen darüber hinaus konzernweit auf eine verbesserte Cross-Selling-Quote, eine insgesamt höhere Effizienz und damit auf die Steigerung der Erträge.

Eine Schlüsselrolle kommt der Fortentwicklung und Qualifizierung des Personals zu. Jeder einzelne Mitarbeiter soll in seinem jeweiligen Aufgabenfeld über eine dem aktuellen Wettbewerbsniveau entsprechende Expertise verfügen. Hierzu laufen kontinuierliche Personalentwicklungsmaßnahmen. Ergänzend akquiriert die LBBW gezielt externe Kräfte mit ausgesuchten Schlüsselqualifikationen für die Wachstumsfelder des Konzerns. So erwächst aus dem Zweiklang hoher Kontinuität im Personalbestand und einem Zuwachs an Kompetenz von außen eine große Schlagkraft am Markt.

Kundenorientierung als Maßstab aller Geschäftsbereiche im Konzern.

Im **Unternehmenskundengeschäft** liegt der strategische Schwerpunkt auf der Positionierung der LBBW als Hausbank des Mittelstands, die – gemeinsam mit der im Konzern integrierten Baden-Württembergischen Bank (BW-Bank), der LRP und (seit April 2008) der aus der Sachsen LB hervorgegangenen Sachsen Bank – die Unternehmen durch innovative Finanzierungslösungen unterstützt und sie bei ihrer Entwicklung auf den ausländischen Märkten partnerschaftlich begleitet. Insbesondere

mit größeren, familiengeführten Unternehmen in Deutschland sowie im europäischen Ausland wird der LBBW-Konzern dazu die Zusammenarbeit intensivieren. Besonders bei komplexen Finanzierungs- und Anlagefragen ist dabei die Verzahnung der verschiedenen Aktivitäten im Unternehmenskundengeschäft mit denen im Bereich Financial Markets entscheidend, um die Beratungsqualität und Mittelstandsorientierung kontinuierlich zu steigern. Ergänzend werden die Prozesse im Zusammenwirken von Marktbereichen und Marktfolgebereichen innerhalb des Konzerns laufend geprüft und weiterentwickelt. Nicht zuletzt sind – speziell für die umfassende Begleitung von Unternehmen – die Pflege und der schrittweise Ausbau des Auslandsnetzwerkes von großer Bedeutung. LBBW-Stützpunkte an 26 Standorten weltweit bieten den Kunden den gewohnten Service auch in den ausländischen Märkten vor Ort.

Im **Privatkundengeschäft** will sich die BW-Bank als führender Anbieter für das gehobene Privatkundengeschäft in Südwestdeutschland etablieren. Gleichzeitig behält sie aber auch weiterhin die Aufgaben einer Sparkasse auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Stuttgart. Um ihre Zielpositionierung zu erreichen, wird im Privatkundengeschäft das Vermögensverwaltungs- und Beratungsangebot weiterentwickelt, um die Marktstellung der BW-Bank systematisch auszubauen. Künftig wird die Expertise der BW-Bank auch der Sachsen Bank beim Ausbau des gehobenen Privatkundengeschäfts in Sachsen und den angrenzenden Regionen zugutekommen.

Wichtig ist hierbei, Trends in der Branche frühzeitig zu erkennen und den immer anspruchsvolleren Kundenbedürfnissen mit einem erstklassigen Produkt- und Dienstleistungsspektrum adäquat zu begegnen. Die besonderen Chancen des wirtschaftlich starken Geschäftsgebiets der BW-Bank eröffnen Spielräume für eine sukzessive deutliche Steigerung der Bruttoerlöse aus dem Retailgeschäft. Daher stehen eine höhere Potenzialausschöpfung bei bestehenden Kunden und die Akquisition von Neukunden in allen Segmenten im Zentrum der Aktivitäten.

Im **Kapitalmarktgeschäft** folgt die LBBW dem Weg in Richtung des kapitalmarktorientierten Kundengeschäfts und führt die Expansion in europäische Märkte sowie in die globalen Kapitalmarktzentren weiter fort. Die Stärken des Kapitalmarktgeschäfts sollen genutzt werden, um mit den wichtigen Markttrends organisch weiter zu wachsen. Entscheidend wird dabei sein, das Know-how und die Leistungsfähigkeit des LBBW-Kapitalmarktgeschäfts noch stärker in das Privat- und Unternehmenskundengeschäft des Konzerns einzubinden.

Eine weitere zentrale Stütze des LBBW-Geschäftsmodells ist ihre Funktion als **Sparkassenzentralbank**. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Sparkassen zum Erhalt und zur Stärkung der gemeinsamen Marktposition wird schrittweise und in enger Abstimmung weiter vertieft. Impulse werden sich dabei aus der Zusammenführung von Zentralbankfunktionen der LBBW, der LRP und der bisherigen Sachsen LB ergeben. Im Fokus stehen hier vor allem Felder, die über die klassische Zentralbankfunktion hinausgehen. So sollen das komplexe Produkt- und Dienstleistungsspektrum des LBBW-Konzerns bestmöglich auch zur Stärkung der Position der Sparkassen eingesetzt und Kostensenkungspotenziale, die sich aus der Zusammenarbeit ergeben, gehoben werden.

Geschäfts- felder.

INHALT

- 23 - CORPORATES
- 39 - RETAIL CLIENTS
- 45 - FINANCIAL MARKETS
- 55 - ZENTRALBANK DER SPARKASSEN

Die LBBW bietet mit ihrem Geschäftsmodell das komplette Service- und Produktspektrum eines modernen Finanzdienstleisters. Basis dafür sind die gewachsene Expertise und umfassende Marktkenntnisse sowie die stete Ausrichtung der Geschäftsfelder an den Anforderungen der Kunden und Märkte.

Corporates.

Mittelständische Unternehmenskunden als strategischer Partner umfassend bei der Gestaltung ihrer Zukunft zu begleiten, ist traditionelles Kerngeschäft im LBBW-Konzern. Auf der soliden Basis dieses Erfahrungsschatzes baut die LBBW ihr erfolgreiches Mittelstandsgeschäft mit individuellen Lösungen regional und international weiter aus.

Der Mittelstand: im Zentrum der Aktivitäten.

Der LBBW-Konzern betreut Unternehmen umfassend und ganzheitlich – vom mittelständischen Unternehmen bis zum multinationalen Konzern. Das besondere Augenmerk liegt dabei traditionell auf familiengeführten Mittelstandsunternehmen, die ganzheitlich im Rahmen einer Hausbankfunktion betreut werden. In Baden-Württemberg schätzen die Unternehmens- und Key Account-Kunden die BW-Bank häufig schon seit Generationen als ihren Ansprechpartner, der ihre Wünsche und Ansprüche kennt. In Rheinland-Pfalz und den Wirtschaftszentren von Nordrhein-Westfalen und Hessen konzentriert sich der LBBW-Konzern über die LRP mit der gleichen Geschäftsphilosophie auf seine dortigen mittelständischen Unternehmenskunden. Durch die Übernahme der Sachsen LB zum Jahresbeginn 2008 hat die LBBW nun die Möglichkeit, ihr erfolgreiches Mittelstandsgeschäft künftig auch in Sachsen und den angrenzenden Regionen zu betreiben. Key Account- sowie multinationale Unternehmen sind eine

separate Zielkundengruppe im Konzern, die außerhalb Baden-Württembergs sowie international von der LBBW selbst betreut wird.

Strategisches Ziel ist die langfristige und umfassende Begleitung der Unternehmenskunden bei der Gestaltung ihrer Zukunft. Die BW-Bank, die LRP und die Sachsen Bank agieren dabei in ihren Heimatmärkten; gleichzeitig sind sie aber auch in der Lage, ihre exportorientierten Unternehmenskunden umfassend bei deren Auslandsgeschäften zu begleiten. Möglich macht dies der direkte Zugriff auf das diversifizierte Leistungsspektrum sowie das internationale Netzwerk des LBBW-Konzerns.

Der Unternehmer und sein Unternehmen: ganzheitliche Betreuung.

Basierend auf den oftmals in Jahrzehnten gewachsenen Geschäftsbeziehungen zu seinen Unternehmenskunden übernimmt der LBBW-Konzern die Rolle des strategischen Partners, der auch zu Rate gezogen wird, wenn es um die Entwicklung jenseits der kurzfristigen Planung geht. Um diese Rolle künftig noch besser ausfüllen zu können, startete 2007 eine breit angelegte Schulungsoffensive für die Unternehmenskundenberater, die sich 2008 fortsetzen wird. Eine neu überarbeitete Planungssoftware hilft den Beratern, ihre Kunden umfassend zu unterstützen und Zukunftsentwicklungen mit hoher Präzision zu simulieren. Der persönliche Berater als zentraler Ansprechpartner sowohl für die Belange des Unternehmens als auch für die Wünsche des Unternehmers als Privatperson macht die erarbeiteten Lösungsvorschläge für den Kunden verständlich und bezieht ihn in den Lösungsprozess ein. Bei diesem Prozess arbeiten die Berater vor Ort mit den Spezialisten in den Fachbereichen des LBBW-Konzerns Hand in Hand zusammen und nutzen so die gesamte Angebotspalette und Expertise des Konzerns.

Zu den wichtigsten Bausteinen einer vertrauensvollen Beziehung von Kunde und Berater gehört eine offene Kommunikation. Deshalb ist der transparente Umgang mit den für die Kunden erstellten Ratingergebnissen und der Bewertung quantitativer und qualitativer Faktoren für die Berater selbstverständlich. Die Risikobeurteilung und -einschätzung erfolgt dezentral durch die Experten des LBBW-Konzerns, sodass die Unternehmen auch hier von einer schnellen und flexiblen Entscheidungskompetenz profitieren.

Kundenzufriedenheit: überzeugender Beratungsansatz.

In einer Kundenzufriedenheitsanalyse wurden im Jahr 2007 über 3 000 Entscheidungsträger von Unternehmen, die von der LBBW betreut werden, befragt. Die Analyse belegte, wie bedeutsam die Person des Beraters und die Kontinuität in der Betreuung für Kundenzufriedenheit und Kundenbindung sind: Wer seinem Berater eine sehr gute Note gab – und das waren über 80 Prozent – beurteilte auch die Bank insgesamt positiv. Diese Einschätzung und dieses Vertrauen sind wichtig im härter werdenden

Wettbewerb und bilden auch die Basis für das traditionell starke Geschäft mit Unternehmenskunden. Hier unterscheidet sich die LBBW im Vergleich zu anderen Landesbanken sehr deutlich. Es gibt keine Landesbank mit einem vergleichbaren Geschäftsmodell.

Mittelstandsfinanzierung: individuelle Lösungen.

Gestiegene Rohstoffpreise und die anhaltende US-Dollarschwäche stellten im Jahr 2007 eine Herausforderung für viele Unternehmen dar. Insbesondere die traditionell stark exportorientierte Wirtschaft Baden-Württembergs wurde von dieser Entwicklung beeinträchtigt. Darüber hinaus setzte sich bei größeren Unternehmen der Trend zu einer stärkeren Kapitalmarktorientierung weiter fort. Individuelle Finanzierungslösungen, wie zum Beispiel verbriefte Transaktionen auf ABS-Basis oder strukturierte Finanzierungen, waren daher von den Kunden der LBBW ebenso nachgefragt wie ein breites Angebot an bilanzneutralen Finanzierungen wie Leasing, Factoring und Forfaitierung. Letzteres gewinnt insbesondere bei der finanziellen Abwicklung von Exportgeschäften immer mehr an Bedeutung.

Trotz der angespannten Situation an den Kapitalmärkten in der zweiten Jahreshälfte 2007 entwickelte der LBBW-Konzern für Finanzierungsanforderungen seiner Unternehmenskunden erfolgreich individuelle Kapitalmarktlösungen. Dabei wurden die in den letzten Jahren speziell für die Anforderungen mittelständischer Unternehmen geschaffenen Standardisierungs- und Verbriefungskonzepte konsequent weiter entwickelt, um der Nachfrage auch nach kleineren Volumina gerecht zu werden. Mit einem breiten Angebot an Schuldscheinen, Mezzanine-Kapital oder Lösungen auf der Basis von Private Equity wurden mittelständischen Unternehmen zudem Finanzierungsalternativen geschaffen, die lange Zeit nur großen Unternehmen vorbehalten waren.

Flexibilität, die sich auszahlt: SmartMezzanine Programm ausgeweitet.

Einen wichtigen Beitrag zum Erfolg der LBBW-eigenen Standardisierungs- und Verbriefungskonzepte hat erneut das Genussrechtsprogramm SmartMezzanine geleistet, eine Kombination aus Eigenkapitallösung und Fremdfinanzierung. Dessen Vorteil gegenüber reinen Eigen- oder Fremdkapitalkonzepten liegt in der flexiblen Ausgestaltung von Vergütungskomponenten, Laufzeit und Rückzahlung, die spezifisch auf den jeweiligen Bedarf zugeschnitten werden können.

Smart*Mezzanine* wurde 2007 zu einer Produktfamilie ausgebaut. So stellt das Premium-Produkt Smart*Mezzanine* 100 vollständig bilanzielles HGB-Eigenkapital dar, während Smart*Mezzanine* 50 vollständig wirtschaftliches Eigenkapital ist und entsprechend einen sehr hohen Schutz im Falle einer Liquiditätskrise bietet. Smart*Sub* ist die preisgünstige Alternative: als Nachrangdarlehen mit 100-prozentiger Anerkennung als wirtschaftliches Eigenkapital. Bei allen Smart*Mezzanine*-Varianten wurde das Mindestvolumen auf eine halbe Million Euro abgesenkt, wobei die zugesagten Mittel den Unternehmen nach Vertragsabschluss sofort zur Verfügung stehen. So können auch kleinere Unternehmen ihre Eigenkapitalbasis stärken und eine positivere Einschätzung bei ihrer Rating-einstufung erzielen.

Die Finanzierungsalternative über den Kapitalmarkt: LBBW Entry.

Das portfoliobasierte Schuldscheinprogramm LBBW Entry ist eine weitere Finanzierungsalternative. Durch die besondere Ausgestaltung von LBBW Entry können mittelständische Unternehmen diese maßgeschneiderte Form der Unternehmensfinanzierung bereits ab einem Betrag von 250 000 EUR nutzen. Neben dem einfachen, schnellen und kostengünstigen Zugang zum Kapitalmarkt stellen auch die individuell gestaltbaren Laufzeiten zwischen zwei und fünf Jahren attraktive Anreize dar. Hinzu kommt, dass keine gesonderten Sicherheiten einzubringen und keine aktiven Mitspracherechte Dritter bei der operativen und strategischen Unternehmensführung in Kauf zu nehmen sind.

Unternehmen und Unternehmer: ganzheitliches Asset Management.

Viele Unternehmer binden große Teile ihres Vermögens im eigenen Unternehmen. Dadurch ergibt sich eine starke Vernetzung innerhalb des Gesamtvermögens sowie typischerweise auch eine geringe Diversifizierung der Risiken. Das Asset-Management-Angebot des LBBW-Konzerns bietet Unternehmenskunden Anlagemöglichkeiten in allen traditionellen Anlageklassen sowie innovative Lösungen wie Derivate und strukturierte Produkte. Aus der ganzheitlichen Sicht auf die Situation des Kunden als Unternehmen und Unternehmer werden individuelle Konzepte erarbeitet, die Lebenswerk und Privatvermögen des Unternehmers gleichermaßen absichern. Am Anfang steht dabei die Analyse der strategischen und finanziellen Planung des Unternehmens, seines rechtlichen und steuerlichen Umfelds sowie des Spannungsbogens zwischen Liquiditätsanforderungen, Chancen und Risiken. Darauf aufbauend erarbeiten Beraterteams aus Unternehmenskundenberatern, Financial Plannern sowie Anlage- und M&A-Spezialisten gemeinsam mit den Kunden langfristig tragfähige Lösungen.

Die Optimierung betrieblicher Altersvorsorgelösungen war 2007 eine vielfach nachgefragte und positiv aufgenommene Dienstleistung. Dazu zählen Alternativen bei der Entgeltumwandlung, die Unterstützung bei der Analyse und Strukturierung von Pensionsverpflichtungen sowie die Einrichtung und Verwaltung von Lebensarbeitszeitkonten. Hier bietet der LBBW-Konzern sämtliche Möglichkeiten der Ausfinanzierung an, bis hin zur Auslagerung in Pensionsfonds oder in spezielle Treuhandmodelle.

Zahlungsverkehrsmanagement für Unternehmen: einfach, schnell und sicher.

Über Zahlungsverkehrskonten steuern Unternehmen ihren in- und ausländischen Zahlungsverkehr sowie ihre Liquidität. Mit dem speziell auf die Kundenbedürfnisse zugeschnittenen LBBW-Business-Portal haben sie dabei via Internet einen einfachen, schnellen und sicheren elektronischen Zugang zu ihren Konten. Das Business-Portal wurde 2007 überarbeitet und steht seit 2008 auch in englischer Sprache zur Verfügung.

Die Entwicklung des Auslandszahlungsverkehrs war im Jahr 2007 durch die Vorbereitungen auf die Einführung von SEPA (Single Euro Payments Area) geprägt. Mit SEPA werden Überweisungen, Kartenzahlungen und zu einem späteren Zeitpunkt auch Lastschriften in Europa standardisiert. Der LBBW-Konzern hat pünktlich zum 28. Januar 2008 die von der EU geforderten SEPA-Produkte bereitgestellt. Damit haben seine Kunden die Möglichkeit – bei Einhaltung der SEPA-Bedingungen – Zahlungen in 31 europäische Länder zum Preis für Inlandsüberweisungen abzuwickeln. Ein deutliches Mengenwachstum in Verbindung mit einem hohen Automationsgrad hat dafür gesorgt, dass der Auslandszahlungsverkehr – trotz der durch die EU-Preisverordnung eingetretenen Gebührensenkungen – stabile Erträge aufweist.

Zinsen, Währungen, Rohstoffe: wertorientierte Risikosteuerung aus einer Hand.

Die Volatilität an den internationalen Finanzmärkten sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen erfordern es, dass Unternehmen sich jederzeit über Art und Umfang der Risiken aus ihren Finanzgeschäften bewusst sind. Dem Zins-, Währungs- und Rohstoffmanagement kommt damit eine bedeutende Rolle zu, die wertorientierte Risikosteuerung sowie die Liquiditätsausstattung der Unternehmensfinanzen zu sichern. Um Unternehmen dabei umfassend zu begleiten, wurde die Präsenz von Mitarbeitern aus dem zentralen Zins- und Währungsmanagement in den Marktbereichen verstärkt. Beispielhaft stellte das vorausschauende Währungsmanagement in direkter Zusammenarbeit mit den Kunden sicher, dass der im Verlauf des Jahres 2007 sehr schwach tendierende US-Dollar

keine gravierenden negativen Folgen für die Kunden und den LBBW-Konzern hatte. Dabei kamen neben den klassischen Instrumenten wie Devisentermingeschäften und Standardoptionen auch verstärkt strukturierte Produkte mit Optionen der neuesten Generation zum Einsatz. Durch das Angebot spezieller Zins- und Rohstoffderivate konnte die LBBW die verstärkte Nachfrage ihrer Kunden auf diesem Sektor befriedigen. Angesichts des erhöhten Risikos bei Zins- und Rohstoffpreisen wird auch 2008 die Nachfrage nach solchen Angeboten stabil bleiben.

Key Account- und multinationale Kunden: weitere Marktdurchdringung.

Marktdurchdringung und Aufbau umfassender Kundenbeziehungen zu großen, multinational agierenden Unternehmenskunden stehen für den LBBW-Konzern im Vordergrund. Dabei wird die LBBW an ihrem Branchenansatz festhalten, mit dem schon bisher zahlreiche Mandate für die Strukturierung anspruchsvoller Finanzprodukte gewonnen wurden. Neben der Aufnahme von Schuldscheindarlehen und ABS-Strukturen führten börsennotierte Gesellschaften auch vermehrt Kapitalerhöhungen zur Umsetzung ihrer strategischen Ziele mit der LBBW durch.

Die kapitalmarktorientierten multinationalen Unternehmen wurden im vergangenen Jahr durch die Turbulenzen auf den Kapitalmärkten (insbesondere des Commercial-Paper-Marktes) am direktesten und schnellsten getroffen. Die solide Finanzausstattung dieser Kunden sorgte aber dafür, dass die Verwerfungen nicht auf die Unternehmensfinanzierungsseite übersprangen und der Markt sich schnell wieder beruhigte. Schon im Oktober platzierte die LBBW erfolgreich wieder erste Transaktionen. Damit konnte sie ihre Position als Kernbank in dieser Kundengruppe weiter festigen.

Leverage- und Akquisitionsfinanzierungen: lebhafte Nachfrage.

Das Geschäft mit Leverage- und Akquisitionsfinanzierungen im gehobenen Mittelstand bleibt weiterhin solide. Nach wie vor besteht großes Interesse seitens der Private-Equity-Gesellschaften an attraktiven Transaktionen. Dieser Trend wird wohl auch 2008 anhalten, wobei in einigen Industriesektoren wieder mit der Rückkehr strategischer Käufer gerechnet werden kann.

Der anhaltende Beratungs- und Unterstützungsbedarf bei der strategischen Neuausrichtung von Unternehmen sowie größeren Konzernen beflügelte auch 2007 das Mergers & Acquisitions-Geschäft im LBBW-Konzern. Speziell in den Fokusbranchen Automobil und Maschinenbau zeigt sich durch zahlreiche Aufträge und Anfragen, dass dieser Trend ungebrochen anhält.

Der zielgerichtete Key-Account-Ansatz der LBBW fällt auch in vielen europäischen Ländern auf fruchtbaren Boden. Die Kombination von Branchenexpertise und ausgerichtetem Produktportfolio trifft den Bedarf einer Zielgruppe, der nicht überall von lokalen Banken abgedeckt wird. Der Auf- und Ausbau solcher Geschäftsbeziehungen bleibt für die LBBW weiterhin ein Kernelement der mittelfristigen Strategie. Börsenplatzierungen in der Schweiz oder die Führungsrolle bei Konsortialfinanzierungen in Österreich sind erste sichtbare Erfolge auf diesem europäischen Weg. Das internationale Netzwerk des LBBW-Konzerns an Niederlassungen, Tochterunternehmen und Repräsentanzen, die schnell lokale Kontakte vermitteln können, unterstützt diesen Ansatz.

Projekt- und strukturierte Finanzierungen: Service in attraktiven Zielbranchen.

Erfreulich verlief die Entwicklung im Segment Strukturierte Finanzierungen/Projektfinanzierungen, das sich trotz der Marktverwerfungen gut behauptet hat. Insbesondere aufgrund der Expertise bei der Flugzeugfinanzierung hat die LBBW hier interessante Transaktionen begleitet. Darüber hinaus wurden durch Cashflow-basierte Projektstrukturen zahlreiche Anfragen mittelständischer Kunden erfolgreich umgesetzt. Auch 2008 versprechen solche Lösungen attraktives Wachstum.

Die Finanzierung regenerativer Energien trat 2007 weiter in den Vordergrund. Über Deutschland hinaus breitet sich diese Entwicklung auch in anderen europäischen Staaten wie Griechenland, Spanien und der Türkei aus. Der LBBW-Konzern unterstützt seine Kunden bei ihren dortigen Projekten. Für 2008 ist dabei mit einer deutlichen Geschäftsausweitung zu rechnen, da die Kunden starkes Interesse und eine hohe Dialogbereitschaft zeigen.

Öffentliche Hand: vielfältiges Leistungsangebot.

Die Unternehmen des LBBW-Konzerns decken mit ihrem Leistungsangebot ebenso das Feld der Finanzierung kommunaler Aufgaben sowie Spezialfinanzierungen für Kommunen und kommunale Unternehmen ab. Bei öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen tritt die LBBW dabei als kompetenter und anerkannter Partner auf – auch in Kooperation mit den Sparkassen vor Ort.

Public Private Partnership (PPP) als Beschaffungsvariante kommunaler Vorhaben nahm im Geschäftsjahr 2007 ein breiteres Spektrum ein als in den Vorjahren. Für solche Projekte erstellte die LBBW Machbarkeitsstudien für baden-württembergische Kommunen und beteiligte sich auch an europäischen Transaktionen.

Immobilien: alles aus einer Hand.

Umfassende Expertise für Immobilienunternehmen.

Der LBBW-Konzern positioniert sich mit umfassender Expertise und jahrelanger Erfahrung im nationalen und internationalen Immobilienfinanzierungsgeschäft für großvolumige Immobilieninvestitionen professioneller Investoren. Als Arranger und Konsortialbank stellt er eine umfassende Produkt- und Servicepalette zur Verfügung. Neben dem klassischen Finanzierungsgeschäft gehört auch die Beteiligung an ausgesuchten nationalen und internationalen Immobilieninvestitionen dazu. Über den Heimatmarkt Baden-Württemberg hinaus ist der LBBW-Konzern dabei in den wirtschaftlichen Ballungszentren Deutschlands aktiv. In Europa stehen Großbritannien, die Schweiz und Österreich sowie Spanien, Polen, Tschechien und Ungarn im Vordergrund. Darüber hinaus liegt der Fokus auf Wirtschaftszentren in den USA und Kanada sowie selektiv in Asien und Australien.

Basierend auf einem langjährigen und erstklassigen Beziehungsnetzwerk zu Immobilienunternehmen, Projektentwicklern und Konsortialbanken konnten in diesem Geschäftsfeld die Ergebnisse verbessert werden. Mit Kreditzusagen von rund 6,5 Mrd. EUR wurde das Vorjahresergebnis deutlich gesteigert, wobei rund zwei Drittel des Neugeschäfts auf internationalen Märkten generiert wurden. Der Fokus liegt weiterhin auf der Finanzierung hochwertiger Büro- und Einzelhandelsimmobilien in jeweils besten Lagen in deutschen, europäischen und nordamerikanischen Großstädten. Das hohe Zusagevolumen hat sich positiv auf die Kreditbestände ausgewirkt, die sich im Vergleich zum Vorjahr um über 20 Prozent erhöht haben.

Nahezu ein Viertel der mehr als 3 200 Wohnungsunternehmen in Deutschland vertraut auf die Kompetenz und den Service der LBBW. Das Jahr 2007 war erneut von Investitionen in die wertsteigernde Bestandserhaltung und damit von der Finanzierung von Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen geprägt. Das Neugeschäftsvolumen zur Finanzierung von Wohnungsunternehmen und Sozialimmobilien lag wieder deutlich über dem Vorjahresniveau. Der größte Teil davon entfiel auf die alten Bundesländer.

Die LBBW Immobilien GmbH.

Am 1. Januar 2007 ist das Immobilien-Kompetenzzentrum des LBBW-Konzerns unter seinem neuen Namen LBBW Immobilien GmbH gestartet. In dieser Gesellschaft werden sukzessive die Immobilien-dienstleistungsaktivitäten des Konzerns gebündelt. Basierend auf ihrer 70-jährigen Firmengeschichte bietet sie ein umfassendes Dienstleistungsportfolio. Als wohnwirtschaftlicher und gewerblicher Immobilieninvestor, -entwickler und -dienstleister positioniert sie sich unter den nationalen Marktführern. Kernmärkte sind Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Die Intensivierung der nationalen wie internationalen Aktivitäten gehört jedoch ebenfalls zur Unternehmensstrategie.

Im Bereich Development bündelt die LBBW Immobilien GmbH alle investiven, wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Projektentwicklungen. Derzeit deckt sie ein Projektvolumen von rund 2 Mrd. EUR ab. Die LBBW Immobilien Capital GmbH betreibt das Projektentwicklungsgeschäft mit Partnern; das derzeitige Projektvolumen dieser Gesellschaft beläuft sich auf rund 750 Mio. EUR. Die Tätigkeitsschwerpunkte liegen in München, Stuttgart und Frankfurt, weiteren deutschen Ballungszentren sowie in Luxemburg und Rumänien.

Im Asset Management der LBBW Immobilien GmbH sind die wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Immobilienbestände ebenso wie die bestandsbezogenen Dienstleistungen in den Bereichen Miet- und Eigentumswohnungen gebündelt. Die Immobilienbewirtschaftung bildet eine Haupteinvertragsquelle: Knapp 50 000 Wohneinheiten, davon etwa die Hälfte im Eigenbestand, sowie Büro- und Gewerbeimmobilien mit rund 180 000 m² Mietfläche werden bewirtschaftet. Zukünftig sollen der Immobilienhandel ausgebaut und die Fortentwicklung vom Bestandsunternehmen hin zum Immobilienhandelshaus vorangetrieben werden. Die Konzerntochter hat bisher etwa 14 000 Wohnungen sozialverträglich privatisiert, davon den überwiegenden Teil an Mieter oder deren Angehörige. Die nichtinvestiven Immobiliendienstleistungen sind in der Gesellschaft im Bereich Real Estate Services zusammengefasst.

Die BW-Immobilien GmbH.

Die BW-Immobilien GmbH (BWI) bündelt im Konzern seit zwei Jahren die Kompetenz rund um die Immobilienwirtschaft. Mit dieser Aufstellung ist sie als einer der führenden Anbieter in Deutschland in der Lage, vermehrt Aufträge für private und institutionelle Immobilieneigentümer auch außerhalb des Konzerns zu übernehmen und sich damit weitere Wachstumsfelder zu erschließen. Tätigkeitsschwerpunkt ist die ganzheitliche ertrags- und kostenorientierte Steuerung des Immobilienbesitzes. Aktuell werden etwa 750 000 m² gewerbliche Immobilienflächen betreut, 500 000 m² davon im Konzern, der restliche Teil für Drittkunden. Der Verkehrswert der Immobilien liegt bei rund 1,4 Mrd. EUR.

Internationales Geschäft: weltweit nah am Kunden.

Weltweites Geschäft – weltweite Präsenz: das globale Netzwerk der LBBW.

Der LBBW-Konzern unterhält mit Niederlassungen, Repräsentanzen, Auslandsbüros, Tochtergesellschaften und German Centres ein globales Auslandsnetz, das kontinuierlich enger geknüpft wird. Damit bietet er seinen Kunden Nähe und die von zu Hause gewohnte Sachkompetenz und Servicequalität, egal wo sie ihr internationales Geschäft betreiben. Im Jahr 2007 wurde die weltweite LBBW-Präsenz mit der Eröffnung einer Repräsentanz in Jakarta und der Gründung einer Finanzierungsgesellschaft in Mexiko verstärkt. Die LBBW México SOFOM bietet lokale Finanzierungslösungen in US-Dollar und mexikanischem Peso an.

Im Frühjahr 2008 wurden mit der Eröffnung einer Niederlassung in Seoul und eines Büros in Dubai weitere Meilensteine gesetzt. Ergänzend wird das Netzwerk der German Centres erweitert. So befindet sich im Industriegürtel der indischen Hauptstadt Delhi das German Centre Delhi.Gurgaon in Gründung, ein gemeinsames Projekt mit der Bayerischen Landesbank. Die 8 600 m² Geschäftsfläche werden im Herbst 2008 bezugsfertig sein. Darüber hinaus sind ein neues German Centre in Moskau und ein erweitertes German Centre in Beijing in Planung.

Die LBBW – weltweit präsent.

Niederlassungen:

London (Großbritannien)	Seoul (Südkorea)
New York (USA)	Singapur

Repräsentanzen:

Barcelona (Spanien)	Mumbai (Indien)
Beijing (VR China)	Paris (Frankreich)
Budapest (Ungarn)	Prag (Tschechien)
Hanoi (Vietnam)	São Paulo (Brasilien)
Jakarta (Indonesien)	Shanghai (VR China)
Madrid (Spanien)	Tokio (Japan)
Mailand (Italien)	Warschau (Polen)
Mexico-City (Mexiko)	Wien (Österreich)
Moskau (Russische Föderation)	Zürich (Schweiz)

Auslandsbüro:

Dubai (VAE)

German Centres:

Beijing (VR China)	Singapur
Mexico-City (Mexiko)	

Tochtergesellschaften:

Amsterdam (Niederlande)	Mexico-City (Mexiko)
Dublin (Irland)	New York (USA)
London (Großbritannien)	Zürich (Schweiz)
Luxemburg	

Operativ vor Ort: die Auslandsniederlassungen der LBBW.

Die Auslandsvertretungen des LBBW-Konzerns haben an die gute Performance der Vorjahre angeknüpft, das Geschäftsvolumen konnte 2007 erneut ausgeweitet werden.

Am Standort **New York** hat sich die Zahl der Mitarbeiter von 49 im Jahr 2006 auf 76 Ende 2007 erhöht. Dort bietet die LBBW ein umfassendes Service- und Produktangebot für die Finanzierung mittelständischer Unternehmen und deren US-Aktivitäten an. Darüber hinaus wurde die Kundenbetreuung durch die Zusammenarbeit mit der 100-prozentigen LBBW-Tochter SL Financial Services Corporation und die Einbindung in das Netzwerk der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer in New York verbessert. Die Niederlassung positioniert sich zunehmend als kompetenter Fremdwährungshändler. Bei kommerziellen Immobilienfinanzierungen etablierte sie sich im Konzern als Kompetenzzentrum für den US- und kanadischen Markt und profilierte sich mit Lead-Mandaten als Arranger für großvolumige Einzel- und Portfoliofinanzierungen. Ergänzend wurde ein Leverage-Finance-Team gebildet. Der Erfolg der Emissionstätigkeit der LBBW New York zeigt sich im MTN Award »Alternative Asset Class Structured MTN Deal of the Year 2006«, den die LBBW erhalten hat. Darüber hinaus gewinnt die Niederlassung New York zunehmend an Bedeutung für die US-Dollar-Refinanzierung des Konzerns.

Die LBBW Securities, LLC, eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der LBBW, erhielt im März 2007 eine US Broker-Dealer-Lizenz. Sie betreibt Repo- und Eigenhandel sowie den Handel mit deutschen Aktien. Derzeit wird das Securities Underwriting eingeführt.

Im Fokus der Niederlassung in **London** standen im Geschäftsjahr 2007 die Stärkung der Kompetenzzentren und die Erweiterung ihres Services. Im Kapitalmarktgeschäft lag der Schwerpunkt auf der Weiterentwicklung der Treasury-Einheiten. Im Unternehmenskundengeschäft wurde der Grundstein für eine produkt- und vertriebsseitige Ausweitung der Kapazitäten gelegt. Darüber hinaus werden Ressourcen im Kreditgeschäft ausgebaut, um der wachsenden Bedeutung des Londoner Syndizierungsmarktes Rechnung zu tragen.

Die Niederlassung in **Singapur** hat insbesondere das Geschäft mit Unternehmenskunden ausgebaut. Zudem wurde Private Banking als neues Geschäftsfeld eingeführt. Hierbei wird die fachliche Kompetenz der LRI Landesbank Rheinland-Pfalz International, Luxemburg mit dem regionalen Know-how der LBBW in Singapur verknüpft. Im Zusammenhang mit dem Aufbau der neuen Niederlassung Seoul hat sich Singapur als Basis und Zentrum des LBBW-Engagements in Asien sowie für die Hilfestellung bei der Etablierung weiterer Standorte fit gemacht. Die im Frühjahr 2008 eröffnete Niederlassung in **Seoul** ermöglicht deutschen Firmenkunden Zugang zu Bankdienstleistungen in koreanischem Won (KRW) sowie anderen konvertierbaren Währungen. Hierbei bietet die LBBW vor Ort Zahlungsverkehrabwicklung, Kreditvergabe, Einlagengeschäfte, Foreign Exchange inklusive Hedging sowie Aval- und Trade-Finance-Dienstleistungen an.

German Centre-Network: Die Erfolgsgeschichte wird fortgeschrieben.

Die German Centres finden nach wie vor hervorragende Resonanz. Das zeigen die konstant guten Belegungsraten und die große Nachfrage nach Büroräumen, insbesondere in den asiatischen Häusern. Die German Centres bieten mittelständischen Unternehmen umfassende Unterstützung vor allem in schwierigen Auslandsmärkten. Dort können sie auf ein maßgeschneidertes Angebot an Räumen und Serviceleistungen zurückgreifen und finden ein Netzwerk von Dienstleistern vor, so zum Beispiel Auslandshandelskammern, Steuer-, Rechts- und Personalberater und nicht zuletzt die Filialen oder Repräsentanzen der LBBW. Die Mieter kommen aus allen Industriezweigen Deutschlands, allein rund 20 Prozent aus dem Maschinenbau. Bisher wurden im weltweiten Netzwerk der German Centres mehr als 1 200 mittelständische Mieterfirmen in die jeweiligen Märkte begleitet.

Auslandsgeschäft mit Unternehmenskunden: Kernkompetenz der LBBW.

Die internationalen Geschäftsverflechtungen nehmen permanent zu: Lag der Anteil ausländischer Zulieferungen und Lohnveredelungen deutscher Exportgüter 1995 noch bei 30 Prozent, so steuerte die deutsche Exportwirtschaft 2007 bereits auf 50 Prozent zu. Die Globalisierung betrifft also auch kleinere Unternehmen, denen aber oft die Stabskapazitäten zur Bewältigung ihrer internationalen Aufgaben fehlen. Hieraus resultiert das Verständnis der LBBW, ihre Kunden beratend in internationale Märkte zu begleiten. Sie bietet vor Ort nicht nur Bankprodukte an, sondern erleichtert Unternehmenskunden mit regionaler Kompetenz und lokalem Know-how den Markteinstieg.

Im internationalen Unternehmenskundengeschäft wird dabei ein Vertriebsansatz verfolgt, der die strategische Partnerschaft vor den Preiswettbewerb stellt. Kundenbetreuer und Fachberater der LBBW setzen in ihrer Beratungsleistung bei der geschäftspolitischen Ausrichtung des Kunden an und erarbeiten mit ihm risikomindernde Lösungen. Hierzu gehören beispielsweise ein über die klassische Exportfinanzierung hinausgehendes bilanzentlastendes Forderungsmanagement sowie Angebote zur kompletten Übernahme der dokumentären Außenhandelsabwicklung.

Enge Zusammenarbeit mit Banken: Relationship Management im Dienst der Kunden.

Das Relationship Management Financial Institutions des LBBW-Konzerns koordiniert die Zusammenarbeit mit Auslandsbanken. Ein Schwerpunkt ist das klassische Correspondent Banking, also die Pflege und der weitere Ausbau des Netzwerkes der Korrespondenzbanken, um Zahlungen sowie Dokumenten- und Außenhandelsgeschäfte der Kunden abwickeln und finanzieren zu können. Darüber hinaus bilden die Auslandsbanken eine eigene interessante Ziel- und Kundengruppe mit einem hohen Geschäftspotenzial. Die stetige Weiterentwicklung und der qualitative Ausbau des Geschäfts mit Banken im Ausland – insbesondere mit Blick auf den hohen Globalisierungsgrad der Unternehmenskunden – bleiben auch künftig eine wichtige Aufgabe.

Eine zunehmende Bedeutung kommt der Zusammenarbeit mit den Sparkassen im Auslandsgeschäft zu. 2007 wurde eine spezielle Beratereinheit etabliert, welche die Sparkassen von der systematischen Kundenanalyse bis hin zu Akquisitionsgesprächen für das Auslandsgeschäft begleitet.

Beteiligungsgeschäft: kundenorientierte Lösungen.

Der LBBW-Konzern bietet im Eigenkapitalbereich ein breites Spektrum kundenorientierter Lösungen an. Verschiedene Gesellschaften des LBBW-Konzerns verfolgen als Beteiligungsgesellschaften mit eigenen Investmentmanager-Teams jeweils eigenständige Beteiligungsphilosophien.

Die Süd-Kapitalbeteiligungs-Gesellschaft mbH (SüdKB) stellt als 100-prozentige Tochter einen Eigenkapital-Baustein, der gezielt als Komponente einer Gesamtkundenverbindung gewählt wird.

Die BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft ist eine 40-prozentige Beteiligung, deren weitere Anteilseigner ebenfalls ein langfristiges, ausschüttungsorientiertes Anlageinteresse haben. Die BWK versteht sich als unabhängiger »institutioneller Familiengesellschafter«, der etablierte eigentümergeprägte mittelständische Unternehmen als Langfrist-Partner im Eigenkapital begleitet.

Die Süd Private Equity GmbH & Co. KGaA (SüdPE) ist branchentypisch als laufzeitbegrenzter Fonds konzipiert, der einem breiteren Investorenspektrum Zugang zu mittelständischen Beteiligungen bietet und als »unternehmerisches Eigenkapital« insbesondere bei Leverage-Buy-Out-geprägten Strukturen auch Mehrheitsübernahmen darstellt.

Aus Konzernsicht stellt die Beteiligungsmanagementgesellschaft (BMG), die unterstützende Tätigkeiten bezüglich Akquisition, Management und Veräußerung der Beteiligung erbringt, den Rahmen für diese differenzierten Beteiligungsangebote dar.

Ebnet Innovationen den Weg zum Markt: LBBW Venture Capital GmbH.

Die LBBW Venture Capital GmbH als 100-prozentige Tochtergesellschaft investiert in junge Technologie-Unternehmen mit den Branchenschwerpunkten IT/High-Tech und Life Science. Damit ist sie deren Partner von der Innovation bis zum Markteintritt, bei der nationalen und internationalen Expansion und bei den Weichenstellungen für die langfristige unternehmerische Entwicklung. Gerade hier stellt die enge Verzahnung von umfassender Betreuung durch erfahrene Beteiligungsmanager mit dem Angebot des LBBW-Konzerns einen entscheidenden Vorteil dar. Dies drückt sich im erfolgreichen Abschluss neuer Beteiligungen in ganz Deutschland und einer Reihe internationaler Transaktionen aus. Zum Jahresende wurden 15 Direktbeteiligungen und mehrere Fondsinvestments in ganz Europa betreut.

Leasing und Factoring.

Die LBBW Leasing GmbH bündelt als Holdinggesellschaft das Leasinggeschäft des LBBW-Konzerns und gehört zu den drei größten herstellerunabhängigen Leasinganbietern in Deutschland.

Die SüdLeasing GmbH hat im Sommer 2007 ihre Aktivitäten in drei neuen Geschäftsfeldern zusammengefasst. Im Mittelstandsgeschäft wird mit dem Geschäftsfeld »Corporates & Bank« die Kooperation innerhalb der Unternehmen des LBBW-Konzerns vorangetrieben. Im Geschäftsfeld »Vendor« liegt der Fokus auf der Entwicklung und Umsetzung von Leasing- und Finanzierungslösungen für Bau-, Produktions-, Druck- und Verpackungsmaschinen sowie für Produkte aus der Medizintechnik. Das Geschäftsfeld »Automotive« erschließt zusammen mit Partnern den Markt mit attraktiven Leasing- und Serviceangeboten. Im Zuge ihrer weiteren Internationalisierung hat die SüdLeasing im Frühjahr 2008 ein Büro in Mexiko eröffnet. Weitere Stützpunkte sind in Kanada und Rumänien geplant.

Die LHI Leasing GmbH (LHI) strukturiert intelligente Finanzierungslösungen für Unternehmen und Investoren. Das Produktangebot reicht von Leasing- und Mietlösungen für Unternehmen bis zu Publikumsfonds und Private Placements für vermögende Privatpersonen, Stiftungen und Family Offices. Auch ihr internationales Geschäft entwickelte sich wie in den Vorjahren positiv: Die LHI ist Marktführerin im Immobilienleasing in Polen und seit 2006 auch in Moskau präsent. Begleitende Dienstleistungen wie Real Estate Management, die Verwaltung von Objektgesellschaften, die strategische Immobilienanalyse und Versicherungslösungen runden das Leistungsspektrum ab.

Als Arranger hat sich die LHI bei internationalen Investmenthäusern einen festen Kundenstamm erarbeitet. Die IFRS-konforme Leasinggestaltung der LHI ist am Markt weiterhin einzigartig. Bei strukturierten Finanzierungen entschieden sich 2007 neben gewerblichen Kunden auch zahlreiche Kommunen für die LHI. Vor dem Hintergrund der Unternehmenssteuerreform werden Unternehmenskunden mit den neuen Produkten »Z-lease« und »Z-rent« zahlreiche Vorteile geboten. Darüber hinaus geht die LHI mit Kauf, Strukturierung und Platzierung ganzer Immobilienportfolios neue Wege.

Die MKB/MMV-Gruppe bietet dem gewerblichen Mittelstand bundesweit maßgeschneiderte Finanzierungen für mobile Wirtschaftsgüter. Innerhalb der LBBW Leasing deckt die MMV Leasing insbesondere den Bereich des kleinvolumigen Mobilenleasings ab. Das alternative Angebot von Leasing oder Kredit ermöglicht dem Kunden die Wahl der für ihn günstigsten Finanzierungsform. Insgesamt betreute die Gruppe zum Jahresende mehr als 50 000 überwiegend mittelständische Kunden. Auch im Jahr 2007 hat sie sich wieder einem Rating durch die GBB Rating-Gesellschaft für Bonitätsbeurteilung mbH unterzogen. Hierbei wurde die Bonität im Mai mit AA- erneut als hoch eingestuft.

Mit den Töchtern SüdFactoring GmbH und der R-Procendo Factoring GmbH an den Standorten Stuttgart und Mainz-Kastel gehört der LBBW-Konzern zu den fünf größten deutschen Factoringanbietern. Dank der unvermindert anhaltenden Nachfrage vieler mittelständischer Unternehmen nach Inhouse- und Full-Service-Factoring im In- und Ausland hat die SüdFactoring 2007 ein zweistelliges Umsatzwachstum erzielt und damit erstmals die 4-Milliarden-Euro-Umsatzgrenze überschritten. Der Tätigkeitsschwerpunkt lag in den Branchen Lebensmittel, Großhandel, Kfz-Zulieferer und EDV. Die Tochtergesellschaft R-Procendo Factoring gehört seit September 2007 zum LBBW-Konzern und bietet der LRP sowie den rheinland-pfälzischen Sparkassen eine Factoring-Plattform am Standort Mainz. Die Lebensmittel- und Getränkeindustrie beziehungsweise deren Handel, die Kfz-Zulieferer- und die chemische Industrie gehören zu den Branchenschwerpunkten.

Retail Clients.

Im Kernmarkt Baden-Württemberg steht die BW-Bank für den jahrzehntelangen Geschäftserfolg des LBBW-Konzerns mit seinen Privat- und Anlagekunden. Mit umfassender und nachhaltigkeitsorientierter Beratung auf der Grundlage einer umfassenden Leistungspalette wird dieser Erfolg auch in Zukunft sichergestellt.

Das Vertrauen der Privatkunden: BW-Bank.

Vertrauen und Zufriedenheit schaffen persönliche Beziehungen, und darauf basiert eine langfristig erfolgreiche Zusammenarbeit. Mit dieser Philosophie betreut die BW-Bank seit Generationen ihre Privat- und Anlagekunden im Kernmarkt Baden-Württemberg. Diesen Erfolg auch in der Zukunft sicherzustellen ist dabei das höchste Ziel: Die stetige Verbesserung von Kundenzufriedenheit und Kundentreue steht im Zentrum sowohl der Unternehmensstrategie als auch des täglichen Geschäfts.

Nachdem die Integration der ehemaligen BW-Bank AG in den LBBW-Konzern in technischer Hinsicht bereits 2006 abgeschlossen worden war, galt es 2007, neue, einheitliche Beratungsprozesse zu entwickeln – sowohl im Geschäft mit vermögenden Kunden (Private Banking) als auch mit Privatkunden. Über je nach Kundengruppe unterschiedliche Instrumente wird die individuelle finanzielle Situation des Kunden erfasst. Anschließend werden sein aktueller Bedarf, aber auch seine zukünftigen finanziellen Ziele ermittelt. Alle Berater der BW-Bank – vom Vermögensmanager im Private Banking über die Finanzberater im Privatkundenbereich bis hin zum Mitarbeiter im Service – wurden hierzu intensiv geschult.

Künftig wird das gehobene Privatkundengeschäft zudem in Sachsen und den angrenzenden Regionen ausgebaut. Die neue Sachsen Bank wird hierbei auf der Expertise und Marktkenntnis der BW-Bank, die bereits seit Jahren Filialen in Dresden, Halle und Leipzig betreibt, aufbauen.

Der tägliche Kontakt mit der BW-Bank: einfach, schnell und sicher.

2007 hat die BW-Bank den Zugang zu ihren Dienstleistungen weiter vereinfacht. Mit der Erweiterung des Internetbanking ist ein wichtiger Fortschritt gelungen: Das Leistungsspektrum umfasst seither nicht nur Information und Transaktion, sondern auch die Kontoeröffnung. Um den Kunden eine noch größere Flexibilität und Bequemlichkeit zu bieten, wurde darüber hinaus ein so genannter Geschäftsbesorgungsvertrag flächendeckend eingeführt. Damit können die Kunden Bankdienstleistungen nachfragen, ohne Vertragswerke jeweils separat unterschreiben zu müssen.

Mit dem TAN-Generator wurde im Onlinebanking das bisher bekannte PIN-/TAN-Verfahren um ein hochmodernes Sicherheitsmedium ergänzt. Das Fraunhofer-Institut für Sicherheit in der Datenverarbeitung ist von dem Verfahren überzeugt und hat bestätigt, dass eine transaktionsspezifische TAN betrügerische Transaktionen wirksam verhindert. Auch die rund 50 000 Depotkunden des Direktbrokerage profitieren von dieser zusätzlichen Sicherheit.

Für alle Kunden bietet das BW-Bank Service-Center einen erweiterten Telefonservice. Die Sicherheits-hotline ergänzt dieses Angebot: Sie hilft immer dann, wenn Fragen zur Sicherheit im Internet auftauchen. Über eine Million Kontakte pro Jahr per Telefon, Fax oder E-Mail dokumentieren die sehr gute Akzeptanz. Das hohe Serviceniveau im Bereich Selbstbedienung wurde mit dem Austausch aller 285 Geldautomaten durch eine neue Gerätegeneration und die gleichzeitige Aktualisierung der relevanten Anwendungssysteme erneut gesteigert.

Ob Internetbanking, Direktbrokerage oder BW-Bank Kartenservice, über die Homepage der BW-Bank gelangen die Kunden schnell zu den gewünschten Informationen und Diensten. Und um einfach und bequem den Weg zu einer der mehr als 200 Filialen, 31 SB-Standorten oder 285 Geldautomaten der BW-Bank zu finden, gibt der Filialfinder mit integriertem Routenplaner Auskunft.

Hohe Attraktivität: Mehrwert-Girokonto BW extend.

Dreh- und Angelpunkt der Geschäftsbeziehung zwischen Kunde und Bank ist und bleibt das Girokonto. Hier verfügt die BW-Bank mit dem Mehrwert-Girokonto BW extend bereits seit fünf Jahren über ein attraktives Angebot. Im Sommer 2007 wurde dessen Leistungsumfang noch einmal deutlich erweitert. So ist nun im unveränderten monatlichen Pauschalpreis ein Kreditkarten-Goldset enthalten – auf Wunsch auch für den Lebenspartner. Die zahlreichen Vergünstigungen bei den extend-Partnern im Freizeitbereich oder die Sonderkonditionen beim Erwerb einer Jahreskarte für das Nahverkehrsverbundnetz der Region Stuttgart bleiben erhalten. Über 175 000 Kunden nutzen bereits die Vorteile von BW extend.

Auch die Kreditkarten der BW-Bank bieten Neues: Bei der SPECIAL Visa Goldcard und der SPECIAL MasterCard Gold genießen die Kunden nochmals deutlich attraktivere Sicherheitsleistungen. Als Abrundung wurde eine Prepaid Kreditkarte ins Angebot aufgenommen: Kein Verschuldungsrisiko, keine Bonitätsprüfung, dafür attraktive Guthabenverzinsung und alle Vorteile einer klassischen Kreditkarte. Damit auch Jugendliche die Vorteile nutzen können und frühzeitig den Umgang mit dieser modernen Zahlungsart lernen, hält die BW-Bank für Jugendliche ab zwölf Jahren eine spezielle Variante der BW Prepaid-Visakarte vor.

»Baufinanzierer der Region«: die BW-Bank.

Die Konjunkturverbesserung wirkte sich 2007 noch nicht unmittelbar auf die Nachfrage nach Baufinanzierungen aus. Dennoch konnte die BW-Bank ihre Position als »Baufinanzierer der Region« gegenüber den Wettbewerbern halten und durch ihre Kompetenz sowie ein umfassendes Serviceangebot neue Kunden gewinnen. Angesichts allmählich anziehender Zinsen ergriffen viele Kunden die Chance, sich für ihre bestehenden Finanzierungen das immer noch niedrige Zinsniveau vorzeitig bei der BW-Bank zu sichern. Neben den Forwarddarlehen nutzten sie dazu auch Bausparverträge mit attraktiven Konditionen, die durch die Zusammenarbeit mit dem Finanzverbundpartner, der LBS Baden-Württemberg, angeboten werden konnten.

Innovatives Anlagegeschäft: zum Beispiel mit BW Zielfonds.

Im Wertpapiergeschäft wurden Anfang 2007 die neuen BW Zielfonds eingeführt. Damit bietet die BW-Bank ein innovatives Fondskonzept an, das Dachfonds mit festen Laufzeiten umfasst. Zur optimalen Chancenausnutzung wird zunächst ausschließlich in Aktienfonds investiert. Später sichert der Einsatz von Renten-, Immobilien- und Geldmarktfonds das angesammelte Vermögen. Das Novum: Bei den BW Zielfonds wird das Chance-Risiko-Profil punktgenau auf einen Auszahlungszeitpunkt hin in Richtung Sicherheit umgeschichtet.

Im ersten Halbjahr 2007 konnten die Kunden von boomenden Aktienmärkten profitieren. In der zweiten Jahreshälfte drehte sich der Trend, die Börsen zeigten sehr volatile Kursentwicklungen. Mit den innovativen Zertifikaten der LBBW konnten die Kunden der BW-Bank jedoch in jeder Börsensituation auf attraktive Anlagemöglichkeiten setzen.

Der Einführung der Abgeltungsteuer ab 2009 kam bei der LBBW schon weit im Vorfeld die volle Aufmerksamkeit zu: Um von der Bestandsregelung profitieren zu können, wurden die passenden Produktlösungen frühzeitig entwickelt. So stand schon im Dezember 2007 der »LBBW Balance Konzept« zur Verfügung. Damit ist es erstmals möglich, sukzessive in den Aktienmarkt einzusteigen und dennoch die steuerlich günstige Übergangsregelung in Anspruch zu nehmen. Und auch Kunden, die kurzfristig Liquidität parken möchten, finden bei der BW-Bank ein Angebot: Bereits über 25 000 Kunden nutzen das Ende 2006 eingeführte BW Cash-Konto. Das BW Park+Ride-Konto, das schwerpunktmäßig als Wertpapier-Verrechnungskonto angeboten wird, legte in Stückzahl und Volumen deutlich zu.

Mehr als Riester: die BW Zukunftssicherung.

Das Thema Vorsorge und Zukunftssicherung ist nach wie vor aktuell. Rund ein Drittel der Abschlüsse im vergangenen Jahr erfolgte in Riester-Produkten. Für Kunden, die ihre private Vorsorge mit der Chance auf eine attraktive Wertentwicklung verknüpfen möchten, steht die BW-Bank FondsRente zur Verfügung: Durch die Kombination der BW Zielfonds mit einem Versicherungsmantel bleibt der Kunde flexibel bei der Gestaltung seiner Altersvorsorge. Darüber hinaus steht durch die Zusammenarbeit mit zahlreichen namhaften Partnern ein breites Produktspektrum mit individuellen Vorsorgelösungen zur Verfügung. Die wichtigsten Vertriebspartner sind die SV Sparkassenversicherung, die Wüstenrot & Württembergische und die Deka Bank.

Mehr als Anlegen: Private Banking bei der BW-Bank.

Seit Jahren erwirtschaftet die Vermögensverwaltung der BW-Bank für ihre Kunden überdurchschnittliche Ergebnisse. Dies belegt das unabhängige Institut firstfive. Hier konnte sich die BW-Bank 2007 erneut Spitzenplätze sichern. So zum Beispiel den ersten Platz in der Risikoklasse »ausgewogen« (performancegewichtet über 36 Monate).

Mit der Umstellung der Fonds-Vermögensverwaltung auf die neuen Dachfondskonzepte der BW Portfolio Fonds können Kunden ab einem Anlagevermögen von 50 000 EUR den Service einer Vermögensverwaltung in Anspruch nehmen. Die Kundenanzahl sowie das verwaltete Volumen wurden im vergangenen Jahr gesteigert. Stark nachgefragt war die Erstellung von Finanzgutachten. Sowohl

Kunden mit großem Vermögen als auch mittelständische Unternehmen schätzen die auf einer fundierten Finanzplanung aufbauende ganzheitliche Beratung. Dabei spielen Vermögensstruktur, Liquiditätssteuerung und Risikoabsicherung ebenso eine Rolle wie Überlegungen zur Gestaltung der Vermögensnachfolge.

Führend in Deutschland: das Stiftungsmanagement der BW-Bank.

Die Gründung einer Stiftung in Deutschland gewinnt zunehmend Akzeptanz, wenn es darum geht, nachhaltig Werte zu schaffen und die Weitergabe des Vermögens gezielt zu steuern. Dabei ist das Stiftungsmanagement der BW-Bank mit der professionellen Betreuung von 540 Stiftungen und einem Stiftungsvolumen von insgesamt rund 3,2 Mrd. EUR einer der führenden Dienstleister in der deutschen Finanzbranche.

Neue Möglichkeiten: Baden-Württembergische Equity GmbH.

Finanzanlagen allein sind für anspruchsvolle vermögende Privatkunden zu wenig. Diese Klientel sucht neben der klassischen Geldanlage neue Möglichkeiten: Diversifikation und Sachwerte gehören hier zu den entscheidenden Schlagwörtern. Der komfortable Zugang zu Sachwertinvestitionen erfolgt über geschlossene Fonds, von denen jedes Jahr allein in Deutschland über 600 angeboten werden. Das Spektrum reicht von internationalen Immobilienanlagen über Schifffahrtsgesellschaften bis hin zu Umweltinvestitionen. Die Kunst, die Spreu vom Weizen zu trennen, übernimmt die Baden-Württembergische Equity GmbH (BWEquity). Aus dem großen Angebot werden geschlossene Fonds nach einem sorgfältigen Prüfverfahren ausgewählt. 1,4 Mrd. EUR an Eigenkapital wurden bisher über die BWEquity in unterschiedlichste Objekte investiert; im Jahr 2007 kamen rund 150 Mio. EUR hinzu.

Die Leistungen der BWEquity stehen dem gesamten LBBW-Konzern und der Sparkassenfinanzgruppe zur Verfügung. Somit bedienen sich nicht nur die BW-Bank und die Sachsen Bank der Unterstützung der BWEquity, sondern auch die Sparkassen – insbesondere in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen. Die Zusammenarbeit mit den Sparkassen weist erhebliches Wachstumspotenzial auf und trägt erste Früchte. Um für die zukünftigen Anforderungen im Konzern und die wachsende Kundengruppe der Sparkassen gewappnet zu sein, hat die BWEquity eine mandantenfähige Internetplattform bereitgestellt. Elektronischer Zeichnungsschein, Online-Fonds- und Kundenarchiv, Kundendepot und individueller After-Sales-Service bieten einen hohen Komfort und deutliche Effizienzgewinne.

Vermögensverwaltung auf höchstem Niveau: Wealth Management.

Wealth-Management-Kunden, häufig Unternehmer, zeichnen sich im Wesentlichen durch die Komplexität ihrer Vermögensstrukturen aus. Das liquide Vermögen – Wertpapiere und Bankguthaben – spielt dabei nicht immer die dominierende Rolle; unternehmerisches Engagement oder auch Immobilien haben oft eine wesentlich größere Bedeutung.

Der Wealth-Manager kümmert sich ausschließlich um die privaten Belange seiner Klientel und investiert zudem genügend Zeit für deren komplexe Fragestellungen. Unterstützt wird er dabei von Spezialisten innerhalb und außerhalb des LBBW-Konzerns. Das Leistungsangebot umfasst sämtliche für ein Vermögen relevante Themenfelder: vom Wertpapiermanagement über Finanzierungen bis hin zum Stiftungsmanagement und der Kunstberatung.

Die verlässliche Privatbank in Zürich: LBBW (Schweiz) AG.

Die LBBW (Schweiz) AG ist eine unabhängige schweizerische Privatbank, die sich auf die individuelle Betreuung einer gehobenen, internationalen Kundschaft fokussiert. Sie bietet ihrer Kundschaft für die Verwaltung ihrer Vermögen eine unabhängige, schweizerische Infrastruktur internationalen Zuschnitts an. Dies versetzt die LBBW (Schweiz) AG in die vorteilhafte Lage, eine Brücke zwischen zwei Welten schlagen zu können: Als Tochter einer deutschen Großbank kennt sie die Ansprüche und Mentalität ihrer internationalen Kundschaft und als schweizerischer Vermögensverwalter arbeitet sie in der soliden Tradition des Gastlandes. Nachdem im Jahr 2007 die verwalteten Vermögen sowie die Anzahl der Kunden deutlich gesteigert werden konnten, dürfte sich dieser Trend auch in Zukunft fortsetzen.

Financial Markets.

Die Tragfähigkeit eines erfolgreichen Geschäftsmodells erweist sich, wenn die Zeiten schwieriger werden. Mit seiner soliden Kapitalausstattung und konservativen Risikopolitik steht der LBBW-Konzern seinen Kunden auch in turbulenten Kapitalmarktphasen mit umfassendem Service zur Seite.

Die nationalen und internationalen Finanzmärkte zeigten sich im Jahr 2007 von zwei Seiten: Gab es in der ersten Jahreshälfte eine Hausse der Aktienmärkte, so war die zweite Jahreshälfte geprägt von den großen Verwerfungen, welche die Subprime-Krise auf dem US-amerikanischen Hypothekemarkt ausgelöst hatte. Der dadurch entstandene Vertrauensverlust zwischen den Marktteilnehmern und die daraus resultierende Liquiditätsverknappung in einigen Marktfeldern haben auch für die LBBW die Rahmenbedingungen verändert. Trotz der schwierigen Marktverhältnisse – und unterstützt durch eine gute Eigenkapitalausstattung sowie hohe Liquiditätsreserven – gelang es der LBBW, die Spannungen auf den internationalen Geldmärkten abzufedern. Dabei konnte die LBBW auch weiterhin Produkte für und in Zusammenarbeit mit ihren Kunden entwickeln und platzieren.

Credit Capital Markets: umfassender Service aus einer Hand.

Der LBBW-Konzern hat mit der Gründung des Geschäftsbereichs Credit Capital Markets (CCM) im Jahr 2006 der zunehmenden Konvergenz auf den globalen Credit-Märkten Rechnung getragen. CCM bündelt und überwacht die kreditrisikobasierten Investment-, Strukturierungs- und Handelsaktivitäten der Bank. Die Zuständigkeit von CCM wird mittelfristig auf den Gesamtkonzern ausgedehnt. Dank ihres konservativen Geschäftsmodells und ihrer entsprechend soliden Bilanzstruktur verfügt die LBBW über eine vorteilhafte Ausgangsbasis, die bisher erreichten günstigen Chance-Risiko-Möglichkeiten auch künftig am Markt zu nutzen.

Credit Investment: effizientes Management des Konzern-Portfolios.

Das Konzern-Gesamtportfolio der LBBW wird unter Chance-Risiko-Erwägungen mittels gezielter Investitionen in den Wertpapierkategorien »Corporates«, »Financial Institutions« und »Sovereigns« gemanagt. Dabei engagiert sich die LBBW ausschließlich im High-Grade-Segment der Credit-Märkte. Als Reaktion auf die Marktturbulenzen in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres wurde die Überwachung der wichtigsten Investments verstärkt, um Ausfall- und Mark-to-market-Risiken zu minimieren. Dafür wurden zum Teil Sicherungsgeschäfte für Einzelpositionen (Mikro-Hedges) beziehungsweise auf Portfolio-Ebene (Makro-Hedges) abgeschlossen. Während der zweiten Jahreshälfte 2007 beschränkte sich das Neugeschäft auf außergewöhnlich hohe Margen bei guter Bonität und gesicherter Finanzierung.

Credit Trading: Liquidität für die Kunden auch in schwieriger Zeit.

Das Credit-Trading-Geschäft wurde 2007 von den Marktverwerfungen stark beeinflusst. Mangelndes Vertrauen in die Finanzinstitute führte zu einer ausgeprägten Liquiditätsknappheit, die wiederum eine Verschärfung des Preisverfalls nach sich zog. Gleichzeitig mussten sich Kreditinstitute und Finanztransaktionen in äußerst defensiven Märkten den Folgen der Krise stellen. Vor diesem Hintergrund wies dieser Geschäftszweig, der den Kunden der Bank Liquidität zur Verfügung stellt, für das Jahr 2007 einen Verlust aus. Als Reaktion darauf wurden das Positionsvolumen insgesamt reduziert und das Risikoprofil angepasst, sodass das Geschäft jetzt – selbst bei anhaltenden Marktturbulenzen – besser am Markt aufgestellt ist.

Capital Markets Trading and Sales.

Debt Capital Markets: starkes Ergebnis.

Mit einem Gesamtplatzierungsvolumen von über 2,5 Mrd. EUR hat die LBBW ihre Position als deutsche Marktführerin bei Transaktionen mit Unternehmensschuldsscheinen im Jahr 2007 weiter gefestigt. Im Segment der Jumbo-Pfandbriefe zählt sie unter den Federführern weltweit zu den Top 5 und stellte bei deutschen und internationalen Covered-Bond-Transaktionen erneut ihre große Platzierungskraft unter Beweis.

Top 10 Emissionen des Jahres 2007 – LBBW Joint Lead Manager.

Emittentin	Typ	Laufzeit	Währung	Volumen in Mio.	Quote LBBW in Mio.
LBBW	Jumbo-Pfandbrief	Okt. 2012	EUR	2 000	613,340
Bank of Scotland	Jumbo Covered Bond	Jan. 2015	EUR	2 000	475,000
AyT Cédulas Cajas	Jumbo Covered Bond	März 2017	EUR	2 000	456,250
Dexia Municipal Agency	Covered Bond	Juli 2017	EUR	1 250	391,660
Land Berlin	Sub Sovereign/Region	Juni 2017	EUR	1 250	363,334
Caja Madrid	Jumbo Covered Bond	Apr. 2022	EUR	1 500	360,000
Caja Madrid	Covered Bond	Febr. 2014	EUR	1 250	300,000
CIF-Euromortgage	Covered Bond	Apr. 2011	EUR	1 250	297,500
IM Cédulas	Covered Bond	Nov. 2009	EUR	1 050	262,500
NRW Bank	Bank (unbesichert)	Jan. 2009	EUR	1 500	216,000

Da die Märkte für strukturierte Refinanzierungen von den Auswirkungen der Subprime-Krise besonders getroffen wurden, ist mit einer Renaissance für Transaktionen in traditionellen Anleihen zu rechnen. Hierfür hat sich die LBBW durch ihre Expertise und Platzierungskraft für neue Mandate gut positioniert. Als weitere Stoßrichtung stehen künftig verstärkt Privatplatzierungen für internationale Emittenten im Fokus.

Vertriebsaktivitäten: Herausforderungen gemeistert, Marktpositionen ausgebaut.

Beim Immobilien- und Kommunalgeschäft standen im Jahr 2007 Absicherungen von Zinsrisiken im Vordergrund. Mit dem Einsatz strukturierter Zinsderivate der LBBW nutzten zahlreiche Kunden die Möglichkeiten zur Zinsverbilligung. Darüber hinaus nahm die Anzahl der Beratungsmandate bei Kommunen, vorwiegend in Baden-Württemberg, weiter zu. Auch bei Versicherungen, Pensionskassen, Kapitalanlage- und Asset-Management-Gesellschaften im deutschsprachigen Raum hat die LBBW ihre gute Marktposition gefestigt. Hierzu hat insbesondere das verbreiterte Produktangebot aus Kreditderivaten, strukturierten Kreditprodukten sowie Alternativen Investments beigetragen.

Bei den strukturierten Kreditprodukten und Kreditderivaten wird der 2007 eingeschlagene Weg fortgesetzt. Vertriebsschwerpunkte liegen künftig bei eigenen ABS-Produkten. Mit einer weiteren Steigerung der Platzierungskraft bei Primärtransaktionen syndizierter Anleihen und Privatplatzierungen – auch bei ausländischen Kunden – soll an die Erfolge des letzten Jahres angeknüpft werden. Des Weiteren stehen der Vertriebsausbau in Alternativen Investments, die Platzierung erster Transaktionen im Bereich Private Equity, zum Beispiel PG Global Mezzanine Funds, sowie der Ausbau des Handels in Namenspapieren insbesondere ausländischer Emittenten im Fokus. Ziel ist es, die LBBW in diesem Sektor dauerhaft an der Spitze der deutschen Bankenwelt zu etablieren, um bessere Chancen zu erlangen, Namenspapiere auch im europäischen Ausland zu platzieren.

Das Produktmanagement zur Unterstützung der Sales-Aktivitäten wird ausgebaut. Ausgewählten institutionellen Zielkunden bietet die LBBW eine Rundumbetreuung durch das Relationship-Management sowie ein durchgehend hohes Serviceniveau mit einer breiten Palette von Kundens Schulungen, individuellem Bewertungsservice, Portfolioanalyse, SAA- (Structured Asset Allocation) und ALM- (Asset-Liability-Management) Beratung. Zudem wurden die Sales-Aktivitäten gegenüber Banken intensiviert und dabei die Kundenbasis verbreitert. Im ersten Halbjahr konnten die angestrebten Ziele trotz der bereits spürbar volatileren Marktentwicklung erreicht werden. In der zweiten Jahreshälfte mussten einzelne Transaktionen verschoben werden. Über eine Forcierung des Absatzes konservativerer Produktgruppen konnten die Absatzziele insgesamt jedoch weitgehend erreicht werden.

Das strategisch wichtige Geschäftsfeld mit kapitalgarantierten Alternativen Investments und Fondsderivaten hat die LBBW weiter vorangetrieben. Die Verbreiterung der Asset-Manager-Basis (Origination) für diverse Kredit- und Fondsstrukturen hat diese erfreuliche Entwicklung unterstützt. Auch das Geschäft mit klassischen Kapitalmarktprodukten sowie die Platzierung von Neuemissionen wie internationalen Covered Bonds, Corporate Bonds und Unternehmensschuldsscheine sowie Financial Floater legte zu.

Im Bereich der Structured-Credit-Produkte wurden alternative Verbriefungsformen für Mittelstands-Schuldscheindarlehen (»M-Korb«) sowie verschiedene synthetische CDO-Konzepte entwickelt. Generell spiegelte sich in den Absatzzahlen des zweiten Halbjahres die allgemein zu beobachtende Flucht der Investoren in Liquidität und Sicherheit wider. Entsprechend hat der Absatz von öffentlichen Pfandbriefen gut zugelegt. Neue Spitzenwerte wurden zudem bei ungedeckten Inhaberschuldverschreibungen der LBBW erzielt – etwa in einer Sonderaktion mit Sparkassen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz in der Größenordnung von 2 Mrd. EUR. Auch das Volumen an Unternehmensschuldscheinen legte im zweiten Halbjahr deutlich zu: Bei den Sparkassen erzielte die LBBW ein Absatzvolumen in Höhe von 634 Mio. EUR von siebzehn verschiedenen Emittenten.

Handelsaktivitäten: Ziele übertroffen, Position gestärkt.

Der Handel im Bereich Money Market/Forex/Commodities hat sein Vorjahresergebnis und die für 2007 geplanten Erträge deutlich übertroffen. Mittlerweile nimmt der Devisenhandel der LBBW im Market-making weltweit eine Spitzenstellung ein. Gleichzeitig wuchs 2007 auch der Handel in Commodities.

Die Verwerfungen auf den Finanzmärkten trafen auch die im Allgemeinen sehr liquiden Covered-Bond-Märkte. Vor allem bei spanischen und amerikanischen Emittenten kam es zeitweise zum Erliegen des Jumbo-Handels. Demgegenüber profitierten die deutschen Bundesanleihen mit der Folge dramatischer Verteuerungen gegenüber Swaps. Gleichzeitig hat sich die Refinanzierung der Handelsbestände stark verteuert. Dennoch konnte die LBBW mit entsprechenden Positionierungen im Eigenhandel im Jahr 2007 einen maßgeblichen Ertrag erwirtschaften. Insbesondere das Retailgeschäft in Bonds und der Handel in niederverzinslichen Anleihen haben deutlich zugelegt.

Im Geldhandel stand das Management der Liquiditätsrisiken für den gesamten Konzern im Vordergrund. Die Zahlungsfähigkeit war zu jeder Zeit voll gewährleistet. Darüber hinaus wurden umfangreiche Liquiditätsreserven aufgebaut. Im Handel mit Zinsderivaten agiert die LBBW als Produzent, Strukturierer und Risikonehmer komplexer Zinsprodukte für institutionelle Investoren, mittelständische und multinationale Unternehmen, Sparkassen und Banken. Im Rahmen der Wachstumsstrategie wurden die Produkt-, System- und Personalkapazitäten der LBBW weiter ausgebaut, was sich bereits in einer deutlichen Ergebnissteigerung im Handel von exotischen Zinsprodukten niedergeschlagen hat.

Kapazitätsausbau und Produktinnovationen werden auch im Jahr 2008 fortgesetzt: So treten unter anderem im Schweizer Franken hochvolumige Einzelgeschäfte zum Massengeschäft hinzu, im Britischen Pfund agiert ein neuer Swapdesk in London, und ein ebenfalls neuer Swapdesk in Singapur widmet sich den ostasiatischen Währungen.

Equity: wachsende Marktdurchdringung.

Die LBBW hat 2007 im Aktiengeschäft das gute Vorjahresergebnis leicht gesteigert. Im Zeichen der sehr volatilen Kapitalmärkte hat der Aktieneigenhandel sein Vorjahresergebnis unterschritten. Auf der Plusseite standen aber das Derivate-Segment mit ungebrochen starkem Wachstum, die anhaltend positive Entwicklung im Geschäft mit institutionellen Kunden inklusive des Sparkassendepots A sowie ein erfolgreiches Geschäftsjahr im Bereich Equity Capital Markets.

Equity Capital Markets: kompetenter Geschäftspartner rund um die Aktie.

Im Aktienemissionsgeschäft hat sich die LBBW als geschätzte Adresse für Kapitalmarktaktivitäten in den Small- und Midcap-Segmenten etabliert. Als Nachweise ihrer Leistungsfähigkeit lassen sich drei Emissionen mit der in ganz Europa besten Kursperformance der letzten beiden Jahre anführen: die Manz Automation AG, Reutlingen, die Roth & Rau AG, Hohenstein-Ernstthal und die Meyer Burger Technology AG aus der Schweiz.

Im Jahr 2007 trat die LBBW zudem als Lead-Manager auf. Highlights waren hier der Börsengang der Halloren Schokoladenfabrik AG, die Kapitalerhöhung der Roth & Rau AG, die Kapitalerhöhung der Manz Automation AG, die Umplatzierung eines Aktienpaketes der Meyer Burger Technology AG, die Kapitalerhöhung der Norddeutsche Affinerie AG sowie die Platzierung der SGL Carbon AG Wandelanleihe. Daneben wirkte die LBBW maßgeblich in verschiedenen Konsortien an Kapitalmaßnahmen mit, so bei den Börsengängen der Homag Group AG, HanseYachts AG, MeVis Medical Solutions AG, der centrotherm photovoltaics AG sowie der österreichischen Strabag SE. Auch kleinere Kapitalmarkttransaktionen und die Beratung und Durchführung von Squeeze-Out-Aktivitäten sowie der Zahlstellen-service bei Dividendenzahlungen oder die Auflegung von Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen zählen zum regelmäßigen Service. Darüber hinaus nutzten rund 30 Unternehmen die Expertise der LBBW bei der Durchführung von Hauptversammlungen. Die Zahl der Designated-Sponsor- und Research-Mandate ist Ende 2007 auf 41 gestiegen.

Das Geschäft mit strukturierten Retailprodukten hat sich weiterhin gut entwickelt und erreichte im Neugeschäft-Absatzvolumen einen Wert von über 3 Mrd. EUR. Mittlerweile hat sich die LBBW mit etwa 2 500 Produkten aus allen Assetklassen als Vollanbieter von Zertifikaten und derivativen Strukturen fest im Markt etabliert. Der Schwerpunkt im Produktangebot lag auf den Produktfamilien »Zanonia« und »Synthia«. Ebenso erfolgreich waren das gemeinsam mit baden-württembergischen Sparkassen platzierte »Clever Plus« Zertifikat sowie ein Pool-Projekt mit Sparkassen in Rheinland-Pfalz. Das platzierte Volumen der LBBW-Produkte belief sich 2007 auf rund 4,8 Mrd. EUR. Im Jahr 2008 soll das Produktuniversum den Markt- und Kundenbedürfnissen entsprechend auf etwa 7 500 Produktvarianten

erweitert werden. Wichtige Themenfelder stellen hierbei die Abgeltungsteuer sowie die Entwicklung von Produkttypen dar, die Zertifikate anderen Anlageprodukten steuerlich gleichwertig stellen.

Gesamtergebnis Absatzvolumen (in Mio. EUR)	3 071
Davon Top 3 Produktgruppen (in Mio. EUR)	
Zanonia-Zertifikate	523
Discount-Zertifikate	510
Garantieanleihen	223
Sonstige Produkttypen:	
Aktien-/Indexanleihen	
Bonus-Zertifikate	
Creditbasierte Zertifikate	
Index-Zertifikate	
Optionsscheine	
Sonstige Zertifikate	
Sprint-Zertifikate	
Stufenzinsanleihen	

Aktien Sales: nachhaltiges Wachstum.

Gestützt auf ein qualitativ hochwertiges Aktien-Research wurden die Sales-Aktivitäten mit deutschen und internationalen institutionellen Investoren ausgeweitet. Hier stellte die LBBW mit zahlreichen Unternehmens-Roadshows und Konferenzen ihre Kompetenz als einer der führenden Broker in deutschen Aktien unter Beweis.

Die individuelle Kundenorientierung stand bei der Betreuung der Aktienengagements der Sparkassen im Depot-A-Geschäft im Vordergrund. Über die Stammregionen Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz hinaus wurden zusätzliche Kunden in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen für die gemeinsam mit der LBBW Asset Management und dem LBBW-Research entwickelten institutionellen Publikumsfonds gewonnen. Ein wichtiger Meilenstein für die Verbreiterung der erfolgreichen Aktivitäten mit angelsächsischen institutionellen Kunden war die Etablierung eines Sales-Teams in London. Mit Beginn des Jahres 2008 wurde dieses Konzept auch in den USA mit der Schaffung einer Sales-Einheit in New York fortgesetzt.

Research: umfassend und erfolgsorientiert.

Equity Research Institutionals: spezielle Bedarfsorientierung.

2007 stand im Zeichen der Integration des LRP-Research in das Research der LBBW. Die Verstärkung durch 13 Analysten aus Mainz wurde genutzt, um in der neu gegründeten Abteilung »Equity Research Institutionals« ein Team zusammenzustellen, das sich ausschließlich auf die Bedürfnisse institutioneller Anleger konzentriert. Im Rahmen des German-Broker-Ansatzes werden bei der LBBW rund 170 deutsche Einzelwerte von 35 Analysten und Aktienstrategen primäranalytisch beobachtet. Diese Spezialisierung hat das Interesse institutioneller Anleger über Deutschlands Grenzen hinaus deutlich ansteigen lassen.

Investment Research: zielgruppenoptimierte Betreuung.

Der Fokus der Analysten des Investment Research liegt auf der Betreuung von Sparkassen und Privatkunden. Für diese Zielgruppen wurden zahlreiche neue Analyse Themen, Publikationen und Dienstleistungen eingeführt und das Analysespektrum zu europäischen und US-amerikanischen Aktien deutlich erhöht. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Entwicklung spezieller Portfoliostrategien, auf deren Basis unter anderem Investmentfonds und Zertifikate emittiert wurden.

Die Betreuung des Privatkundengeschäfts der BW-Bank und der Sparkassen in Baden-Württemberg wurde im Jahresverlauf stark intensiviert; die rheinland-pfälzischen Sparkassen wurden dabei problemlos in das Betreuungskonzept integriert. Inzwischen interessieren sich auch verstärkt Sparkassen aus anderen Bundesländern für diesen Service.

Bond Research/Economics: neuer Analysebaustein Rohstoffe.

Die Analysten des Bond Research/Economics analysieren die Konjunktur, Zins- und Wechselkursentwicklung in den großen Währungsräumen einschließlich einer Reihe der aufstrebenden Schwellenländer. Neben der Konjunkturanalyse sowie der Entwicklung von Handelsstrategien bildete der Auf- und Ausbau der Rohstoffanalyse einen Schwerpunkt der Arbeit im Jahr 2007.

Credit Research: Unabhängigkeit schafft Wettbewerbsvorteile.

Das rund dreißigköpfige Analysten-Team im Credit Research deckt neben der klassischen Bonitätsanalyse und der Bewertung von Fremdkapitalinstrumenten von Unternehmen und Banken alle Covered-Bond-Märkte weltweit sowie auch das gesamte Spektrum strukturierter Kreditprodukte und Alternativer Investments ab. Fundiertes Credit Research wird zunehmend zum entscheidenden Wettbewerbsfaktor

bei der Begleitung von Unternehmensanleihe- respektive Schuldscheindarlehensemissionen. Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt stellen europäische Covered Bonds und Pfandbriefe dar.

Seine Unabhängigkeit ist die Erfolgsbasis des Rating-Advisory-Teams, das vor allem mittelständische Unternehmenskunden, aber auch große Konzerne in Bezug auf ein externes Rating inklusive Verschuldungs- und Kapitalstruktur berät. Die Vielzahl neu gewonnener Mandate zeigt, dass der gewählte Ansatz für Kunden und Bank erfolgreich ist.

Asset Management: neue, gewachsene Schlagkraft.

Nachdem die LBBW ihre Asset Management- und Kapitalanlagegesellschaften im Jahr 2006 neu aufgestellt hatte, haben beide neuen Gesellschaften, die Baden-Württembergische Investmentgesellschaft (BWInvest) und die LBBW Asset Management GmbH, ihr erstes volles Geschäftsjahr erfolgreich abgeschlossen.

LBBW Asset Management GmbH: Absatzerfolge bei Publikumsfonds.

Trotz schwieriger Marktbedingungen gelang es der LBBW Asset Management GmbH, das von ihr gemanagte Fondsvolumen (Assets under Management) von rund 16 Mrd. EUR zum Jahresende 2007 zu halten. Einem leichten Rückgang auf Seiten der Spezialfonds standen dabei entsprechende Steigerungen bei Publikumsfonds gegenüber.

Der Flaggschiff-Fonds »BWI-Dividenden-Strategie Europa« wurde 2007 mit dem Goldenen Bullen, dem S&P- und dem Lipper-Award sowie erstmalig mit dem Grand Prix Eurofonds als bester Europäischer Fonds im Segment der »Large Caps« ausgezeichnet. Im Dezember 2007 wurde die bestehende Dividendenfonds-Familie um den »LBBW Dividenden Strategie Small & MidCaps BWI« ergänzt und damit das Konzept auch auf das Marktsegment der mittleren und kleineren Aktiengesellschaften übertragen.

Bei den Produkten für institutionelle Anleger hat sich der im Jahr 2006 aufgelegte »LBBW NachhaltigkeitsStrategie BWI« Fonds gut entwickelt. Mit einem Fondsvolumen von rund 38 Mio. EUR lag der Fonds unter den Top 10 in der Kategorie SRI Aktien Global. Ein echtes Novum war der Fonds »LBBW Global Warming Strategie BWI«. Der Fonds wurde im Januar 2007 als erster reiner »Klimawandel«-Fonds aufgelegt und fand seither zahlreiche Nachahmer in der Fondsbranche.

BWInvest: auf dem Wachstumspfad.

Die BWInvest gehört mit einem verwalteten Fondsvolumen (Assets under Administration) von rund 20,5 Mrd. EUR per 31. Dezember 2007 zu den größeren deutschen Kapitalanlagegesellschaften. Zum Jahresende wurden 153 Spezialfonds für institutionelle Investoren administriert. Die Anzahl der Publikumsfonds für private und institutionelle Anleger stieg im Jahresverlauf von 39 auf 46.

Der Anteil der so genannten »Private-Label-Mandate« wurde bei der BWInvest ebenfalls ausgebaut. Damit entwickelten sich diese für Dritte erbrachten Service- und Administrationsdienstleistungen mit einem Geschäftsanteil von rund 25 Prozent zu einem wichtigen Standbein.

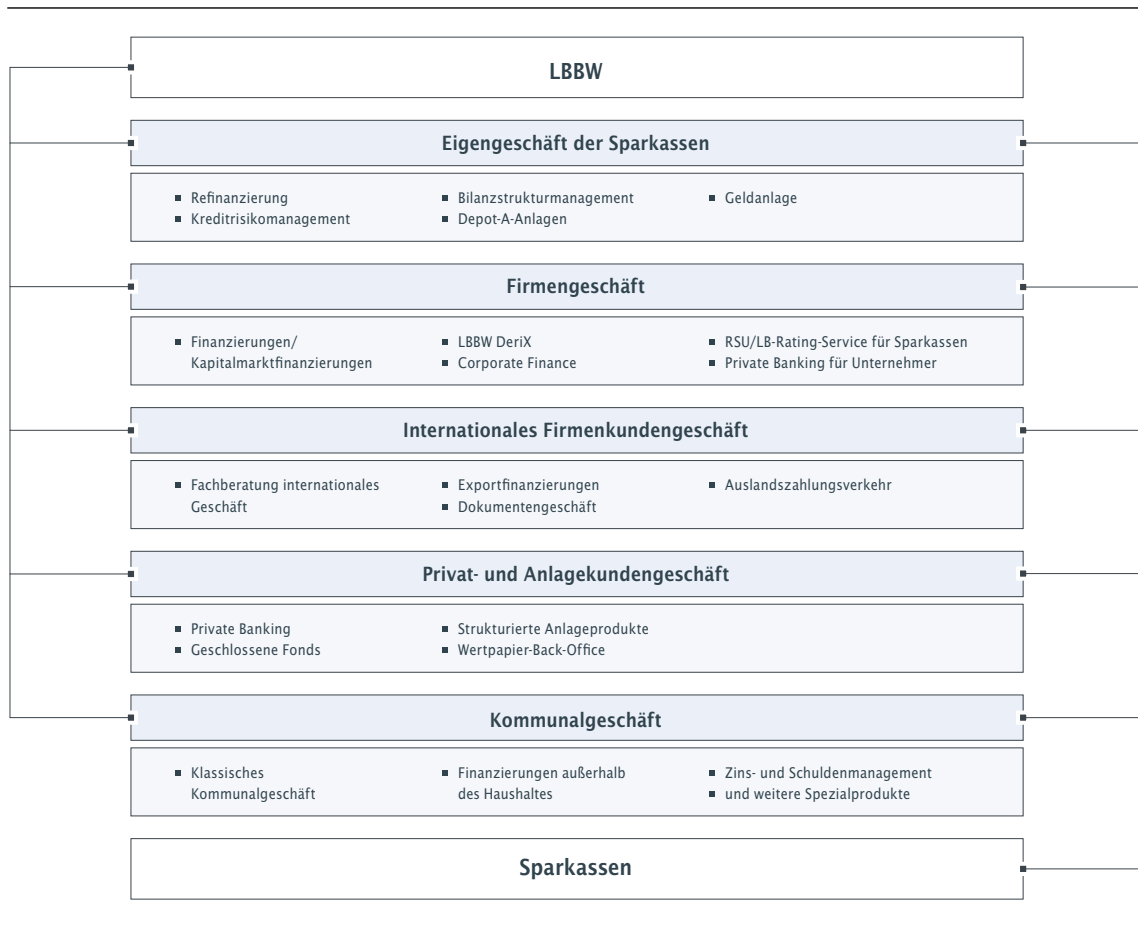
Zentralbank der Sparkassen.

Als Zentralbank der Sparkassen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und seit April 2008 auch in Sachsen vertieft der LBBW-Konzern seine Zusammenarbeit mit den Sparkassen nach Kräften. Die hohe Akzeptanz seiner Leistungskraft auf allen Feldern der Kooperation ist hierbei der größte Ansporn.

Umfassende Beziehungen.

Der LBBW-Konzern, der Sparkassenverband Baden-Württemberg (SVBW) und die Sparkassen in Baden-Württemberg haben ihre traditionelle Zusammenarbeit in den letzten Jahren kontinuierlich vertieft. Im Leistungsverbund Baden-Württemberg konzentrieren sie als Verbund- und Marktpartner ihre Kräfte mit dem strategischen Ziel, den gemeinsamen Marktanteil systematisch zu erweitern. Daher misst die LBBW dem Leistungsverbund und der weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Sparkassen eine entscheidende Bedeutung zu. Die Kooperation zwischen den baden-württembergischen und rheinland-pfälzischen Sparkassen sowie dem LBBW-Konzern erfolgt auf freiwilliger und einzelvertraglicher Basis. Die Unterzeichnungsquote von über 86 Prozent der Verträge in den einzelnen Handlungsfeldern zeugt von der hohen Akzeptanz der Leistungskraft der LBBW. Seit 2006 wurde die Zusammenarbeit in zahlreichen Bereichen erheblich intensiviert, so beispielsweise im Private Banking, bei den Vermögensverwaltungen oder im Zins- und Währungsmanagement.

Felder der Zusammenarbeit mit den Sparkassen.



Erfolgsmodell: Key Account Manager als zentrale Ansprechpartner.

Operativ werden die Sparkassen von den jeweiligen Fachbereichen der LBBW betreut. Sie stehen in engem Kontakt mit den jeweiligen Fachebenen der Sparkassen. Bei der Intensivierung der Zusammenarbeit hat sich seit Anfang 2006 ein neuer Ansatz bewährt: Drei Key Account Manager (KAM) in der LBBW fungieren bereichsübergreifend und koordinierend als zentrale Ansprechpartner für die Sparkassen in allen Fragen zur Zusammenarbeit im Verbund und zum Themenspektrum der Bank. Für Bereiche mit Potenzial stellen die KAM für jede Sparkasse individuelle Angebote zusammen und regen so zur Kooperation an. Spezielle Themenmanager aus dem Sparkassensekretariat stehen den LBBW-Fachbereichen und den KAM mit vertrieblicher und konzeptioneller Unterstützung zur Seite.

Eigengeschäft: Kreditrisikomanagement für Sparkassen.

Erstmals in Kooperation mit weiteren Landesbanken als Arrangeuren wurde 2007 eine bundesweite Kreditpooling-Transaktion mit asymmetrischer Struktur durchgeführt. Zahlreiche Sparkassen aus insgesamt elf Bundesländern nahmen daran teil.

Firmengeschäft: überzeugende Kooperationen im Mittelstandsgeschäft.

Die partnerschaftliche Zusammenarbeit im Metakreditgeschäft zwischen Sparkassen und LBBW war 2007 erfolgreich. Unter dem Leitgedanken der paritätischen Risikoteilung steht die optimale, umfassende Betreuung des mittelständischen Kunden der Sparkasse im Fokus. Dabei sind die Sparkassen Metaführer und erste Ansprechpartner ihrer Kunden. Ebenso sind sie Mittler der weiteren Produktpalette, während die LBBW mit ihrem Produkt-Know-how zur Verfügung steht.

Auch in der Akquisitionsfinanzierung bietet sich die Zusammenarbeit an. Diese auf den Cashflow des Zielunternehmers abgestellte Finanzierungsform ist aufgrund ihrer Komplexität zwar nicht in jedem Fall passend. Jedoch kann eine Akquisitionsfinanzierung unter bestimmten Voraussetzungen schon bei einem Finanzierungsvolumen von unter 10 Mio. EUR und unter Einsatz der Möglichkeiten des Metakreditgeschäftes für alle Beteiligten attraktiv sein.

Wiederholt wurde das portfoliobasierte Schuldscheinprogramm »LBBW Entry« von den Sparkassen intensiv genutzt. Durch einen standardisierten Abwicklungsprozess zwischen den Sparkassen und der LBBW wird dabei eine schnelle Bereitstellung von Liquidität für den Kunden gewährleistet.

Internationales Firmenkundengeschäft: strategisches Wachstumsfeld.

Der deutsche Mittelstand erschließt sich weltweit mit seinen Produkten und Dienstleistungen täglich neue Märkte. Heute macht das Auslandsgeschäft 17 Prozent des Gesamtumsatzes des deutschen Mittelstands aus. Internationales Geschäft ist damit ein zentrales Thema für die Sparkassen, die führenden Mittelstandsfinanzierer in Deutschland.

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) hat die Initiative »Erfolgreich im Ausland« gestartet und im März 2008 mit Aktionswochen die internationale Kompetenz des Leistungsverbands der Sparkassenfinanzgruppe präsentiert. Sparkassen und LBBW wollen mit dieser Initiative gemeinsam das strategische Wachstumsfeld Auslandsgeschäft mit noch größerer Schlagkraft erschließen. Dafür stellt die LBBW ihr Know-how und ihr Netzwerk im internationalen Geschäft zur Verfügung.

Die Zusammenarbeit reicht hier noch weiter: Zwei Fachberater des LBBW-Bereichs Internationales Geschäft kooperieren eng mit den Sparkassen sowie deren Kunden. Ergänzend stellt die LBBW relevante und aktuelle Informationen im neuen monatlichen Newsletter »Ausland aktuell« sowie in Länderberichten und der Publikation »LBBW International« für die Sparkassen zur Verfügung.

Privat- und Anlagekundengeschäft: Serviceprovider LBBW.

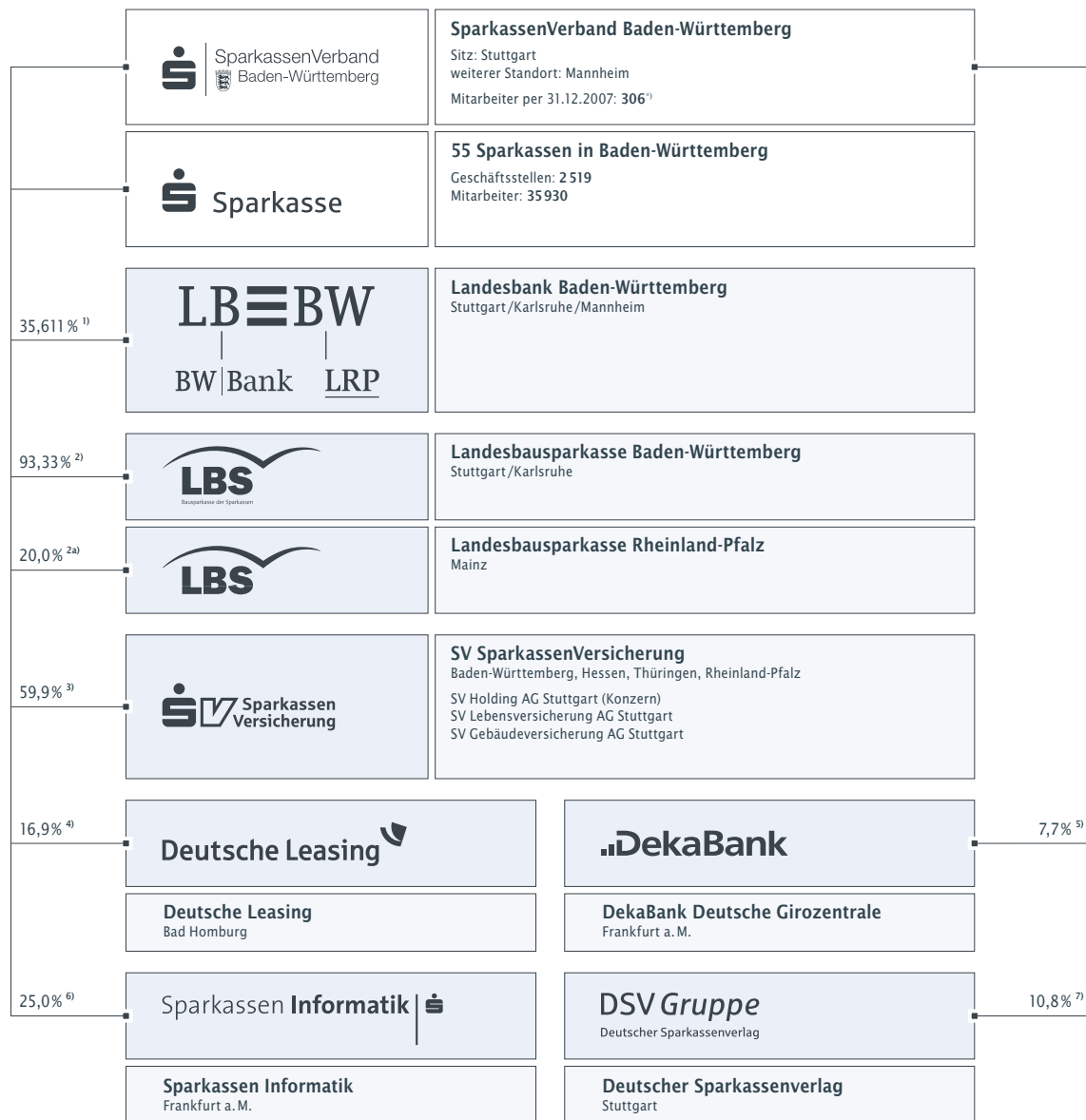
Der Bereich Back Office Financial Markets der LBBW bietet den Sparkassen als Servicepaket die Übernahme der Wertpapier-Back-Office-Aktivitäten rund um die Depotverwaltung, die Orderabwicklung und den Abstimmservice an. Nachdem im Jahr 2006 zwei Pilotprojekte erfolgreich umgesetzt worden waren, haben sich 2007 sieben weitere Sparkassen angeschlossen.

Inzwischen wurden auch anspruchsvollere Prozessänderungen, wie sie zum Beispiel durch die am 1. November 2007 in Kraft getretene MiFID-Richtlinie erforderlich wurden, zur Zufriedenheit der Sparkassen umgesetzt. Mit der Auslagerung ihres Back-Office-Service sparen sie Kosten und gewinnen zusätzliche Schlagkraft und Effizienz, da sie ihre Ressourcen auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren und die Betriebsrisiken reduzieren können. Das positive Feedback der teilnehmenden Sparkassen bestätigt die hohe Servicequalität der LBBW.

Kommunalgeschäft: aktives Zins- und Währungsmanagement.

Die Zusammenarbeit mit den Kommunen stellt für Sparkassen und LBBW einen wichtigen Bestandteil ihres öffentlich-rechtlichen Auftrages dar. Zunehmende Bedeutung in der kommunalen Praxis gewinnt das aktive Zins- und Währungsmanagement. Im Rahmen eines Beratungsmandates mit den kommunalen Kunden werden die Ergebnisse in einer umfassenden Analyse aufbereitet und in die Strategiegespräche eingebracht. Die Analyse betrachtet das gesamte Finanzierungsportfolio der Kommune und nimmt eine regelmäßige Bewertung der Risikopositionen vor. Als Steuerungsinstrumente werden zum Beispiel Derivate eingesetzt, die selbstverständlich den Bestimmungen des Haushaltsrechts entsprechen.

Organigramm der Sparkassen-Finanzgruppe.



1) Träger der LBBW sind außerdem das Land Baden-Württemberg (35,611 %), die Stadt Stuttgart (18,932 %), der SGV Rheinland-Pfalz (4,923 %) und die L-Bank (4,923 %).

2) Weiterer Träger der LBS ist die LBBW mit 6,67 %.

2a) Weiterer Träger ist der Sparkassen- und Giroverband Rheinland-Pfalz mit 80 %.

3) An der SV Holding sind die Sparkassen und der SVBW über eine Beteiligungsgesellschaft mit 59,9 % beteiligt und die LBBW mit 3,2 %.

Weitere Träger sind die Sparkassen-Finanzgruppen Hessen-Thüringen mit 33,2 % und Rheinland-Pfalz mit 3,7 %.

4) Weitere Beteiligte sind die Verbandsgebiete Hessen-Thüringen, Rheinland, Rheinland-Pfalz und Westfalen-Lippe.

5) Weitere Träger sind die anderen regionalen Sparkassenverbände und zu 50 % die Landesbanken.

6) Daneben sind die Sparkassen außerhalb von Baden-Württemberg direkt oder indirekt beteiligt.

7) Weitere Gesellschafter sind regionale Sparkassenverbände und Landesbanken.

© SVBW Stand: 31.12.2007 / ¹⁾ in Mitarbeiterkapazitäten

Konzern- lagebericht.

INHALT

- 63 - GESCHÄFTSTÄTIGKEIT
- 64 - WIRTSCHAFTLICHE
RAHMENBEDINGUNGEN
- 66 - ENTWICKLUNG DER KREDITWIRTSCHAFT
- 66 - WICHTIGE EREIGNISSE
IM GESCHÄFTSJAHRE
- 68 - GESCHÄFTSENTWICKLUNG
- 76 - MITARBEITER
- 80 - COMPLIANCE
- 82 - NACHHALTIGKEIT

-
- 85 - RISIKOBERICHT
 - 128 - NACHTRAGSBERICHT
 - 129 - PROGNOSEBERICHT

Die folgenden Ausführungen sollten im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss und seinen zugehörigen Erläuterungen gelesen werden. Der Konzernabschluss sowie der Lagebericht 2007 wurden wie schon im Vorjahr von der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die Geschäftstätigkeit der Landesbank Baden-Württemberg.

Der LBBW-Konzern gehört mit einem Geschäftsvolumen von 477 Mrd. EUR und einer Bilanzsumme von 443 Mrd. EUR zu den größten deutschen Kreditinstituten und zählt weltweit zu den 50 größten Banken. Seine mehr als 12 300 Mitarbeiter pflegen in bundesweit 216 Filialen und Stützpunkten sowie an über 20 Standorten im Ausland den Kontakt zum Kunden. Seine mittelständischen Unternehmenskunden schätzen den weltweiten Vor-Ort-Service des globalen Netzes von 18 Repräsentanzen sowie Niederlassungen in New York, London, Singapur und – seit Frühjahr 2008 – in Seoul. Ergänzt wird das internationale Netzwerk durch Tochtergesellschaften im Ausland sowie die drei von der LBBW betriebenen German Centres in Beijing, Mexico-City und Singapur.

Nukleus des LBBW-Konzerns ist die LBBW selbst. Neben der konzernweiten Kundenverantwortung im Kapitalmarktgeschäft sind in ihr die zentralen Stabs- und Steuerungsfunktionen sowie sämtliche Back-Office-Aufgaben des Konzerns angesiedelt. Darüber hinaus ist die LBBW im Konzern verantwortlich für das bundesweite und internationale Geschäft. In ihrem Kernmarkt hat die LBBW die Funktion einer Sparkassenzentralbank inne.

Mit der Baden-Württembergischen Bank (BW-Bank) betreut der LBBW-Konzern in Baden-Württemberg über eine Million Privatkunden. Dabei fungiert die BW-Bank in der Landeshauptstadt Stuttgart als Sparkasse, während außerhalb Stuttgarts die Betreuung gehobener Privat- und Anlagekunden sowie von Heil- und Freiberuflern den Schwerpunkt bildet. Ferner betreibt die BW-Bank in Südwestdeutschland das auf den Mittelstand fokussierte Unternehmenskundengeschäft.

Zum LBBW-Konzern gehört ferner die LRP Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP). Die LRP konzentriert sich auf die Betreuung mittelständischer Unternehmenskunden und Sparkassen in Rheinland-Pfalz sowie den angrenzenden Wirtschaftsregionen. Bei der Betreuung ihrer Mittelstandskunden greifen die BW-Bank und die LRP gezielt auch auf die Produktpalette und das internationale Netzwerk des Konzerns zurück.

Das Leistungsspektrum des LBBW-Konzerns wird ergänzt durch die auf bestimmte Geschäftsfelder wie Leasing, Factoring, Asset Management, Immobilien oder Beteiligungsfinanzierung spezialisierten Tochtergesellschaften. Die LBBW-Töchter tragen maßgeblich zur Diversifizierung des Leistungsportfolios des Konzerns bei und erwirtschaften regelmäßig einen stabilen Beitrag zum Konzernergebnis.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

Weltwirtschaft.

Das Jahr 2007 zeigte deutlich die neue Kräfteverteilung in der Weltwirtschaft: Die Schwellenländer, voran China, Indien und Russland, waren ungeachtet der nach unten revidierten Anteile am Welt-BIP die tragenden Säulen. Eine IWF-Schätzung beziffert die Steigerung des Welt-BIP im Jahr 2007 auf 4,9 %, obwohl sich das US-Wachstum auf Basis vorläufiger Daten von 2,9 % (2006) auf rund 2,2 % im vergangenen Jahr verringert hat. Hier zeigen sich die Auswirkungen der im Sommer ausgebrochenen Immobilien- und Hypothekenmarktkrise. Der zunehmende Ausfall von Hypothekendarlehen im Subprime-Segment führte zu heftigen Turbulenzen an den Finanzmärkten. Zahlreiche Banken mussten erhebliche Wertberichtigungen auf verbrieftete Kredite vornehmen und/oder hatten zeitweise Liquiditätsengpässe. Mangels Vertrauen kürzten sich die Interbankenmarkt-Teilnehmer gegenseitig die Kreditlinien mit der Folge rasant steigender Geldmarktzinsen. Die großen Notenbanken stellten zur Abwendung einer systemischen Krise in großem Umfang zusätzliche Liquidität zur Verfügung. Die US-Notenbank ging noch weiter und senkte den Leitzins bis Ende Januar 2008 fünfmal um insgesamt 225 Basispunkte auf 3,0 %, um ein Übergreifen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft abzumildern.

Eurozone und Deutschland.

In der Eurozone hat die EZB nach den Zinserhöhungen im ersten Halbjahr eine ursprünglich für September avisierte weitere Straffung ausgesetzt. Die Geldmarktverwerfungen und das hiervon ausgehende Liquiditätsrisiko für die Banken haben die EZB trotz Inflationsrisiken, anhaltend robuster Konjunktur und weiterhin stark wachsender Kreditvergabe zum Abwarten bewogen. Die Eurostärke wirkte ähnlich wie eine Zinserhöhung auf die Konjunktur. Trotz dieses Belastungsfaktors und des seit dem Sommer stark gestiegenen Rohölpreises dürfte das BIP im Euroraum 2007 dennoch deutlich um 2,7 % gewachsen sein.

In Deutschland startete die Wirtschaft aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung verhalten ins Jahr, doch die positive Grundtendenz blieb erhalten. Die hohe Investitionsleistung und die unverändert starken deutschen Exporte waren hierfür wichtige Stützen. Im Jahresdurchschnitt lag der monatliche Exportüberschuss stabil bei 16,5 Mrd. EUR. Hervorzuheben sind darüber hinaus der Rückgang der Arbeitslosenzahl von saisonbereinigt 4,7 Millionen zum Jahresanfang 2006 auf 3,5 Millionen im Dezember 2007 und der damit einhergehende Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung um 545 000 Personen im Zwölfmonatszeitraum bis November. Nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamts hat das BIP im Jahr 2007 um 2,5 % zugelegt.

Rentenmärkte.

An den internationalen Rentenmärkten verlief die Entwicklung 2007 zweigeteilt. Während bis zur Jahresmitte die Kapitalmarktrenditen unter dem Eindruck guter Konjunkturdaten sowie steigender Leitzinsen in vielen Volkswirtschaften angestiegen waren, setzte anschließend ein deutlicher Renditerückgang ein. Dieser war mit rund 160 Basispunkten besonders ausgeprägt in den USA, während die Entwicklung im Euroraum wesentlich verhaltener war. Die Renditen 10-jähriger Bundesanleihen fielen im Spannungsfeld zwischen der zu einer weiteren Zinserhöhung neigenden EZB und fallenden Renditen jenseits des Atlantiks um etwa 70 Basispunkte.

Devisenmärkte.

Der Devisenmarkt stand 2007 im Zeichen der Dollarschwäche. Gegenüber dem Euro musste der US-Dollar Verluste von rund 10 % hinnehmen. Signale der EZB, trotz der Finanzmarkturbulenzen am Zinserhöhungskurs festzuhalten, sowie ständig neue Abschreibungserfordernisse bei US-Banken führten den Euro im November auf ein Allzeithoch von fast 1,50 US-Dollar. Wesentliche Triebfedern dieser Abwertung zum Euro waren die Einengung der Zinsdifferenz zwischen den beiden Währungen sowie die am Markt antizipierten höheren Euro-Leitzinsen im Vergleich zum US-Dollar. Darüber hinaus kam der US-Dollar ab der Jahresmitte in Verbindung mit der zunehmenden Risikoaversion auch gegenüber dem japanischen Yen unter Druck. Er wertete von etwa 123 Yen auf unter 110 Yen ab. Auch gegenüber dem Euro wurde damit die seit Jahren bestehende Abwertungstendenz korrigiert. Von 169 Yen pro Euro in der Spitze legte die japanische Währung auf 163 Yen pro Euro zum Jahresende zu. Trotz der zunächst noch zunehmenden Zinsdifferenz kam das britische Pfund gegenüber dem Euro erst im Spätsommer mit dem Übergreifen der Finanzmarktkrise auf Großbritannien unter Druck. Die steigende Bedeutung des deutschen Außenhandels mit China wird infolge der Bindung des Renminbi an den US-Dollar und der dadurch hervorgerufenen Abwertung gegenüber dem Euro auf eine harte Belastungsprobe gestellt.

Aktienmärkte.

Das Jahr 2007 zeigte sich auch an den Börsen zweigeteilt: Bis in den Sommer hinein waren die Aktienmärkte auf Haussekurs, und der DAX erreichte Mitte Juli ein Allzeithoch bei 8 151 Index-Punkten. Die Aufwärtsbewegung wurde im Gegensatz zur Entwicklung im Jahr 2000 nicht von naiven Wachstums-erwartungen getrieben, sondern von der Dynamik der Unternehmensgewinne. Noch markanter war die Hausse in den Emerging Markets, wobei chinesische Aktien mit einer glatten Verdoppelung wie schon im Vorjahr die Spitze markierten. Ab dem Sommer brachte die Eskalation der Subprime-Krise das optimistische Börsenweltbild jedoch ins Wanken. Vor allem Bankaktien fielen deutlich unter ihre Jahresanfangsstände. So gelang es dem DAX nicht, die Marke von 8 000 Punkten nachhaltig zu über-

winden. Die Zinssenkungen der Fed brachten zwar Entspannung, aber im Gegenzug belastete die lange ignorierte Dollarschwäche. Die Gewinner des Jahres waren die Industriebranchen. Die deutsche Exportindustrie profitierte mit ihrer wieder gewonnenen Wettbewerbsfähigkeit überproportional von der starken Konjunktur in Ostasien und den Rohstoffländern.

Entwicklung der Kreditwirtschaft.

Die Geschäftsentwicklung der Kreditwirtschaft verlief 2007 zweigeteilt. In der ersten Jahreshälfte verließen ein freundliches Marktumfeld und eine positive konjunkturelle Entwicklung in Deutschland ein gutes Geschäftsjahr. Die zweite Jahreshälfte war von den Folgen der Finanzmarkturbulenzen überschattet. Diese Entwicklung hat sich in der zweiten Jahreshälfte bei den Kreditinstituten weltweit in einem Rückgang kapitalmarktnaher Erträge und einem Anstieg der Wertberichtigungen für Kursverluste bei Wertpapierbeständen niedergeschlagen.

Die Entwicklung auf dem amerikanischen Subprime-Markt löste eine Vertrauens- und Liquiditätskrise im internationalen Finanzsystem aus. So mussten die großen angelsächsischen Geschäftsbanken Abschreibungen in Milliardenhöhe vornehmen. In Deutschland traf die Liquiditätskrise insbesondere die IKB und die Landesbank Sachsen Girozentrale, die in vergleichsweise hohem Maß in außerbilanziellen Verbriefungsgesellschaften engagiert waren. Die deutsche Kreditwirtschaft im Allgemeinen und die LBBW sowie die öffentlich-rechtlichen Institute im Besonderen zeigten durch umfassende Stützungsmaßnahmen ihre Bereitschaft, den deutschen Finanzplatz zu festigen.

Strukturell gab es am deutschen Bankenmarkt 2007 nur wenige Veränderungen. Der Konsolidierungstrend hin zu einer abnehmenden Zahl von Kreditinstituten hat sich fortgesetzt. Am Markt kennzeichneten weiter hohe Wettbewerbsintensität und ein starker Margendruck das Geschäft mit Privat- und Unternehmenskunden.

Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr.

Nicht nur die Verwerfungen an den internationalen Finanzmärkten haben 2007 die Diskussion über die Strukturen der deutschen Landesbanken und die Möglichkeiten einer weiteren Konsolidierung der Landesbankenlandschaft erneut aufleben lassen. Die LBBW war als größte deutsche Landesbank Teil vieler solcher Überlegungen.

Realisiert wurde am 26./27. August 2007 der Abschluss einer Grundlagenvereinbarung zum Erwerb der Landesbank Sachsen Aktiengesellschaft (Sachsen LB) durch die LBBW. Diese Entscheidung markiert eine weitere Ausweitung der Kerngeschäftsgebiete des LBBW-Konzerns. Mit der Übernahme und Integration der Sachsen LB wird die Geschäftsbasis des Konzerns weiter an Breite gewinnen. Darüber hinaus vergrößern sich die Möglichkeiten des Konzerns, aus Sachsen heraus in den dynamisch wachsenden osteuropäischen Regionen zu expandieren.

Zukauf im Factoringgeschäft.

Das Factoring-Geschäft des Konzerns wurde 2007 durch den Erwerb der R-Proceto-Factoring GmbH gestärkt. Mit der bisherigen Tochter SüdFactoring und der R-Proceto-Factoring an den Standorten Stuttgart und Mainz-Kastel gehört der LBBW-Konzern nun zu den fünf größten deutschen Factoring-anbietern.

Erweiterung der Auslandsaktivitäten.

Im Ausland wurde das Dienstleistungsangebot auf dem US-Finanzmarkt mit der neuen Tochter LBBW Securities, LLC ausgebaut, die ihren operativen Sitz in New York hat. Sie erhielt im Jahr 2007 ihre Broker-Dealer-Lizenz. Ferner wurde das internationale LBBW-Netzwerk um eine Repräsentanz in Indonesiens Hauptstadt Jakarta erweitert. Im Oktober wurde der Mietvertrag für das neue German Centre Delhi.Gurgaon paraphiert. Das German Centre, im Industriegürtel der indischen Hauptstadt Delhi gelegen, wird gemeinsam von der LBBW und der BayernLB betrieben und im Herbst 2008 seine Pforten öffnen.

Verbesserung der Konzernstrukturen.

Neben dem Ausbau des Konzerns hat die Verbesserung der internen Strukturen und der Zusammenarbeit im Konzern einen anhaltend hohen Stellenwert. So wurde 2007 in der LBBW das Risikocontrolling über alle Risikoarten hinweg für den Konzern in einer Einheit gebündelt. Zudem wurden die Strukturen im Kapitalmarktgeschäft weiter optimiert. Mit der zusätzlichen Bestellung von LBBW-Vorstandsmitglied Hans-Joachim Strüder zum Vorstandsmitglied der LRP (seit 1. Juli 2007) wurde eine konzerneinheitliche Leitung im Kapitalmarktgeschäft geschaffen. Die Research-Bereiche beider Häuser wurden bereits zum 1. Januar 2007 bei der LBBW zusammengeführt.

Geschäftsentwicklung des LBBW-Konzerns.

Gewinn- und Verlustrechnung des LBBW-Konzerns	2007	2006	Veränderung 2007/2006	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
1. Zinsergebnis	2 127	2 185	- 58	- 2,7
2. Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 186	- 163	- 23	14,1
3. Provisionsergebnis	584	500	84	16,8
4. Handelsergebnis ¹⁾	- 615	190	- 805	---
5. Sonstiges betriebliches Ergebnis ²⁾	202	125	77	61,6
6. Summe operativer Erträge (nach Kreditrisikovorsorge)	2 112	2 837	- 725	- 25,6
7. Verwaltungsaufwendungen	- 1 650	- 1 542	- 108	7,0
8. Finanzanlageergebnis	- 124	- 3	- 121	---
9. At Equity- und EAV-Ergebnis	9	0	9	---
10. Konzernergebnis vor Steuern	347	1 292	- 945	- 73,1
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 36	- 361	325	- 90,0
12. Konzernjahresüberschuss	311	931	- 620	- 66,6

¹⁾ Dieser Posten umfasst neben dem Handelsergebnis i. e. S. zusätzlich das Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option sowie das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen.

²⁾ Neben den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen wird in diesem Posten zusätzlich das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ausgewiesen.

Die Ergebnisbeiträge des dritten und vierten Quartals des Geschäftsjahres 2007 waren – insbesondere für die Kreditwirtschaft – deutlich geprägt von den aus der Krise am US-Immobilienmarkt resultierenden Marktverwerfungen. Die hierfür verantwortliche und derzeitig an den Finanzmärkten unverändert beobachtbare Vertrauenskrise dürfte voraussichtlich zumindest bis zur Jahresmitte des Geschäftsjahres 2008 weiter fortbestehen.

Vor dem Hintergrund dieser Einschätzung stellt die Ertragslage des LBBW-Konzerns zum 31. Dezember 2007 eine von Periodenverwerfungen geprägte Momentaufnahme dar. Insgesamt mündeten die Marktverwerfungen im LBBW-Konzern im Zuge der Stichtagsbewertung der strukturierten Wertpapierbestände in deutlich negative Bewertungsergebnisse. Mit den beobachtbaren Preisschwankungen dieser mit durchweg guter Bonität ausgestatteter Finanzinstrumente geht allerdings kein erhöhtes Ausfallrisiko für den LBBW-Konzern einher. Die vorgenommenen Wertkorrekturen stellen vielmehr eine mittelbare Folge des von der Finanzmarktkrise ausgelösten Abwärtssogs dar. Die solide Kapitalausstattung versetzt den LBBW-Konzern in die Lage, die im Bestand befindlichen Finanzanlagen bis zur Endfälligkeit zu halten. Es wird erwartet, dass die in 2007 belastend wirkenden Ergebniseinbußen in den folgenden Jahren bei einer Normalisierung der Lage an den Finanzmärkten zu Ergebnissteigerungen führen werden.

Folgen der Finanzmarktkrise für den LBBW-Konzernabschluss

Die Verarbeitung der Finanzmarktkrise betraf aus Produktsicht im Wesentlichen Fair-Value-Rückgänge bei Collateralized Debt Obligations (CDO), Asset Backed Securities (ABS), Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS), Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) sowie Commercial Papers (CP). Das Portfolio der erworbenen Verbriefungsprodukte belief sich im LBBW-Konzern zum Geschäftsjahresende 2007 insgesamt auf 18,1 Mrd. EUR. Mit der Konsolidierung von insgesamt sieben Zweckgesellschaften wurden alle wesentlichen Risiken aus derartigen Einheiten im Konzernabschluss abgebildet. Eine Aufgliederung des Kreditderivatebestandes kann der unter Note 90 des Finanzberichtes ausgewiesenen Derivatestatistik entnommen werden.

Insgesamt belief sich die Ergebnisbelastung aus der Finanzmarktkrise auf – 456 Mio. EUR, wovon – 258 Mio. EUR auf Marktwertrückgänge von dem Handelsbestand zugeordneten Finanzinstrumenten entfielen. Ein weiterer Teilbetrag von – 198 Mio. EUR betraf Wertminderungen von »Available for Sale (AfS)«-kategorisierten strukturierten Wertpapieren, die aufgrund einer angenommenen dauerhaften Wertminderung im Posten Finanzanlageergebnis auszuweisen waren.

Zusätzlich waren aus den Folgen der Finanzmarktkrise weitere Marktwertrückgänge der AfS-kategorisierten strukturierten Wertpapiere in Höhe von – 631 Mio. EUR eigenkapitalmindernd in der Neubewertungsrücklage zu berücksichtigen.

Ertragsentwicklung nur punktuell von Finanzmarktkrise beeinflusst.

Der LBBW-Konzern konnte sich, bei einem Wertpapierbestand von 123 Mrd. EUR, hinsichtlich der Ertragsentwicklung des Geschäftsjahres 2007 nicht vollständig den Folgen der Finanzmarktkrise entziehen. Dabei kam es stellenweise zu einer Überlagerung der soliden operativen Ergebnisentwicklung. Insgesamt schloss das Geschäftsjahr mit einem Konzernjahresüberschuss von 311 Mio. EUR ab. Dass trotz der schwierigen Marktumfeldbedingungen eine Gewinngröße im deutlich positiven, dreistelligen Millionenbereich erzielt werden konnte, war im Wesentlichen das Resultat der breiten Ertragsdiversifizierung im LBBW-Konzern. Das Fundament für diesen Ertragsmix stellt dabei das gut ausbalancierte Geschäftsmodell des Konzerns dar.

Das Zinsergebnis wies im abgelaufenen Geschäftsjahr trotz der Wirkung ungünstiger exogener Faktoren sowie eines wettbewerbsinduzierten Margendrucks eine stabile Entwicklung auf. Es verringerte sich leicht um – 2,7% bzw. – 58 Mio. EUR auf 2 127 Mio. EUR. Dabei machten sich unter anderem die gegenüber dem Vorjahr rückläufigen Einmalerträge auf Grund vorzeitiger Refinanzierungsablösungen bemerkbar.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stieg im Vorjahresvergleich zwar um – 23 Mio. EUR an, lag jedoch mit insgesamt –186 Mio. EUR auf einem moderaten Niveau. Dies spiegelt unverändert die konservative Risikopolitik und die hohe Qualität des Kreditportfolios im LBBW-Konzern wider, die nicht unwesentlich durch den anhaltend positiven Einfluss des gesunden wirtschaftlichen Umfeldes im Kernmarkt der LBBW begünstigt wurde.

Das Provisionsgeschäft konnte nahtlos an die gute Entwicklung des Vorjahres anknüpfen. Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2006 stieg das Provisionsergebnis um 16,8% bzw. 84 Mio. EUR auf 584 Mio. EUR an. Geprägt wurde diese positive Entwicklung insbesondere durch die Zunahme der Provisionen aus dem Kredit- und Avalgeschäft bzw. dem Auslandsgeschäft. Diese wuchsen mit einem Plus von 82,1 % oder 64 Mio. EUR bzw. 19,5 % oder 7 Mio. EUR.

Die aus den beobachtbaren Marktverwerfungen im Finanzmarktumfeld resultierenden negativen Bewertungsergebnisse trafen – bezogen auf die Gewinn- und Verlustrechnung – schwerpunktmäßig das Handelsergebnis. Dabei resultieren diese Fair-Value-Rückgänge zum Stichtag mit –258 Mio. EUR primär aus der Abbildung der auf strukturierte Wertpapiere entfallenden Spreadausweitungen. Weiterhin wirkten in dieser Ergebnisposition mit –387 Mio. EUR Bewertungskorrekturen für Kreditausfallversicherungen (CDS), die sich zu einem großen Teil auf Bank- und Staatsadressen guter Bonität beziehen. Im Wesentlichen verminderten sich hieraus die – im Geschäftsjahr 2007 insgesamt negativen – Unterpositionen Handelsergebnis i. e. S. sowie Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option um insgesamt –843 Mio. EUR auf –591 Mio. EUR.

Das sonstige betriebliche Ergebnis überstieg – mit einem Zuwachs von 61,6% bzw. 77 Mio. EUR – deutlich den Vergleichswert des Vorjahres. Ein bedeutender Anteil dieser Position entfiel auf das Immobiliengeschäft, das im LBBW-Konzern damit unverändert eine nennenswerte Ertragsquelle darstellt.

Die Entwicklung der einzelnen Ertragsquellen des LBBW-Konzerns zeigte, dass es trotz der Auswirkungen eines turbulenten Finanzmarktumfeldes nur zu punktuellen Ergebnisabschwächungen bei einigen Ergebnispositionen kam. Insgesamt erwirtschaftete der LBBW-Konzern auch im Geschäftsjahr 2007 operative Erträge (nach Kreditrisikovorsorge) von 2,1 Mrd. EUR.

Kostenentwicklung trotz Zusatzbelastung unverändert moderat.

Die Verwaltungsaufwendungen stiegen um 7,0% bzw. –108 Mio. EUR auf –1 650 Mio. EUR. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war – bei leicht rückläufigem Abschreibungsaufwand – primär eine Erhöhung der anderen Verwaltungsaufwendungen gegenüber dem Vorjahr um –86 Mio. EUR. Neben Vorlaufkosten für initiierte Strategie- und Wachstumsprojekte wirkten sich hier die in Mehrjahres-

projekten beinhalteten Vorbereitungen auf regulatorische Anforderungen (insbesondere Basel II/SolvV oder die ab dem Geschäftsjahr 2007 anstehende Offenlegung des Konzernabschlusses nach den International Financial Reporting Standards [IFRS]) kostentreibend aus.

Der laufende Personalaufwand des Konzerns verzeichnete im Geschäftsjahr 2007 einen moderaten Anstieg, der mit – 33 Mio. EUR deutlich unter dem Zuwachs der anderen Verwaltungsaufwendungen lag. Ursächlich für den Personalaufwandsanstieg waren im Wesentlichen die mit den angestoßenen Strategie- und Wachstumsprojekten einhergehenden Investitionen in Personalressourcen, die stichtagsbetrachtet in einem Anstieg der Konzernmitarbeiterzahl um 304 Mitarbeiter mündeten. Entlastend wirkte auf den Personalaufwand hingegen im Wesentlichen die aus der Berücksichtigung des RV-Altersgrenzenanpassungsgesetzes resultierende Streckung des Verpflichtungsumfangs aufgrund verlängerter Laufzeiten. Dies führte im Ergebnis zu einer Minderdotierung der Pensionsrückstellungen im Geschäftsjahr 2007. Des Weiteren reduzierte sich diese Aufwandsart im Vorjahresvergleich durch die bereits im Geschäftsjahr 2006 aufwandswirksam vollständig berücksichtigte Tarifierhöhung für das Jahr 2007.

Bedingt durch den periodenbezogenen, primär auf das Einsetzen der Finanzmarktkrise sowie die beobachtbaren CDS-Spreadausweitungen zurückzuführenden Ertragsrückgang stieg die Cost-Income-Ratio (CIR) im Vorjahresvergleich deutlich von 51,4 % auf 71,8 % an. Nach einer Bereinigung der Kennzahl um diese beiden Sondereffekte weist der LBBW-Konzern jedoch – mit einer CIR von leicht über 50 % – unverändert eine wettbewerbsfähige Position unter den deutschen Kreditinstituten auf.

Das Finanzanlageergebnis zeigte in 2007 einen Nettoaufwandszuwachs und lag damit bei –124 Mio. EUR. Dieser Posten beinhaltet im Wesentlichen die auf AfS-kategorisierten strukturierten Wertpapieren vorgenommene Wertminderungen (Impairments) in Höhe von –198 Mio. EUR, die aufgrund angenommener dauerhafter Wertminderung in der Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisen waren. Gegenläufig wirkten sich in dieser Position im Wesentlichen Erlöse aus der Veräußerung von AfS-Beteiligungen in Höhe von 108 Mio. EUR aus.

Konzernergebnis im dreistelligen Millionenbereich.

Die Entwicklung des Konzernergebnisses stand im abgelaufenen Geschäftsjahr im Zeichen der an den Geld- und Kapitalmärkten beobachteten Verwerfungen. Der spürbaren Verminderung des Handels- sowie des Finanzanlageergebnisses konnte sich in der Folge die Entwicklung des Konzernergebnisses nicht entziehen. Die Aggregation der Ergebnissäulen des LBBW-Konzerns führte – bei für die Bankenbranche ungewöhnlich schwierigen Umfeldbedingungen – mit 347 Mio. EUR bzw. – 73,1 % jedoch zu einem Vorsteuerergebnis im dreistelligen Millionenbereich.

Die verabschiedete Unternehmenssteuerreform führt u. a. im Ergebnis für den LBBW-Konzern aufgrund eines sinkenden Konzernsteuersatzes ab 2008 zu einer Reduzierung der Steuerbelastung. Dieser nicht zahlungswirksame Einmaleffekt wirkte sich in 2007 positiv auf das Ergebnis aus der Berücksichtigung latenter Steuern aus. Zusätzlich führten die skizzierten Ertragsrückgänge zu einem geringeren laufenden Steueraufwand, sodass der Konzernjahresüberschuss 311 Mio. EUR (–66,6 %) betrug.

Vermögens- und Finanzlage.

Geschäftsvolumen.

Das Geschäftsvolumen (Konzernbilanzsumme einschließlich als außerbilanzielle Geschäfte geführte Bürgschafts- und Gewährleistungsverpflichtungen sowie unwiderrufliche Kreditzusagen) verzeichnete im LBBW-Konzern im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 6,7 % bzw. 30 Mrd. EUR auf 477 Mrd. EUR. Diese Entwicklung war nahezu ausschließlich auf ein Wachstum der bilanziellen Größen zurückzuführen. Dieses lag im selben Zeitraum bei 6,3 % bzw. 26 Mrd. EUR, sodass zum Stichtag 31. Dezember 2007 eine Konzernbilanzsumme von 443 Mrd. EUR erreicht wurde.

Auch das Nominalvolumen der derivativen Geschäfte lag nach einem Anstieg von 292 Mrd. EUR zum Geschäftsjahresende 2007 mit 1 933 Mrd. EUR über dem Niveau des Vorjahres. Dabei resultierte der Zuwachs nahezu ausschließlich aus einer Geschäftsausweitung mit zinsbezogenen Derivaten.

Das gesamte Derivatevolumen entsprach zum Geschäftsjahresende auf Nominalwertbasis einem Anteil an der Konzernbilanzsumme von 435,9 %. Das Derivatevolumen beinhaltet jedoch weitgehend geschlossene Positionen aus gegenläufigen Derivaten bzw. innerhalb der vorgegebenen Risikolimits liegende offene Positionen aus Handels-Portfolien. Die Zuordnung zu den Eigenhandelsgeschäften erfolgt dabei nach den vom Vorstand vorgegebenen Regelungen.

Aktivgeschäft.

Die Forderungen an Kreditinstitute reduzierten sich im Geschäftsjahr 2007 deutlich. So sank der Posten um – 4,6 % bzw. – 7 Mrd. EUR auf 144 Mrd. EUR. Die Entwicklung der Forderungen an Kunden wies eine gegenläufige Entwicklung auf. So wuchsen die Kundenforderungen um 20,6 % bzw. 25 Mrd. EUR auf 146 Mrd. EUR. Ursächlich für diese Steigerung war im Wesentlichen die Ausweitung der Repo-Geschäfte im Zusammenhang mit der Sicherstellung der Liquidität der Sachsen LB Conduits. Insgesamt weist das Portfolio der Kundenkreditforderungen eine ausgewogene Zusammensetzung auf. Aufgliederungen des Forderungsbestandes finden sich im Abschnitt Kreditrisiken des Risikolageberichtes.

Das gesamte Kreditvolumen des LBBW-Konzerns belief sich zum 31. Dezember 2007 auf 324 Mrd. EUR, was einem Zuwachs von 7,2 % bzw. 22 Mrd. EUR gegenüber dem Vorjahresstichtag gleichkam. Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus einem Zuwachs bei den Forderungen an Kunden. Definitorisch umfasst das Kreditvolumen neben den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden auch die als außerbilanzielle Geschäfte geführten Bürgschafts- und Gewährleistungsverpflichtungen sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen.

Einen beachtlichen Sprung verzeichnete die Entwicklung des Volumens der Handelsaktiva, das um 24,5 % bzw. 10 Mrd. EUR auf 51 Mrd. EUR zulegte. Die Steigerung entfällt im Wesentlichen auf den deutlichen Anstieg der Geldmarktpapiere (Commercial Papers) um 8 Mrd. EUR. Ein leichter Bestandsrückgang um – 3,8 % bzw. – 3 Mrd. EUR auf 88 Mrd. EUR ergab sich hingegen für die Finanzanlagen des LBBW-Konzerns, die mit 98,6 % nahezu ausschließlich als »AfS« klassifiziert sind.

Refinanzierung.

Die LBBW strebt eine ausgewogene Refinanzierungsstruktur mit minimierten Liquiditätsrisiken an. Daher erfolgt die Refinanzierung im Wesentlichen aus drei verschiedenen Quellen, die je nach Entwicklung des Geld- und Kapitalmarktes unterschiedlich stark genutzt werden. Dies waren im abgelaufenen Berichtsjahr zum einen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie verbriefte Verbindlichkeiten, die Ende 2007 mit 157 Mrd. EUR bzw. 127 Mrd. EUR dotierten.

Während die verbrieften Verbindlichkeiten das Vorjahresniveau erreichten, schlug sich in der deutlichen Ausweitung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 10,8 % bzw. 15 Mrd. EUR insbesondere die Refinanzierung des Volumenzuwachses der Wertpapierbestände der Aktivseite nieder. Zum anderen stellen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden die dritte Säule der Refinanzierung des LBBW-Konzerns dar. Diese erreichten zum Jahresende mit einem ebenfalls spürbaren Anstieg um 12,9 % bzw. 11 Mrd. EUR insgesamt 96 Mrd. EUR.

Die LBBW emittierte auf dem deutschen Kapitalmarkt neben ungesicherten Schuldverschreibungen auch Hypothekenpfandbriefe und öffentliche Pfandbriefe, die zusammen im Posten verbrieft Verbindlichkeiten ausgewiesen sind. Die Zielgruppen bei den direkten Platzierungen waren insbesondere Versicherungen, Pensions- und Investmentfonds, andere Banken und Sparkassen sowie Privatkunden. Daneben wurden auch an den internationalen Kapitalmärkten Schuldverschreibungen begeben.

In Stuttgart, London, Singapur und New York wurden unter einem 50 Mrd. EUR EMTN Programm, einem 20 Mrd. EUR EUR-Commercial Paper und EUR-Certificate of Deposit Programm sowie einem 5 Mrd. AUD MTN Programm Schuldverschreibungen emittiert. Zwei weitere Emissionsprogramme existieren für den US-Markt für MTN (15 Mrd. USD) sowie Commercial Papers (10 Mrd. USD). Im Jahr 2007 wurde zusätzlich ein Volumen von 6,6 Mrd. EUR, 4,0 Mrd. JPY sowie 0,15 Mrd. CHF an Pfandbriefen unter dem 50 Mrd. EUR EMTN Programm begeben. Darüber hinaus wurden in Stuttgart Schuldverschreibungen unter einem Angebotsprogramm zur Begebung von Standardschuldverschreibungen und derivativen Schuldverschreibungen emittiert.

Das Emissionsvolumen der LBBW-Bank belief sich am Ende des Berichtsjahres auf insgesamt 150,0 Mrd. EUR, was einem Zuwachs von 2,7 % bzw. 3,9 Mrd. EUR im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Der Erstabsatz erreichte 2007 ein Volumen von 119,5 Mrd. EUR, was gegenüber dem Geschäftsjahr 2006 einen leichten Rückgang um 1,1 % bzw. 1,4 Mrd. EUR gleichkommt. Mit einem Anteil von 36,1 % lag der Verkauf von Fremdwährungsemissionen unter dem der EUR-Emissionen. Der Anteil der Fremdwährungsemissionen am gesamten Emissionsvolumen lag 2007 bei 28,8 %, während er im Vorjahr noch 52,4 % betrug. Der Rückgang der Fremdwährungsemissionen resultiert überwiegend aus der Abnahme der Refinanzierung bei den Niederlassungen London (- 6,7 Mrd. EUR) und New York (- 26,0 Mrd. EUR).

Die LRP ist ebenfalls auf dem deutschen und internationalen Kapitalmarkt aktiv. International emittierte das Institut aus einem 25 Mrd. USD Debt Issuance Programm. Das gesamte Emissionsvolumen am Kapitalmarkt lag 2007 bei 5,6 Mrd. EUR, während es im Vorjahr noch 2,4 Mrd. EUR betrug.

Konzernkapital.

Das Konzernkapital (Konzerneigenkapital ohne Bilanzgewinn einschließlich Hybridkapital, nachrangiger Verbindlichkeiten und Genussrechtskapital) betrug zum 31. Dezember 2007 21,6 Mrd. EUR, während ein Jahr zuvor 20,3 Mrd. EUR auszuweisen waren. Der Anstieg resultierte vorwiegend aus der Einstellung in die Gewinnrücklagen aus dem Bilanzgewinn 2006 in Höhe von 0,9 Mrd. EUR sowie aus einer Steigerung der nachrangigen Verbindlichkeiten um 0,8 Mrd. EUR. Konzernkapitalmindernd wirkte hingegen ein Rückgang der Neubewertungsrücklage um –0,3 Mrd. EUR auf 0,7 Mrd. EUR, der im Wesentlichen im Zusammenhang mit erfolgsneutral zu behandelnden Wertrückgängen der AfS-Wertpapierbestände stand. Diese Marktwetrückgänge wurden jedoch abgemildert durch Marktwertzuwächse aus der Stichtagsbewertung der AfS-Beteiligungen sowie einen positiven Nettoeffekt aus der Berücksichtigung von Steuerlatenzen.

Mitarbeiter.

Die weitere Konzernkonsolidierung prägte 2007 die Arbeit des LBBW-Personalbereichs. Wesentliche Meilensteine waren die erfolgreiche Integration der BW-Bank und die Neupositionierung des Konzerns, verbunden mit der Schaffung verbesserter Strukturen sowie dem strategischen Geschäftsfeldausbau von LBBW und BW-Bank. Dabei ging die Harmonisierung der Arbeitsbedingungen im Konzern gut voran. Die wesentlichen derzeit in der LBBW-Bank geltenden Dienstvereinbarungen wurden bereits auf die BW Immobilien GmbH und die Beteiligungsmanagementgesellschaft mbH übertragen. Die Baden-Württembergische Equity GmbH (BWEquity), SüdFactoring und SüdLeasing sind die nächsten Tochtergesellschaften, welche die Regelwerke übernehmen werden. Diese Harmonisierung trägt auch dazu bei, den konzernweiten Arbeitsmarkt noch attraktiver zu gestalten.

Der Stärkung und Beschleunigung des internen Arbeitsmarktes wurde 2007 besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Fast 1 300 interne Stellenausschreibungen bedeuten einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 60 %. Die Bedeutung des internen Arbeitsmarktes für die Personalplanungen im Konzern wird weiter zunehmen. Hierfür sprechen der demografische Wandel ebenso wie die wachsende Notwendigkeit, den Konzern schneller an wechselnde Marktgegebenheiten anzupassen. Ein weiterer Fokus lag auf der Entwicklung von Instrumenten für eine zukunftsorientierte Personalarbeit. Unter anderem wurde ein neues Bonusvergabesystem eingeführt und die Nachfolge- und Potenzialplanung sowie die Change-Management-Begleitung intensiviert.

Die Mitarbeiterzahl im Konzern ist von 11 999 Beschäftigten am 31. Dezember 2006 um 304 (+ 2,5 %) auf 12 303 Beschäftigte zum 31. Dezember 2007 gestiegen. Dabei sind Frauen mit einem Anteil von 51,0 % knapp in der Mehrheit. Die Quote der Teilzeitarbeitsverhältnisse einschließlich Altersteilzeit lag im Konzern bei 18,9 % (Vorjahr: 19,0 %). Die LBBW-Bank zählte zum Jahresende 9 322 Mitarbeiter. Dies bedeutet einen Aufbau von 112 Stellen (+ 1,2 %) gegenüber dem Vorjahreswert von 9 210.

Personalwirtschaftliches Konzept der sanften Maßnahmen.

Der LBBW ist es gelungen, die personalwirtschaftlichen Synergien aus der Integration der BW-Bank ohne betriebsbedingte Kündigungen zu realisieren. Dazu wurde ein vielfältiger, konzernübergreifender Maßnahmenkatalog entwickelt. Dieser beinhaltet neben der Intensivierung des internen Arbeitsmarktes auch Angebote zur Personalentwicklung und Weiterqualifizierung sowie Vorruhestands- und Altersteilzeitmaßnahmen.

Change-Management im Integrationsprozess.

Der zur professionellen Begleitung der Führungskräfte entwickelte Change-Management-Prozess zur Integration der BW-Bank wurde 2007 mit Integrations-Workshops für die zweite und dritte Führungsebene fortgesetzt. Bis Jahresende wurden rund 260 Einzelmaßnahmen durchgeführt. Auch im laufenden Geschäftsjahr sind zahlreiche von der hausinternen Managementberatung begleitete Workshops sowie individuelle Beratungsgespräche mit Führungskräften vorgesehen.

Ausbildung und Personalentwicklung.

Traineeprogramme.

Die Rekrutierung und zielgerichtete Ausbildung von Hochschulabsolventen im Rahmen von Traineeprogrammen war weiterhin eine wichtige Säule der strategischen Nachwuchsentwicklung. Dies wird an den um 20,8 % gestiegenen Einstellungen (insgesamt 87) deutlich. Den jungen Akademikern eröffnet die LBBW in allen Bankbereichen vielfältige Perspektiven. Schwerpunktmäßig wurden Trainees in den Bereichen Financial Markets, dem Privat- und Anlagekundengeschäft sowie dem Unternehmenskundengeschäft eingestellt. Zum 31. Dezember 2007 waren in der LBBW-Bank 147 Hochschulabsolventen in Traineeprogrammen tätig.

Ausbildung.

Die Ausbildung von Bank-Nachwuchsfachkräften bei der LBBW genießt auch über Baden-Württemberg hinaus einen erstklassigen Ruf. Im Jahr 2007 wurden 7,5 % mehr Auszubildende eingestellt als im Vorjahr. Am 31. Dezember 2007 waren im Konzern insgesamt 638 Auszubildende beschäftigt (Vorjahr: 598). Davon absolvieren 463 eine Ausbildung als Bankkauffrau/-mann sowie in weiteren kaufmännischen und anderen Berufsbildern. 175 Berufsstarter sind als Studierende der LBBW an einer Berufsakademie eingeschrieben. Die Ausbildungsquote von 5,2 % steht für ein klares und nachhaltiges Bekenntnis des Hauses zur eigenen Ausbildung.

Personalentwicklung.

Die Personalentwicklungsmaßnahmen wurden 2007 konzernweit erneut erheblich ausgeweitet. Insgesamt wurden 17 787 Seminarbesuche (plus 58 %) absolviert. In der Kategorie Fachseminare/ bankfachliche Seminare gab es 9 819 Seminarteilnahmen. Darüber hinaus konnten sich die Vertriebsmitarbeiter im Rahmen spezieller Qualifizierungsoffensiven auf die Herausforderungen des Marktes vorbereiten; allein in den Vertriebsbereichen Privat- und Anlagekunden mit 3 605 Seminarbesuchen. Nach wie vor haben Sprachschulungen (insgesamt rund 1 100) einen unverändert hohen Stellenwert.

580 Mitarbeiter besuchten teilweise mehrsemestrige Studiengänge, um berufsqualifizierende Abschlüsse zu erreichen. Im Wesentlichen gliedern sich die Abschlüsse in bankbetriebliche und fachorientierte Studiengänge sowie Entwicklungsprogramme für gehobene Fach- und Führungsfunktionen. Für Führungskräfte stand das Bildungsprogramm Managementkompetenz im Vordergrund. Dabei erfolgte die Neukonzeption eines Betreuungsprogramms für interne Potenzialträger. Mit diesem Programm wird der Managementnachwuchs zielgerichtet und strukturiert entwickelt. Das Programm startete im Dezember 2007 mit den ersten 15 Teilnehmern.

Einführung Digitale Personalakte.

Im Zuge der weiteren Prozessoptimierung im Personalbereich wurde ab Ende 2007 die Digitale Personalakte in der LBBW zunächst für die Beschäftigten der LBBW und BW-Bank eingeführt. Damit können nicht nur beträchtliche Raum- und Archivierungskosten eingespart werden. Zusätzlich werden auch standortübergreifende, strukturierte und zeitsparende Zugriffsmöglichkeiten geschaffen.

LBBW-FlexiWertkonto.

Als eine der ersten deutschen Banken eröffnet die LBBW mit einem Zeitwertkontenmodell für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LBBW und BW-Bank die Möglichkeit, ihre Berufs- und Ruhestandsplanung flexibler zu gestalten. Das FlexiWertkonto ist ein modernes, attraktives und in dieser Form in der deutschen Finanzwirtschaft bislang einzigartiges Personalinstrument. Damit wird es möglich, trotz verlängerter Lebensarbeitszeit ohne finanzielle Einbußen früher in den Ruhestand zu treten. Die Beschäftigten haben dazu die Möglichkeit, Teile ihres Bruttogehalts separat auf diesem Konto anzusparen. Das LBBW-FlexiWertkonto finanziert dann die Phase zwischen dem selbst gewählten Zeitpunkt und dem gesetzlichen Eintritt des Rentenalters. Auch vorübergehende Auszeiten und Sabbaticals, etwa für die Weiterbildung oder die Pflege von Familienangehörigen, lassen sich so verwirklichen. Dieses Konto ergänzt das breite Spektrum verschiedener Varianten betrieblicher Altersvorsorgelösungen, die der LBBW-Konzern seinen Beschäftigten anbietet.

LBBW-Kindertagesstätte »Frechdax«.

Als wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde am Standort »Am Hauptbahnhof« in Stuttgart am 1. Februar 2007 die Kindertagesstätte »Frechdax« eröffnet. Sie bietet 25 Betreuungsplätze und fünf Gastkinderplätze an. Damit soll vor allem Frauen eine qualifizierte Weiterbeschäftigung in ihrem bisherigen Arbeitsumfeld bei der LBBW und BW-Bank ermöglicht werden. Das Konzept für die Vergabe der Kita-Plätze wurde gemeinsam mit der Personalvertretung entwickelt.

LBBW VerbesserungsProzess.

Das in der Finanzbranche seit Jahren als führend geltende Ideenmanagement der LBBW setzt gezielt auf die Innovationskraft aller Mitarbeiter. Sie tragen mit ihren Anregungen und Ideen aktiv dazu bei, dass Prozesse verbessert und Kosten eingespart werden, die Betreuung der Kunden weiter vertieft, neue erfolgreiche Produkte entstehen und Risiken minimiert werden können. 2007 reichten die Mitarbeiter über 2 500 Vorschläge ein, mit knapp einem Drittel wurde ein sehr hoher Anteil umgesetzt. Bei rund 9 500 teilnahmeberechtigten Mitarbeitern erreichte mit 26,3 % auch die Beteiligungsquote einen hohen Wert, liegt doch der Durchschnitt im Bankenvergleich bei nur rund 12 % teilnehmenden Mitarbeitern und 18 % Annahmeanteil. Insgesamt summierten sich die über den LBBW VerbesserungsProzess erzielten Einsparungen 2007 auf ein Volumen von rund 1,7 Mio. EUR.

Compliance.

Im LBBW-Konzern wird Compliance umfassend als die Beherrschung des Risikos definiert, das durch Beeinträchtigung des Geschäftsmodells, der Reputation und des Erfolgs des Konzerns durch die Nichteinhaltung von Gesetzen und Regularien, internen Standards und Vorschriften sowie durch enttäuschte Erwartungen der Eigentümer, Kunden, Mitarbeiter und Öffentlichkeit entsteht.

Um dieses Risiko zu beherrschen, wurde 2007 die operationale Neuausrichtung von Compliance in der Bank erfolgreich durchgeführt und damit begonnen, die Konzerntöchter und -niederlassungen operativ einzubeziehen (horizontale Compliance-Verantwortung) sowie das LBBW-Compliance-Management-System weiter auszubauen. Dazu werden interne Richtlinien und Grundsätze aus den rechtlichen Anforderungen abgeleitet und in interne Prozesse übertragen. Ziel ist es, eine durchgreifende Prävention zu erreichen, indem sich alle Mitarbeiter zu rechtmäßigem Verhalten bekennen und sich entsprechend verhalten, womit letztendlich Risikotransparenz erzielt wird.

Kapitalmarkt-Compliance.

Die EU-Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID) wurde vom deutschen Gesetzgeber zum 1. November 2007 durch das Finanzmarktrichtlinie-Umsetzungsgesetz (FRUG) vollzogen. Die LBBW hat die Voraussetzungen für die zeitgerechte Umsetzung der neuen Anforderungen geschaffen. Aufsichtsrechtlich zugestandene Übergangslösungen werden nur für wenige Restarbeiten genutzt. Durch die Einführung interner Grundsätze zum Interessenkonfliktmanagement werden im Sinne des Kunden potenzielle Interessenkonflikte im Wertpapiergeschäft identifiziert. Durch organisatorische Vorkehrungen wird sichergestellt, dass die angebotenen Wertpapierdienstleistungen nicht durch Interessenkonflikte beeinträchtigt werden. Sollten diese Konflikte nicht im Kundeninteresse gelöst werden können, werden sie dem Kunden offengelegt.

Der Compliance-Beauftragte des LBBW-Konzerns nahm seine Aufgaben unabhängig wahr und berichtete regelmäßig dem Vorstand. Die Beschäftigten wurden auch 2007 durch Schulungen auf das Erkennen des Insidermerkmals und das daraus resultierende Handelsverbot sensibilisiert. Über aktuelle Entwicklungen hat Kapitalmarkt-Compliance die Mitarbeiter via Intranet auf dem Laufenden gehalten.

Geldwäscheprävention.

Neue komplexe Finanzprodukte, eine hohe Innovationsgeschwindigkeit im Bereich der Kommunikations- und Informationstechnologie sowie politisch nur schwer überschaubare Entwicklungen in einigen Staaten stellen die Geldwäscheprävention und Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung vor steigende Herausforderungen. Das immer komplexere Umfeld erfordert daher eine kontinuierliche Anpassung

der Prüfungssysteme. Innovative, intelligente elektronische Systeme werden bei der LBBW ergänzt durch den Zuwachs von qualifizierten Mitarbeitern. Die weltweite Präsenz des LBBW-Konzerns erfordert darüber hinaus, dass diese hohen nationalen Standards kongruent mit den jeweiligen nationalen Vorschriften im Ausland angewendet werden und adäquate Beachtung finden.

Ein zentrales Thema 2007 war die Umsetzung der 3. EU-Geldwäscherichtlinie. Darin wird ein institut-spezifisch risikoorientierter Ansatz gefordert, der insbesondere durch eine detaillierte Analyse der Gefährdungssituation der Bank gestützt wird. Anstelle von schematischen Verfahren wird es unter Berücksichtigung neuer Trends und Typologien der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung spezifische Sorgfaltsanforderungen (Customer Due Diligence) geben. Diese orientieren sich am individuellen Risikopotenzial der Geschäftsverbindung. Als Folge unterliegen zum Beispiel so genannte »politisch exponierte Personen« verstärkten Prüfungsanforderungen und haben erhöhten Transparenz- und Integritätsanforderungen zu genügen. Diese deutlich erhöhten Anforderungen bei natürlichen Personen werden durch Legitimationspflichten von Entscheidungsträgern und wirtschaftlich Berechtigten sowie deren Beteiligungsverhältnisse bei juristischen Personen ergänzt.

Finanzsanktionen/Embargo.

Sowohl der Kundenbestand der LBBW-Bank als auch alle ein- und ausgehenden Zahlungsverkehrstransaktionen werden permanent dahingehend geprüft, ob sich die beteiligten Personen und Organisationen auf internationalen Sanktionslisten befinden. Die zugrunde liegenden Prozesse wurden 2007 optimiert, um kurzfristig auf sich ändernde gesetzliche Rahmenbedingungen reagieren zu können.

Finanzermittlungen.

Der Bereich der Kreditwirtschaft ist in zunehmendem Maß vom allgemeinen Anstieg der Wirtschaftskriminalität bedroht. Hiervon sind alle Geschäftssparten betroffen, wobei der Bereich des Online-Bankings aufgrund des geringen persönlichen Täterrisikos derzeit verstärkt als Ziel krimineller Handlungen erscheint. Nach wie vor liegt ein Schwerpunkt bei der Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität in der Sensibilisierung der Mitarbeiter und der Information über Vorgehensweisen von unterschiedlichen Tätergruppen. Durch die Anpassung interner Prozesse an die erneut aktualisierten Plausibilitätsprüfungen sowie durch bauliche Veränderungen konnte eine weitere Erhöhung der Aufdeckungsrate von Überweisungsbetrügern und somit die Verhinderung von finanziellen Schäden für die Kunden und die Bank erreicht werden.

Datenschutz.

Das Datenschutz-Niveau wurde 2007 weiter erhöht. Aufgabenschwerpunkte waren die Erstellung von konkreten Handlungsempfehlungen und Hilfestellungen für die einzelnen Bereiche, umfangreich angelegte Kontrollen zur Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorschriften, die Verbesserung der technischen Infrastruktur zur Einbindung des Datenschutzes in der IT sowie die weitergehende datenschutzrechtliche Anbindung der Konzerngesellschaften. Prüfungsschwerpunkte waren eine Sicherheitskontrolle des Rechenzentrums, die datenschutzgerechte Ausgestaltung von Tele-Heimarbeitsplätzen, Regelungs- und Sicherheitsaspekte bei der Fernwartung sowie die Überprüfung der Berechtigungsgrundlagen gespeicherter Personaldaten in der neuen Digitalen Personalakte unter Berücksichtigung des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes (AGG). Ergänzend wurden Vorgaben und Regelwerke zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte von Kunden und Mitarbeitern weiterentwickelt. Dies drückt sich verstärkt in der Veröffentlichung von Hinweisen, Handlungsempfehlungen, Handbüchern, Musterverträgen und Checklisten sowie der Durchführung von Schulungen aus.

Gemeinsam mit dem IT-Bereich wurden Prozessabläufe angepasst sowie die technische Infrastruktur der Meldedatenbank erweitert. Dadurch werden die datenschutzrechtlichen Aspekte bei Projekten und IT-Aufträgen in jeder Projektphase berücksichtigt. Des Weiteren wurden Dienstleister, die für den Konzern im Kreditkartengeschäft, dem Personalwesen und dem Entsorgungsbereich tätig sind, auf geeignete technisch-organisatorische Maßnahmen zum Schutz der Kundendaten hin überprüft.

Nachhaltigkeit.

Erster Nachhaltigkeitsbericht.

Die bei der LBBW schon seit Jahren praktizierte Umweltpolitik wurde 2006 zu einer umfassenden Nachhaltigkeitspolitik ausgeweitet und darauf aufbauend wurde ein Nachhaltigkeitsmanagement entwickelt. 2007 erschien der erste Nachhaltigkeitsbericht der LBBW. Dieser bezieht sich – wie auch das gesamte Nachhaltigkeitsmanagement – grundsätzlich auf die LBBW, die BW-Bank und die 100-prozentige Tochter LBBW GastroEvent GmbH. Der Nachhaltigkeitsbericht deckt die Inhalte der bisherigen Umweltberichte ab, enthält die validierte Umwelterklärung und greift eine breite Palette weiterer Nachhaltigkeitsthemen auf. Er orientiert sich dabei an international anerkannten Kriterien.

Stakeholderdialog.

Stakeholderdialoge stellen ein wichtiges Instrument des LBBW-Nachhaltigkeitsmanagements dar. Die Auswahl bedeutender Stakeholder erfolgt im Zuge eines intensiven Themen- und Stakeholder-Checks. Die Kernaussagen der Stakeholderdialoge werden auf Relevanz für die LBBW geprüft und bei der

geplanten Anpassung der Nachhaltigkeitspolitik gegebenenfalls berücksichtigt. Im Juli 2007 trafen sich erstmals Kundenvertreter und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Rating-Agenturen zum ersten Stakeholderdialog, um über das Kreditgeschäft der LBBW zu diskutieren. Im September 2007 tauschte sich die LBBW mit acht Beschäftigten und zwei Gewerkschaftsvertretern zu zahlreichen Mitarbeiterthemen aus. Für 2008 sind weitere Stakeholderdialoge geplant.

Ratingergebnisse 2007.

Markt und Gesellschaft stellen hohe Transparenzanforderungen zum Thema Nachhaltigkeitsberichterstattung. Als Benchmark haben sich hier die Indikatoren der Global Reporting Initiative etabliert, nach denen auch die LBBW berichtet. Transparenz gilt insbesondere auch hinsichtlich der Dokumentation und der Teilnahme an Nachhaltigkeits-Ratings durch anerkannte Rating-Agenturen (SiRi Company, oekom research, vigeo group). Auftraggeber dieser Ratings sind oftmals institutionelle Anleger wie kirchliche Investoren oder Pensionsfonds, die ihre Anlageentscheidungen anhand solcher Ratings treffen.

2007 hat die LBBW beim Rating durch SiRi Company 65,6 Punkte von 100 möglichen erreicht und damit den Branchendurchschnitt von 45,1 Punkten deutlich übertroffen. Darüber hinaus wurde die LBBW von der vigeo group im April 2007 in das »Ethibel Excellence Global Register« und das »Ethibel Pioneer Global Register« aufgenommen. In diesem Register werden Unternehmen geführt, die in Bezug auf die gesellschaftliche Verantwortlichkeit deutlich überdurchschnittliche Leistungen aufweisen und zu den Besten ihres Sektors gehören. Von oekom research wurde die LBBW im April 2007 mit der Gesamtnote C (Platz 5 von 12 öffentlichen und genossenschaftlichen Banken) bewertet. Mit diesem Ergebnis liegt sie über der von oekom research festgesetzten Mindestgrenze für nachhaltige Kapitalanlagen in der Finanzdienstleistungsbranche.

Zertifizierungen.

Als international tätiger Konzern bekennt sich die LBBW zur Einhaltung relevanter Standards wie das Eco-Management and Audit Scheme (EMAS) und ISO 14001. Einmal jährlich erfolgen ein internes sowie ein externes Audit. Hier wird überprüft, ob das Umweltmanagementsystem den jeweiligen Anforderungen gerecht wird. Nach EMAS validiert sind bisher insgesamt sieben zentrale Verwaltungsgebäude. Eines dieser Gebäude ist 2007 neu in die Validierung aufgenommen worden.

Neue Beschaffungsstandards.

Um die umweltbewusste Beschaffung von Papier, Büromaterial, Möbeln, Werbeartikeln und EDV-Geräten sicherzustellen, gelten bei der LBBW seit Jahren Umweltstandards. 2007 wurden als Erweiterung der bisherigen Verfahren, die nur ökologische Aspekte berücksichtigt hatten, sämtliche Regelungen

zu einer einzigen Arbeitsanweisung zusammengeführt. Diese sieht für alle Produktkategorien auch die Bewertung sozialer Aspekte vor, die bisher nur bei der Beschaffung von Werbeartikeln vorgenommen worden waren. Die allgemeinen Nachhaltigkeitskriterien an die IT-Lieferanten bildet das Einkaufsportal im LBBW-Internetauftritt ab. Darüber hinaus werden produkt- und warengruppenspezifische Nachhaltigkeitskriterien im Rahmen von Ausschreibungen berücksichtigt.

Nachhaltigkeitsorientierte Anlageprodukte.

2007 wurde das »LBBW Nachhaltigkeitsstrategie Zertifikat« auf den Markt gebracht. Dieses Zertifikat investiert in Unternehmen, die Wettbewerbsvorteile erzielen, indem sie ökonomische, ökologische und soziale Ziele in Einklang bringen. Die Aktienausswahl erfolgt durch das LBBW-Research in Zusammenarbeit mit der oekom research.

LBBW Asset Management GmbH und BWInvest haben im Januar 2007 den Aktienfonds »LBBW Global Warming Strategie BWI« aufgelegt. Der Fonds investiert in Anbieter von Produkten oder Dienstleistungen, die der globalen Erwärmung entgegenwirken oder deren ökologische und wirtschaftliche Folgen abmildern können. Unternehmen mit nicht nachhaltigen Geschäftsstrategien werden ausgeschlossen. Beim »LBBW Nachhaltigkeitsstrategie BWI« für institutionelle Anleger werden soziale, kulturelle, ethische und ökologische Kriterien bei der Auswahl der Unternehmen berücksichtigt. Der Fonds investiert nach dem Best-in-Class-Ansatz in Unternehmen, die eine überdurchschnittliche Nachhaltigkeitsperformance aufweisen. Die strengen Anforderungen und Ausschlusskriterien werden von der oekom research geprüft und vom Wirtschaftsprüfer kontrolliert. Auf Basis der Nachhaltigkeitsstrategie werden darüber hinaus im Asset Management mehrere Spezialfonds für institutionelle Kunden betreut und angeboten. Ende 2007 verwaltete die LBBW Asset Management ein Volumen von rund 200 Mio. EUR nach SRI-Kriterien.

Nachhaltigkeit im Personalwesen.

Zwei Nachhaltigkeits-Beispiele für das Wahrnehmen von Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LBBW sind die Einrichtung der LBBW-Kindertagesstätte »Frechdax« und die Einführung des FlexiWertkonto-Angebots. Die Kindertagesstätte »Frechdax« ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das LBBW-FlexiWertkonto ist ein Zeitwertkontenmodell zur Verbesserung der Work-Life-Balance und flexibleren Gestaltung der Berufs- und Ruhestandsplanung.

Risikobericht.

Risikoorientierte Gesamtbanksteuerung.

Die durch den US-Immobilienmarkt im zweiten Halbjahr 2007 ausgelöste weltweite Vertrauenskrise an den Märkten für verbriefte Kredite zeigte einmal mehr die Notwendigkeit eines ökonomisch ausgerichteten, umfassenden Risikomanagements. Die LBBW leitet die Verpflichtung zu einem ganzheitlichen Risikomanagement und zu einem vorsichtigen Umgang mit den im Bankgeschäft vorhandenen Risiken aus der Verantwortung gegenüber Kunden, Eigentümern und Mitarbeitern ab. Darüber hinaus hat die LBBW als Bank eine gesellschaftliche Aufgabe: Banken dienen als Katalysator für das Funktionieren des Wirtschaftssystems und haben eine Schlüsselfunktion für dessen Stabilität.

Die LBBW bekennt sich daher seit Jahren zu ihrer konservativen Risikopolitik: Geschäfte dürfen ausschließlich innerhalb klar definierter Limite bzw. Kompetenzen eingegangen werden und Risiken müssen in einem sinnvollen Verhältnis zu Risikotragfähigkeit und Ertragspotenzial stehen. Geschäfte, deren Risiken als unabwägbar eingeschätzt werden, sind ausgeschlossen. Diese Leitlinien stellen Grundlagen der LBBW-Risikopolitik dar und geben den Rahmen der Geschäftstätigkeit vor.

Risikomanagementsystem.

Unter Risikomanagement versteht die LBBW den Einsatz eines umfassenden Instrumentariums für den Umgang mit Risiken. Dazu gehören Aufbau- und Ablauforganisation, Risikosteuerungs- und -controllingprozesse sowie die Interne Revision. Das Risikomanagementsystem ist in den zur Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategien durch Vorstand und Verwaltungsrat festgelegt. Bezugsgrößen darin sind die unternehmenspolitischen und risikostrategischen Vorgaben für das Risikomanagement. Die geschäftspolitischen Strategien sowie Ergebnisziele werden den Markt- und Marktfolgebereichen in einem kombinierten Top-Down-/Bottom-Up-Prozess vorgegeben.

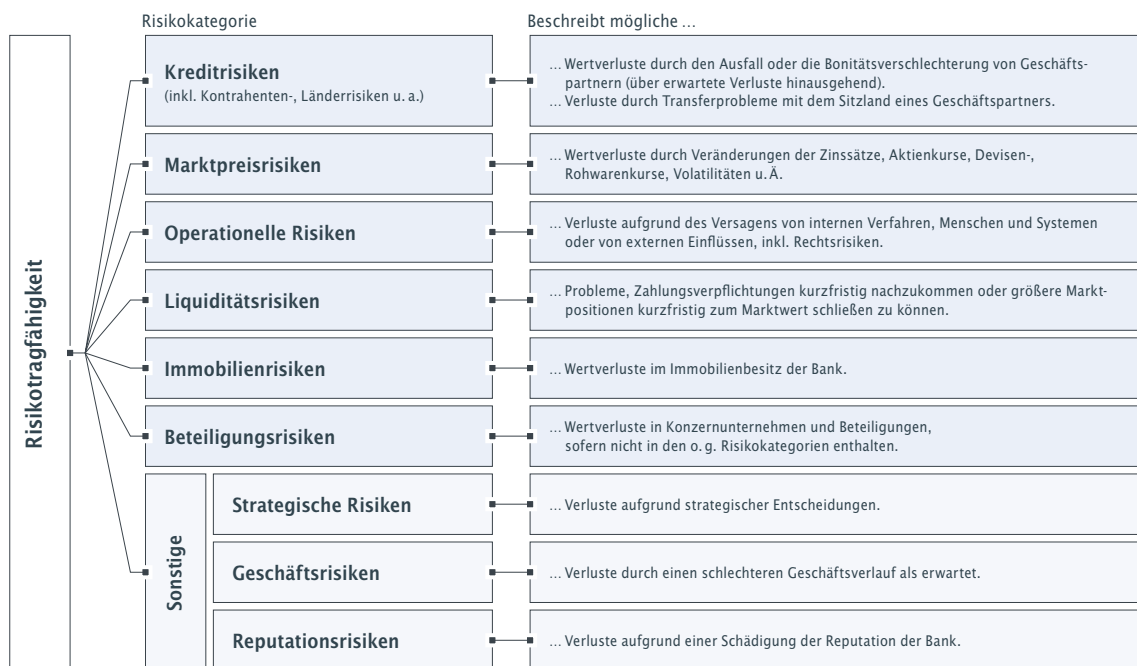
Im Finanz- und Risikocontrolling werden zunächst die Methodik zur monatlichen Berechnung der Risikodeckungsmasse und die Berechnung der verschiedenen Risiken definiert. Zur Überwachung der Risikotragfähigkeit, das heißt der Angemessenheit der betriebswirtschaftlichen Kapitalausstattung, werden monatlich konzernweit die kumulierten Risiken der Risikodeckungsmasse gegenübergestellt.

Die Risikodeckungsmasse beschreibt das Potenzial der LBBW, mögliche unerwartete Verluste aufzufangen. Sie gliedert sich in Schichten, die nach der unterschiedlichen Verfügbarkeit der enthaltenen Mittel aufgeteilt sind. Hiervon ausgehend setzt der Vorstand in Abstimmung mit dem Verwaltungsrat eine Verlustobergrenze, die ein konzernweit übergeordnetes Limit für alle derzeit quantifizierten Risiken darstellt. Die Verlustobergrenze spiegelt die maximale Bereitschaft zur Risikonahme der LBBW wider und wurde mit Bezug auf die konservative Leitlinie weit unterhalb der gesamten Risikodeckungsmasse festgelegt. Von der Verlustobergrenze werden Globallimite für die verschiedenen Risikokategorien abgeleitet. In der monatlichen Berichterstattung werden neben den Risiken im Sinne von potenziellen Verlusten auch bereits eingetretene Verluste berücksichtigt.

Zur einheitlichen Limitüberwachung und Darstellung von Risikomaßzahlen wird der ökonomische Kapitalbedarf »ökonomisches Kapital« berechnet. In Abgrenzung zum regulatorisch notwendigen Eigenkapital bezeichnet es das betriebswirtschaftlich notwendige Kapital, das mithilfe von Risikomodellen ermittelt wird. Das ökonomische Kapital wird in der LBBW als Value at Risk (VaR) auf dem hohen Konfidenzniveau 99,95 % bzw. als vergleichbares Risikomaß dargestellt. Der LBBW-Konzern hat ein umfassendes Limitsystem eingerichtet, das einheitlich auf dieser Basis alle quantifizierten Risikokategorien überwacht.

Innerhalb des beschriebenen Rahmens werden die Risikomanagemententscheidungen von den portfolioverantwortlichen Stellen bzw. Bereichen dezentral getroffen und durch das zentrale Konzernrisikocontrolling zielorientiert überwacht. Das hierzu eingerichtete Risikocontrolling- und Risikomanagementsystem erstreckt sich auf alle wesentlichen Risiken.

Überwachung der Risikotragfähigkeit



Die in der Übersicht unter »Sonstige« genannten Risikokategorien sind nicht wie die anderen Risikokategorien quantifizierbar. Die LBBW betrachtet diese aber als wesentlich und deckt sie über Risikopuffer in der Überwachung der Risikotragfähigkeit ab. Liquiditätsrisiken werden durch prozessuale Regelungen gesteuert. Das Management dieser Risiken wird weiter ausgebaut. Innerhalb des Risikopuffers werden auch über die Risikoberechnung hinausgehende Stresstestingwerte berücksichtigt.

Die Konzerngesellschaften der LBBW sind in Abhängigkeit des jeweiligen Geschäftsmodells und der Wesentlichkeit der Risiken in die konzernweiten Risikomanagementfunktionen integriert. Für einige Tochtergesellschaften bedeutet dies eine vollständige Integration in das Risikomanagement des Konzerns. Andere haben im Rahmen des Mutter-Tochter-Modells eigene Strukturen und Prozesse, aus denen heraus die Berichterstattung und Zusammenführung im Konzern erfolgt. Im Jahr 2008 wird die LRP noch enger in den LBBW-Konzern eingebunden. Dabei ist es geplant, die LRP voll in die Risikomanagement-Prozesse der LBBW zu integrieren.

Für die wesentlichen Tochtergesellschaften gilt in der Regel das Transparenzprinzip. Das bedeutet, dass die relevanten Einzel-Risikopositionen der entsprechenden Töchter vollständig in den verschiedenen Risikokategorien enthalten sind. Die weiteren Tochtergesellschaften, insbesondere Minderheitsbeteiligungen oder Beteiligungen ohne wesentliche Risiken, werden auf Basis ihres Marktwertes als Beteiligungsrisiko geführt. In der monatlichen Überwachung der konzernweiten Limite, im Quartalsbericht Kreditrisiko und im täglichen Reporting der Marktpreisrisiken und des Profit & Loss werden die Risikobeiträge der wesentlichen Tochtergesellschaften auf Konzernebene zusammengefasst. Die Geschäfte der ausländischen Niederlassungen der LBBW sind in die Prozesse der Risikoüberwachung voll integriert.

Organisation des Risikomanagements.

Der Vorstand steuert und begrenzt, unmittelbar oder über seine Ausschüsse, die Konzernrisikoposition durch die Setzung der konzernweiten Global- und Volumenlimite und mittels Einzelentscheidungen. Daneben erfolgt die Steuerung der Risiken je nach Größe und Kompetenzordnung auf verschiedenen Geschäftsebenen. Hierbei ist stets die notwendige Funktionstrennung eingehalten.

Das Risk Committee unterstützt den Vorstand bei der Überwachung der Risikotragfähigkeit und der Globallimite sowie bei der Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen (insbesondere MaRisk). Die Zuständigkeit des Risk Committee liegt neben der Überwachung des Limitsystems für alle Risiken insbesondere bei den Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken und Operationellen Risiken. Diesem monatlich tagenden Ausschuss gehören drei Vorstandsmitglieder und die Leiter der betroffenen Bereiche an.

Im Jahr 2007 wurde der Bereich Konzernrisikocontrolling neu geschaffen. Dabei wurden die vormals in verschiedenen Bereichen liegenden Abteilungen für Marktpreisrisiken und Kreditrisiken in einem Bereich zusammengefasst, um dort die Kompetenz zum Risikocontrolling über alle Risikokategorien zu bündeln. Der Bereich ist zuständig für die Auswahl bzw. die Entwicklung von geeigneten Systemen und Prozessen zur Positionsbewertung sowie zur Quantifizierung von Risiken und deren Überwachung.

Kreditrisikomanagement.

Der Rahmen zur Portfoliosteuerung für die Kreditrisiken wird durch die Kreditrisikostrategie bestimmt. Die Risikomessung basiert dabei unter anderem auf dem Credit Value at Risk, für den entsprechende Limite eingeräumt werden.

Die Portfoliosteuerung der Kreditrisiken wird durch eine nach Volumen abgestufte Kompetenzordnung zur Kreditgenehmigung realisiert. In diesem Rahmen werden die Kreditrisiken nach strukturellen Gesichtspunkten, etwa nach Rating- oder Branchenzugehörigkeit, limitiert. Länderrisiken (Transferrisiken)

sind in einem Länderlimitsystem erfasst. Die jeweiligen Länderlimite werden auf Vorschlag des Länderlimitausschusses vom Vorstand festgelegt.

Die Portfoliosteuerung der kapitalmarktfähigen Kreditpositionen liegt beim Bereich Credit Capital Markets. Mit Hilfe von Derivaten auf Kreditindizes und Portfoliotransaktionen werden systematische Risiken im Portfolio abgesichert und neue Positionen im Rahmen der Risiko-/Ertragsoptimierung eingegangen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Entwicklung von marktneutralen Strategien auf Portfolioebene, die weniger von einer bestimmten Richtung der zugrunde liegenden Kreditrisikoprämien (Spreads) abhängen. Dadurch können die Marktwertschwankungen des Kreditportfolios deutlich minimiert werden.

Für das Risikomanagement auf Einzelkreditebene sind die Marktfolgebereiche zuständig. Sie entscheiden zusammen mit den Marktbereichen auf Basis der Kreditrisikostategie sowie ihrer gestaffelten Kompetenzen und tragen damit den unterschiedlichen Risiken der Einzelengagements Rechnung. In den Markt- und Marktfolgebereichen werden die Kundenverbindungen geführt, die Kreditnehmer und Handelskontrahenten in ihrer Bonität beurteilt, Engagemententscheidungen getroffen sowie bankweit verbindliche Kreditlinien gesetzt bzw. überwacht.

Die Überwachung der Kreditrisiken und der Länderlimite auf der Basis des bankweiten Länderlimitsystems nimmt der Bereich Konzernrisikocontrolling wahr. Die hier entwickelten mathematisch-statistischen Ratingverfahren stellen das zentrale Element im Prozess der Risikobeurteilung dar. Die Ratingnote als Beurteilungsergebnis spiegelt dabei eine standardisierte Einschätzung der Bonität eines Kunden wider und beinhaltet sowohl quantitative als auch qualitative Merkmale. Die operative Überwachung der Kreditrisiken auf der Ebene der einzelnen Geschäfte ist im Wesentlichen auf die diversen zentralen bzw. regionalen Marktfolgebereiche verteilt.

Marktpreisrisikomanagement.

Die Steuerung und Überwachung der Marktpreisrisiken erfolgt auf Basis des VaR und mittels Sensitivitäten gemäß einer abgestuften Ordnung zur Portfolioverantwortung und Kompetenz zur Limitsetzung.

Den strategischen Aufbau von Marktpreisrisikopositionen im Anlagebuch hat der Vorstand an den Vorstandsausschuss Disposition delegiert. Diesem Gremium gehören zwei LBBW-Vorstandsmitglieder und ein BW-Bank-Vorstandsmitglied sowie die Leiter der betroffenen Bereiche an. Die vom Bereich Treasury erarbeiteten Vorschläge zur strategischen Positionierung werden im Rahmen der monatlich stattfindenden Sitzungen zur Entscheidung vorgelegt. Die Ergebnisse werden an den Gesamtvorstand berichtet. Die Zinsänderungsrisiken aus den Neugeschäften mit Kunden schließt der Bereich Treasury im Wesentlichen zeitnah durch Gegengeschäfte.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken im Handelsbuch ist Aufgabe der Handelsbereiche. In den Handelsbereichen sind entsprechend den jeweiligen Produktzuständigkeiten die Trading- und Sales-Einheiten der Bank zusammengefasst:

- Die Aufgabe der Sales-Einheiten liegt im Abschluss von Handelsgeschäften mit Kunden und der Akquisition bzw. Pflege von Verbindungen zu institutionellen Investoren. Sie gehen darüber hinaus keine Risiko-Positionen ein.
- Die Trading-Einheiten sind in erster Linie für den Eigenhandel der Bank zuständig. Daneben werden die Marktpreisrisiken aus denjenigen Geschäften der Sales-Gruppen, die nicht zur Absicherung durch den Bereich Treasury vorgesehen sind, in Handelsbücher übernommen. Die Führung der Handelsbücher erfolgt im Rahmen der hierarchisch gegliederten VaR-Limite sowie ergänzender operativer Volumen- und Sensitivitätenlimite. Die Trading-Einheiten tragen die Marktpreisrisiko- und Ergebnisverantwortung.

Für die Marktrisikopositionen werden täglich im Bereich Konzernrisikocontrolling auf Mark-to-Market-Bewertungen basierende betriebswirtschaftliche Ergebnisse und Marktpreisrisiko-Kennziffern (VaR) sowie Sensitivitätenmaße errechnet und den entsprechenden Portfoliolimiten gegenübergestellt. Die Berechnung der gesamtbankweiten Zinsänderungsrisiken unterstützt die Aktiv-/Passiv-Steuerung im Bereich Treasury. Mittels Backtesting-Analysen wird die Qualität der eingesetzten Schätzverfahren sichergestellt.

Management weiterer Risikokategorien.

Eine gelebte Risikokultur im Umgang mit **Operationellen Risiken** ist die Voraussetzung für deren Überwachung und langfristige Vermeidung.

Die Minimierung von Operationellen Risiken der LBBW ist in erster Linie Aufgabe der betroffenen Fachbereiche in enger Zusammenarbeit mit den entsprechenden Stabsbereichen (zum Beispiel IT/Organisation bzw. Personal). Jeder Mitarbeiter ist zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit Operationellen Risiken aufgerufen. Aufgabe der Rechtsabteilungen im Bereich Konzernstrategie/Recht ist es, Rechtsrisiken zu identifizieren und zu reduzieren. Sie werden hierbei von den Fach- und Stabsbereichen unterstützt und entsprechend informiert.

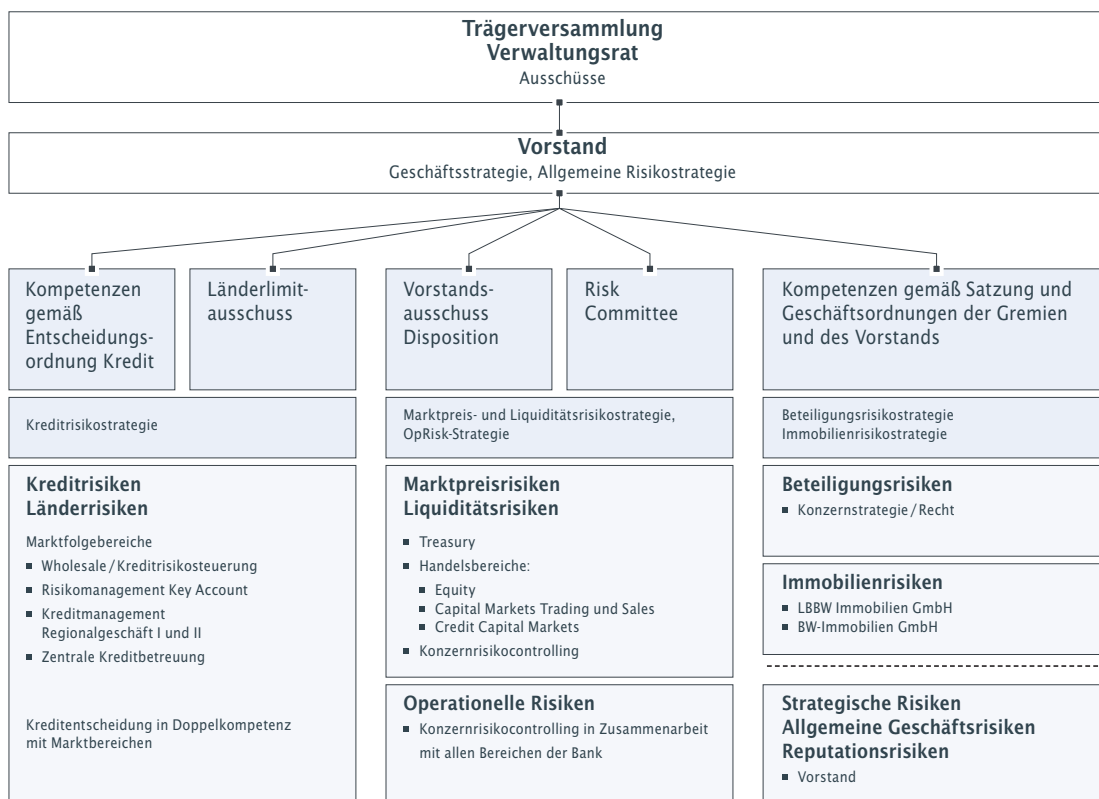
Für die Erkennung Operationeller Risiken werden unter anderem Schadensfälle zentral im Konzernrisikocontrolling gesammelt und analysiert, existierende Prozesse auf deren Anfälligkeit für diese Risiken untersucht und entsprechende risikovermeidende Prozessanpassungen unterstützt. Die Überwachung der Operationellen Risiken erfolgt im Risk Committee.

Die Steuerung des **Liquiditätsrisikos** liegt beim Bereich Treasury, beispielsweise die Steuerung des langfristigen Refinanzierungsrisikos aus den Bankbuchpositionen. Die Risikoüberwachung und die Berechnung von Liquiditätskennziffern wird im Konzernrisikocontrolling vorgenommen und wird im Risk Committee berichtet.

Die Entscheidungen über Erwerb und Veräußerung von **Beteiligungen** und die damit verbundenen Risiken werden je nach Größenordnung und/oder Bedeutung durch Aufsichtsgremien oder den Vorstand getroffen. Aufgabe des Bereichs Konzernstrategie/Recht ist es, Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen vorzubereiten und Vorschläge zur strategischen Ausrichtung der Beteiligungen zu erarbeiten. Die Berechnung von VaR-Kennziffern für Beteiligungen wird im Konzernrisikocontrolling vorgenommen.

Das Management der **Immobilien** im Eigenbestand des LBBW-Konzerns erfolgt durch die Töchter LBBW Immobilien GmbH und BW-Immobilien GmbH, wobei letztere in erster Linie für die ganz oder teilweise eigengenutzten Immobilien der LBBW verantwortlich ist. Die Überwachung der Immobilienrisiken wird ebenfalls im zentralen Konzernrisikocontrolling vorgenommen.

Risikomanagementstruktur.



Weitere Funktionen.

Um die Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung, der Eigenkapitalstruktur und der Eigenkapitalzielgrößen des LBBW-Konzerns sicherzustellen, wurde 2006 ein Capital Committee eingerichtet. Dem Capital Committee gehören drei Vorstandsmitglieder und die Leiter der betroffenen Bereiche an.

Der Abwicklungs- und Kontrollbereich Back Office Financial Markets ist unter anderem für die Qualität der in den Risikomessprozessen zu verarbeitenden Bestandsdaten aus den handelsbezogenen Zuliefer-systemen verantwortlich.

Der Bereich IT/Organisation hat in erster Linie die einwandfreie Funktionsfähigkeit aller DV-Systeme sicherzustellen.

Der Bereich Revision überwacht prozessunabhängig alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, das Risikomanagement und -controlling sowie das Interne Kontrollsystem (IKS) mit dem Ziel, das Vermögen der LBBW zu sichern und die betriebliche Leistungsfähigkeit zu fördern. Der Bereich Revision nimmt seine Aufgaben weisungsunabhängig wahr. Schriftliche und mit den geprüften Betriebseinheiten abschließend besprochene Prüfungsberichte informieren den Vorstand über die Prüfungsergebnisse. Der Bereich Revision überwacht auch die Erledigung offener Prüfungsfeststellungen und die Umsetzung von Empfehlungen.

Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

MaRisk.

Die bisherigen Mindestanforderungen für Handelsgeschäfte (MaH), Kreditgeschäfte (MaK) und die Interne Revision (MaIR) wurden mit Veröffentlichung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement, kurz MaRisk, am 22. Dezember 2005 abgelöst. Für die LBBW treten die Regelungen in vollem Umfang am 1. Januar 2008 in Kraft.

Durch die MaRisk werden Anforderungen des § 25a Abs. 1 KWG konkretisiert und die Anforderungen aus Basel II, Säule 2 in nationales Recht umgesetzt. Im Vergleich zu den bisherigen Mindestanforderungen wurden die allgemeinen Regelungen zum Risikomanagement ausgeweitet und Anforderungen zu Liquiditätsrisiken, Operationellen Risiken sowie Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch explizit aufgenommen. Letztendlich soll damit gewährleistet werden, dass die wesentlichen Risiken mit genügend internem Kapital abgedeckt sind. Die Anforderungen der MaRisk sind damit die Messlatte der qualitativen Bankenaufsicht im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Überwachungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process). Die LBBW hat für die Einhaltung der MaRisk-Anforderungen umfassende Qualitätssicherungsmaßnahmen durchgeführt.

SolvV/Basel II.

Durch die Umsetzung der Anforderungen der Solvabilitätsverordnung (SolvV) an den auf internen Ratings basierenden Ansatz (IRBA) und der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) wird die LBBW die Eigenkapitalunterlegung dem ökonomischen Risiko weiter annähern (SolvV und MaRisk sind Ergebnis der nationalen Umsetzung von Basel II).

Im Rahmen der Projektarbeiten im Projektbündel SolvV/Basel II wurden unter anderem folgende Meilensteine erreicht:

- auf Grundlage einer neuen Systemarchitektur wurde eine zukunftsfähige und konzernfähige Melde-
wesenlösung implementiert;
- für die wesentlichen Geschäftssegmente wurden trennscharfe Ratingverfahren implementiert,
die nunmehr wesentlicher Bestandteil der Entscheidungsprozesse im Kreditgeschäft sind;
- das Sicherheitenmanagement wurde umfassend und systemseitig gestaltet und um die Anforderungen
der SolvV erweitert;
- es wurde ein systemgestütztes Risikocontrolling für Operationelle Risiken entwickelt und auf den
Konzern ausgerollt;
- die Mindestanforderungen an das Risikomanagement wurden unter Beachtung der Wesentlichkeit
auf den gesamten Konzern ausgerollt.

Für 2007 hat die LBBW die Übergangsbestimmungen gemäß § 339 Abs. 9 SolvV in Anspruch genommen und weiterhin den Grundsatz I zur Bestimmung der Eigenmittelunterlegung angewendet. Unabhängig davon wurden in 2007 Probemeldungen nach SolvV erstellt. Auf Basis dieser Probemeldungen wird von einer signifikanten Eigenmittelentlastung ab dem 1. Januar 2008 ausgegangen.

Die LBBW hat zum 1. Januar 2008 von der zuständigen Aufsichtsbehörde BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) die Zulassung zur Anwendung des IRBA-Ansatzes für die Eigenmittelunterlegung der Adressenausfallrisiken erhalten. Die Zulassung bezieht sich auf die wesentlichen Ratingmodule, mit denen die Eintrittsschwelle erreicht wird. Diese wurden durch die BaFin respektive die Deutsche Bundesbank geprüft. Für Operationelle Risiken wird der Standardansatz angewendet. Grundlagen für eine spätere Anwendung eines Advanced Measurement Approach wurden gelegt.

Die Grundlagen für die Offenlegung nach § 26a KWG wurden durch das Projekt SolvV bereits gelegt. Die erstmalige Offenlegung nach § 26a KWG ist für das erste Quartal 2009 auf Basis der Zahlen des 31. Dezember 2008 geplant. Die Sicherstellung der SolvV-/MaRisk-Fähigkeit des Konzerns nach Integration der Institute LRP und Sachsen LB wird in 2008 im Projekt SolvV geplant und umgesetzt.

Risikomanagementsystem für das Pfandbriefgeschäft.

Mit Inkrafttreten des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) am 19. Juli 2005 muss gemäß § 27 PfandBG ein Risikomanagementsystem vorhanden sein, das die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der mit diesem Geschäftssegment verbundenen Risiken sicherstellt.

Für die Risikoüberwachung ist ein differenziertes Limitsystem vorhanden. In Bezug auf die barwertige Überdeckung werden regelmäßig Stresstests durchgeführt. Für den Fall, dass die festgelegten Limite erreicht werden, ist ein Verfahren für die Risikorückführung festgelegt. Im Rahmen des Reporting wird der Vorstand vierteljährlich über die Auslastungen unterrichtet. Das Risikomanagementsystem wird jährlich einer Überprüfung unterzogen.

Kreditrisiken.

Kreditrisiken werden in der LBBW als mögliche Wertverluste definiert, die aus Forderungsansprüchen gegenüber Kunden resultieren. In diesem Zusammenhang unterscheidet die LBBW verschiedene Aspekte des Kreditrisikos.

Kreditnehmer- und Kontrahentenrisiko.

Das Kreditnehmer- und Kontrahentenrisiko ist das Risiko der Bonitätsverschlechterung von Geschäftspartnern bis hin zum Ausfall. Das heißt, das Risiko der nicht fristgerechten Erfüllung aller vertraglichen Verpflichtungen (Zins und Tilgung).

Länder- und Transferrisiko.

Länder- und Transferrisiko beziehen sich auf den Fall, dass bei grenzüberschreitenden Geschäften zahlungsfähige und zahlungswillige Kunden im Ausland aufgrund von Beschränkungen des Devisenverkehrs oder anderen hoheitlichen Maßnahmen ihre Verpflichtungen in Fremdwährungen nicht vollständig erfüllen können.

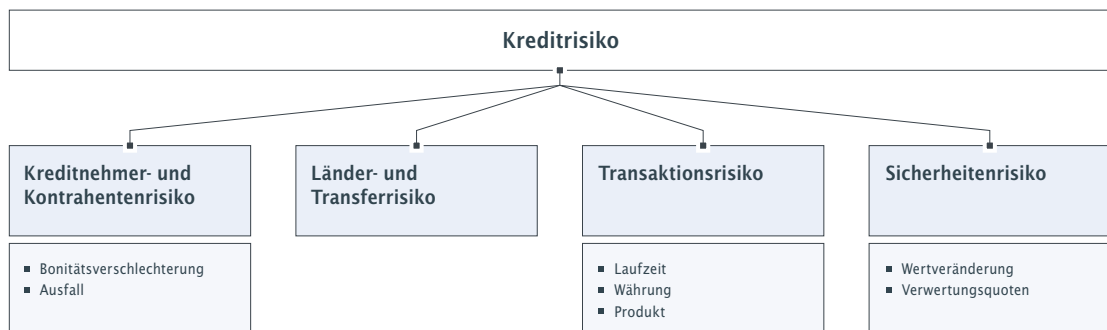
Transaktionsrisiko.

Unter Transaktionsrisiken sind mögliche Änderungen der Nettorückzahlungen aufgrund von Einflüssen durch Wechselkurs-, Laufzeit- oder produktspezifische Änderungen zu verstehen. Daneben stellt das Transaktionsrisiko die (Wiederbeschaffungs-)Kosten dar, die beim Ausfall eines Kontrahenten für den Ersatz der mit ihm abgeschlossenen Geschäfte anfallen würden.

Sicherheitenrisiko.

Die Bewertung der verschiedenen Sicherheitenarten, welche zur Reduzierung des Kreditrisikos dienen, basiert auf dem Zeitwert der Sicherungsobjekte. Deren mögliche (Markt-)Wertschwankung sowie die Veränderung (des Barwertes) der erzielbaren Verwertungserlöse stellen das Sicherheitenrisiko dar.

Systematisierung des Kreditrisikos.



Management der Kreditrisiken.

In den Kreditregelwerken der LBBW sind sämtliche Informationen zu einem verantwortungsbewussten und risikoorientierten Umgang mit dem Kreditgeschäft geregelt. Gleichmaßen geben sie einen risikoadäquaten Rahmen, um flexibel und kundenorientiert auf die Dynamik des Marktes eingehen zu können.

Das Kreditgeschäft der LBBW ist von folgenden Grundsätzen geleitet:

- Bei der Kreditentscheidung stehen die qualifizierte Analyse und verantwortungsvolle Risikoabwägung des Kreditnehmers und seines Marktes im Mittelpunkt.
- Die Risikoklassifizierungs- und Ratingverfahren sind ein wesentliches Element der Bonitätsbeurteilung.
- Die Kreditgewährung orientiert sich primär an der derzeitigen und zukünftigen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Kreditnehmers.
- Die Höhe jedes Engagements muss im Hinblick auf die Größe des Kreditnehmers und dessen Risikostruktur angemessen sein.
- In Abhängigkeit von Produktart, Verwendungszweck, Laufzeit und Rückzahlungsmodalität wird eine risikoadäquate Besicherung angestrebt. Sicherheiten sind allerdings kein Ersatz für mangelnde Kreditwürdigkeit.
- Das Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und Ertrag muss angemessen sein.
- Die risikogerechte Betreuung des Produktes sowie die Überwachung und Steuerung der mit dem Produkt verbundenen Risiken muss sichergestellt sein.
- Kein einzelnes Engagement darf die Stabilität der LBBW-Bank gefährden.
- Bei drohenden Kreditausfällen wird zeitnah eine Risikovorsorge gebildet, die sich an der Höhe des zu erwartenden Verlustes orientiert.

Das Kreditrisikomanagement erfolgt in drei stark miteinander verzahnten und sich gegenseitig beeinflussenden Phasen:

Kreislauf des Kreditrisikomanagements.



Risikomessung.

Der LBBW stehen eine Vielfalt an Instrumenten zur Messung der Kreditrisiken zur Verfügung, die einer stetigen Qualitätskontrolle und Weiterentwicklung unterliegen.

Kundenrating.

Die Bonität bestehender und neuer Kundenbeziehungen wird primär mittels Ratingverfahren beurteilt, deren Ziel die Einschätzung der Ausfallwahrscheinlichkeit und die Zuweisung einer entsprechenden Ratingklasse ist.

Grundlage für die Einstufung ist die Analyse der offenzulegenden wirtschaftlichen Verhältnisse. In Abhängigkeit von der Kundengruppe wird die Analyse allerdings durch die Beurteilung der Marktverhältnisse, der Produktqualität, der Wettbewerbssituation, des Managements sowie von Cashflow- und zukunftsbezogenen Daten ergänzt. Um erhöhte Ausfallrisiken oder Bonitätsverschlechterungen frühzeitig zu erkennen, werden laufend neben der Entwicklung der Gesamtverschuldung, Kontobewegungen und Branchenprognosen auch sonstige geeignete interne und externe Informationsquellen genutzt.

Die Prognosefähigkeit der seit mehreren Jahren in der LBBW im Einsatz befindlichen Ratingsysteme wird mindestens jährlich anhand der tatsächlichen Ausfälle überprüft. Bei Bedarf werden die Ratingverfahren rekaliert. Die Pflege und Weiterentwicklung der Risikoklassifizierungsverfahren erfolgt LBBW-intern bzw. über eine Tochtergesellschaft des DSGV (S-Rating GmbH) oder durch die Rating Service Unit (RSU), einer gemeinsamen Tochtergesellschaft der Landesbanken. Nachdem die im LBBW-Konzern genutzten Ratingverfahren durch die Aufsicht geprüft und abgenommen wurden, verwendet die LBBW seit dem 1. Januar 2008 den IRBA-Ansatz für die Eigenmittelunterlegung der Adressenausfallrisiken.

Länderrating.

Die Transferrisiken werden in der LBBW mit einem speziellen Ratingverfahren gemessen. Kernpunkte sind die wirtschaftliche Lage, das politische Umfeld sowie binnen- und außenwirtschaftliche Entwicklungen des jeweiligen Landes.

Transaktionsbewertung.

In Abhängigkeit von der jeweiligen Kreditart werden unter Verwendung historischer Daten Sicherheitsaufschläge bzw. die Inanspruchnahme im Zeitpunkt des Ausfalls (sogenannter Exposure-at-Default) ermittelt. Die auf Geschäftsebene berechneten Einzelrisiken können dann beispielsweise für einen Kreditnehmer oder eine Kreditnehmereinheit zum Zweck der Erstellung des Gesamtbilogs oder für Portfolioanalysezwecke zusammengefasst werden.

Verwertungs- und Einbringungsquoten.

Zur Kreditrisikoreduzierung werden Sicherheiten vereinbart und Nettingvereinbarungen abgeschlossen. Die Sicherheiten werden im Sicherheitenmanagementsystem (SIM), die Nettingvereinbarungen im Limitmanagementsystem (GLS) erfasst und fortlaufend gepflegt.

Die Verwertungsquote zeigt den durchschnittlich erwarteten Barwert der Erlöse aus der Sicherheitenverwertung (nach Berücksichtigung von Verwertungskosten) in Relation zum Marktwert der Sicherheiten. Die Einbringungsquote weist dagegen den durchschnittlich erwarteten Barwert der Erlöse aus Mahnverfolgung aus, also die Höhe der Rückzahlungen auf den Blankoanteil einer Forderung. Die Ermittlung der Quoten erfolgt auf Basis eigener historischer bzw. mit anderen Landesbanken gepoolter Werte.

Erwartete Verluste.

Mit diesem Messinstrument wird der Verlust quantifiziert, welcher in Abhängigkeit der Kundenbonität, der Transaktionsstruktur, der zur Verfügung stehenden Sicherheiten und der Einbringungsquoten im Durchschnitt zu erwarten ist. Mit dem erwarteten Verlust können somit unterschiedliche Transaktionen oder Portfolios und deren erwartete Risikokosten verglichen werden. Diese Größe wird in der Einzelgeschäfts-Vorkalkulation zur Ermittlung von Kreditkonditionen und in der Portfoliobetrachtung sowohl zum Vergleich der erwarteten Risikopotenziale als auch zur Plausibilisierung der Planrisikokosten und zur Ermittlung der Risikokosten verwendet.

Unerwartete Verluste (CVaR).

Der unerwartete Verlust oder Credit Value at Risk (CVaR) bezeichnet in der LBBW den potenziellen Barwertverlust eines Portfolios über den erwarteten Verlust hinaus, der mit der vorgegebenen Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) im Zeithorizont 1 Jahr nicht überschritten wird. Dabei spielen Konzentrationsrisiken eine entscheidende Rolle: Branchenkonzentrationen und Größenkonzentration bei einzelnen Kreditnehmern erhöhen das Portfoliorisiko, Granularität und Diversifikation vermindern dieses. Um diesen Wert zu ermitteln, verwendet die LBBW ein auf der Modellierung von Ratingmigrationen beruhendes Kreditportfoliomodell. Entsprechend ihrem Rating sind den einzelnen Kreditnehmern Ausfall- und Migrationswahrscheinlichkeiten zugeordnet. Diese werden so modelliert, dass Korrelationen (beispielsweise zwischen Ratingklassen und Branchen aller Kreditnehmer) angemessen berücksichtigt werden. Die Kreditexposures werden einer Mark-to-Model-Bewertung unterzogen, die Berechnung ist barwertorientiert. Zur Risikorechnung verwendet das Kreditportfoliomodell einen Monte-Carlo-Simulationsansatz.

Stresstests.

Neben statistischen Kennzahlen und Instrumenten der Risikomessung werden in der LBBW auch zunehmend Stresstests durchgeführt, um die Wirkung von konjunkturellen Schwankungen, krisenhaften Marktentwicklungen und Extremszenarien auf die wichtigsten Kreditrisikogrößen zu untersuchen.

Der Unterschied zu den statistischen Instrumenten liegt darin, dass die verschiedenen Szenarien ohne Berücksichtigung der jeweiligen Eintrittswahrscheinlichkeit formuliert werden. Dabei werden sowohl Szenarien auf Basis historischer Ereignisse als auch fiktiver/konstruierter Situationen unter Einbeziehung von Expertenschätzungen definiert. Bei der LBBW werden für Stresstests neben Sensitivitätskünftig auch Szenarioanalysen durchgeführt. Im ersten Fall wird die mögliche Auswirkung der extremen Veränderung eines einzelnen Risikofaktors gemessen (sogenannte univariate Tests, beispielsweise Verschlechterung des Kundenratings aller Kunden um eine Risikoklasse). Bei den Szenarioanalysen wird dagegen der Einfluss der kombinierten Veränderung mehrerer Risikofaktoren untersucht (sogenannte multivariate Tests, beispielsweise Ausweitung der Credit Spreads bei konjunkturbedingter Ratingverschlechterung der Unternehmenskunden um eine Ratingklasse und Reduzierung der Verwertungsquoten um 10 %).

Die Analyse der Stresstestergebnisse unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit ermöglicht das Testen der Stabilität der Kreditinstitute in den verschiedenen Konjunkturphasen und in krisenhaften Situationen bzw. diese Stabilität über geeignete Maßnahmen sowie die Vorhaltung von entsprechender Risikodeckungsmasse sicherzustellen.

Risikosteuerung.

Die Steuerung erfolgt insbesondere auf Basis der oben beschriebenen Messinstrumente, wobei die LBBW sowohl eine Einzelgeschäfts- als auch eine Portfoliosteuerung verfolgt. Die Kreditrisikostategie ist die Grundlage des konzernweiten Kreditrisikomanagements der LBBW. Die Kreditrisikostategie wird fortlaufend weiterentwickelt. Ihre Aufgabe ist es, die aus den unternehmenspolitischen Zielen und den Erwartungen der Eigentümer resultierende Risikoneigung in konkrete Handlungsvorgaben für das Kreditgeschäft zu transferieren. Dabei orientiert sich die Kreditrisikostategie an den aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Bank.

Einzelgeschäftsvorgaben.

Wesentliche Bestandteile der Einzelgeschäftssteuerung sind quantitative, risk-return- sowie geschäftsfeldspezifische Vorgaben im Rahmen der Kreditrisikostategie. Die Limitierung auf Einzelgeschäftsebene findet zum einen dadurch statt, dass grundsätzlich Kredite nur an Kreditnehmer mit einer Mindestbonität vergeben werden. Darüber hinaus werden Kredithöhe, Laufzeit und Sicherheitenstruktur an Kundenart und Bonität der jeweiligen Kreditnehmer bzw. an die Risikotragfähigkeit der LBBW gekoppelt.

Risiko- und eigenkapitaladäquate Bepreisung.

Die rentabilitätsmäßige und risikoseitige Steuerung der Einzelgeschäftsabschlüsse stellt einen zentralen Baustein der Gesamtbank- und Kreditrisikosteuerung der LBBW dar. Der risikoadäquate wirtschaftliche Ergebnisbeitrag ist eine wesentliche Grundlage für den Abschluss eines Geschäfts. In der

LBBW werden im Rahmen der Vorkalkulation alle Einzelgeschäfte kalkuliert. Dabei werden neben der Bedarfsspanne auch die Kapitalspanne (Eigenkapital = unerwarteter Verlust) und die Risikospanne (erwarteter Verlust) berücksichtigt. Die Ergebnisse der Vorkalkulation sind konsistent in der Nachkalkulation enthalten und werden sowohl auf Einzelkunden- als auch auf Profit Center/Portfolioebene nachgehalten.

Vorgaben und Limitierung auf Portfolioebene.

Auf Portfolioebene erfolgt die Steuerung im Rahmen der Kreditrisikostategie durch quantitative Zielvorgaben für die Geschäftsfelder. Diese beziehen sich grundsätzlich auf die Rating- bzw. auf die Risikoverteilung, auf den erwarteten Verlust und enthalten auch eine Risk-return-Benchmark. Durch die Spezialisierung der operativen Markteinheiten auf spezielle Geschäftsfelder wird eine Risk-return-Steuerung mit klaren Verantwortungen für die jeweiligen Portfolios sichergestellt. Zur Vermeidung von Extremrisiken verfügt die LBBW über ein mehrdimensionales Limitierungssystem, wobei je nach Risiko-relevanz und geschäftspolitischen Erfordernissen weiche (flexible Handhabung im Grenzbereich) oder harte (kein Handlungsspielraum) Limite möglich sind.

Aktives Management der Kreditrisiken.

Zur Erreichung der vordefinierten Ziele bzw. zur Optimierung des Kreditportfolios (auch unter Renditeaspekten) und zur Reduzierung der Risikokonzentrationen werden bei der LBBW verschiedene Verfahren zum aktiven Portfoliomanagement angewandt (beispielsweise Syndizierungen, Einzelkredit- bzw. Portfoliotransaktionen, Credit Default Swaps, Risikounterbeteiligungen und Verbriefungen).

Intensivbetreuung und Sanierung.

Die internen Prozesse der LBBW sind darauf ausgerichtet, bonitätsschwache Engagements bzw. Bonitätsverschlechterung frühzeitig zu erkennen. Die Kreditrisikoanalysten der LBBW werten dabei sowohl die vom Kunden zur Verfügung gestellten Informationen als auch Markt- und interne Daten aus. Dadurch können im Dialog mit dem Kunden rechtzeitig geeignete Maßnahmen eingeleitet werden, um Krisen abzumildern bzw. gänzlich zu verhindern. Die Marktfolge leistet somit in Zusammenarbeit mit den Marktabteilungen einen wichtigen Beitrag zur langfristigen Festigung der Kundenbeziehungen.

In der LBBW bestehen spezielle Prozesse zur Behandlung von problembehafteten Engagements; dabei wird risikoabhängig zwischen Intensivbetreuungs-, Sanierungs- und Abwicklungsfällen unterschieden. Ein Engagement ist der Intensivbetreuung zu unterziehen, wenn ein erhöhtes Ausfallrisiko vorliegt. Dies kann auf Basis festgelegter Kriterien (zum Beispiel Ratingverschlechterung, Liquiditätsengpässe) oder nach Einschätzung der zuständigen Analysten erfolgen. Damit verbunden ist die Erarbeitung einer Strategie zur Verbesserung der Risikolage mit konkret definierten Maßnahmen zur Beseitigung der aktuellen Bonitätsschwäche innerhalb eines vertretbaren Zeitrahmens (i. d. R. 12 Monate) bzw. zur Reduzierung des Risikos. Die erarbeitete Strategie wird dann mit den Kunden diskutiert und gemeinsam umgesetzt. Um die Realisierung der vereinbarten Maßnahmen und die Entwicklung des Risikos

mit diesen Kunden zu überwachen, werden alle Intensivbetreuungsfälle quartalsweise in einer Watch-List an die relevanten Entscheidungsträger reportet.

Sanierungsfälle sind Engagements mit unzureichender Bonität und einem erhöhten Fortbestandsrisiko mit der Möglichkeit zur Wiedererlangung einer ausreichenden Bonität durch geeignete Maßnahmen. Die Bearbeitung erfolgt zentral durch Spezialisten mit umfangreicher Erfahrung in der Sanierung und Restrukturierung von Unternehmen, wobei hier im Fokus der Fortbestand des Unternehmens steht.

Nicht mehr sanierungsfähige bzw. in Liquidation oder Insolvenz befindliche Unternehmen werden als Abwicklungsfälle eingestuft. Hier werden nur noch Maßnahmen ergriffen, um Verluste für die LBBW zu minimieren.

Risikovorsorge wird grundsätzlich gebildet, wenn der Barwert aller erzielbaren Einzahlungen (aus Rückzahlungen, Sicherheitenverwertung und Mahnverfahren) niedriger als die Kreditforderung ist. Die somit errechneten erwarteten Verluste werden wertberichtigt. Forderungen, die tatsächlich uneinbringlich sind und bei denen alle Verwertungsmaßnahmen ausgeschöpft wurden, werden abgeschrieben und ausgebucht.

Risiküberwachung und Reporting.

Im LBBW-Konzern erfolgt die Risikoüberwachung analog zur Risikosteuerung auf Einzelengagement- und auf Portfolioebene. Risiken auf Einzelengagementebene werden im Rahmen regelmäßiger Überprüfungen und ständiger aktiver Überwachung durch die zuständigen Risikoanalysten beobachtet. Zusätzlich besteht ein Ad-hoc-Reporting, das zuständige Entscheidungsträger über bedeutende oder außergewöhnliche Ereignisse/Risiken unverzüglich unterrichtet. Der Detaillierungsgrad und Umfang der Analysen und Reportings wird fortwährend optimiert.

Auf Portfolioebene werden insbesondere im Rahmen des Quartalsreportings Kreditrisiko sämtliche relevanten Informationen mit ausführlichen Analysen einschließlich eventueller Handlungsempfehlungen dem Gesamtvorstand, den Aufsichtsgremien und allen relevanten Entscheidungsträgern zur Verfügung gestellt.

Daneben bestehen weitere spezielle Reportings, die dem Vorstand einen detaillierten Überblick über die Risikoentwicklung im Konzern gewähren. Auch hier ist der Detaillierungs- und Analyseumfang vom Risikogehalt der jeweiligen Portfolios abhängig. Zur engeren Begleitung der größeren und/oder schwierigen Kreditrisikoengagements durch den Gesamtvorstand wird eine rating- und risikovolumen-abhängige Beobachtungsliste mit strukturierten Aussagen zur jeweiligen Engagementstrategie und wirtschaftlichen Entwicklung verwendet.

Die laufende Überwachung der tatsächlichen Risikokosten und die Abweichung zu den Plan- bzw. Standardrisikokosten haben einen hohen Stellenwert. Hierzu werden im Rahmen eines monatlichen Reportings über die Entwicklung der Risikovorsorge sowohl profitcenter- als auch einzelkundenbezogene Informationen und Analysen zeitnah berichtet.

Risikolage.

Überblick.

Die Aussagen zur Risikolage werden auf Basis des **Management Ansatzes** dargestellt. Dadurch wird die Risikolage der LBBW auf Basis der Daten eröffnet, nach denen die oben beschriebene interne Risiko-steuerung und somit auch die interne Berichterstattung an den Vorstand und die Gremien erfolgen.

Die interne Risikosicht weicht teilweise vom bilanziellen Ansatz ab. Wesentliche Ursachen für Unterschiede zwischen den Größen der internen Steuerung und der externen Rechnungslegung liegen in abweichenden Konsolidierungskreisen, Bewertungsverfahren, Bewertungsparametern und Abgrenzungen des Kreditvolumens. Basis für die interne Steuerung ist das Exposure. Hierfür werden Kredite und offene Zusagen zu Nominalbeträgen, Wertpapiere des Anlagebuchs und Handelsbuchs überwiegend zu Marktwerten und derivative Finanzinstrumente zu Äquivalenzbeträgen berücksichtigt. Zusätzlich werden über die Anforderungen des IFRS 7 hinaus auch Beteiligungsrisiken im Ausfallrisiko dargestellt.

Im **Konsolidierungskreis** der internen Berichterstattung sind folgende für das Kreditrisiko relevanten Tochterunternehmen enthalten:

- Landesbank Baden-Württemberg (inkl. Baden-Württembergische Bank)
- Landesbank Rheinland-Pfalz Teilkonzern
- LBBW Bank Ireland plc. (bis 2006)
- SüdLeasing Teilkonzern
- MKB Mittelrheinische Bank GmbH / MMV-Leasing GmbH
- Süd-Kapitalbeteiligungsgesellschaft
- Süd Private Equity
- LBBW Venture Capital
- LBBW Securities, LLC (ab 2007)
- Conduits (Bodensee, Mainau)

Dieser Konsolidierungskreis wird mindestens jährlich oder anlassbezogen überprüft und an die aktuellen Gegebenheiten angepasst.

Die Unterschiede zwischen den Größen der internen Steuerung und der externen Rechnungslegung beim dargestellten maximalen Ausfallrisiko quantifizieren sich wie folgt:

- Abweichungen aufgrund unterschiedlicher Konsolidierungskreise sind in der Klasse Forderungen an Kunden und an Kreditinstitute in Höhe von –13 Mrd. EUR (Vorjahr: –7 Mrd. EUR), in der Klasse Finanzanlagen in Höhe von –1 Mrd. EUR (Vorjahr: 0 Mrd. EUR), bei Handelsaktiva in Höhe von –1 Mrd. EUR (Vorjahr: 0 Mrd. EUR) sowie in der Klasse unwiderrufliche Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen (inklusive Finanzgarantien) in Höhe von –6 Mrd. EUR (Vorjahr: –3 Mrd. EUR).
- Abweichungen aufgrund unterschiedlicher Risikoeinschätzungen im Rahmen der Bewertungsmethoden sind in der Klasse Forderungen an Kunden und an Kreditinstitute in Höhe von 42 Mrd. EUR (Vorjahr: 19 Mrd. EUR), in der Klasse Finanzanlagen in Höhe von 4 Mrd. EUR (Vorjahr: 0 Mrd. EUR), bei Hedging Derivaten in Höhe von –2 Mrd. EUR (Vorjahr: 0 Mrd. EUR) und in der Klasse Handelsaktiva in Höhe von –56 Mrd. EUR (Vorjahr: –46 Mrd. EUR).
- Abweichungen aufgrund methodischer Bemessungsgrundlagen (Netting von Repogeschäften und Einbezug von widerruflichen Zusagen und Beteiligungen im Rahmen des Adressenrisikos) sind in der Klasse Barreserve in Höhe von 1 Mrd. EUR (Vorjahr: 2 Mrd. EUR), Forderungen an Kunden und an Kreditinstitute in Höhe von 2 Mrd. EUR (Vorjahr: 8 Mrd. EUR), in der Klasse Finanzanlagen in Höhe von 2 Mrd. EUR (Vorjahr: 4 Mrd. EUR), in der Klasse Hedging Derivate in Höhe von 0 Mrd. EUR (Vorjahr: –1 Mrd. EUR), in der Klasse Handelsaktiva in Höhe von –3 Mrd. EUR (Vorjahr: 3 Mrd. EUR) sowie in der Klasse unwiderrufliche Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen in Höhe von –23 Mrd. EUR (Vorjahr: –20 Mrd. EUR).

Zur Reduzierung des Kreditrisikos kommen – unter Berücksichtigung von Kosten und Nutzen – grundsätzlich alle Arten von Sicherheiten in Betracht, wobei nachhaltig werthaltige und fungible Sicherheiten bevorzugt werden.

Unter Sicherheiten fallen vor allem die klassischen Sicherheiten wie Grundpfandrechte, Garantien, Bürgschaften, Verpfändung, Abtretung und Sicherungsübereignung. Darüber hinaus verwendet die LBBW auch alle Kreditrisikominderungsstechniken nach Basel II einschl. Kreditderivate und Netting-Vereinbarungen. Die Bewertung der Sicherheiten erfolgt auf Basis von Wertgutachten anerkannter Sachverständiger oder auf Basis interner konservativer Grundsätze. Bei unbesicherten Krediten setzen wir eine Gleichbehandlung aller kreditgebenden Banken grundsätzlich voraus.

Konzern.

Das Kreditportfolio der LBBW konnte im Vergleich zum Vorjahr weiter ausgebaut werden. Das Exposure stieg von knapp 500 Mrd. EUR auf über 530 Mrd. EUR. Die Bilanzsumme hat sich ebenfalls von 417 Mrd. EUR auf 443 Mrd. EUR erhöht. In unten stehender Tabelle wird das maximale Ausfallrisiko (Exposure auf die Bilanz [Klassen] übergeleitet) dargestellt:

Max. Ausfallrisiko	31.12.2007	31.12.2006
Mio. EUR		
Barreserve	12	2
Forderungen	258 676	252 070
davon Forderungen an Kreditinstitute	131 858	135 081
davon Forderungen an Kunden	126 819	116 989
davon Forderungen aus Finance Lease	3 284	3 066
Finanzanlagen	82 974	87 453
davon zinstragende Vermögenswerte	78 853	78 995
davon nicht zinstragende Vermögenswerte	4 121	8 458
Hedging Derivate	7 207	5 969
Handelsaktiva	116 865	88 738
davon FVO	4 474	5 716
davon Hft	112 391	83 022
unwiderrufliche Kreditzusagen/sonstige Vereinbarungen	68 381	60 345
Summe	534 115	494 577

Die Aufgliederung des Portfolios nach Klassen spiegelt das Geschäftsmodell der LBBW wider. Neben dem Kerngeschäft mit Privat- und Unternehmenskunden (Forderungen an Kunden) liegt der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im Geschäft mit Finanzinstitutionen (Forderungen an Kreditinstitute) sowie dem Kapitalmarktgeschäft (Finanzanlagen, Handelsaktiva).

Die Portfolioqualität zeigt sich auch weiterhin auf hohem Niveau. Im Kapitalmarktgeschäft werden hauptsächlich Geschäfte mit Kontrahenten im Investment-grade-Bereich getätigt. In den Segmenten Privatkunden und Unternehmenskunden liegt der Fokus ebenfalls auf Kunden im Investment grade sowie im Upper non investment grade. Schlechtere Bonitätsstufen spielen dabei eine geringere Rolle, werden aber aufgrund des erhöhten Risikos stärker überwacht.

Max. Ausfallrisiko nach Rating und Branchen 31.12.2007, Mio. EUR	Investment grade (AAA-BBB-)	Upper non investment grade (BB+-B+)	Non investment grade (B-C)	Default	Sonstiges	Gesamt
Finanzinstitute	290 139	3 430	353	308	9 400	303 630
Kreditinstitute	233 448	2 134	84	15	1 635	237 316
Finanzdienstleistungen	56 691	1 296	269	293	7 765	66 314
Unternehmen	106 610	23 669	3 392	3 141	21 065	157 876
Energie, Versorger	13 310	865	46	9	348	14 578
Ernährung, Konsum-, Gebrauchsgüter	2 863	831	113	121	341	4 269
Chemie, Kunststoffe	5 911	1 134	40	103	216	7 406
Metall, Maschinenbau	6 427	2 116	398	324	763	10 028
Fahrzeugbau	7 798	572	85	58	89	8 601
Elektrotechnik, Kommunikation, IT	3 827	1 076	45	47	334	5 328
Bauen, Wohnen	19 809	6 732	640	985	1 695	29 861
Handel	6 775	2 300	208	292	1 428	11 002
Verkehr, Logistik	3 405	1 512	583	149	760	6 409
Medien, Unterhaltung	2 357	452	149	87	362	3 407
Dienstleistungen	17 288	4 817	506	806	7 468	30 884
Versicherungsgewerbe	8 191	30	3	15	706	8 946
Sonstige	8 651	1 231	575	146	6 554	17 157
Öffentliche Hand	51 480	141	2	8	147	51 778
Privatpersonen	3 353	1 479	129	529	15 342	20 832
Gesamt	451 581	28 718	3 875	3 987	45 953	534 115

Der Anteil des weder wertgeminderten noch überfälligen Portfolios beläuft sich auf über 99% am max. Ausfallrisiko.

Weder wertgeminderte noch überfällige Vermögenswerte		weder wertgeminderte noch überfällige Vermögenswerte		weder wertgeminderte noch überfällige Vermögenswerte	
Mio. EUR	max. Ausfallrisiko 31.12.2007	max. Ausfallrisiko 31.12.2007	max. Ausfallrisiko 31.12.2006	max. Ausfallrisiko 31.12.2006	max. Ausfallrisiko 31.12.2006
Barreserve	12	12	2	2	2
Forderungen	258 676	255 024	252 070	247 286	247 286
davon Forderungen an Kreditinstitute	131 858	131 810	135 081	134 703	134 703
davon Forderungen an Kunden	126 819	123 214	116 989	112 582	112 582
davon Forderungen aus Finance Lease	3 284	3 016	3 066	2 424	2 424
Finanzanlagen	82 974	82 653	87 453	87 383	87 383
davon zinstragende Vermögenswerte	78 853	78 577	78 995	78 936	78 936
davon nicht zinstragende Vermögenswerte	4 121	4 076	8 458	8 447	8 447
Summe*	341 663	337 689	339 525	334 670	334 670

*In den Klassen Hedging Derivate sowie Handelsaktiva sind alle Geschäfte weder wertgemindert noch überfällig.

Überfällige Engagements bestehen bei der LBBW in sehr begrenztem Maß (<1 %). Etwa die Hälfte der überfälligen Engagements befindet sich zudem noch im Laufzeitband unter einem Monat.

Überfällige Vermögenswerte 31.12.2007, Mio. EUR	Gesamt	< 1 Monat	> 1 bis 3 Monate	> 3 bis 6 Monate	> 6 bis 9 Monate	> 9 bis 12 Monate	> 12 Monate
Forderungen	719	351	147	50	10	37	124
davon Forderungen an Kreditinstitute	45	10	23	0	1	0	10
davon Forderungen an Kunden	675	341	124	50	9	36	114
davon Forderungen aus Finance Lease	119	68	21	16	1	1	11
Finanzanlagen	63	25	38	0	0	0	0
davon zinstragende Vermögenswerte	63	25	38	0	0	0	0
Summe	782	376	185	50	10	37	124

Überfällige Vermögenswerte 31.12.2006, Mio. EUR	Gesamt	< 1 Monat	> 1 bis 3 Monate	> 3 bis 6 Monate	> 6 bis 9 Monate	> 9 bis 12 Monate	> 12 Monate
Forderungen	1 173	607	162	57	36	74	237
davon Forderungen an Kreditinstitute	373	348	20	1	1	0	3
davon Forderungen an Kunden	799	259	142	56	35	74	233
davon Forderungen aus Finance Lease	91	30	10	3	2	44	3
Finanzanlagen	50	50	0	0	0	0	0
davon zinstragende Vermögenswerte	50	50	0	0	0	0	0
Summe	1 223	657	162	57	36	74	237

Den wertgeminderten Engagements stehen neben den Wertminderungen Sicherheiten gegenüber. Das weitere Verlustrisiko ist somit größtenteils auf das Sicherheitenrisiko begrenzt. Im Rahmen von Sanierungsbemühungen stehen Kunden Kreditzusagen in Höhe von 0,1 Mrd. EUR zur Verfügung.

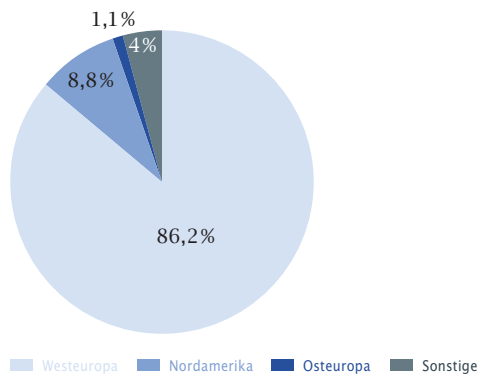
Wertgeminderte Vermögenswerte Mio. EUR	31.12.2007	31.12.2006
Forderungen	2 933	3 611
davon Forderungen an Kreditinstitute	4	4
davon Forderungen an Kunden	2 930	3 607
davon Forderungen aus Finance Lease	149	551
Finanzanlagen	259	20
davon zinstragende Vermögenswerte	213	9
davon nicht zinstragende Vermögenswerte	45	11
Summe	3 192	3 631

Für die bei Kunden- und Bankenforderungen vorhandenen Bonitäts- und Länderrisiken sind nach konzerneinheitlichen Maßstäben Einzelwertberichtigungen (IAS 39.63) gebildet worden. Dazu wird zu jedem Bilanzstichtag überprüft, ob objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung eines einzelnen finanziellen Vermögenswertes oder einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten vorliegt. Objektive Hinweise auf eine Wertminderung sind insbesondere erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners, Vertragsbruch (Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen), erhöhte Wahrscheinlichkeit der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Eintritt eines sonstigen Sanierungsfalls des Kreditnehmers sowie Zugeständnisse an den Kreditnehmer aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit dessen finanziellen Schwierigkeiten, die ansonsten nicht gewährt würden.

Die LBBW übernimmt in sehr begrenztem Rahmen Vermögenswerte aus zur Verwertung erhaltenen Sicherheiten (sog. Rettungserwerbe Bestand i. H. v. 2007: 28,7 Mio. EUR bzw. 2006: 34,6 Mio. EUR). Diese werden entweder direkt aufgekauft oder im Rahmen von Zwangsversteigerungen erworben.

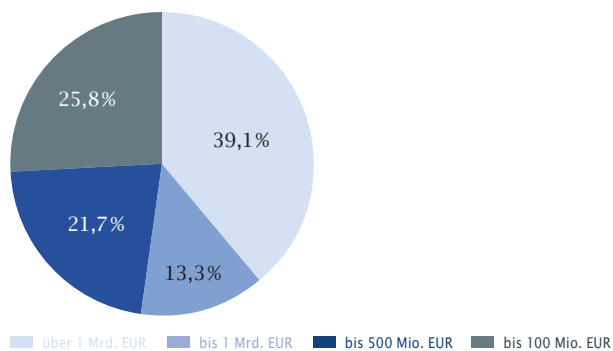
Das Geschäftsmodell der LBBW zeigt sich auch in der regionalen Diversifikation. Neben den Kernmärkten Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ist die LBBW hauptsächlich in Westeuropa und Nordamerika vertreten.

Länderverteilung in Prozent



Das Portfolio der LBBW ist auch nach Größenklassen breit diversifiziert. Kunden mit Obligen über 1 Mrd. EUR finden sich ausschließlich im Investment grade. Kein Einzelengagement überschreitet dabei 1% des maximalen Ausfallrisikos.

Größenklassenverteilung in Prozent (Kreditnehmereinheiten)



Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisikoüberwachung und -steuerung.

Die Marktpreisrisiken der LBBW werden auf täglicher Basis im Risikocontrolling überwacht. Der Überwachung liegt ein hierarchisch organisiertes Limitsystem zugrunde. Die hierbei eingerichteten Limite sind vom Gesamtvorstand gesetzt, bezüglich bestimmter Subportfolios wurde diese Kompetenz an einzelne Vorstandsmitglieder delegiert und in einem hierarchisch gegliederten Kompetenzsystem weiterverteilt.

Die Risikosteuerung erfolgt durch die jeweiligen Portfolioverantwortlichen in den Handelsbereichen und im Bereich Treasury im Rahmen des Limitsystems. Wichtige Gremien in der Steuerung und Überwachung der Marktpreisrisiken sind der Vorstandsausschuss Disposition und das Risk Committee.

Die Messung und Steuerung der Marktpreisrisiken sowie die Überwachung der entsprechenden Limite erfolgen durchweg mittels VaR-Kennzahlen und Sensitivitäten. Zusätzlich sind Stop-Loss-Limite zur Begrenzung des absoluten Verlustes auf Jahressicht vergeben, wobei keine Anrechnung auf Risikolimite erfolgt.

Die Auslastung der genannten Limite wird den jeweiligen Portfolioverantwortlichen und dem Gesamtvorstand täglich angezeigt. Neben der täglichen Berichterstattung erhält der Vorstand im monatlichen Rhythmus detaillierte Informationen über die Risiko- und Ertragsentwicklung aus Marktpreisrisiken. In diesem Rahmen erfolgt auch eine ausführliche Diskussion der Exposures der LBBW auf Basis von verschiedenen Stress-Szenarien.

Verfahren.

Die LBBW ermittelt den VaR aus Marktpreisrisiken zu einem Konfidenzniveau von 99% und einer Halte-dauer von zehn Tagen; zur bankinternen Steuerung werden die Parameter 95% und ein Tag Haltedauer verwendet. Gemessen wird mittels eines Verfahrens, das auf einer szenariobasierten Monte-Carlo-Simulation beruht. Dieser Ansatz kombiniert die Genauigkeit der Messung mit der Effizienz der Berechnung. In der Simulation werden marktinduzierte Wertschwankungen auch von komplexen Geschäften größtenteils nicht genähert, sondern mit vollständiger Bewertung berücksichtigt. Daneben sorgt die Einteilung der potenziellen Marktentwicklungen in Szenarien für eine effizienzsteigernde Reduzierung der Anzahl von Portfoliobewertungen. Die historischen Zeitreihen der letzten 250 Tage gehen gleichgewichtet in die Schätzung der Kovarianzen ein.

Die LRP misst die Marktpreisrisiken ebenfalls auf der Basis eines Simulationsmodells (Historische Simulation). Das Modell der LRP ist anerkannt für die allgemeinen Zinsänderungsrisiken und die sonstigen Preisrisiken des Handelsbuchs sowie für die besonderen Kursrisiken der Zinsnettopositionen.

Marktpreisrisiken werden in der LBBW im Handelsbuch und im Anlagebuch konsistent mit der gleichen VaR-Methodik abgebildet. Zinsrisiken als potenziell nachteilige Entwicklungen der Marktzinssätze beziehen sich sowohl auf die Handelsportfolios als auch auf die strategische Zinsposition des Anlagebuchs. Dabei zeigt es sich, dass nicht nur Parallelverschiebungen der Zinskurven, sondern beispielsweise auch Drehungen bedeutenden Einfluss auf die Zinsposition der LBBW haben können. Derartige Entwicklungen sind sämtlich in den Simulationen zur VaR-Berechnung enthalten. Darüber hinaus werden auch Basisrisiken, die sich aus relativen Bewegungen der relevanten Zinsmärkte zueinander ergeben, in die Risikoberechnungen einbezogen. Basisrisiken sind sehr stark abhängig von der Korrelation der zugrundeliegenden Zinskurven. Zusätzlich werden bondspezifische Risiken und Risiken aus Kreditderivaten im Zinsrisiko abgebildet.

Weniger bedeutsam als Zinsrisiken sind bei der LBBW die Aktienrisiken sowie Währungs- und Rohwarenrisiken. Letztere beinhalten auch Risiken aus Edelmetall- und Sortenbeständen, die nur in geringem Umfang vorliegen.

Neben den Marktpreisrisiken werden Marktliquiditätsrisiken gemessen und die Einhaltung der Limitierung überwacht. Hierbei handelt es sich um spezielle Kursrisiken, die mit der Haltung von Beständen in wenig liquiden Wertpapieren verbunden sind. Näheres dazu findet sich im Abschnitt zu Liquiditätsrisiken.

Ergänzt werden die VaR- und Sensitivitätenberechnungen durch separate Stress-Szenarien für Handels- und Anlagebuch. Mit dem Fokus, besondere Kurvenbewegungen und Spreadveränderungen abzubilden, greift die LBBW sowohl auf selbst definierte (synthetische) als auch auf historische Marktbewegungen zurück. Alle Szenarien dienen dazu, zukunftsgerichtet extreme Ereignisse an den Finanzmärkten abzubilden, die im VaR nicht in dezidierter Form enthalten sind. Die Ergebnisse werden im jeweiligen Portfolio dargestellt.

Regelmäßig wird auch der vom BaFin-Rundschreiben 07/2007 unterstellte Zinsschock im Anlagebuch berechnet (»Basel II – Zinsschock«). Es zeigt sich, dass die Barwertveränderung als dessen Auswirkungen sehr deutlich unterhalb der dort definierten Grenzwerte liegt.

Risikolage.

Das Globallimit für Marktpreisrisiken wurde im Geschäftsjahr 2007 stets eingehalten. Die eingegangenen Marktpreisrisiken standen damit durchweg im Einklang mit der Risikotragfähigkeit der LBBW.

Die Marktpreisrisiken der LBBW werden insgesamt stark von Zinsrisiken geprägt. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung des VaR (99%/10 Tage) nach Risikoarten auf Gesamtbankebene:

VaR 99%/10 Tage Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	28.12.2007	29.12.2006
LBBW-Konzern Gesamt	220	270	187	220	237
davon LBBW Teilkonzern	199	249	172	205	214
davon LBBW-Bank (o. Töchter)					
Zinsänderungsrisiken	189	216	169	206	206
Aktienrisiken	31	55	14	25	33
Währungsrisiken	6	14	2	6	8
davon LRP Teilkonzern	20	31	13	14	24

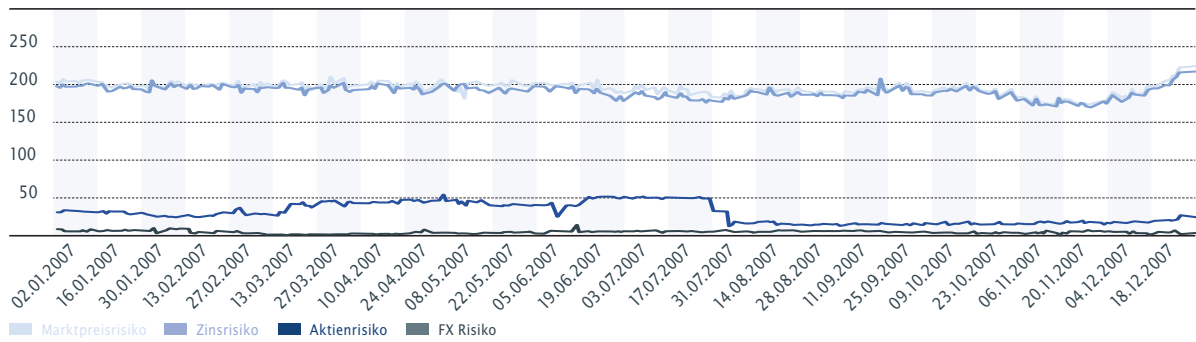
Der LBBW Teilkonzern enthält neben der LBBW-Bank die Töchter LBBW Ireland, LBBW Securities, LLC sowie seit Jahresende die MKB.

Für die Tradingpositionen ergaben sich folgende Werte:

VaR 99%/10Tage Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	28.12.2007	29.12.2006
LBBW-Konzern Handelsbuch	39	54	27	43	40
davon LBBW Teilkonzern	27	39	20	26	23
davon LBBW-Bank (o. Töchter)					
Zinsänderungsrisiken	21	37	15	20	19
Aktienrisiken	13	27	6	15	7
Währungsrisiken	3	8	0	0	5
davon LRP Teilkonzern	12	20	5	17	17

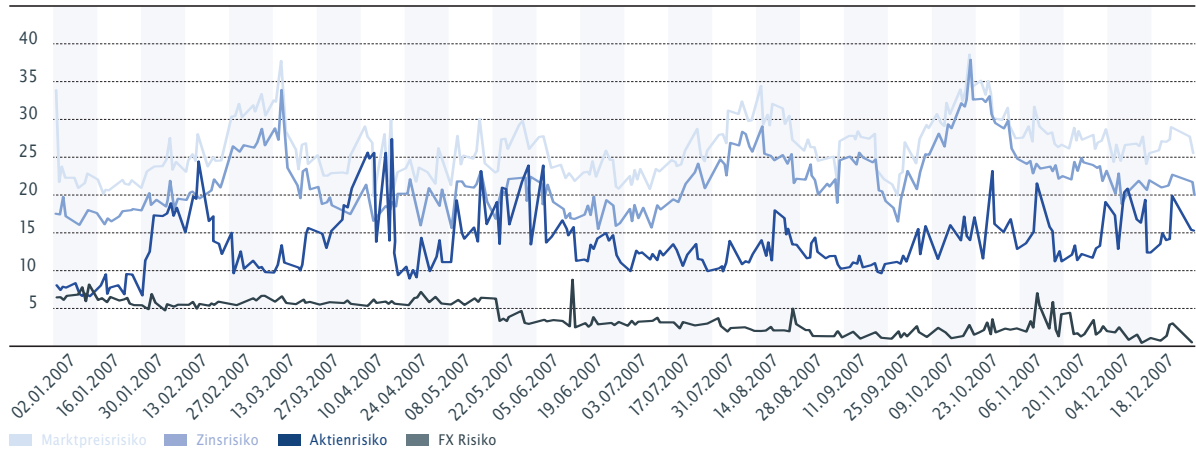
Die folgenden Grafiken stellen die Jahresverläufe der Marktpreisrisiken der LBBW-Bank dar:

Risikoverlauf LBBW-Bank in 2007, Mio. EUR



Der Risikoanstieg im letzten Quartal ist vor allem auf einen Anstieg der Volatilitäten aufgrund der Finanzmarktkrise zurückzuführen.

Risikoverlauf Tradingpositionen LBBW-Bank in 2007, Mio. EUR

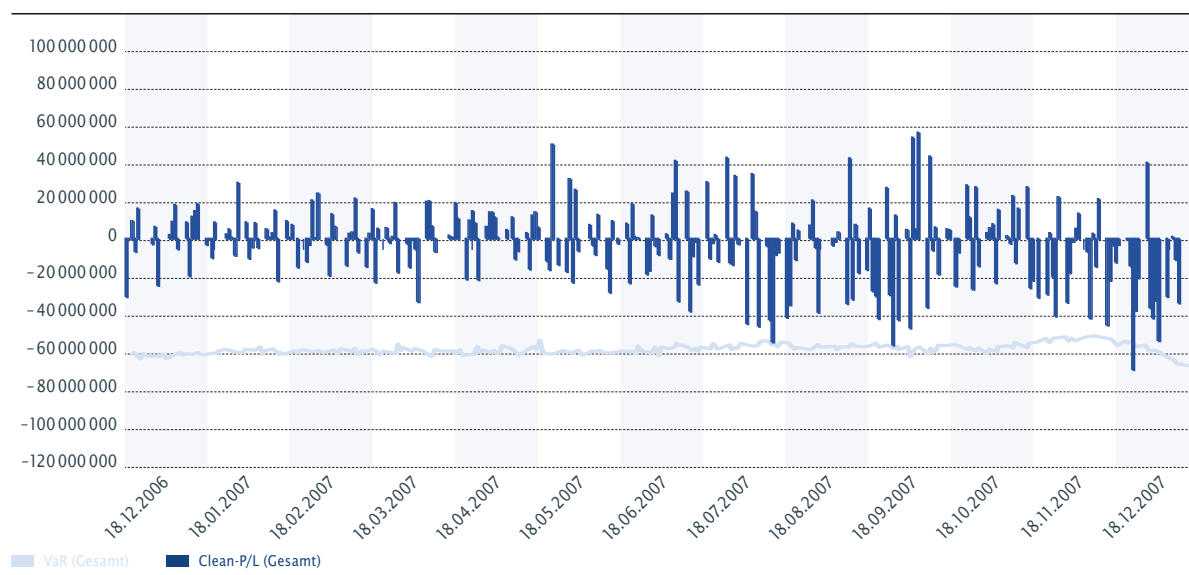


Backtesting.

Der im Risikomodell berechnete VaR-Wert stellt eine statistische Prognose über die in einzelnen Zeitabschnitten zu erwartenden Portfolioverluste aus Marktpreisrisiken dar. Um die Angemessenheit des Modells zu überprüfen, ist es erforderlich, die Güte der Prognose zu untersuchen. Dies erfolgt in Form eines Backtesting. Konkret wird hierbei die Anzahl der VaR-Überschreitungen durch die tatsächliche Portfoliowertänderung infolge von Marktdatenänderungen, sogenannten Ausnahmen, gezählt. Bis einschließlich 31. Dezember 2007 waren im Rahmen des Backtesting für die zurückliegenden 250 Handelstage drei Modellausnahmen für die Trading-Positionen und eine für die LBBW-Gesamtbank zu verzeichnen. Das Modell liegt damit innerhalb des aufsichtlich vorgegebenen Bereichs, in dem das Backtesting keine Hinweise auf Modellschwächen gibt.

Backtesting Portfolio LBBW-Bank für den Zeitraum 18.12.06 – 28.12.07

VaR-Parameter: 99% Konfidenzniveau, 1 Tag Haltedauer



Weiterentwicklung des Risikomodells.

Die Dynamik der Kapitalmärkte stellt auch das Risikomodell der LBBW vor stetige Herausforderungen. So werden beispielsweise neuartige Produkte eingeführt, für die eine adäquate Abbildung zu gewährleisten ist. Bevor diese im Handel der LBBW zugelassen werden, durchlaufen sie einen »Neue Produkte Prozess«, der die Abbildung in den verschiedenen Systemen der LBBW, etwa Rechnungswesen und Risikocontrolling, sicherstellt. Wenn die vollständige Abbildung der Produkte nicht sofort umgesetzt werden kann, findet ein Stufenverfahren Anwendung, in dem der Handel in diesen Produkten zunächst nur stark reglementiert stattfindet. Für bestimmte Produkte werden zusätzliche Sonderlimite gesetzt. Damit wird erreicht, dass Unschärfen in der Abbildung sich in einem unwesentlichen Rahmen bewegen. Die nötigen Bewertungsverfahren im Risikomodell entwickelt die LBBW selbst.

Im Jahr 2007 wurden drei Releasewechsel im Risikomodell durchgeführt, mit denen die Abbildung neuer Produkte sowie Verfeinerungen in der Berechnungsmethodik umgesetzt wurden. Das ermöglicht die Kontrolle und – wenn nötig – die Reaktion auf Variationen der Produktgestaltung. Die LBBW ist sich dabei bewusst, dass den Bewertungsverfahren Grenzen gesetzt sind. Neben den Bewertungen wird auch die Adäquanz der Risikomodellierung regelmäßig überprüft. Sollten bestimmte Märkte und Risikoarten künftig an Bedeutung gewinnen, kann das eigenentwickelte Modell flexibel erweitert werden.

Jede Art der Modellierung beinhaltet eine Vereinfachung gegenüber der Realität. Derartigen »Modellrisiken« begegnet die LBBW generell durch konservative Parametrisierungen. In einzelnen Fällen werden Bewertungsabschläge bzw. Sonderlimitierungen vorgenommen, sofern Unsicherheiten hinsichtlich der zugehörigen Bewertungsverfahren existieren.

Operationelle Risiken.

Operationelle Risiken (OpRisk) sind »Risiken, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Einflüssen eintreten«. Diese Definition umfasst auch rechtliche Risiken.

In der LBBW fällt das Management dieser Risikoart in die primäre Verantwortlichkeit der Bereiche und Konzernunternehmen. Große Bedeutung haben die dezentralen Operational Risk Manager, die die Bereichsleitungen und Geschäftsführer bei der Anwendung der OpRisk-Controllinginstrumente unterstützen, Ansprechpartner für die zugehörigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind und in engem Austausch mit dem zentralen OpRisk-Controlling stehen. Für eventuelle Schäden sorgt der zentrale Bereich Konzernstrategie/Recht – soweit dies möglich und sinnvoll ist – durch den Abschluss von Versicherungen vor. Für die Entwicklung und Umsetzung von Methoden und Instrumenten des OpRisk-Controllings ist eine unabhängige, zentrale Stelle zuständig.

Ein Hauptaugenmerk im OpRisk-Management und -Controlling liegt darauf, OpRisk früh zu erkennen und die daraus resultierenden Verluste durch Maßnahmen zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Wichtige Instrumente zur Identifizierung und Beurteilung dieser Risikoart sind die interne und externe Schadensfallsammlung, die Risikoinventur zur Risikopotenzialschätzung (Self Assessment und Szenarioanalyse) und Risikoindikatoren. Zur Quantifizierung des ökonomischen Kapitals und Integration in die Gesamtbanksteuerung entwickelt die LBBW einen VaR-Ansatz. Neben internen Daten finden Daten des Datenkonsortiums Operationeller Risiken (DakOR) in die Berechnung Eingang.

Das zentrale OpRisk-Controlling stellt den Entscheidungsträgern im Rahmen der regelmäßigen Risikokommunikation relevante Informationen zur Verfügung. Bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion im Konzern wird der Vorstand durch das Risk Committee unterstützt. In diesem Gremium werden Schadensfallberichte und Risikoinventur-Ergebnisse diskutiert sowie Maßnahmen zur Förderung der Risikokultur thematisiert. Ein Ad-hoc-Meldeprozess für OpRisk ist institutionalisiert.

Schwerpunkte der Tätigkeit des zentralen OpRisk-Controllings waren im Geschäftsjahr 2007 die Weiterentwicklung der Methoden zur Risikopotenzialschätzung, die Vernetzung der eingesetzten Instrumente sowie die Integration weiterer Konzernunternehmen. Die systemseitige Unterstützung für das Management und Nachhalten von identifizierten Maßnahmen aus den einzelnen Instrumenten wurde initiiert. Die Anforderungen des Standardansatzes sind umgesetzt.

Bei der LBBW werden, wie die Ausführungen in den nachstehenden Abschnitten zeigen, keine bestandsgefährdenden Operationellen Risiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet. Zu betonen ist, dass trotz aller Vorsorgemaßnahmen sich Operationelle Risiken nicht vollständig vermeiden lassen. Wesentliche Aufgabe im OpRisk-Management und -Controlling bleibt, das Risikobewusstsein der Mitarbeiter und die Risikokultur der LBBW zu fördern.

DV-Risiken.

Die LBBW setzt die Berücksichtigung internationaler Standards im IT-Sicherheitsbereich fort und wird sich künftig am ISO-Standard 27001 und 27002 orientieren. Im IT-Risikomanagement wurde ein zentrales Vorgehen definiert. Dieses beinhaltet eine ständige Risikosensibilisierung der Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Risikobetrachtung der in der Datenverarbeitung der LBBW identifizierten Risikoszenarien.

Um die Handlungsfähigkeit bzw. Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs bei Ausfall von DV-Systemen sicherzustellen, besteht ein spezieller Krisenstab IT, der nach einem definierten Ablaufprozess im Krisenfall die Koordination aller Aktivitäten und die zentrale Kommunikation, auch zu den baden-württembergischen Sparkassen, gewährleistet. Damit der manuelle Notbetrieb im Notfall aufrechterhalten werden kann, liegen in den Fachbereichen entsprechende Pläne vor.

Die LBBW verfügt sowohl für den Test- als auch für den Produktionsbetrieb über zwei unabhängige, örtlich getrennte Rechenzentren. Im Großrechner-Bereich ergibt sich ein Backup-Betrieb mit Datenspiegelung, der nach einer Ausfallzeit von spätestens drei Stunden ein Katastrophen-Backup gewährleistet. Für die Handelssysteme ist ebenfalls ein Backup-Betrieb mit Datenspiegelung realisiert. Zur Überprüfung der Funktionsfähigkeit und zum Training von Mitarbeitern finden regelmäßig Backup-Tests statt. Sowohl für den Handel als auch für die Handelsabwicklung sind zusätzlich Backup-Arbeitsplätze eingerichtet.

Derzeit bestehen bei der LBBW keine außergewöhnlichen DV-Risiken. Durch die stetige Weiterentwicklung und Verbesserung des DV-Umfelds ist auch künftig ein geordneter DV-Betrieb in der LBBW sichergestellt.

Personalrisiken.

Der Erfolg der LBBW hängt wesentlich von engagierten Mitarbeitern ab – so ist es auch im Leitbild der LBBW verankert: »Wir Mitarbeiter machen den Erfolg der Bank. Mit Kompetenz, Wissen und Engagement.«

Ziel eines umfassenden Personalrisikomanagements ist die Identifikation negativer Tendenzen (Risikoüberwachung) und die Bewertung geeigneter Maßnahmen, um Risiken zu verhindern bzw. zu minimieren (Risikosteuerung).

Der Personalbereich unterscheidet dabei verschiedene Arten von Personalrisiken als Ansatzpunkte seiner Risikoüberwachung und -steuerung. Engpass-, Austritts-, Anpassungs- und Motivationsrisiken sind frühzeitig zu erkennen und die daraus resultierenden Kosten wie zum Beispiel Personalsuch-, Kündigungs- und Fluktuationskosten zu minimieren. Transparent werden diese Risiken durch die periodische Auswertung und Analyse sowie den unternehmensübergreifenden Vergleich von Personal-kennzahlen wie beispielsweise Fluktuationsraten, Fehlzeiten oder Daten über Personalentwicklungs-maßnahmen (insbesondere Führungskräftebildungen).

Im Risikofeld »Austrittsrisiko« werden beispielsweise ausgetretene Mitarbeiter schriftlich zu ihren Austrittsgründen befragt. So haben diese nochmals Gelegenheit, ihre Meinung frei über die LBBW als Arbeitgeber zu äußern.

Neben der Gewinnung von Fachkräften vom externen Arbeitsmarkt liegt ein Schwerpunkt auf der internen Nachwuchsförderung. Um dem Risiko fehlender Leistungsträger zu begegnen (»Engpass-risiko«) wird deshalb das Mitarbeiterpotenzial systematisch erfasst und analysiert. Im Hinblick auf die demographischen Veränderungen steht die Altersstruktur der LBBW unter besonderer Beachtung, auch wenn sich in den nächsten Jahren kein Handlungsbedarf abzeichnet.

Neben diesen traditionellen Kennzahlen sind qualitative Indikatoren einzubeziehen, damit Personal- risiken nicht nur aus der Vergangenheit extrapoliert werden, sondern zukunftsbezogen beurteilt werden können. Über eine erstmals durchgeführte Mitarbeiterbefragung werden deshalb wertvolle Informationen über die Qualität und Attraktivität der LBBW als Arbeitgeber erhoben.

Möglichen Risiken im Personalbereich begegnet die LBBW bereits heute schon mit einer Reihe von Maßnahmen. Sie reichen von der rechtlichen Absicherung der LBBW bis zur aufgabenadäquaten Qualifizierung der Mitarbeiter. Hierzu wird unter anderem jährlich ein zielgruppenorientiertes fachliches Bildungsprogramm aufgelegt. Daneben besteht eine eigene Abteilung mit Aufklärungs- und Überwachungsfunktionen zu Compliance- und Geldwäschegesetzregelungen.

2007 waren keine bestandsgefährdenden Entwicklungen zu erkennen. Um auch zukünftig genügend Potenzial an Fach- und Führungskräften zur Verfügung zu haben, wird 2008 ein stärkeres Engagement in Ausbildungsgänge sowie in Traineeausbildungen erfolgen.

Rechtsrisiken.

Rechtsrisiken sind Verlustrisiken aufgrund der Außerachtlassung des durch Rechtsvorschriften und Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens. Sie entstehen durch (auch unverschuldete oder unvermeidbare) Unkenntnis, nicht hinreichend sorgfältige Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechte Reaktion auf eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Das Management der Rechtsrisiken erfolgt durch die Rechtsabteilungen der LBBW. Diese sind insbesondere in rechtlich beratender Funktion für die Bank, ihre in- und ausländischen Tochtergesellschaften, Niederlassungen und Repräsentanzen tätig. Hinzu tritt die Aufgabe, Rechtsrisiken in den Geschäfts- und Zentralbereichen frühzeitig zu erkennen und in geeigneter Weise zu begrenzen. Zur Minimierung rechtlicher Risiken und zur Vereinfachung der Geschäftsaktivitäten der Markt- und Handelsbereiche haben die Abteilungen Nationales Recht und Internationales Recht eine Vielzahl an Vertragsvordrucken und Musterverträgen selbst entwickelt bzw. nach Prüfung für die Verwendung durch die Geschäftsbereiche der LBBW freigegeben. Für alle derivativen Geschäfte werden anerkannte standardisierte Vertragsdokumentationen verwendet. Soweit durch neue Tätigkeitsfelder oder die Entwicklung neuer Bankprodukte rechtliche Fragen aufgeworfen sind, begleiten die Rechtsabteilungen diese Prozesse und gestalten sie aktiv mit.

Die Rechtsabteilungen verfolgen – in enger Zusammenarbeit mit dem Verband Öffentlicher Banken und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband – eingehend alle Vorhaben des Gesetzgebers, die Entwicklung der Rechtsprechung sowie neue Vorgaben der Aufsichtsbehörden in den einschlägigen Tätigkeitsbereichen der Bank.

Soweit sich hieraus relevanter Handlungs- und Anpassungsbedarf ergibt, wirkt der Bereich Konzernstrategie/Recht an der zeitnahen Information und Umsetzung innerhalb der Bank in maßgeblicher Weise mit. Bestandsgefährdende Rechtsrisiken bestehen bei der LBBW nicht. Der Bereich Konzernstrategie/Recht hat auch keinerlei Anhaltspunkte, dass solche Risiken bei der LBBW in überschaubarer Zukunft entstehen werden.

Liquiditätsrisiken.

Die LBBW unterscheidet bei der Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen Liquiditätsrisiko, das die Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit aufgrund akuter Zahlungsmittelknappheit bezeichnet, und dem Refinanzierungs(spread)risiko, das negative Ertragswirkungen infolge einer möglichen Verschlechterung der Refinanzierungsspreads beschreibt. Daneben wird als Marktliquiditätsrisiko die Gefahr bezeichnet, Kapitalmarktgeschäfte aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder bei Marktstörungen nur mit Verlusten glattstellen zu können.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko und Refinanzierungsrisiko.

Die Liquiditätssteuerung als geschäftsübergreifende Aufgabe nimmt der Bereich Treasury wahr. Das Refinanzierungs(spread)risiko aus den Positionen des Bankbuchs steuert der Bereich Treasury zentral, wobei langfristige Kreditausleihungen überwiegend langfristig refinanziert werden. Im Rahmen der Funding-Strategie wird das Ziel einer breiten und diversifizierten Investorenbasis verfolgt.

Die Messung, Überwachung und Limitierung der Liquiditätsrisiken erfolgt durch den Bereich Konzernrisikocontrolling.

Die kurzfristige Liquidität des Konzerns wird mittels regelmäßiger Vorscheurechnungen überwacht. Das Risiko eines akuten Zahlungsmittelengpasses ist über ein Limitsystem begrenzt, bei dem das Gesamtlimit aus den zur Verfügung stehenden freien Liquiditätsreserven abgeleitet wird. Das freie Refinanzierungspotenzial bei Notenbanken wird täglich überwacht. Im Rahmen eines ausführlichen Liquiditätsberichts informiert der Bereich Konzernrisikocontrolling vierteljährlich den Vorstand über alle relevanten Aspekte der Liquidität und des Liquiditätsrisikos von Bank und Konzern. Zusätzlich besteht eine detaillierte Notfallplanung für die Sicherung der Liquidität in eventuellen Krisensituationen.

Durch die Limitierung des Refinanzierungsbedarfs und konsequentes Management der Liquiditätsreserven sieht sich die LBBW auch gegenüber unvorhergesehenen Störungen der Liquiditätsversorgung am Markt sowie unerwarteten Liquiditätsabflüssen oder Ausfällen von erwarteten Zahlungseingängen gut abgesichert.

In der nachfolgenden Tabelle sind die erwarteten Mittelzu- und -abflüsse gemäß interner Abbildung im Konzernrisikocontrolling dargestellt. Erwartete Zu- und Abflüsse werden, soweit Valuta- und/oder Fälligkeitstermine vertraglich nicht eindeutig fixiert sind, nach Worst-Case-Methode erfasst, sodass der tatsächliche Refinanzierungsbedarf tendenziell überzeichnet wird.

Aktiva und Passiva gemäß vertraglich vereinbarten Zahlungsterminen						
31.12.07, Mio. EUR (Gegenwerte)		bis 1 Monat	> 1 – 3 Monate	> 3 – 12 Monate	> 12 Monate – 5 Jahre	> 5 Jahre
Kapitalfälligkeiten	Mittelzuflüsse	112 753,20	31 363,20	57 730,10	126 099,80	121 250,90
	Mittelabflüsse	-123 980,80	-56 929,80	-62 900,50	-105 584,10	-77 778,80
Zinszahlungen	Mittelzuflüsse	1 606,60	2 564,00	9 368,60	30 826,50	46 937,90
	Mittelabflüsse	-1 515,20	-2 300,20	-7 626,40	-22 911,20	-23 903,40
Nettozahlungssaldo aus Zinsderivaten		812,1	-3 266,30	-388,7	2 177,50	-3 375,80
Devisengeschäfte	Mittelzuflüsse	56 737,80	46 418,70	33 620,40	5 094,90	1 188,10
	Mittelabflüsse	-56 773,10	-46 394,90	-33 507,10	-5 021,10	-1 299,90
Kontokorrentkredite/Guthaben auf Interbankenkonten inkl. EZB						7 450,8
Sicht- und Spareinlagen (inkl. Interbankenkonten)						-18 896,3
Unwiderrufliche Kreditzusagen ¹ und Avale						-29 665

¹ Basis: Grundsatz-II-relevante Kreditzusagen und Avale ohne konzerninterne Zusagen, da das mit diesen Zusagen verbundene Refinanzierungsrisiko bereits über die Konsolidierung der Mittelzu- und -abflüsse erfasst ist, sowie ohne noch nicht valutierte Darlehen, soweit diese ebenfalls bereits bei den Mittelzu- und -abflüssen erfasst sind.

Das bei der LBBW als Liquiditätsreserve im engeren Sinne bezeichnete, taggleich verfügbare freie Refinanzierungspotenzial bei Notenbanken (EZB und FED) lag per 31. Dezember 2007 in der Bank bei 28,9 Mrd. EUR, im Konzern bei 38,8 Mrd EUR. Daraus ergibt sich, dass die Zahlungsfähigkeit der LBBW auch unter der Annahme, dass keinerlei Passivgeschäfte mehr am Markt getätigt oder prolongiert werden können, über einen Zeitraum von mehr als drei Monaten gesichert wäre, wenn keine Aktivgeschäfte abgeschlossen werden.

Trotz der schwierigen Situation an den Geld- und Kapitalmärkten im zweiten Halbjahr 2007 konnte der Liquiditätsbedarf des LBBW-Konzerns stets ohne Rückgriff auf die Liquiditätsreserven der LBBW am Markt beschafft werden. Die Finanzmarktkrise stellte die LBBW diesbezüglich nicht vor größere Schwierigkeiten. Die Liquiditätsanforderungen des KWG-Grundsatzes II wurden im Jahr 2007 jederzeit deutlich übertroffen. Die Liquiditätskennziffer der LBBW lag per 31. Dezember 2007 bei 1,45 (2006: 1,32), die der LRP lag bei 1,91 (2006: 1,54).

Marktliquiditätsrisiken.

Marktliquiditätsrisiken beziehen sich auf potenzielle Verluste beim Handel in wenig liquiden Finanzinstrumenten, beispielsweise beim Handel größerer Wertpapierbestände. Falls ein hohes Volumen kurzfristig veräußert oder eingedeckt werden soll, ist von einem entsprechenden Einfluss auf die Märkte auszugehen, der den zu erwartenden Erlös schmälert.

Die LBBW berücksichtigt derartige Risiken zum Teil über die Beobachtung der Bid-Offer-Spreads in den entsprechenden Titeln des Bestands. Diese werden den zugehörigen gehandelten Volumina gegenübergestellt. Dieser Zusammenhang wird dann auf das Volumen im Bestand der LBBW übertragen und in eine potenzielle Verlustgröße überführt. Die Risiken aus »marktengen« Aktien im Handelsbestand werden durch ein gesondertes Limit begrenzt und haben für die LBBW keine wesentliche Bedeutung.

Darüber hinaus bezieht sich der Begriff auf potenzielle Verluste dadurch, dass ganze Marktsegmente an Liquidität verlieren, wie in der zweiten Jahreshälfte 2007 im Bereich der Credit-Spread-Risiken sichtbar wurde. Durch die plötzlich fehlende Liquidität in bis dahin sehr liquiden Märkten kam es über Monate zu Schwierigkeiten in Marktbewertungen und in den darauf aufbauenden Prozessen. Ein Verlust durch fehlende Liquidität tritt in einer solchen Situation insbesondere dann ein, wenn ein Institut gezwungen ist, trotz der widrigen Marktsituation Positionen zu verkaufen bzw. zu schließen. Das Risikomanagement der LBBW zielt daher darauf ab, großen Handlungsspielraum in solchen Extremsituationen zu behalten. Der Handel bevorzugt solche Produkte und Märkte, die aufgrund der bisherigen Marktentwicklung eine hohe Liquidität versprechen.

Beteiligungsrisiken.

Die LBBW beteiligt sich an anderen Unternehmen bzw. lagert Funktionen auf Tochtergesellschaften aus, wenn dies unter strategischen oder Rendite-Gesichtspunkten sinnvoll ist.

Für das Beteiligungscontrolling ist die frühzeitige Kenntnis der Geschäfts- und Risikoentwicklungen der Tochtergesellschaften und Beteiligungen von besonderer Bedeutung. Diesem Ziel dienen – insbesondere bei den risikopolitisch wesentlichen Gesellschaften – regelmäßige Abstimmungsgespräche auf korrespondierenden Fachebenen der LBBW und der Tochtergesellschaft/Beteiligung. Darüber hinaus findet eine ständige Ergebniskontrolle und Planüberwachung sowie eine umfassende Berichterstattung an Vorstand und Gremien durch die Organisationseinheit Beteiligungsmanagement im Bereich Konzernstrategie/Recht der LBBW statt.

Unter Risikogesichtspunkten werden im Beteiligungsportfolio der LBBW zwei Kategorien von Gesellschaften unterschieden:

- Wesentliche Tochtergesellschaften, das heißt Gesellschaften, bei denen die LBBW Mehrheitsgesellschafterin ist und deren Risikopotenzial (in den wesentlichen Risikokategorien Kreditrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko, Operationelles Risiko und Immobilienrisiko) aus Konzernsicht als wesentlich einzustufen ist.
- Nicht wesentliche Tochtergesellschaften und Beteiligungen, das heißt Gesellschaften, bei denen die LBBW Mehrheitsgesellschafterin ist und deren Risikopotenzial aus Konzernsicht als unwesentlich einzustufen ist oder Minderheitsbeteiligungen, das heißt Gesellschaften, bei denen die LBBW als Minderheitsgesellschafterin keine so unmittelbaren Eingriffsmöglichkeiten hat wie bei Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung.

Die wesentlichen Tochtergesellschaften werden soweit heute schon möglich nach dem sogenannten Transparenzprinzip behandelt oder sukzessive in dieses überführt. Beim Transparenzprinzip werden die in den jeweiligen Gesellschaften als wesentlich identifizierten Risiken nach den Prämissen und der Parametrisierung der LBBW gemessen und auf Ebene der LBBW in eine Aggregation bzw. Konzernbetrachtung einbezogen.

Bei den nicht wesentlichen Tochtergesellschaften und Minderheitsbeteiligungen wird das Risikopotenzial auf Grundlage der jeweiligen Beteiligungswerte quantifiziert und so in seiner Gesamtheit in die Risikosteuerung einbezogen. Zur Berechnung wird ein ratingbasierter CVaR-Ansatz herangezogen.

Die LBBW betreibt eine selektive Beteiligungspolitik. Beim Erwerb von Beteiligungen wird in der Regel unter Einbindung der Fachbereiche der LBBW eine umfassende Risikoanalyse (rechtlich, finanziell etc.)

in Form einer Due Diligence durchgeführt. Hierbei wird u. a. darauf geachtet, dass keine unangemessenen Risikokonzentrationen im Beteiligungsportfolio entstehen.

Über die Transaktionsverträge strebt die LBBW, etwa durch Vereinbarung von Optionsrechten oder Earn-Out-Regelungen, eine möglichst weitgehende vertragliche Risikoabsicherung an. Daneben wird die Beteiligung beim Kauf unter Berücksichtigung von kapitalmarktorientierten Risikoprämien bewertet.

Für die Beteiligungen der LBBW werden mindestens einmal jährlich im Rahmen vorbereitender Arbeiten zum Jahresabschluss nach den Grundsätzen des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IdW) Verkehrswerte ermittelt. Zum Halbjahresabschluss wird zudem eine Plausibilisierung der Buchwertansätze anhand unterjähriger Hochrechnungen durchgeführt.

Neben dem Risiko eines potenziellen Wertverlustes infolge von Ausfallereignissen besteht das Risiko der Un- oder Unterverzinslichkeit der Anlage, die aufgrund der Ertragswertorientierung bei der Beteiligungsbewertung jedoch mit dem vorgenannten allgemeinen Buch- bzw. Verkehrswertrisiko korrespondiert.

Neben Beteiligungsrisiken aus dem Kapitaleinsatz ergeben sich zusätzlich Haftungsrisiken aus den mit einigen Tochterunternehmen geschlossenen Ergebnisabführungsverträgen sowie aus der Anstaltslast bzw. Gewährträgerhaftung bei Beteiligungen an öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten. Ferner hat die LBBW bei verschiedenen Beteiligungen Patronatserklärungen abgegeben.

Unter Berücksichtigung der bei den Beteiligungsunternehmen vorgenommenen Ergebnisthesaurierungen wurde für das Beteiligungsportfolio insgesamt eine Rendite erzielt, die über der Verzinsung risikoloser Alternativen (festverzinsliche Wertpapiere der öffentlichen Hand) liegt.

Die Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die LBBW laufend über die Situation in den Beteiligungsunternehmen unterrichtet ist. Im Übrigen folgen die Tochterunternehmen und die wesentlichen Beteiligungen einer mit der LBBW im Rahmen der bestehenden Einflussmöglichkeiten abgestimmten konservativen Risikopolitik.

Immobilienrisiken.

Immobilienrisiken sind definiert als potenzielle negative Wertveränderungen unternehmenseigener Immobilien durch eine Verschlechterung der allgemeinen Immobiliensituation oder eine Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der einzelnen Immobilie (Leerstände, veränderte Nutzungsmöglichkeiten, Bauschäden etc.).

Das Immobilienportfolio des LBBW-Konzerns ist gut diversifiziert in Wohn- und Gewerbeimmobilien, eigen- und fremdgenutzte Immobilien unterschiedlicher Größen- und Qualitätsklassen. Der Schwerpunkt des Immobilienbestands liegt in Süddeutschland. Es wird die Strategie verfolgt, den Wohnungsbestand auf ein ertragsstarkes und langfristiges Zielfortfolio zu konzentrieren. Dieses Zielfortfolio beinhaltet eine Konzentration auf Objekte mit nachhaltiger Entwicklungsperspektive in prosperierenden Wirtschaftsräumen. Damit verbunden ist ein Rückzug aus der Fläche. Dadurch wird eine verbesserte Rendite-Risiko-Struktur mit einem höheren Total Return erzielt.

Die Bestandsobjekte im Gewerbeimmobilienbereich werden unter ganzheitlichen immobilienwirtschaftlichen Gesichtspunkten, wie zum Beispiel Kosten-/Ertragssituation, Nutzungs-/Wachstumsstrategie des Konzerns, Entwicklungsfähigkeit des Standorts, Diversifikation des Portfolios oder Repräsentanzzwecke für den Konzern, untersucht und entsprechende Lösungen für den Einzelfall erarbeitet.

Der Kunde im Geschäftsfeld eigengenutzte Immobilien ist der LBBW-Konzern. Es handelt sich in diesem Bereich im Wesentlichen um Büro- und Banknutzungen. Für 1A- und 1B-Lagen wird angestrebt, ökonomische Nutzungskonzepte für die LBBW zu finden und die Erdgeschossflächen mittelfristig einer renditestarken Handelsnutzung zuzuführen.

Das Immobilienportfolio wird im Rahmen der vierteljährlichen Bestandsbewertung der konzerneigenen Immobilien über die Fair-Value-Betrachtung überwacht und auf Risiken hin analysiert. Störfaktoren innerhalb und im Umfeld des Unternehmensgeschehens sollen frühzeitig identifiziert und analysiert werden. Ein aktives Risikomanagement trägt dazu bei, zu einem tragbaren Risikoportfolio zu gelangen, welches ein ausgewogenes Verhältnis von Chancen und Risiken aufweist.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage.

In der LBBW wurden in Bank und Konzern für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zu deren Begrenzung bzw. Minimierung getroffen. Den Kreditrisiken wurde im Rahmen der Risikovorsorge durch umsichtig gebildete Wertberichtigungen Rechnung getragen, für alle Risiken wird ausreichend Kapital vorgehalten.

Eine konzernweite Zusammenfassung der Risiken über alle quantifizierbaren Risikokategorien wird auch in der ökonomischen Sichtweise durchgeführt. Die Aggregation der Risikoarten als ökonomisches Kapital zeigt, dass die Risikotragfähigkeit der LBBW nur zum kleineren Teil durch Risiken in Anspruch genommen wird. Der größere Teil dient als Puffer, unter anderem für nicht quantifizierbare Risiken, Stresstestingwerte oder strategischen Bedarf. Darin äußert sich die konservative Risikopolitik der LBBW.

Risikotragfähigkeit 31.12.2007 Mio. EUR	Konzern LBBW Auslastung		Teilkonzern LBBW Auslastung		Teilkonzern LBBW-Immobilien Auslastung		Teilkonzern LRP Auslastung	
Risikodeckungsmasse	24 407	39 %	21 255	37 %	625	38 %	2 527	48 %
VO = oberstes Globallimit	11 600	81 %	8 900	89 %	500	47 %	2 200	55 %
Ökonomisches Kapital	9 400		7 957		235		1 208	

Im Laufe des Jahres 2007 zeigte sich ein Anstieg des Ökonomischen Kapitals und der Limit-Auslastungen. Dies ist zum größten Teil durch Marktdatenänderungen, insbesondere durch den Spreadanstieg der zweiten Jahreshälfte bedingt, der zu einem Anstieg des CVaR führte: in der barwertorientierten Modellierung führen die höheren Spreads bei den im Portfolio simulierten Ratingänderungen zu höheren Barwertänderungen.

Die dargestellten Teilkonzerne verantworten eigene Globallimite, die im Konzernlimit enthalten sind. Die weiteren Tochtergesellschaften sind im Teilkonzern LBBW enthalten. Überschreitungen der Global-
limite im Konzern und in den Teilkonzernen gab es nicht.

Nachtragsbericht.

Vorgänge von wesentlicher Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres.

Zum Erwerb der Sachsen LB wurde bis Anfang März 2008 ein Konsens über eine Ergänzungsvereinbarung zur Grundlagenvereinbarung vom 26./27. August 2007 erzielt. Diese Ergänzungsvereinbarung regelt die Beendigung des Treuhandverhältnisses mit – und somit den Abschluss des Erwerbs der Sachsen LB durch die LBBW sowie die Separierung von Positionen des Kreditsatzgeschäfts in einer Zweckgesellschaft, für deren Absicherung der Freistaat Sachsen eine Garantieerklärung in Höhe von insgesamt 2,75 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt hat. Die Haftung der Sachsen LB bzw. Sachsen LB Europe für die separierten Positionen endet aufgrund dieser Regelung. Die Prüfung gemäß Beihilfavorschriften des EG-Vertrags hat die Europäische Kommission am 27. Februar 2008 annonciert. Nach Beseitigung aller aufschiebenden Bedingungen unter der Ergänzungsvereinbarung zur Grundlagenvereinbarung hat die LBBW 100 % der Aktien an der Sachsen LB erworben.

Nachdem die LBBW alleiniger Eigentümer der Sachsen LB geworden ist, hat sie dieser rückwirkend zum 31. Dezember 2007 einen Ertragszuschuss in Höhe von 391,4 Mio. EUR gewährt, um eine anteilige Reduzierung der Kapitalrückzahlungen von Genussrechten und stillen Einlagen durch Verluste der Sachsen LB zu vermeiden. Die LBBW hat den Ertragszuschuss zum Zeitpunkt der Zahlung in neuer Rechnung erfasst. Er erhöht als nachträgliche Anschaffungskosten den Buchwert der Beteiligung an der Sachsen LB und ist damit erfolgsneutral. Die Sachsen LB ist zum 1. April 2008 im Rahmen eines sogenannten Anwachsungsmodells in der LBBW aufgegangen. Dabei hat die LBBW das mittelständische Firmenkundengeschäft der Sachsen LB sowie das Unternehmenskunden- und gehobene Privatkundengeschäft der BW-Bank in Mitteldeutschland in der zum 1. April 2008 entstandenen Sachsen Bank gebündelt.

Ende Februar 2008 haben sich die Träger der Landesbank Baden-Württemberg und das Land Rheinland-Pfalz in einem Eckpunktepapier darüber verständigt, dass die LRP zum 1. Juli 2008 in eine unselbstständige Anstalt umgewandelt und in die LBBW integriert werden soll.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, bestehen nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2007 in Form der noch nicht überwundenen Finanzmarktkrise und der damit einhergehenden Belastungen.

Prognosebericht.

Voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung.

Die Konjunktur dürfte im Jahr 2008 die Dynamik des abgelaufenen Jahres nicht mehr erreichen. Für die Weltwirtschaft schätzt die LBBW eine Verlangsamung des Wachstums von 4,9 % auf rund 4,0 %. Ausgangspunkt der Abschwächung sind die USA. Dort haben die Folgen der Krise am Hypotheken- und Verbriefungsmarkt um die Jahreswende 2007/2008 zu einer deutlichen Wachstumsverlangsamung geführt. Erst für das zweite Halbjahr 2008 ist aus Sicht der LBBW wieder mit einer Belebung der Konjunktur in den USA zu rechnen, wenn der expansive Impuls der vorangegangenen Zinssenkungen und der geplanten Steuersenkungen in der Realwirtschaft zu wirken beginnt und darüber hinaus die Finanzmarktkrise allmählich überwunden wird. Nach 2,2 % im Jahr 2007 dürfte für 2008 in den USA insgesamt ein BIP-Wachstum von 1,1 % erzielt werden.

In der Eurozone erwartet die LBBW nach 2,7 % ein Wachstum von 1,5 % im Jahr 2008. Belastend wirkt vor allem die von den USA ausgehende Abkühlung der Weltkonjunktur. Als positive Faktoren sind das weiterhin hohe Wachstum in den Schwellenländern Asiens und Osteuropas sowie eine robuste Binnenkonjunktur, die von der kräftigen Zunahme der Beschäftigung (plus rund 2,7 Mio. im Jahr 2007) profitiert, zu nennen. Während 2007 in Deutschland ein BIP-Wachstum von 2,5 % erzielt wurde, rechnet die LBBW für 2008 mit einer Abkühlung auf 1,5 %. Nachdem 2007 vor allem der Export und die Ausrichtungsinvestitionen den Aufschwung getragen haben, dürfte im Jahr 2008 der private Konsum zu einer Stütze der Konjunktur werden. Dabei sollte die durchgreifende Verbesserung der Lage am deutschen Arbeitsmarkt dem privaten Konsum Auftrieb verleihen. Vor dem Hintergrund einer im Vergleich zum Vorjahr schwächeren, aber immer noch robusten Konjunktur sollten die Renditen für deutsche Staatsanleihen im Jahresverlauf 2008 wieder anziehen, nachdem sie ab Mitte 2007 rückläufig waren.

Die Hauptrisiken für das skizzierte Szenario werden von der LBBW in einer weiteren Verschärfung der Lage an den Kreditmärkten und deren Übergreifen auf die Aktienmärkte mit den entsprechenden Konsequenzen für den Bankensektor sowie die Kreditvergabepraxis gesehen. Daneben stellt der Anstieg der Verbraucherpreise eine Gefahr für die Konjunktur dar. Sollten in den anstehenden Tarifverhandlungen Lohnabschlüsse vereinbart werden, die zu Zweitrundeneffekten führen, ist damit zu rechnen, dass die Inflationsrate für längere Zeit deutlich oberhalb der Marke von 2,0 % verharren wird. In diesem Fall wäre die EZB in einer Zwickmühle. Auf der einen Seite würde ihr Auftrag, die Sicherung der Preisstabilität zu gewährleisten, in diesem Fall eine Straffung der Geldpolitik erfordern. Andererseits dürfte jedoch der Abschwung in den USA zwar gedämpft, aber auch in der Eurozone mit einigen Monaten Zeitverzögerung Brems Spuren hinterlassen. Dies könnte in Abhängigkeit von deren Ausmaß möglicherweise sogar umgekehrt Zinssenkungsspielraum und -bedarf anzeigen. In welche Richtung das Pendel ausschlägt, wird sich erst im Verlauf des ersten Halbjahres 2008 zeigen.

Wettbewerbssituation und strategische Weiterentwicklung des LBBW-Konzerns.

Unabhängig von der Finanzmarktkrise, die den Bankensektor auch im Jahr 2008 noch beeinflussen wird, ist auch für die kommenden beiden Jahre von einer hohen Wettbewerbsintensität im Privat- und Unternehmenskundengeschäft am deutschen Bankenmarkt auszugehen. Der LBBW-Konzern sieht sich jedoch mit seinem breit diversifizierten Geschäftsmodell in diesem Marktumfeld in einer guten Position.

Die LBBW wird ihren eingeschlagenen geschäftspolitischen Kurs fortsetzen und die Ertrags- und Effizienzsteigerung im Konzern weiter vorantreiben. Darüber hinaus wird die Möglichkeit für weiteres organisches und anorganisches Wachstum konsequent evaluiert. Die Ertragsinitiativen, etwa im Kapitalmarktgeschäft oder im Wealth Management, werden fortentwickelt und das Auslandsnetzwerk des Konzerns gezielt ausgebaut. Im Vordergrund steht dabei, mit dem Geschäftsmodell in attraktiven ausländischen Regionen mit ähnlichen Wirtschaftsstrukturen zu wachsen und die bundesweite Position der LBBW in ausgewählten Geschäftsfeldern auszubauen. Im Zuge der Effizienzsteigerung im Konzern werden die Marktfolgeprozesse durchleuchtet, um Kapazitäten für die Marktbearbeitung am Kunden freizusetzen. Auch die Chancen, die sich dem Zahlungsverkehr durch SEPA bieten, werden gegenüber den Kunden stärker in den Fokus gerückt.

Im Jahr 2008 wird darüber hinaus ein Schwerpunkt auf der rechtlich und wirtschaftlich vollständigen Integration der Sachsen LB und der bisher als Tochter geführten LRP in die LBBW liegen, um damit Synergien auf der Kostenseite zu heben und Ertragspotenziale in neuen Kernmarktgebieten zu erschließen.

Während im Geschäftsgebiet der LRP zur Integration in den LBBW-Konzern schon eine gewisse Basis gelegt wurde, wird mit der Sachsen LB in Verbindung mit den bestehenden Filialen der BW-Bank in Ostdeutschland eine tiefere Markterschließung im Unternehmenskundengeschäft und im Geschäft mit gehobenen Privatkunden angestrebt. Darüber hinaus wird das Geschäftsgebiet des Konzerns um die an Sachsen angrenzenden Regionen in Osteuropa erweitert. Die Chancen der Zusammenarbeit mit den Sparkassen werden durch die Erweiterung des Kerngeschäftsgebiets des LBBW-Konzerns auf eine breitere Basis gestellt. Zudem wird die Angebotspalette für die Sparkassen laufend überarbeitet und erweitert, um die Potenziale im Verbundgeschäft intensiver auszuschöpfen.

Ergebnisentwicklung sowie Chancen des LBBW-Konzerns.

Durch die Finanzmarktkrise hatten sich stichtagsbezogene Belastungen aus der Marktbewertung ergeben, die insbesondere aus dem Credit Investmentgeschäft des Konzerns resultieren. Die Entwicklung der operativen Ergebnisse aller weiteren LBBW-Geschäftsbereiche ist davon unbeschadet als gut zu bezeichnen.

Die LBBW erwartet, dass zum Halbjahr 2008 eine Beruhigung an den Finanzmärkten eintritt und somit für die kommenden Jahre von einer deutlichen Ergebnissteigerung ausgegangen werden kann. Darüber hinaus geht die LBBW von einem weiteren Erlöswachstum aller Geschäftsbereiche aus. Es ergeben sich in den nächsten Jahren zusätzliche Erlöspotenziale aus der konsequenten Umsetzung von bereits initiierten Wachstums- und Strategiemaßnahmen. Durch die rechtlich und wirtschaftlich vollständige Integration der Sachsen LB und der bisherigen Tochter LRP in die LBBW wird eine Stärkung der Wettbewerbsposition der LBBW erwartet. Diese soll genutzt werden, um die Basis der operativen Erträge zu erweitern. Dabei wird die konservative Risikopolitik der LBBW fortgeführt. Gleichzeitig erwartet die LBBW aus den Integrationen die Hebung von Kostensynergien innerhalb des Konzerns.

Bezogen auf die Segmente sind folgende Entwicklungsschwerpunkte geplant:

Im **Privatkundengeschäft** wird der Ausbau des Geschäftsfelds Wealth Management über die BW-Bank mit einem erstklassigen Produkt- und Dienstleistungsangebot für hochvermögende Privatkunden zu einer weiteren Ergebnisverbesserung führen. Der Start am Markt ist für das erste Halbjahr 2008 geplant. Mit Blick auf die wirtschaftlichen Rahmendaten ist das Geschäftsgebiet der BW-Bank in Baden-Württemberg als überdurchschnittlich attraktiv einzustufen. Daher soll weiteres Wachstum auch aus der intensivierten Betreuung gehobener Privatkunden und Private-Banking-Kunden im klassischen Filialgeschäft erreicht werden. Durch ein entsprechendes Produktangebot wird der Einführung der Abgeltungsteuer zum Jahresbeginn 2009 begegnet. Hieraus werden weitere Impulse für die geschäftliche Entwicklung erwartet.

Im Segment **Corporates** geht die LBBW von einem weiterhin nachhaltigen Ertrags- und Volumenwachstum aus. Die starke Position mit hoher Kundenzufriedenheit und einem hohen Anteil an Hausbankfunktion in Baden-Württemberg gilt es auch künftig auszubauen. Zur Verbreiterung der Ertragsbasis und zur Gewinnung neuer Kundengruppen werden neben einer umfassenden Kreditversorgung auch vermehrt Anlagekonzepte und Kapitalmarktinstrumente für die betriebliche Finanzierung angeboten. Um die verstärkte Nachfrage nach betrieblicher Altersvorsorge abdecken zu können, wurde entsprechend spezielles Know-how in der Fläche aufgebaut. Für die aktive Betreuung der Kunden sowie zur Neukundenakquisition wurde zudem eine breit angelegte Qualifizierungsoffensive der Kundenberater gestartet. So kann der LBBW-Konzern seine Kunden noch effektiver als »strategischer Partner« begleiten. Darüber hinaus baut der Konzern sein internationales Netzwerk mit German Centres, Filialen und Repräsentanzen weiter aus, um seine Kunden in für sie interessante Märkte zu begleiten und ihnen dort als Türöffner zu dienen. Im Leasinggeschäft baut die LBBW über die Tochtergesellschaft SüdLeasing GmbH ihre Marktaktivitäten im nationalen und internationalen Mobilienleasing weiter aus. Durch die Beteiligung an der LHI Leasing GmbH werden zudem die Immobilienleasingaktivitäten weiter forciert. Ein Schwerpunkt der LBBW Immobilien GmbH wird der Ausbau ihrer Kompetenz im Projektentwicklungsgeschäft sein.

Im Segment **Financial Markets** war 2007 der Anlagebestand der Kreditinvestment-Bücher durch die Finanzmarktkrise deutlich betroffen. Dagegen erzielte vor allem der Handel in Zins- und Devisenprodukten trotz schwieriger Marktbedingungen ein gutes Ergebnis. Eine Zunahme der operativen Erlöse erwartet die LBBW vor allem aus der Umsetzung der Wachstumsstrategie Kapitalmarktgeschäft. Die strategische Ausrichtung, die LBBW als kompetenten Anbieter strukturierter Aktien-, Zins-, Kredit- und Commodity-Produkte weiter zu stärken, wird fortgesetzt. Zusätzlich werden durch stetig wachsende Salesaktivitäten im Rahmen des kapitalmarktorientierten Kundengeschäfts in Europa und den bedeutenden globalen Finanzzentren positive Effekte erwartet. Dies soll vor allem im Aktiengeschäft sowie durch den Ausbau des direkten und indirekten Alternative-Investment-Geschäfts erreicht werden. Mit der Implementierung moderner Front-Office-Systeme werden diese Wachstumsaktivitäten nachhaltig unterstützt. Falls sich die Finanzmarktkrise wider Erwarten über das gesamte Geschäftsjahr 2008 hinweg ausdehnt, können sich entsprechende Auswirkungen auf das Ergebnis ergeben.

Die Kostenentwicklung des LBBW-Konzerns wird im Jahr 2008 geprägt von der vollständigen Integration der Sachsen LB und der LRP, den aufsichtsrechtlichen bzw. gesetzlichen Anforderungen an die LBBW sowie den strategischen Wachstumsprojekten. Die Realisierung von Synergieeffekten, vor allem aus der Zusammenführung von IT-Systemen, Stabs- und Back-Office-Bereichen, erwartet die LBBW ab dem Jahr 2009.

Konzern- abschluss.

INHALT

- 135 - GEWINN- UND
VERLUSTRECHNUNG
- 136 - KONZERNBILANZ
- 138 - AUFSTELLUNG DER ERFASTEN ERTRÄGE
UND AUFWENDUNGEN
- 139 - KAPITALFLUSSRECHNUNG
- 141 - KONZERNANHANG
- 165 - SEGMENTBERICHTERSTATTUNG
- 221 - VORSTAND
- 222 - VERWALTUNGSRAT
- 229 - BESTÄTIGUNGSVERMERK
- 230 - TRÄGERVERSAMMLUNG
- 231 - BEIRAT
- 235 - GLOSSAR

Das Jahr 2007 hatte zwei Seiten. Zum einen ist die internationale Finanzmarktkrise auch am LBBW-Konzern nicht spurlos vorübergegangen. Zum anderen hat die LBBW dank ihrer soliden operativen Ergebnisorientierung ihre Positionierung weiter gefestigt. Gelungen ist dies auf der Grundlage ihres erfolgreichen und belastbaren Geschäftsmodells.

Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007.

	Notes	1.1. - 31.12.2007 Tsd. EUR	1.1. - 31.12.2006 Tsd. EUR	Veränderung in Tsd. EUR	Veränderung in %
Zinserträge	(46)	28 688 323	25 686 003	3 002 320	11,7
Zinsaufwendungen	(46)	- 26 560 896	- 23 501 267	- 3 059 629	13,0
Zinsergebnis	(46)	2 127 427	2 184 736	- 57 309	- 2,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(47)	- 186 250	- 163 415	- 22 835	14,0
Zinsergebnis nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft		1 941 177	2 021 321	- 80 144	- 4,0
Provisionserträge	(48)	721 066	623 204	97 862	15,7
Provisionsaufwendungen	(48)	- 137 301	- 123 564	- 13 737	11,1
Provisionsergebnis	(48)	583 765	499 640	84 125	16,8
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	(49)	- 24 290	- 62 499	38 209	- 61,1
Handelsergebnis	(50)	- 567 526	186 608	- 754 134	> - 100
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	(51)	- 23 032	66 127	- 89 159	> - 100
Ergebnis aus Finanzanlagen	(52)	- 123 596	- 2 265	- 121 331	> 100
Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen	(53)	9 719	772	8 947	> 100
Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	(54)	134 083	116 266	17 817	15,3
Verwaltungsaufwendungen	(55)	- 1 649 726	- 1 541 476	- 108 250	7,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	(56)	67 984	8 770	59 214	> 100
Ergebnis aus Ergebnisabführungsverträgen		- 1 306	- 962	- 344	35,8
Konzernergebnis vor Steuern		347 252	1 292 302	- 945 050	- 73,1
Ertragsteuern	(57)	- 35 809	- 360 933	325 124	- 90,1
Konzernjahresüberschuss		311 443	931 369	- 619 926	- 66,6
Ergebnisanteil Konzernfremder nach Steuern		8 332	5 176	3 156	61,0
Ergebnisanteil Anteilseigner nach Steuern		303 111	926 193	- 623 082	- 67,3
Konzernjahresüberschuss		311 443	931 369	- 619 926	- 66,6

Konzernbilanz

der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim zum 31. Dezember 2007.

	Notes	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Aktiva					
Barreserve	(7) (60)	1 477	1 578	-101	-6,4
Forderungen an Kreditinstitute	(8) (17) (33) (38) (61)	143 643	150 612	-6 969	-4,6
Forderungen an Kunden	(8) (17) (33) (38) (62)	146 394	121 391	25 003	20,6
Risikovorsorge	(11) (63)	-1 966	-2 157	191	-8,9
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	(8) (36) (64)	5 002	4 925	77	1,6
Handelsaktiva	(8) (36) (65)	51 130	41 065	10 065	24,5
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	(8) (36) (65)	5 372	5 104	268	5,3
Finanzanlagen	(8) (35) (65)	87 583	91 008	-3 425	-3,8
Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen	(4) (5) (66)	186	4	182	> 100
Aktivisches Portfolio-Hedge Adjustment	(8) (36)	-396	-71	-325	> 100
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen	(13) (67)	0	64	-64	-100,0
Immaterielle Vermögenswerte	(14) (68)	113	98	15	15,3
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(15) (31) (69)	1 636	1 652	-16	-1,0
Sachanlagen	(16) (17) (33) (70)	768	756	12	1,6
Laufende Ertragsteueransprüche	(18) (57) (71)	684	451	233	51,7
Latente Ertragsteueransprüche	(18) (32) (57) (71)	405	321	84	26,2
Sonstige Aktiva	(19) (72)	1 393	484	909	> 100
davon Vorräte	(20) (72)	871	378	493	> 100
Summe der Aktiva		443 424	417 285	26 139	6,3

	Notes	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(8) (37) (73)	157 446	142 043	15 403	10,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(8) (17) (33) (37) (74)	96 451	85 436	11 015	12,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	(8) (37) (75)	126 874	126 836	38	0,0
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	(8) (36) (76)	5 501	5 324	177	3,3
Handelspassiva	(8) (77)	15 276	11 541	3 735	32,4
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	(8) (77)	17 220	21 831	-4 611	-21,1
Passivisches Portfolio-Hedge Adjustment	(8) (36)	-476	-75	-401	> 100
Rückstellungen	(21) (30) (39) (78)	1 692	1 842	-150	-8,1
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	(18) (57) (79)	318	393	-75	-19,1
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	(18) (32) (57) (79)	297	251	46	18,3
Sonstige Passiva	(19) (80)	940	655	285	43,5
Nachrangkapital	(22) (29) (81)	11 465	10 854	611	5,6
Eigenkapital	(23) (34) (82)	10 420	10 354	66	0,6
Stammkapital	(82)	1 420	1 420	0	0,0
Kapitalrücklage	(82)	3 074	3 074	0	0,0
Gewinnrücklage	(82)	4 850	3 864	986	25,5
Direkt im Eigenkapital erfasste Ergebnisse	(82)	650	967	-317	-32,8
Bilanzgewinn	(82)	303	926	-623	-67,3
Anteile in Fremdbesitz	(82)	123	103	20	19,4
Summe der Passiva		443 424	417 285	26 139	6,3

Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen des Konzerns der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007.

Mio. EUR	Notes	Zurechenbar den		Gesamt	Zurechenbar den		Gesamt
		Anteils-eignern	fremden Gesell-schaftern		Anteils-eignern	fremden Gesell-schaftern	
		1.1. - 31.12.2007	1.1. - 31.12.2007	1.1. - 31.12.2007	1.1. - 31.12.2006	1.1. - 31.12.2006	1.1. - 31.12.2006
Gewinnrücklage							
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	(21) (30) (78)	147	0	147	18	0	18
Auswirkung der Obergrenze IAS 19.58 (b)	(21) (30) (78)	-18	0	-18	0	0	0
Direkt im Eigenkapital erfasste Ergebnisse							
Gewinne und Verluste aus der Neubewertung von Finanzinstrumenten AfS	(52) (65) (82)						
aus im Eigenkapital erfasste Änderungen		-270	-11	-281	70	-2	68
aus in die Gewinn- und Verlustrechnung übernommen		-49	0	-49	-33	0	-33
Gewinne und Verluste aus der Bewertung Cashflow-Hedges	(49) (82)						
aus im Eigenkapital erfasste Änderungen		-1	0	-1	-6	0	-6
Währungsumrechnungsdifferenzen	(82)	-6	0	-6	0	0	0
Veränderung aus at Equity bilanzierten Unternehmen	(66) (82)	-17	0	-17	0	0	0
Im Eigenkapital erfasste Erträge und Aufwendungen		-214	-11	-225	49	-2	47
davon aus zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen		0	0	0	46	0	46
Konzernjahresüberschuss		303	8	311	926	5	931
Erfasste Erträge und Aufwendungen	(82)	89	-3	86	975	3	978

Die Zusammensetzung des Eigenkapitals wird in der Notes-angabe 82 erläutert.

Kapitalflussrechnung des Konzerns der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007.

	Notes	1.1. - 31.12.2007 Mio. EUR	1.1. - 31.12.2006 Mio. EUR
Ergebnis Anteilseigner nach Steuern		303	926
Im Konzernjahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen		460	260
Zunahme/Abnahme der Rückstellungen		147	174
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge		1 513	200
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen		-117	-49
Sonstige Anpassungen		-2 107	-1 951
		199	-440
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus laufender Geschäftstätigkeit			
Forderungen an Kreditinstitute		7 011	-423
Forderungen an Kunden		-25 538	-2 318
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte		-10 893	-1 959
Finanzanlagen (ohne Beteiligungen)		3 847	-10 645
Andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit		-904	18
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		14 620	23 413
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		11 005	2 274
Verbriefte Verbindlichkeiten		-304	-4 914
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten		-2 161	-4 053
Andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit		195	-81
Erhaltene Zinsen und Dividenden		29 865	22 968
Gezahlte Zinsen		-26 865	-21 880
Ertragsteuerzahlungen		-328	-468
Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit	(92)	-251	1 492

Kapitalflussrechnung des Konzerns der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007.

		1.1. - 31.12.2007	1.1. - 31.12.2006
	Notes	Mio. EUR	Mio. EUR
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Beteiligungen		220	191
Sachanlagen		22	11
Immateriellen Vermögenswerten		0	2
Auszahlungen aus dem Erwerb von			
Beteiligungen		- 297	- 310
Sachanlagen		- 84	- 66
Immateriellen Vermögenswerten		- 51	- 43
Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen		- 30	0
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	(92)	- 220	- 215
Dividendenzahlungen	(82)	- 89	- 85
Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital		459	- 429
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	(92)	370	- 514
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode		1 578	815
Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit		- 251	1 492
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		- 220	- 215
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		370	- 514
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	(60) (92)	1 477	1 578

Die Kapitalflussrechnung wird in der Notesangabe 92 erläutert.

Konzernanhang (Notes).

der Landesbank Baden-Württemberg,
Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim

Geschäft und Organisation.

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Stuttgart (Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart, Deutschland), Karlsruhe (Ludwig-Erhard-Allee 4, 76131 Karlsruhe, Deutschland) und Mannheim (Augustaanlage 33, 68165 Mannheim, Deutschland). Die LBBW betreibt das Kapitalmarktgeschäft in seiner Bandbreite von der Bilanz- und Portfolioberatung über die Entwicklung von Finanzmarktprodukten bis hin zu Trading und Sales am internationalen Kapitalmarkt und stellt Dienstleistungen im internationalen Geschäft zur Verfügung. Sie betreut die überregionalen und internationalen Unternehmenskunden des Konzerns, institutionelle Kunden sowie Einrichtungen der öffentlichen Hand. Einen weiteren wichtigen Schwerpunkt stellt ihre Funktion als Zentralbank für die Sparkassen in Baden-Württemberg und – gemeinsam mit der Landesbank Rheinland-Pfalz – der Sparkassen in Rheinland-Pfalz dar. Der Konzernabschluss wurde am 25. April 2008 durch den Verwaltungsrat der Landesbank Baden-Württemberg zur Veröffentlichung freigegeben. Die Anteilseigner der LBBW haben die Möglichkeit, den Abschluss gegebenenfalls nach der Veröffentlichung zu ändern.

Grundlagen der Konzernrechnungslegung.

Die Aufstellung des Konzernabschlusses der Landesbank Baden-Württemberg für das Geschäftsjahr 2007 erfolgte erstmals in Übereinstimmung mit international anerkannten Rechnungslegungsvorschriften, den International Financial Reporting Standards (IFRS) beziehungsweise den International Accounting Standards (IAS), und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften. Maßgeblich sind diejenigen Standards, die zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung veröffentlicht und von der Europäischen Union übernommen waren, sowie deren Auslegung durch das International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC) beziehungsweise das Standing Interpretations Committee (SIC). Die nach IFRS 1 geforderten Überleitungsrechnungen und Erläuterungen der Auswirkungen der IFRS-Umstellung auf das Konzerneigenkapital und das Konzernergebnis sind in den Notes 25 und 26 wiedergegeben. Der Konzernabschluss umfasst die Konzernbilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns, die Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen des Konzerns, die Kapitalflussrechnung des Konzerns und den Konzernanhang (Notes). Die Segmentberichterstattung des Konzerns findet sich in der Note 45. Mit der Verabschiedung des DRS 3 durch den Deutschen Standardisierungsrat (DSR) und dessen Bekanntmachung im Bundesanzeiger vom 31. August 2005 wurden die Deutschen

Rechnungslegungs Standards (DRS) dahingehend geändert, dass diese grundsätzlich nicht anzuwenden sind, wenn der Konzernabschluss nach internationalen Rechnungslegungsstandards im Sinne des § 315a HGB aufgestellt wird. Ausgenommen von dieser Regelung sind DRS 15 Lagebericht und die ergänzenden DRS 5 beziehungsweise 5-10 Risikobericht. Der Konzernlagebericht einschließlich des separaten Berichts über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht) gemäß § 315 HGB ist innerhalb des Geschäftsberichts abgedruckt. Der Risikobericht enthält die durch IFRS 7.31 ff. geforderten Angaben zu Risiken aus Finanzinstrumenten.

Eine Übersicht zu den angewandten Standards und Interpretationen ist in Note 2 »Angewandte Vorschriften« aufgeführt.

Standards und Interpretationen, die erst ab dem 1. Januar 2008 oder später anzuwenden sind (IFRS 8 »Operative Segmente«, Änderungen in IAS 23 »Fremdkapitalkosten«, Änderungen in IAS 1 »Darstellung des Abschlusses«, Änderungen in IAS 27 »Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS«, Änderungen in IFRS 3 »Unternehmenszusammenschlüsse«), wurden nicht berücksichtigt.

Die Segmentberichterstattung gemäß IFRS 8 folgt im Gegensatz zu der Segmentberichterstattung nach IAS 14 dem »Management Approach«. Dies bedeutet, dass intern verwendete und extern veröffentlichte Segmentinformationen konsistent sein müssen. Nach IFRS 8 werden zukünftig interne Berichte, die dem Management beziehungsweise dem Chief Operating Decision Maker zur Entscheidungsfindung und Leistungsbeurteilung von Unternehmensteilen dienen, als Basis zur Bestimmung der operativen Segmente verwendet. In Ausnahmefällen werden für die interne Managementberichterstattung Bilanzierungsmethoden angewandt, die nicht IFRS-konform sind.

Die Auswirkungen der Neufassung des IAS 23 »Fremdkapitalkosten« werden nach Einschätzung des LBBW-Konzerns für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage voraussichtlich von untergeordneter Bedeutung sein, da bisher nur in geringem Umfang qualifizierte Vermögenswerte vorhanden waren.

Die Änderungen des IAS 1 werden insbesondere Auswirkungen auf die Darstellung und den Inhalt der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen haben. Sofern eine Bilanzierungsmethode retrospektiv angewendet wurde, die Korrektur eines Bilanzpostens retrospektiv vorzunehmen war oder zum Bilanzstichtag ein Bilanzposten reklassifiziert wurde, wird für die Bilanz eine weitere Vergleichsperiode anzugeben sein. Weiterhin hat die Neuerung Auswirkung auf die Darstellungstiefe des Eigenkapitalspiegels.

Der geänderte Standard IAS 27 wurde im Januar 2008 veröffentlicht. Die vorgenommenen Änderungen sind erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Die Änderungen betreffen primär die Bilanzierung von Minderheitsanteilen, die künftig in voller Höhe an den Verlusten des Konzerns beteiligt werden, und von Transaktionen, die zum Beherrschungsverlust bei einem Tochterunternehmen führen

und deren Auswirkungen erfolgswirksam zu behandeln sind. Auswirkungen von Anteilsveräußerung, die nicht zum Verlust der Beherrschung führen, sind demgegenüber erfolgsneutral im Eigenkapital zu erfassen. Die Übergangsbestimmungen, die grundsätzlich eine retrospektive Anwendung vorgenommener Änderungen fordern, sehen für die oben aufgelisteten Sachverhalte eine prospektive Anwendung vor. Für Vermögenswerte und Schulden, die aus solchen Transaktionen vor dem Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung des neuen Standards resultieren, ergeben sich daher keine Änderungen.

Der geänderte Standard IFRS 3 wurde im Januar 2008 veröffentlicht und ist erstmals für die Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Die wesentlichen Änderungen betreffen insbesondere die Einführung eines Wahlrechts bei der Bewertung von Minderheitsanteilen zwischen der Erfassung mit dem anteiligen identifizierbaren Nettovermögen und der sog. Full-Goodwill-Methode, wonach der gesamte, auch auf die Minderheitsgesellschafter entfallende Teil des Geschäfts oder Firmenwertes des erworbenen Unternehmens zu erfassen ist. Weiterhin sind die erfolgswirksame Neubewertung bereits bestehender Beteiligungsanteile bei erstmaliger Erlangung der Beherrschung, die zwingende Berücksichtigung einer Gegenleistung, die an das Eintreten künftiger Ereignisse geknüpft ist, zum Erwerbszeitpunkt sowie die ergebniswirksame Behandlung von Transaktionskosten hervorzuheben. Die Übergangsbestimmungen sehen eine prospektive Anwendung der Neuregelung vor. Für Vermögenswerte und Schulden, die aus Unternehmenszusammenschlüssen vor der erstmaligen Anwendung des neuen Standards resultieren, ergeben sich keine Änderungen.

Die Berichtswährung ist der Euro (EUR). Die Beträge der Bilanz sind in der Regel auf Mio. EUR, die der Gewinn- und Verlustrechnung auf Tsd. EUR, die Prozentzahlen mit einer Nachkommastelle kaufmännisch gerundet. Das Berichtsjahr ist das Kalenderjahr.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

1. Grundsätze.

Der Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung.

Der Konzernabschluss wird auf Basis der historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten sowie des beizulegenden Zeitwertes (Fair Value) erstellt. Der Fair Value wird für die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, die Finanzanlagen der Kategorie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale – AfS), die derivativen Finanzinstrumente und die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, welche erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert angesetzt sind, verwendet. Die Abgrenzung der Erträge und Aufwendungen erfolgt zeitanteilig. Zinserträge und Zinsaufwendungen werden mit der Effektivzinsmethode oder, falls zweckmäßig, mit einer Methode abgegrenzt, die eine angemessene Annähe-

zung zur Berechnung mit der Effektivzinsmethode darstellt. Fremdkapitalkosten werden grundsätzlich in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie angefallen sind. Die Rechnungslegung im LBBW-Konzern erfolgt gemäß IAS 27.28 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Alle vollkonsolidierten Unternehmen haben ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2007 aufgestellt. Im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS sind Schätzungen und Beurteilungen beziehungsweise Annahmen erforderlich. Die bestmöglichen Schätzungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard. Im Wesentlichen beziehen sich Schätzungen und Beurteilungen beziehungsweise Annahmen auf die Ermittlung des Fair Values von Finanzinstrumenten und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, die Werthaltigkeit von Vermögenswerten und die Ermittlung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, sowie die Bilanzierung und Bewertung von latenten Steuern und Rückstellungen. Des Weiteren werden Schätzungen und Annahmen hinsichtlich des Cashflows von Zweckgesellschaften vorgenommen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang und/oder komplexe Beurteilungen erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Posten ausgeführt. Die Schätzungen und Beurteilungen beziehungsweise Annahmen basieren auf dem jeweils aktuell verfügbaren Kenntnisstand hinsichtlich der erwarteten künftigen Geschäftsentwicklung und der Entwicklung des globalen und branchenbezogenen Umfelds. Kommt es zu Abweichungen zwischen der tatsächlichen Entwicklung und den Schätzwerten, werden die zugrunde gelegten Annahmen und – falls erforderlich – die Buchwerte der betreffenden Vermögenswerte und Schulden entsprechend angepasst.

2. Angewandte Vorschriften.

Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 sind die IAS/IFRS ab dem 1. Januar 2005 von allen kapitalmarktorientierten Unternehmen in der Europäischen Union verbindlich anzuwenden. Eine um zwei Jahre verlängerte Übergangsfrist wurde gemäß § 57 EGHGB jenen Unternehmen gewährt, von denen lediglich Schuld-titel zum Handel an einem geregelten Markt eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum im Sinne des Artikels 1 Nr. 13 der Richtlinie 93/22/EWG zugelassen sind. Diese verlängerte Übergangsfrist wurde vom LBBW-Konzern in Anspruch genommen.

Der Konzernabschluss der LBBW zum 31. Dezember 2007 basiert auf dem IASB-Rahmenkonzept (Framework) und auf folgenden relevanten IAS und IFRS sowie Interpretationen des SIC beziehungsweise IFRIC:

IAS 1	Darstellung des Abschlusses
IAS 2	Vorräte
IAS 7	Kapitalflussrechnungen
IAS 8	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler
IAS 10	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
IAS 11	Fertigungsaufträge
IAS 12	Ertragsteuern
IAS 14	Segmentberichterstattung
IAS 16	Sachanlagen
IAS 17	Leasingverhältnisse
IAS 18	Erträge
IAS 19	Leistungen an Arbeitnehmer
IAS 21	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse
IAS 23	Fremdkapitalkosten
IAS 24	Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen
IAS 27	Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS
IAS 28	Anteile an assoziierten Unternehmen
IAS 31	Anteile an Joint Ventures
IAS 32	Finanzinstrumente: Darstellung
IAS 34	Zwischenberichterstattung
IAS 36	Wertminderung von Vermögenswerten
IAS 37	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen
IAS 38	Immaterielle Vermögenswerte
IAS 39	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung einschließlich der Bestimmungen über die Verwendung der »Fair-Value-Option«
IAS 40	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien
IFRS 1	Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards
IFRS 3	Unternehmenszusammenschlüsse
IFRS 5	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche
IFRS 7	Finanzinstrumente: Angaben
SIC-12	Konsolidierung – Zweckgesellschaften
SIC-15	Operating-Leasingverhältnisse – Anreizvereinbarungen
SIC-21	Ertragsteuern – Realisierung von neubewerteten, nicht planmäßig abzuschreibenden Vermögenswerten
SIC-25	Ertragsteuern – Änderungen im Steuerstatus eines Unternehmens oder seiner Anteilseigner
SIC-27	Beurteilung des wirtschaftlichen Gehalts von Transaktionen in der rechtlichen Form von Leasingverhältnissen
IFRIC 4	Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält
IFRIC 9	Neubeurteilung eingebetteter Derivate
IFRIC 10	Zwischenberichterstattung und Wertminderung

Nicht berücksichtigt haben wir IAS 20, 26, 29, 33 und 41, IFRS 2, 4 und 6, SIC 7, 10, 13, 29, 31 und 32 sowie IFRIC 1, 2, 5, 6, 7, 8, 11, 12, 13 und 14, da sie für uns nicht einschlägig sind.

3. Ausweisänderungen.

Die Umstellung der Konzernrechnungslegung auf IFRS führte zu einer Reihe von Veränderungen bei den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie bei der Aufstellung der Gewinn- und Verlustrechnung, der Bilanz und der Kapitalflussrechnung des LBBW-Konzerns. Die in 2007 angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen jenen, die für das auf IFRS angepasste Geschäftsjahr 2006 verwendet wurden. Der kumulierte Effekt der Anpassungen wurde zum 1. Januar 2006 im Eigenkapital erfasst. Die Anpassungen werden in den Notes 25 bis 42 ausführlich erläutert.

4. Konsolidierungskreis.

In den Konzernabschluss wurden insgesamt – neben der LBBW als oberstes Mutterunternehmen – 12 Tochterunternehmen (Vorjahr 11 Tochterunternehmen) und vier Teilkonzerne (Vorjahr vier Teilkonzerne) sowie sieben Zweckgesellschaften (Vorjahr acht Zweckgesellschaften) einbezogen. Tochtergesellschaften sind Unternehmen, über welche das Mutterunternehmen beherrschenden Einfluss ausübt. Beherrschungsmöglichkeiten bestehen, wenn das Mutterunternehmen direkt oder indirekt über die Mehrheit der Stimmrechte an dem Unternehmen verfügt oder faktische Einflussmöglichkeiten besitzt. Eine Beherrschung von Unternehmen, an denen die LBBW weniger als 50 % der Anteile hält, betrifft im Wesentlichen Zweckgesellschaften. Eine Beherrschung solcher Einheiten wird dann angenommen, wenn eines der folgenden wesentlichen Kriterien erfüllt ist: Die Aktivitäten der Zweckgesellschaft werden zu Gunsten des Konzerns entsprechend seinen spezifischen Geschäftsbedürfnissen durchgeführt, sodass der LBBW-Konzern hieraus Nutzen zieht. Es besteht eine Entscheidungsmacht zur Erzielung der Mehrheit des Nutzens und es wird die Mehrheit des Nutzens aus der Geschäftstätigkeit einer Zweckgesellschaft gezogen. Es wurde eine Mehrheit der mit den Vermögenswerten verbundenen Residual- oder Eigentumsrisiken behalten, um Nutzen aus der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft zu ziehen. Die Gründung von Zweckgesellschaften wird von der LBBW unterstützt, um Kunden Investitionen in rechtlich selbstständige Gesellschaften oder die Vornahme von gemeinsamen Investitionen in alternative Vermögensanlagen sowie die Verbriefung von Vermögenswerten und den Kauf oder Verkauf von Kreditsicherungsinstrumenten zu ermöglichen. Die folgenden Tochterunternehmen wurden in 2007 erstmalig konsolidiert:

- LBBW Securities LLC
 - LBBW Immobilien Beteiligung GmbH & Co. KG
- Im Geschäftsjahr 2007 wurden sieben Zweckgesellschaften gemäß IAS 27 i. V. m. SIC-12 in den LBBW-Konzernabschluss einbezogen. Erstmalig konsolidiert wurden die folgenden vier Zweckgesellschaften:
- Lake Constance Funding Ltd.
 - Peter Pike Funding LLC/Rathlin Loans Ltd.
 - LI-FI (Leveraged Investment in Financial Institutions)
 - Spencervest Asset Management Ltd.

Mit der Konsolidierung der genannten Zweckgesellschaften sind alle wesentlichen Risiken aus derartigen Einheiten im Konzernabschluss abgebildet.

Die folgenden Spezialfonds sind in 2007 aus dem Konsolidierungskreis ausgeschieden, da sie aufgelöst wurden:

- REA-Fonds
- RER-Fonds
- TR1-Fonds
- TR4-Fonds
- TR5-Fonds

Rückwirkend zum 1. Januar 2007 wurden die Bensel Verwaltungs- und Beratungsgesellschaft für Vermögensanlagen mbH und die LBBW Spezialprodukte-Holding GmbH verschmolzen. Dabei gingen die bisherigen Vertragsverhältnisse der LBBW Spezialprodukte-Holding GmbH (übertragende Gesellschaft) im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf den aufnehmenden Rechtsträger über. Im Zusammenhang mit der Verschmelzung nahm die Bensel Verwaltungs- und Beratungsgesellschaft für Vermögensanlagen mbH eine Umfirmierung in LBBW Spezialprodukte-Holding GmbH vor.

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem der LBBW-Konzern über einen maßgeblichen Einfluss verfügt. Als assoziierte Unternehmen gelten Konzernunternehmen mit einem Stimmrechtsanteil zwischen 20 % und 50 % (widerlegbare Assoziierungsvermutung).

Gemeinschaftsunternehmen (Joint Venture) bestehen aus zwei oder mehreren Vertragsparteien, die entweder gemeinsame Tätigkeiten durchführen oder Vermögenswerte unter gemeinschaftlicher Führung oder gemeinschaftlich geführte Einheiten verwalten.

Die Beteiligung an der BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft (assoziiertes Unternehmen) wurde erstmals im Geschäftsjahr 2007 nach der at Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen.

Auf die Einbeziehung von 278 (Vorjahr: 259) Tochterunternehmen, deren Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des LBBW-Konzerns insgesamt von nur untergeordneter Bedeutung ist, wurde verzichtet. Die additive Bilanzsumme aller nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen ist kleiner als 1,5 % der Konzernbilanzsumme und das additive Jahresergebnis dieser Unternehmen ist kleiner als 1 % der Konzernjahresüberschusses. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Objekt- und Vorratsgesellschaften der SüdLeasing Gruppe. Die Anteile an diesen Unternehmen werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen. Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen, Joint Ventures, assoziierten Unternehmen und Spezialfonds sowie die aufgrund Unwesentlichkeit nicht einbezogenen Unternehmen und Beteiligungen können der beim Bundesanzeiger hinterlegten Anteilsbesitzliste entnommen werden.

5. Konsolidierungsgrundsätze.

Die Konsolidierung der Tochtergesellschaften und Spezialfonds im Vorjahr erfolgt nach der Erwerbsmethode gemäß IAS 27.22 i.V.m. IFRS 3. Danach werden alle aus der Sicht des Erwerbers anzusetzenden Vermögenswerte und Verpflichtungen des Tochterunternehmens im Erwerbszeitpunkt beziehungsweise zum Zeitpunkt der Erlangung des beherrschenden Einflusses mit ihrem Fair Value angesetzt. Die neu bewerteten Vermögenswerte und Schulden werden unter Berücksichtigung latenter Steuern in die Konzernbilanz übernommen. Die aufgedeckten stillen Reserven und Lasten werden in den Folgeperioden entsprechend den anzuwendenden Standards behandelt.

Ein sich aus der Verrechnung der Anschaffungskosten mit dem Fair Value der Vermögenswerte und Verpflichtungen ergebender aktivischer Unterschiedsbetrag wird als Geschäfts- oder Firmenwert unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen. Der Anteil Konzernfremder am Eigenkapital beziehungsweise am Ergebnis der im Mehrheitsbesitz befindlichen Tochtergesellschaften des LBBW-Konzerns wird im Posten »Anteile in Fremdbesitz« gesondert im Eigenkapital beziehungsweise im Posten »Ergebnisanteil Konzernfremder nach Steuern« in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen, Erträge und Zwischenergebnisse werden im Rahmen der Schulden- und Erfolgskonsolidierung gemäß IAS 27.24 f. eliminiert.

Joint Ventures und assoziierte Unternehmen werden nach der at Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen, sofern sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des LBBW-Konzerns nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Verwendet ein at Equity bilanziertes Unternehmen abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, werden angemessene Anpassungen an die IFRS-Konzernvorgaben vorgenommen. Das anteilige Ergebnis der at Equity bilanzierten Unternehmen wird zeitgleich im Konzernabschluss vereinnahmt. Die Bewertung der Anteile an den at Equity bilanzierten Unternehmen erfolgt mit dem anteiligen Eigenkapital.

6. Währungsumrechnung.

Der Konzernabschluss wird in Euro aufgestellt. Die Währungsumrechnung im LBBW-Konzern erfolgt nach den Vorschriften des IAS 21. Jede Tochtergesellschaft der LBBW legt ihre funktionale Währung fest. Die im Abschluss des jeweiligen Konzernunternehmens enthaltenen Posten werden unter Verwendung dieser funktionalen Währung bewertet.

Ein Fremdwährungsgeschäft ist beim erstmaligen Ansatz zum Kassamittelkurs zwischen der funktionalen Währung und der Fremdwährung im Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles anzusetzen. Nicht auf Euro lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden sowie schwebende Fremdwährungskassageschäfte werden grundsätzlich zum Stichtagskurs in Euro umgerechnet. Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete nicht monetäre Posten werden mit dem historischen Kurs am Tag des Geschäfts-

vorfalles umgerechnet. Zum Fair Value bewertete nicht monetäre Posten werden mit dem Kurs am Tag der Fair-Value-Bewertung umgerechnet.

Umrechnungsdifferenzen werden grundsätzlich erfolgswirksam in der Periode ihres Entstehens angesetzt. Ausnahmen bilden folgende Sachverhalte:

Für nicht monetäre Posten, deren Fair-Value-Änderungen direkt im Eigenkapital erfasst werden, sind auch die entstehenden Umrechnungsdifferenzen im Eigenkapital zu erfassen.

Im Konzernabschluss sind die Bilanzposten der LBBW-Tochterunternehmen, soweit sie nicht in Euro bilanzieren, mit dem Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Für die Umrechnung der Aufwendungen und Erträge dieser Tochterunternehmen werden Jahresdurchschnittskurse verwendet. Alle daraus resultierenden Umrechnungsdifferenzen werden als separater Posten im Eigenkapital angesetzt.

Die zum jeweiligen Abschlussstichtag verwendeten Umrechnungskurse für die bedeutendsten Währungen im LBBW-Konzern lauten wie folgt:

Betrag in Währung für 1 Euro	31.12.2007	31.12.2006
USD	1,4704	1,3178
GBP	0,7353	0,6714
SGD	2,1250	2,0185
JPY	165,97	156,67
CHF	1,6597	1,6080

7. Barreserve.

Die Barreserve umfasst neben dem Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken zusätzlich Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel mit einer Laufzeit von maximal drei Monaten. Alle Bestände sind zum Nennwert ausgewiesen.

8. Finanzinstrumente (IAS 39).

Alle finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen einschließlich aller derivativen Finanzinstrumente sind gemäß IAS 39 in der Bilanz erfasst.

Der erstmalige Ansatz von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt, wenn das Unternehmen Vertragspartei durch den Eintritt in die vertraglichen Regelungen des Finanzinstruments wird. Der Ansatz für alle finanziellen Vermögenswerte sowie für Wertpapiere bei Kassakäufen und -verkäufen erfolgt zum Erfüllungstag beziehungsweise für Derivate zum Handelstag.

Ein finanzieller Vermögenswert wird ausgebucht, wenn die in diesem Vermögenswert gebundenen, vertraglich vereinbarten Ansprüche nicht mehr geltend gemacht werden können und die Verfügungsmacht über das Finanzinstrument nicht mehr vorhanden ist. Eine finanzielle Verbindlichkeit wird ausgebucht, sobald sie getilgt wurde.

Bewertung zum Fair Value.

Als Fair Value wird der Betrag angesehen, zu dem ein Finanzinstrument zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Parteien, die nicht unter Handlungszwang stehen, gehandelt werden kann. Sofern Marktwerte aus aktiven Märkten (z. B. Preisnotierungen von organisierten Märkten gemäß § 2 Abs. 2 WpHG) verfügbar sind, werden diese zur Bewertung herangezogen. Andernfalls kommen Bewertungsmodelle – insbesondere die Barwertmethode sowie Optionspreismodelle – unter Verwendung von aktuellen Markt- und Kontraktpreisen der zugrunde liegenden Finanzinstrumente sowie Zeitwertbetrachtungen, Zinskurven und Volatilitätsfaktoren zur Anwendung und werden insoweit auch zur täglichen Ergebnisermittlung verwendet.

Die Bewertungsmethoden von Finanzinstrumenten zur Ermittlung des Fair Values werden in drei Stufen gegliedert. Alle Finanzinstrumente, einschließlich Available for Sale-Beteiligungen, mit aktuell quotierten Marktpreisen (Börsenkurse) sind der ersten Stufe zugeordnet. Modellbewertete OTC-Derivate, modellbewertete Schuldscheindarlehen, modellbewertete Commercial Papers und erworbene Verbriefungsprodukte – mit nicht mehr hinreichend liquiden Preisen – sind der zweiten Stufe zugeordnet. Die dritte Stufe umfasst Finanzderivate die auf individuelle CDS-Baskets referenzieren, bestimmte CDOs sowie Available for Sale-Beteiligungen, für die keine aktuellen Marktpreise vorhanden sind.

Die folgende Tabelle enthält eine Übersicht der verwendeten Bewertungsmodelle.

Derivative Finanzinstrumente	Bewertungsmodelle
Zinsswaps	Barwertmethode
Zins-Termingeschäfte	Barwertmethode
Zins-Optionen	Black-Scholes, Black 76 (on Yield)
Aktien-/Index-Optionen	Black-Scholes, Cox Ross Rubinstein
Devisen-Optionen	German Kohlhausen, mod. Black-Scholes
Kreditderivate	Intensitätsmodell

Die im Rahmen der Barwertmethode verwendeten Zahlungsströme basieren auf den Vertragsdaten der Finanzinstrumente sowie Marktparametern. Aufgrund der derzeitigen an den Finanzmärkten beobachtbaren Entwicklungen besteht insbesondere bei der Bewertung von Finanzinstrumenten eine erhöhte Schätzungsunsicherheit. Bei geringem Transaktionsvolumen auf den Märkten, insbesondere wenn erzwungene Geschäfte oder Notverkäufe nicht berücksichtigt werden, kommt es zu einem eingeschränkten Vorliegen von verfügbaren Vergleichsdaten. Im Falle von inaktiven Märkten, d. h. fehlenden aktuellen Marktdaten, wird die Bewertung anhand indikativer Preise oder mit auf internen Marktdaten basierenden Bewertungsmodellen vorgenommen.

Für täglich fällige Geschäfte sowie kurzfristig fällige sonstige Aktiva und sonstige Passiva wird angenommen, dass der Buchwert eine vernünftige Annäherung zum Fair Value darstellt. Falls für die Eingabeparameter des Modells keine an Märkten beobachtbaren Werte verfügbar sind und stattdessen geschätzte Werte verwendet werden, wird der ausgewiesene Fair Value von den Annahmen der Schätzung beeinflusst. Wenn für die Modellparameter andere realistische Werte gewählt werden, kann der ermittelte Marktwert deutlich nach oben oder nach unten abweichen. Die Annahmen der Schätzung werden dabei durch das Risikocontrolling der LBBW mit größter Sorgfalt gewählt.

Finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

Innerhalb dieser IAS 39-Kategorie werden Finanzinstrumente unterschieden, die entweder als zu Handelszwecken gehalten (Held for Trading – HfT) zu klassifizieren sind oder im Zugangszeitpunkt unwiderruflich als erfolgswirksam zum Fair Value bewertet eingestuft werden (Designated at Fair Value/Fair-Value-Option – FVO). Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen dieser Kategorie werden erfolgswirksam zum Fair Value bewertet.

Als zu Handelszwecken gehalten werden derivative Finanzinstrumente, Wertpapiere und Schuldscheindarlehen klassifiziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Dieser Unterkategorie sind diejenigen derivativen Finanzinstrumente, unterteilt in Handelsderivate und ökonomische Hedgingderivate, zugeordnet, welche zu Handelszwecken eingesetzt werden oder in wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen stehen und einen positiven beziehungsweise negativen Marktwert besitzen. Nicht dieser Kategorie zugeordnet sind jedoch jene derivativen Finanzinstrumente, die als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings eingesetzt werden. Finanzinstrumente der Kategorie Held for Trading werden unter den Bilanzposten Handelsaktiva beziehungsweise Handelspassiva ausgewiesen. Der Ausweis der nicht realisierten Bewertungsergebnisse sowie realisierten Gewinne und Verluste erfolgt im Handelsergebnis.

In der Unterkategorie Fair-Value-Option werden solche Finanzinstrumente ausgewiesen, die nicht in Handelsabsicht erworben beziehungsweise gehalten, aber erfolgswirksam zum beizulegenden Wert bewertet werden. Der Fair-Value-Option zugeordnet sind Finanzinstrumente mit trennungspflichtigen, eingebetteten Derivaten oder Finanzinstrumente, die in Übereinstimmung mit einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie gesteuert werden beziehungsweise um Inkongruenzen bei der Bewertung oder bei der Erfassung von Finanzinstrumenten zu beseitigen oder erheblich zu verringern. Bei den zusammengesetzten Finanzinstrumenten handelt es sich überwiegend um eigene Inhaberschuldverschreibungen und begebene Schuldscheindarlehen die mit Derivaten der Assetklassen Zins, Kredit, Aktien und Devisen strukturiert sind. Finanzinstrumente, die bei erstmaligem Ansatz der Unterkategorie Fair-Value-Option zugeordnet wurden, werden in den Bilanzposten der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten ausgewiesen. Der Ausweis der Effekte aus Fair-Value-Änderungen der designierten Finanzinstrumente erfolgt im Gewinn- und Verlust-Posten Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option. Die laufenden Erträge der als zu Handelszwecken gehaltenen und der als erfolgswirksam zum Fair Value eingestufenen Finanzinstrumente sind im Zinsergebnis ausgewiesen.

Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte (Available for Sale).

Die Kategorie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte beinhaltet alle nicht derivativen Finanzinstrumente, die nicht bereits anderen Kategorien zugeordnet wurden. Wertpapiere der Kategorie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden im Posten Finanzanlagen ausgewiesen. Finanzinstrumente des Available for Sale-Bestands sind mit dem Fair Value zu bewerten. Das Bewertungsergebnis wird erfolgsneutral im Eigenkapital in der Unterposition Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente AfS ausgewiesen. Beim Eintritt einer Wertminderung (Impairment) beziehungsweise bei der Realisierung von Bewertungsergebnissen erfolgt eine Erfassung in der Gewinn- und Verlustrechnung. Wertaufholungen bei Schuldtiteln werden erfolgswirksam, Wertaufholungen bei Eigenkapitalinstrumenten hingegen erfolgsneutral erfasst. Für Fremdkapitalinstrumente wird zu jedem Bilanzstichtag beziehungsweise beim Eintritt besonderer Ereignisse, z. B. bei außerordentlichen Marktverwerfungen, überprüft, ob objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung auf einzelne finanzielle Vermögenswerte vorliegt. Objektive Hinweise auf eine Wertminderung sind insbesondere erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners, Vertragsbruch, erhöhte

Wahrscheinlichkeit der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Eintritt eines sonstigen Sanierungsfalls des Schuldners sowie Zugeständnisse an den Schuldner aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit dessen finanziellen Schwierigkeiten, die ansonsten nicht gewährt würden. Die aufgrund dieser Kriterien identifizierten potenziell wertgeminderten Fremdkapitalinstrumente werden daraufhin überprüft, ob der aktuelle Fair Value die Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Tilgungen und Amortisationen unterschreitet. Der Betrag aus Anschaffungskosten abzüglich aktuellem Fair Value (unter Berücksichtigung etwaiger bereits früher erfolgswirksam erfasster Wertminderung) entspricht dem erfassten Impairment. Für Eigenkapitalinstrumente liegt ein Impairment vor, wenn der Fair Value aufgrund einer signifikanten oder nachhaltigen Wertminderung unter die Anschaffungskosten fällt. Bei zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten, für welche ein aktiver Markt besteht, wird eine signifikante Wertminderung angenommen, wenn der Fair Value zum Bewertungsstichtag um mindestens 20 % unter den Anschaffungskosten liegt. Eine nachhaltige Wertminderung ist gegeben, wenn der Fair Value in einem Zeitraum von 12 Monaten dauerhaft die Anschaffungskosten unterschreitet. Bei zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten ohne aktiven Markt wird eine signifikante Wertminderung angenommen, wenn der Fair Value zum Bewertungsstichtag mindestens um 20 % unter den Anschaffungskosten liegt. Eine nachhaltige Wertminderung ist gegeben, wenn der Fair Value der beiden letzten Bewertungen geringer als die Anschaffungskosten ist.

Erträge oder Aufwendungen aus der Währungsumrechnung sind bei Fremdkapitalinstrumenten (z.B. Anleihen, Schuldverschreibungen) im Devisenergebnis und bei Eigenkapitalinstrumenten (z. B. Aktien, Beteiligungen, Anteile an anderen Unternehmen) in der Neubewertungsrücklage ausgewiesen. Bei Abgang des Finanzinstruments wird der in der Neubewertungsrücklage aufgelaufene Wertänderungsbetrag im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

Derivate.

Der LBBW-Konzern setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung von bilanzwirksamen und/oder bilanzunwirksamen Positionen im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung ein. Derivative Finanzinstrumente dienen auch zur Deckung von Zins- oder sonstigen Marktpreisschwankungen für Handelsgeschäfte. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte als Handelsgeschäfte getätigt.

Am 31. Dezember 2007 hatte der LBBW-Konzern folgende Arten von Derivaten im bilanziellen Bestand:

- Forwards und Futures sind vertragliche Vereinbarungen über den Kauf oder Verkauf eines bestimmten Finanzinstruments zu einem bestimmten Preis und Zeitpunkt in der Zukunft. Forwards stellen nicht standardisierte Verträge dar, die auf dem Over-the-counter (OTC) Markt gehandelt werden. Futures sind Verträge über standardisierte Mengen und werden an Börsen gehandelt.
- Swaps sind vertragliche Vereinbarungen zwischen zwei Parteien, um Veränderungen von Zinsen und/oder Währungskursen auszutauschen und Zahlungen auf Basis von Nominalwerten bei bestimmten Ereignissen zu leisten.
- Optionen sind vertragliche Vereinbarungen, die dem Käufer das Recht auf Kauf bzw. Verkauf von einem Finanzinstrument in einer bestimmten Menge zu einem bestimmten Preis und einem bestimmten Zeitpunkt oder Zeitraum gewähren.
- Unter den positiven beziehungsweise negativen Marktwerten aus derivativen Sicherungsinstrumenten werden die Sicherungsgeschäfte im Sinne von IAS 39 (Hedge Accounting) mit positiven Marktwerten auf der Aktivseite beziehungsweise negativen Marktwerten auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Hedge Accounting.

Zum Zeitpunkt der Designation der Hedge-Beziehung wird der erforderliche Sicherungszusammenhang dokumentiert. Die Dokumentation umfasst die eindeutige Benennung und Zuordnung von Grund- und Sicherungsgeschäft, die Definition des abgesicherten Risikos, die Verdeutlichung der Sicherungsstrategie und der Risikomanagementzielsetzung und die Bestimmung der Methode zur Effektivitätsmessung. Gemäß den Regelungen des IAS 39 muss zu Beginn sowie während der gesamten Laufzeit erwartet werden, dass der Hedge hoch effektiv ist. Zusätzlich hat regelmäßig eine retrospektive Überprüfung der Effektivität zu erfolgen. Eine Hedge-Beziehung gilt dann als effektiv, wenn die Wertänderungen aus Sicherungsgeschäft und dem abgesicherten Teil des Grundgeschäfts in einem Verhältnis stehen, das zwischen 80 % und 125 % liegt (IAS 39.AG105(b)). Ein ineffektiver Hedge muss aufgelöst werden und kann für die restliche Laufzeit des Hedges wieder neu designiert werden, wenn die Effektivitätsvermutung für die restliche Laufzeit gegeben ist (prospektiver Test).

Sind die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39.71 ff. erfüllt, wird bei der bilanziellen Behandlung unterschieden, ob es sich beim Sicherungsgeschäft um die Absicherung des Fair Values oder um die Absicherung des Cashflows handelt. Fair-Value-Hedges dienen der Absicherung von Marktpreisrisiken und den damit verbundenen Marktwertänderungen. Sie existieren in der Form von Mikro-Fair-Value-Hedges und Portfolio-Fair-Value-Hedges.

Beim Mikro-Fair-Value-Hedge ist nach IAS 39.89 (b) der Buchwert des gesicherten Grundgeschäfts erfolgswirksam, um die Marktwertänderung zu berichtigen, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen ist. Das gilt sowohl für die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente (Forderungen und Finanzanlagen der Kategorie Loans and Receivables sowie Verbindlichkeiten der Kategorie Other Liabilities) als auch für die zum Fair Value bewerteten Grundgeschäfte, deren Wertänderungen in der Neubewertungsrücklage erfasst werden (Finanzinstrumente AFS). Die Änderungen des Fair Values des Grundgeschäfts, die nicht dem abgesicherten Risiko zuzurechnen sind, werden entsprechend den Regeln der zugehörigen Bewertungskategorie behandelt.

Die LBBW wendet den Portfolio-Fair-Value-Hedge auf Zinsrisiken im Sinne des IAS 39 seit der Eröffnungsbilanz 2006 an. Die Vorschriften des Fair-Value-Hedges von Zinsänderungsrisiken auf Portfoliobasis ermöglichen es, das bankinterne Risikomanagement von Zinsänderungsrisiken nachzubilden. Die Portfolios enthalten sowohl Forderungen wie auch Verbindlichkeiten, die in einem dynamischen Hedge Accounting Zyklus in regelmäßigen Abständen prospektiven und retrospektiven Effektivitätsmessungen unterzogen werden. Die Einstellung des Rückzahlungsbetrags in das zugehörige Laufzeitband erfolgt für jedes Finanzinstrument entsprechend der erwarteten Endfälligkeit.

Beim Portfolio-Fair-Value-Hedge wird ein eigener Bilanzposten (Aktivisches beziehungsweise Passivisches Portfolio-Hedge-Adjustment) gebildet, um die Veränderung des Grundgeschäfts bezogen auf das abgesicherte Risiko zu erfassen.

Die aus der Bewertung des Sicherungsgeschäfts resultierenden Bewertungsgewinne und -verluste kompensieren den Bewertungseffekt aus den abgesicherten Grundgeschäften, die dem abgesicherten Risiko zuzurechnen sind. Sie werden erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst. Der von der LRI Landesbank Rheinland-Pfalz International S.A. in geringem Volumen eingesetzte Cashflow Hedge sichert das Risiko zukünftiger Zahlungsströme ab. Das Sicherungsgeschäft ist mit dem Fair Value in der Bilanz angesetzt. Die sich hieraus ergebenden Fair-Value-Änderungen werden ergebnisneutral im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage ausgewiesen.

Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grund- oder Sicherungsgeschäft ausläuft, veräußert, vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt wurde beziehungsweise die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind.

Wird ein Finanzinstrument zur Absicherung von Fair-Value-Änderungen eines Grundgeschäfts vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt, wird die im Buchwert des Grundgeschäfts enthaltene zinsbezogene Fair-Value-Anpassung über dessen Restlaufzeit amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet.

Bei Veräußerung oder vorzeitiger Rückführung der gesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Fair-Value-

Anpassungen des Grundgeschäfts bei der Ermittlung des realisierten Gewinns oder Verlusts aus der Veräußerung beziehungsweise Rückführung berücksichtigt.

Eingebettete Derivate.

Strukturierte Produkte sind Finanzinstrumente, die sich aus einem Basisvertrag und einem oder mehreren derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen, wobei die eingebetteten Derivate einen Vertragsbestandteil darstellen und nicht separat gehandelt werden können. Gemäß IAS 39 sind eingebettete Derivate für Bilanzierungszwecke unter folgenden (kumulativ zu erfüllenden) Bedingungen vom Basisvertrag zu trennen und als eigenständige Derivate zu bilanzieren:

- das strukturierte Finanzinstrument wird nicht bereits erfolgswirksam zum Fair Value bewertet,
- die wirtschaftlichen Charakteristika und Risiken des eingebetteten Derivats weisen keine eindeutige und enge Beziehung zu denen des Basisvertrags auf, und
- die Vertragsnormen der eingebetteten Derivate würden die Voraussetzungen eines Derivats erfüllen.

Wird das strukturierte Produkt für Bilanzierungszwecke getrennt, sind der Basisvertrag entsprechend seiner Kategorie und das eingebettete Derivat gesondert in der Kategorie Held for Trading auszuweisen. Die Bewertung des Basisvertrags ist gemäß der Kategorie, der dieser Basisvertrag zugeordnet worden ist, vorzunehmen. Die Bewertung des herausgetrennten eingebetteten Derivats erfolgt zum Fair Value, wobei die Wertänderung erfolgswirksam erfasst wird. Soweit mehrere trennungspflichtige eingebettete Derivate je Basisvertrag vorliegen, sind solche, die sich auf dasselbe Risiko beziehen, nach IAS 39.AG29 gemeinsam auszuweisen und zu bewerten. Sind die Kriterien für eine Trennung der eingebetteten Derivate nicht erfüllt, sind der Basisvertrag und das eingebettete Derivat als ein Vermögenswert beziehungsweise eine Verpflichtung zu bilanzieren und zu bewerten.

Finanzgarantien.

Verpflichtungen aus vom Konzern ausgereichten Finanzgarantien (Sicherungsgeber) betreffen Verträge, die zur Leistung von Zahlungen verpflichten, die den Garantiennehmer für einen Verlust entschädigen, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgemäß nachkommt. Finanzgarantien werden im Rahmen der Erst- und Folgebewertung zum Fair Value angesetzt. Der Barwert der ausstehenden Prämienzahlungen wird mit dem Verpflichtungsbarwert der Finanzgarantien saldiert (Nettomethode), bei marktgerechten Verträgen entsprechen sich die beiden Beträge. In der Folgebewertung wird bei Bedarf eine entsprechende Risikovorsorge gebildet.

Wegen der Geringfügigkeit der Beträge wurde auf eine Angabe der Fair Values in den Notes verzichtet.

Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten.

Die fortgeführten Anschaffungskosten ergeben sich aus dem Betrag, mit dem ein finanzieller Vermögenswert oder eine finanzielle Verbindlichkeit beim erstmaligen Ansatz bewertet wurde. Von diesem Betrag abgesetzt werden Tilgungen, zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer etwaigen Differenz zwischen dem ursprünglichen Betrag und dem bei Endfälligkeit rückzahlbaren Betrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode sowie abzüglich etwaiger Wertminderungen.

Kredite und Forderungen (Loans and Receivables).

Als Kredite und Forderungen (Loans and Receivables – LaR) werden alle nicht derivativen Finanzinstrumente klassifiziert, die mit festen oder bestimmaren Zahlungen ausgestattet und nicht an einem aktiven Markt notiert sind sowie beim Zugang nicht einer anderen Kategorie zugeordnet waren. Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Zu jedem Abschlussstichtag sowie bei Hinweisen auf potenzielle Wertminderungen werden Kredite und Forderungen auf Werthaltigkeit geprüft. Entsprechend sind gegebenenfalls Wertberichtigungen abzubilden (vgl. dazu Note 11). Im Falle einer Wertaufholung erfolgt diese über die Gewinn- und Verlustrechnung. Die Obergrenze für Zuschreibungen bilden die fortgeführten Anschaffungskosten, die sich zum Bewertungszeitpunkt ohne Impairment ergeben hätten.

Als Kredite und Forderungen werden Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden sowie Finanzanlagen, die nicht der Kategorie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte zugeordnet sind, klassifiziert. Unter den Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Kunden werden im Wesentlichen ausgereichte Kredite, Schuldscheindarlehen sowie Tages- und Termingelder bilanziert.

Verbindlichkeiten (Other Liabilities).

Finanzielle Verbindlichkeiten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden (Other Liabilities – OL), beinhalten die finanziellen Verbindlichkeiten einschließlich verbriefter Verbindlichkeiten, soweit sie nicht erfolgswirksam zum Fair Value eingestuft wurden. Sie werden unter Berücksichtigung anteiliger Agio- und Disagioträge zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Gemäß IAS 39 werden die im Konzern gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen von den ausgegebenen Schuldverschreibungen abgesetzt. Dabei werden die im Konzern gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen mit ihrem jeweiligen Rückkaufswert gegen den Nennwert der ausgegebenen Schuldverschreibung aufgerechnet. Diese Bewertung wird als angemessene

Näherung an die fortgeführten Anschaffungskosten betrachtet. Die Differenz zwischen Rückkaufpreis und Nennwert konzern-eigener Schuldverschreibungen wird erfolgswirksam im Zins-ergebnis erfasst.

Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held to Maturity).

Gegenwärtig nutzt die LBBW die Kategorie bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held to Maturity – HtM) nicht.

9. Aufrechnung.

Finanzielle Verbindlichkeiten werden mit finanziellen Vermögenswerten aufgerechnet, wenn ein Rechtsanspruch besteht, die erfassten Beträge miteinander zu verrechnen, und beabsichtigt wird, entweder den Ausgleich auf Nettobasis herbeizuführen oder gleichzeitig mit der Verwertung des betreffenden Vermögenswertes die dazugehörige Verbindlichkeit abzulösen.

10. Klassenbildung.

Die nach IFRS 7.6 geforderte Klassifizierung von Finanzinstrumenten wurde für den LBBW-Konzern wie folgt definiert:

Aktivseite	
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte:	
	Forderungen an Kreditinstitute
	Forderungen an Kunden
	Finanzanlagen
	zinstragende Vermögenswerte
	nicht zinstragende Vermögenswerte ¹⁾
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte:	
	Finanzanlagen
	zinstragende Vermögenswerte
	nicht zinstragende Vermögenswerte
	Aktives Portfolio-Hedge-Adjustment
	Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten
	Handelsaktiva (HfT)
	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte
Passivseite	
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten:	
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
	Verbriefte Verbindlichkeiten
	Nachrangkapital
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten:	
	Passives Portfolio-Hedge-Adjustment
	Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten
	Handelspassiva (HfT)
	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten

¹⁾ Zu Anschaffungskosten bewertet

Im Zusammenhang mit der Darstellung der Risiken, die sich aus unseren Finanzinstrumenten ergeben, sowie deren Steuerung, verweisen wir auf die detaillierten Ausführungen gemäß IFRS 7.31 ff. im Risikobericht des Konzernlageberichts.

11. Risikovorsorge.

Die Position Risikovorsorge enthält die Wertberichtigungen, die auf Finanzinstrumente, die unter Forderungen ausgewiesen sind, gebildet werden. Sie umfasst Einzelwertberichtigungen auf Forderungen, bei denen eine Wertminderung festgestellt wurde, pauschalierte Einzelwertberichtigungen sowie Portfolio-wertberichtigungen. Pauschalierte Einzelwertberichtigungen werden gebildet bei nicht signifikanten Forderungen sofern objektive Hinweise auf Wertminderungen vorliegen. Portfolio-wertberichtigungen setzen sich aus den Portfoliowertberichtigungen für signifikante Forderungen und Portfoliowertberichtigungen für nicht signifikante Forderungen zusammen. Für signifikante und nicht signifikante Forderungen wird eine Wertberichtigung gebildet, wenn für die jeweiligen Forderungen kein Verlustereignis festgestellt wird. Sofern objektive Hinweise auf Wertminderungen bei signifikanten Forderungen vorliegen, und dennoch keine Einzelwertberichtigung zu bilden ist, da der Barwert der Forderung den Buchwert übersteigt, werden diese signifikanten Forderungen ebenfalls in die Portfoliowertberichtigungen einbezogen.

Für die bei Kunden- und Bankenforderungen vorhandenen Bonitäts- und Länderrisiken sind nach konzerneinheitlichen Maßstäben Einzelwertberichtigungen (IAS 39.63) gebildet worden. Dazu wird zu jedem Bilanzstichtag überprüft, ob objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung eines einzelnen finanziellen Vermögenswertes oder einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten vorliegt. Objektive Hinweise auf eine Wertminderung sind insbesondere erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners, Vertragsbruch (Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen), erhöhte Wahrscheinlichkeit der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Eintritt eines sonstigen Sanierungsfalls des Kreditnehmers sowie Zugeständnisse an den Kreditnehmer aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit dessen finanziellen Schwierigkeiten, die ansonsten nicht gewährt würden. Die Höhe der Wertminderung wird als Differenz zwischen dem Buchwert der Forderung und dem Barwert der erwarteten künftigen Zahlungsströme abgezinst mit dem ursprünglichen effektiven Zinssatz der Forderung ermittelt. Gegebenenfalls wird zusätzlich der Fair Value von werthaltigen Sicherheiten berücksichtigt. Zur Ermittlung der zukünftigen erwarteten Zahlungsströme werden alle erwarteten Zahlungen aus der Forderung (Zins und Tilgung) sowie etwaige Zahlungen aus der Verwertung von Sicherheiten nach ihrer Höhe und ihrem Zuflusszeitpunkt über einen Zeitraum von vier bis fünf Jahren geschätzt. Bei der Schätzung werden Länderrisiken und den Wert aufhellende Tatsachen berücksichtigt.

Der Zinsertrag aus wertberichtigten Forderungen beinhaltet nicht die vertraglich vereinbarten Zinserträge und die Abgrenzung etwaiger Disagien, sondern ergibt sich aus der Barwertänderung der erwarteten zukünftigen Zahlungsströme (sog. Unwinding) zum nächsten Bilanzstichtag. Die Berechnung des Zinsertrags erfolgt unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes der Forderung. Die Zinslosstellung wertberichtigter Forderungen beginnt mit dem Zeitpunkt der erstmaligen Erfassung der Wertberichtigung. Erwartete Zahlungseingänge vermindern den Forderungsbuchwert; unerwartete Zahlungseingänge reduzieren darüber hinaus erfolgswirksam die Risikovorsorge. Im Berichtsjahr wurde keine Korrektur der Sollstellung der Zinsen vorgenommen, da sich das Unwinding und die sollgestellten Zinsen weitestgehend entsprechen. Die Forderungen und die Risikovorsorge sind in Folge jeweils brutto vor Korrektur der sollgestellten Zinsen bzw. des Unwindings ausgewiesen. Für das Geschäftsjahr 2008 ist die Korrektur der Sollstellung und die korrekte Buchung des Unwindings vorgesehen. Pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen werden differenziert nach Teilportfolios als Produkt aus Inanspruchnahme, der Ausfallwahrscheinlichkeit mit der ein Engagement innerhalb eines Jahres ausfällt und der Verlustquote zum Zeitpunkt des Ausfalls sowie gegebenenfalls der Zeitspanne zwischen dem Eintritt eines Ereignisses und dessen Identifikation berechnet.

Nicht wertberichtigte uneinbringliche Forderungen führen zu einer direkten Abschreibung (IAS 39.63). Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst. Der Gesamtbetrag der Risikovorsorge wird, sofern er sich auf bilanzielle Forderungen bezieht, offen von den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abgesetzt. Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte (Avale, Indossamentsverbindlichkeiten, Kreditzusagen) wird hingegen als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft gezeigt. Die Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft wird angesetzt, wenn gegenwärtige Verpflichtungen aus der Vergangenheit entstehen und deren Erfüllung erwartungsgemäß mit einem Abfluss von Ressourcen verbunden ist. Die Bewertung dieser Verpflichtungen erfolgt in Höhe des Betrags, den die LBBW bei vernünftiger Betrachtung nach den Verhältnissen am Abschlussstichtag zur Erfüllung der Verpflichtung oder zu deren Übertragung an einen Dritten zahlen müsste.

12. At Equity bilanzierte Unternehmen.

Die at Equity bilanzierten Anteile an assoziierten Unternehmen beziehungsweise an Joint Ventures werden im Zeitpunkt der Erlangung eines maßgeblichen Einflusses beziehungsweise bei Gründung zu Anschaffungskosten in der Konzernbilanz angesetzt. In den Folgejahren wird der bilanzierte at Equity-Wert um die anteiligen Eigenkapitalveränderungen des Beteiligungsunternehmens fortgeschrieben. Das anteilige Jahresergebnis des Beteiligungsunternehmens fließt als Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen in die Konzern-Gewinn- und -Verlust-

rechnung ein. Veränderungen der Neubewertungsrücklage des Beteiligungsunternehmens werden direkt im Konzerneigenkapital erfasst.

13. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen.

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen werden nach IFRS 5 am Bilanzstichtag mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert (abzüglich Veräußerungskosten) angesetzt und getrennt von anderen Vermögenswerten in der Bilanz ausgewiesen. Die Schulden einer als zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppe werden getrennt von anderen Schulden in der Bilanz ausgewiesen.

14. Immaterielle Vermögenswerte.

Unter den immateriellen Vermögenswerten werden Geschäfts- oder Firmenwerte sowie selbst erstellte und erworbene Software ausgewiesen.

Der Geschäfts- oder Firmenwert ergibt sich als Überschuss des Kaufpreises über das zum Fair Value bewertete (anteilige) Reinvermögen des gekauften Unternehmens unter Berücksichtigung latenter Steuern. Mindestens einmal jährlich, sofern Anzeichen für eine mögliche Wertminderung bestehen auch unterjährig, wird ein Werthaltigkeitstest (Impairmenttest) durchgeführt. Für den Werthaltigkeitstest wird der Geschäfts- oder Firmenwert zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet. Jede dieser zahlungsmittelgenerierenden Einheiten wird einem Segment des primären Berichtsformats zugeordnet. Die Gewinne und Verluste aus dem Verkauf eines Unternehmens enthalten den dazugehörigen Anteil des Geschäfts- oder Firmenwertes. Der Geschäfts- oder Firmenwert aus dem Kauf eines assoziierten Unternehmens wird unter den Anteilen an assoziierten Unternehmen ausgewiesen. Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte sind mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Eigenentwickelte Software wird zu Herstellungskosten aktiviert, sofern die Ansatzkriterien nach IAS 38 erfüllt sind. Die aktivierten Kosten enthalten im Wesentlichen Personalaufwendungen und Aufwendungen für externe Leistungen, die bei der Entwicklung angefallen sind. Die selbst erstellte oder erworbene Software wird über drei bis acht Jahre planmäßig linear abgeschrieben. Soweit Indikatoren für eine Wertminderung vorliegen, ist der erzielbare Betrag zu ermitteln und mit dem Buchwert zu vergleichen. Wertminderungen sind erfolgswirksam als außerplanmäßige Abschreibung zu berücksichtigen. Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen für immaterielle Vermögenswerte werden unter den Verwaltungsaufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Ein immaterieller Vermögenswert wird bei Abgang, oder wenn kein weiterer wirtschaftlicher Nutzen von seiner Verwendung oder seinem Abgang zu erwarten ist, ausgebucht. Gewinne und

Verluste sind die Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös, sofern vorhanden, und dem Buchwert des Vermögenswertes (erfolgswirksame Erfassung).

15. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.

An Dritte vermietete beziehungsweise zu Renditezwecken erworbene Immobilien werden gemäß IAS 40 als Finanzinvestition gehaltene Immobilien ausgewiesen, sofern sie mit der Absicht gehalten werden, Mieterträge und/oder Wertsteigerungen zu erzielen. Liegen gemischt genutzte Immobilien vor und können die nicht selbst genutzten Teile gesondert verkauft beziehungsweise vermietet werden, so werden diese Teile getrennt bilanziert. Gemischt genutzte Objekte, deren Drittnutzung mehr als 80 % der Gesamtnutzung ausmacht, werden in ihrer Gesamtheit als Finanzinvestition gehaltene Immobilien klassifiziert.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien werden gesondert in der Bilanz ausgewiesen. Die Zugangsbewertung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien erfolgt zu Anschaffungsbeziehungsweise Herstellungskosten unter der Einbeziehung von Anschaffungsnebenkosten. Die Folgebewertung erfolgt mit dem Fair Value. Soweit keine durch aktive Märkte zustande gekommenen Marktwerte vorliegen, werden Modellbewertungen vorgenommen beziehungsweise Gutachten eingeholt. In der Bewertung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ergeben sich die Bewertungsspielräume aus den getroffenen Annahmen zur Berechnung der zukünftigen Zahlungsströme. Veränderungen in Parametern wie Inflationsrate, Zins, erwartete Kostenentwicklung und Vermietung, Marktkonditionen und Leerstand beeinflussen die zukünftigen Zahlungsströme und damit in der Folge die Höhe des Fair Values.

16. Sachanlagen.

Unter den Sachanlagen werden betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung, geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau sowie Leasinggegenstände aus Operating-Leasingverhältnissen ausgewiesen.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt und in der Folge zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Die Herstellungskosten selbst erstellter Sachanlagen umfassen die direkt zurechenbaren Einzelkosten sowie die variablen und fixen Produktionsgemeinkosten.

Nachträgliche Ausgaben für Sachanlagen werden aktiviert, sofern von einer Erhöhung des zukünftigen Nutzenpotenzials ausgegangen werden kann. Alle anderen nachträglichen Ausgaben werden als Aufwand erfasst. Die Sachanlagen werden – entsprechend ihrer voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer – linear beziehungsweise degressiv abgeschrieben. Die Bestimmung der Nutzungsdauer erfolgt unter Beachtung der voraussichtlichen physischen Abnutzung, der technischen Alterung sowie rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen.

	Voraussichtliche Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	25–80
Technische Anlagen und Maschinen	3–12
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1–13
Erworbene EDV-Anlagen	3–7

Die Bestimmung der Nutzungsdauer und Abschreibungsmethode wird mindestens zum Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft. Nach Vornahme der planmäßigen Abschreibung einschließlich der Überprüfung der angewandten Abschreibungsmethode, der zugrunde gelegten Nutzungsdauer und des Restwerts (Veräußerungswert eines vergleichbaren Vermögenswertes) des jeweiligen Vermögenswertes wird zu jedem Bilanzstichtag geprüft, ob Indikatoren für eine Wertminderung (Impairment) vorliegen. Damit wird den außerordentlichen Wertminderungen aufgrund von technischer oder wirtschaftlicher Überalterung oder Abnutzung sowie aufgrund eines Verfalls der Marktpreise Rechnung getragen. Soweit Indikatoren für eine Wertminderung vorliegen, wird der erzielbare Betrag ermittelt und mit dem Buchwert verglichen. Wertminderungen werden erfolgswirksam als außerplanmäßige Abschreibung berücksichtigt. Die Dauerhaftigkeit der Wertminderung ist bei der Bewertung des Vermögenswertes nicht relevant.

Eine Wertaufholung ist dann vorzunehmen, wenn sich die Ermittlung des erzielbaren Betrages seit der letzten Erfassung einer Wertminderung geändert hat. Die Zuschreibung erfolgt nur bis zu dem Betrag, der sich bei planmäßiger Abschreibung bis zu diesem Zeitpunkt ergeben hätte. Bei einem durch eine Wertaufholung erhöhten Buchwert wird eine Anpassung der Abschreibungsbeträge über die Restnutzungsdauer des Vermögenswertes vorgenommen.

Der Gewinn oder Verlust aus der Ausbuchung einer Sachanlage ist bestimmt als Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös, sofern vorhanden, und dem Buchwert.

Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

17. Leasinggeschäft.

Grundlage für die Bilanzierung von Leasingverhältnissen gemäß IAS 17 ist deren Klassifizierung als Finanzierungs- oder Operating-Leasingverhältnis. Die Klassifizierung richtet sich nach der wirtschaftlichen Gesamtbeurteilung der Chancen/Risiken des Leasingnehmers beziehungsweise Leasinggebers.

Ein Finanzierungs-Leasingverhältnis liegt vor, wenn im Wesentlichen alle mit dem Eigentum an dem Leasinggegenstand verbundenen Chancen und Risiken vom Leasinggeber auf den Leasingnehmer übertragen werden. Entsprechend der wirtschaftlichen Betrachtungsweise ist unabhängig vom zivilrechtlichen Eigentum allein das wirtschaftliche Eigentum maßgeblich. In allen anderen Konstellationen handelt es sich um ein Operating-Leasingverhältnis.

Die Klassifizierung eines Leasingverhältnisses haben der Leasinggeber und der Leasingnehmer getrennt und unabhängig voneinander vorzunehmen. Dies kann zu einer nicht spiegelbildlichen Abbildung des Leasingverhältnisses beim Leasinggeber und Leasingnehmer führen.

LBBW-Konzern als Leasinggeber.

Soweit die im LBBW-Konzern tätigen Gesellschaften Operating-Leasinggeschäfte betreiben, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sachanlagen ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die über die wirtschaftliche Nutzungsdauer planmäßig erfolgenden Abschreibungen und/oder aufgrund von dauerhaften Wertminderungen erforderlichen außerplanmäßigen Abschreibungen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt. Der Ausweis der Abschreibungen sowie die Abbildung der vereinnahmten Erträge erfolgt vollständig im sonstigen betrieblichen Ergebnis. Im Rahmen von Finanzierungs-Leasingverhältnissen wird eine Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswertes zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gegen den Leasingnehmer ausgewiesen. Vereinnahmte Leasingraten werden in einen ertragswirksamen Zinsanteil und einen Tilgungsanteil aufgeteilt. Die Zinserträge werden auf der Basis einer periodengerechten Abgrenzung verteilt vereinnahmt.

LBBW-Konzern als Leasingnehmer.

Die Leasingzahlungen für Operating-Leasingverhältnisse sind über die Laufzeit des Leasingverhältnisses beim Leasingnehmer als Aufwand zu erfassen. Die Verteilung der Leasingzahlungen soll dem zeitlichen Nutzenverlauf aus Sicht des Leasingnehmers entsprechen. Weicht der zeitliche Nutzenverlauf der tatsächlichen Zahlungen von dem zu erfassenden Aufwand ab, wird der Differenzbetrag je nach Sachlage aktivisch oder passivisch als Rechnungsabgrenzungsposten abgegrenzt.

Der aktivierte Vermögenswert im Rahmen von Finanzierungsleasingverhältnissen wird gem. IAS 16 »Sachanlagen« und IAS 38 »Immaterielle Vermögenswerte« abgeschrieben. Ist nicht sichergestellt, dass am Laufzeitende das Objekt vom Leasingnehmer erworben wird, so ist die (kürzere) Laufzeit des Leasingverhältnisses (und nicht die wirtschaftliche Nutzungsdauer des Leasingobjektes) als Abschreibungszeitraum angesetzt. Bei einer Beteiligung am Restwert des Leasinggegenstandes wird auf diesen Betrag abgeschrieben. Weiterhin wird der Vermögenswert auf Wertminderungen gemäß IAS 36 überprüft. Finanzierungsleasingraten werden in einen Zins- und einen Tilgungsanteil aufgeteilt. Der Tilgungsanteil wird erfolgsneutral gegen die Verbindlichkeit gebucht, der Zinsanteil wird hingegen erfolgswirksam als Zinsaufwand erfasst.

18. Ertragsteuern.

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Laufende Ertragsteuerverpflichtungen beziehungsweise -ansprüche werden mit den aktuellen Steuersätzen berechnet und mit dem erwarteten Zahlungs- beziehungsweise Erstattungs-betrag angesetzt.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden auf temporäre Differenzen gebildet. Die Ermittlung der zu versteuernden und abzugsfähigen temporären Differenzen erfolgt durch den Vergleich der IFRS-Buchwerte und der Steuerwerte der Vermögenswerte und Schulden (bereinigt um permanente Differenzen). Der Steuerwert ergibt sich nach den steuerlichen Vorschriften des jeweiligen Landes, in dem die Besteuerung des Sachverhalts erfolgen wird. Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden auf Grundlage des Steuersatzes berechnet, der für den Zeitpunkt ihrer Auflösung zu erwarten ist. Die Wirkung von Steuersatzänderungen auf latente Steuern wird in der Periode als Ergebnis gebucht, in welcher die Änderung vom Gesetzgeber beschlossen wurde. Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu Steuerbelastungen führen, werden passive latente Steuern angesetzt. Sind bei Auflösung von temporären Differenzen Steuerentlastungen zu erwarten und ist deren Nutzung wahrscheinlich, erfolgt der Ansatz aktiver latenter Steuern. Latente Steuern auf erfolgsneutral entstandenen temporären Differenzen werden ebenfalls erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst. Für steuerliche Verlustvorträge werden aktive latente Steuern angesetzt, wenn deren zukünftige Nutzbarkeit wahrscheinlich ist. Verlustvorträge sind in Deutschland unbeschränkt vortragsfähig. Ausländische Verlustvorträge, die nicht unbeschränkt vortragsfähig sind, werden entsprechend ihrer Fristigkeit ausgewiesen. Die Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern aus temporären Differenzen und Verlustvorträgen wird zu jedem Bilanzstichtag überprüft.

Eine Saldierung aktiver und passiver latenter Steuern wird gemäß IAS 12.74 vorgenommen.

19. Sonstige Aktiva und sonstige Passiva.

Unter den sonstigen Aktiva werden Vermögenswerte ausgewiesen, die jeweils separat betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung in Bezug auf die Höhe der Bilanzaktiva sind und die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Unter den sonstigen Passiva sind abgegrenzte Schulden (Accruals) sowie Verpflichtungen ausgewiesen, welche jeweils separat betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung in Bezug auf die Höhe der Bilanzpassiva sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Forderungen und Verbindlichkeiten werden innerhalb dieser Posten zu jeweils fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

20. Vorräte.

Vorräte sind gemäß IAS 2.9 mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs- oder Herstellungskosten und Nettoveräußerungswert bewertet. Die Ermittlung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten erfolgt entsprechend IAS 2.10 ff., die des Nettoveräußerungswertes gemäß IAS 2.28 ff. Dabei werden Anschaffungs- und Herstellungskosten auf Basis des gewichteten Durchschnitts ermittelt. Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten von Vorräten, die nicht austauschbar sind, und solcher Erzeugnisse, Waren oder Leistungen, die für spezielle Projekte hergestellt und ausgesondert werden, werden durch Einzelzuordnung ihrer individuellen Anschaffungs- oder Herstellungskosten bestimmt.

21. Rückstellungen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die LBBW bietet den Arbeitnehmern verschiedene Arten von Altersversorgungsleistungen an. Die Mitarbeiter können eine Anwartschaft auf Versorgungsansprüche aufgrund einer unmittelbaren Versorgungszusage erwerben, bei der die Höhe der Versorgungsleistung festgelegt ist und von Faktoren wie Alter, Vergütung und Betriebszugehörigkeit abhängt (leistungsorientierter Plan).

In anderen Fällen erwerben die Mitarbeiter eine Anwartschaft auf Versorgungsansprüche aufgrund einer mittelbaren Versorgungszusage (beitragsorientierte Pläne). Zur Finanzierung leistet die jeweilige Konzerngesellschaft unter Beteiligung der Mitarbeiter einen festgelegten Beitrag an externe Versorgungsträger.

Bei leistungsorientierten Plänen ist die jeweilige Konzerngesellschaft dazu verpflichtet, zugesagte Leistungen an aktive und frühere Arbeitnehmer zu gewähren. Das versicherungsmathematische Risiko und das Anlagerisiko werden im Wesentlichen von der jeweiligen Konzerngesellschaft getragen. Für leistungsorientierte Pläne wird der Verpflichtungsumfang jährlich durch unabhängige versicherungsmathematische Gutachter berechnet. Dabei wird zu jedem Abschlussstichtag der Barwert der verdienten Pensionsansprüche (Defined Benefit Obligation) nach

dem Verfahren laufender Einmalprämien (Projected Unit Credit Method/Anwartschaftsbarwertverfahren) ermittelt. Bei der Berechnung werden neben den am Bilanzstichtag bekannten Renten und Anwartschaften auch die künftig zu erwartenden Steigerungsraten der ruhegeldfähigen Gehälter und Renten sowie Fluktuationsraten berücksichtigt. Der Barwert der Pensionsverpflichtung wird auf Basis des aktuellen Marktzinses für langfristige Kapitalanlagen ermittelt. Unregelmäßigkeiten im Risikoverlauf der Pensionsverpflichtungen, Auswirkungen von Änderungen der Berechnungsparameter (Fluktuationsrate, Gehaltsanstieg, Schätzungsparameter oder Diskontierungssatz) sowie unerwartete Gewinne beziehungsweise Verluste in Bezug auf Planvermögen können zu versicherungsmathematischen Gewinnen beziehungsweise Verlusten führen. Die versicherungsmathematischen Gewinne beziehungsweise Verluste werden im Jahr ihrer Entstehung in voller Höhe erfolgsneutral über die Gewinnrücklage erfasst.

Bestehendes Planvermögen wird zum Fair Value bewertet und mindert den Bilanzansatz der Pensionsrückstellungen. Die erwarteten Erträge aus Planvermögen werden mit der Zuführung zu Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen verrechnet.

Der als Schuld- beziehungsweise Vermögenswert zu erfassende Betrag ergibt sich aus dem Saldo des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung zum Bilanzstichtag, zuzüglich bisher nicht erfasster versicherungsmathematischer Gewinne (abzüglich entsprechender Verluste), abzüglich eines bisher nicht erfassten nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwands (past service cost), abzüglich des Fair Values des Planvermögens (falls vorhanden) zum Bilanzstichtag. Der Vermögenswert ist begrenzt auf die Summe aller kumulierten, nicht erfassten, saldierten versicherungsmathematischen Verluste und nachzuverrechnendem Dienstzeitaufwand sowie dem Barwert eines wirtschaftlichen Nutzens in Form von Rückerstattungen aus dem Plan oder Minderungen künftiger Beitragszahlungen an den Plan. In den leistungsorientierten Plänen sind Wertguthaben aus der Umwandlung bestimmter Entgeltbestandteile durch Mitarbeiter zur Finanzierung einer Vergütung während einer Freistellung enthalten. Die Umwandlung ist in der Dienstvereinbarung »LBBW FlexiWertkonto« zwischen der LBBW und dem Gesamtpersonalrat geregelt, welche am 1. Januar 2007 in Kraft getreten ist. Neben Altersversorgungsleistungen können Mitarbeiter durch Umwandlung bestimmter Entgeltbestandteile ein Wertguthaben zur Finanzierung einer Vergütung während einer Freistellung bilden. Die Umwandlung ist in der Dienstvereinbarung »LBBW FlexiWertkonto« zwischen der LBBW und dem Gesamtpersonalrat geregelt, welche am 1. Januar 2007 in Kraft getreten ist.

Bei beitragsorientierten Plänen ist die rechtliche oder faktische Verpflichtung des jeweiligen Konzernunternehmens auf einen vereinbarten Fonds begrenzt. Aus der Höhe dieser Beiträge und aus den Erträgen aus der Anlage dieser Beiträge ergibt sich

die Höhe der Leistungen. Das Vermögen dieser Pläne/Fonds wird getrennt von dem jeweiligen Konzernunternehmen durch Treuhänder kontrolliert. Die Beiträge werden in der jeweiligen Periode als Aufwand erfasst. Noch nicht gezahlte Beiträge werden unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Sonstige Rückstellungen.

Für ungewisse Verpflichtungen gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften werden Rückstellungen gebildet. Rückstellungen sind mit dem besten Schätzwert angesetzt. Dieser entspricht dem Betrag, der die gegenwärtige Verpflichtung zum Bilanzstichtag wiedergibt (Betrag, der vom Unternehmen bei vernünftiger Betrachtung des Sachverhalts oder bei Übertragung auf einen Dritten zu entrichten wäre) und der die größte Eintrittswahrscheinlichkeit besitzt. Dabei hat das Management Erfahrungswerte aus ähnlichen Transaktionen einbezogen und eventuell auf Gutachten von unabhängigen Sachverständigen zurückgegriffen.

Langfristige Rückstellungen werden abgezinst, sofern der Effekt aus der Abzinsung wesentlich ist.

Rückstellungen für Restrukturierungsaufwand und für Rechtsstreitigkeiten werden angesetzt, sofern der LBBW-Konzern eine rechtliche oder faktische Verpflichtung aus einem Ereignis der Vergangenheit hat, der Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtung wahrscheinlich und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist.

22. Nachrangkapital.

Unter dem Posten Nachrangkapital weist der LBBW-Konzern nachrangige Verbindlichkeiten, Genussrechtsemissionen sowie typisch stille Einlagen aus. Die aufsichtsrechtlich und im Sinne des KWG als haftendes Eigenkapital anerkannten stillen Einlagen werden nach den Vorschriften des IAS 32 aufgrund des Bestehens eines vertraglichen Kündigungsrechts als Fremdkapital bilanziert. Der Ansatz des Nachrangkapitals erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Die fortgeführten Anschaffungskosten des Nachrangkapitals, das im Rahmen des Hedge-Accountings als Grundgeschäft für einen Fair-Value-Hedge designiert wurde, werden für den besicherten Teil erfolgswirksam um die Änderungen des Fair Values des Hedges angepasst.

23. Eigenkapital.

Das Stammkapital ist das von den Trägern der Landesbank Baden-Württemberg (Land Baden-Württemberg, Sparkassenverband Baden-Württemberg, Landeshauptstadt Stuttgart, Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank –, Sparkassen- und Giroverband Rheinland-Pfalz) nach § 5 des Gesetzes über die Landesbank Baden-Württemberg i.V.m. § 3 der Satzung der Landesbank Baden-Württemberg einzubehaltende beziehungsweise eingezahlte Kapital.

Die Kapitalrücklage enthält die Agiobeträge aus der Ausgabe von Gesellschaftsanteilen entsprechend den Vorgaben des Gesellschaftsvertrags.

Die Gewinnrücklagen wurden in gesetzliche, satzungsmäßige und andere Gewinnrücklagen aufgegliedert. Die anderen Gewinnrücklagen beinhalten thesaurierte Gewinne aus Vorjahren.

Darüber hinaus sind in den anderen Gewinnrücklagen die Effekte aus der IFRS-Erstanwendung – mit Ausnahme der Fair-Value-Bewertungseffekte aus der Erstanwendung für AfS-Wertpapiere und Beteiligungen – ausgewiesen.

Fair-Value-Bewertungseffekte der AfS-Wertpapiere und Beteiligungen sind in den direkt im Eigenkapital erfassten Erträgen und Aufwendungen unter dem Posten Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente AfS, gegebenenfalls nach Berücksichtigung latenter Steuern, ausgewiesen. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert oder aufgrund einer Wertminderung (Impairment) abgeschrieben wird. Die Neubewertungsrücklage enthält zusätzlich den Gegenposten aus der Bildung aktiver oder passiver latenter Steuern auf erfolgsneutral entstandene Bewertungsdifferenzen.

Das Bewertungsergebnis aus Cashflow Hedges enthält den erfolgsneutralen Anteil am Gewinn oder Verlust, der als effektiver Hedge gilt. Zusätzlich wird der Gegenposten aus der Bildung von aktiven und passiven latenten Steuern auf Cashflow Hedges in dieser Position ausgewiesen.

Die Beträge, die in die Währungsumrechnungsrücklage eingestellt sind, ergeben sich aus der Umrechnung des Abschlusses einer wirtschaftlich selbständigen Teileinheit in Euro. Alle sich ergebenden Umrechnungsdifferenzen sind bis zur Veräußerung der Nettoinvestition in das Eigenkapital einzustellen. Differenzen aus der Umrechnung von monetären Posten aus einer Nettoinvestition in eine wirtschaftlich selbständige ausländische Teileinheit (z. B. langfristige Forderungen oder Darlehensgewährungen) werden erfolgsneutral im Eigenkapital als separate Position angesetzt. Umrechnungsdifferenzen aus Fremdwährungsschulden aus einem Kurssicherungsgeschäft einer Nettoinvestition in eine wirtschaftlich selbständige ausländische Teileinheit sind bis zur Veräußerung der Nettoinvestition als Eigenkapital im Abschluss des Unternehmens anzusetzen.

Die Anteile im Fremdbesitz sind als separater Unterposten im Eigenkapital angegeben, da neben den Anteilseignern des Mutterunternehmens noch weitere Gesellschafter am Eigenkapital der Tochtergesellschaften beteiligt (50 % < Beteiligungshöhe des Mutterunternehmens < 100 %) sind.

24. Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte.

Der LBBW-Konzern tätigt sowohl Wertpapierpensions- als auch Wertpapierleihegeschäfte.

Wertpapierpensionsgeschäfte.

Echte Pensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) sind Verträge, durch die Wertpapiere gegen Zahlung eines Betrags übertragen werden und in denen gleichzeitig vereinbart wird, dass die Wertpapiere zu einem späteren Zeitpunkt gegen Entrichtung eines im Voraus vereinbarten Betrags an den Pensionsgeber zurückübertragen werden müssen.

Der LBBW-Konzern bilanziert als Pensionsgeber weiterhin die in Pension gegebenen Vermögenswerte und passiviert gleichzeitig in Höhe der erhaltenen Liquidität eine Verbindlichkeit gegenüber dem Pensionsnehmer.

Als Pensionsnehmer aktiviert der LBBW-Konzern eine entsprechende Forderung an den Pensionsgeber.

Die Bewertung erfolgt jeweils entsprechend der zugrunde liegenden IAS 39-Kategorien. Zinszahlungen im Rahmen eines Pensionsgeschäfts werden als Zinserträge beziehungsweise -aufwendungen erfasst. Enthaltene abzugrenzende Agien/Disagien (beziehungsweise Unterschiedsbeträge zwischen dem bei Übertragung erhaltenen und bei Rückübertragung zu leistenden Betrag) sind innerhalb des jeweiligen Bilanzpostens erfasst. Auflösungsbeträge von Agien/Disagien werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Wertpapierleihegeschäfte.

Unter dem Begriff der Wertpapierleihe werden Geschäfte verstanden, bei denen Wertpapiere mit der Verpflichtung übereignet werden, dass der Entleiher nach Ablauf der vereinbarten Zeit Papiere gleicher Art, Güte und Menge zurücküberträgt und für die Dauer der Leihe ein Entgelt entrichtet. Der LBBW-Konzern weist als Entleiher die entliehenen Wertpapiere nicht aus. Sofern die entliehenen Wertpapiere an Dritte veräußert werden, wird ein Veräußerungserlös aktiviert und gleichzeitig eine Rückgabeverpflichtung als Handelspassiva bilanziert. Das vom Entleiher entrichtete Entgelt wird entsprechend der IAS 39-Kategorie des Wertpapiers im Provisions- oder Handelsergebnis ausgewiesen. Die Vereinnahmung von Zinsen oder Dividenden hängt von der Vertragsausgestaltung ab und kann entweder den Entleiher oder den Verleiher begünstigen. Die Zinsen werden entsprechend im Zinsergebnis ausgewiesen.

Als Verleiher bilanziert der LBBW-Konzern die Wertpapiere weiterhin nach den für die jeweilige IAS 39-Kategorie geltenden Vorschriften.

Wesentliche Unterschiede zwischen HGB und IFRS.

25. Überleitung des Konzerneigenkapitals 2006 von HGB auf IFRS

Eröffnungsbilanz des LBBW-Konzerns zum 1. Januar 2006

	1.1.2006 Mio. EUR
Aktiva	
Barreserve	815
Forderungen an Kreditinstitute	150 345
Forderungen an Kunden	119 451
Risikovorsorge	- 2 393
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	10 180
Handelsaktiva	32 639
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	6 600
Finanzanlagen	80 306
Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen	3
Aktivisches Portfolio-Hedge Adjustment	686
Immaterielle Vermögenswerte	122
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	1 641
Sachanlagen	767
Laufende Ertragsteueransprüche	192
Latente Ertragsteueransprüche	359
Sonstige Aktiva	529
Summe der Aktiva	402 242
Passiva	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	118 468
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	83 609
Verbriefte Verbindlichkeiten	131 783
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	9 771
Handelspassiva	13 014
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	21 106
Passivisches Portfolio-Hedge Adjustment	843
Rückstellungen	1 819
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	369
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	229
Sonstige Passiva	614
Nachrangkapital	11 151
Eigenkapital	9 466
Stammkapital	1 420
Kapitalrücklage	3 074
Gewinnrücklage	3 272
Direkt im Eigenkapital erfasste Ergebnisse	936
Bilanzgewinn	662
Anteile in Fremdbesitz	102
Summe der Passiva	402 242

Grundsätzlich werden IFRS-Standards retrospektiv angewendet, jedoch gibt es obligatorische und freiwillige Ausnahmen von diesem Grundsatz. Zum Eröffnungsbilanzstichtag wurden die obligatorischen Ausnahmen hinsichtlich des Hedge Accountings, der Ausbuchung von Finanzinstrumenten und Schätzungen berücksichtigt. Bezüglich der Übergangsregelungen von IFRS 5 (Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche) gab es zum 1. Januar 2006 keine entsprechenden Geschäftsvorfälle zu berichten.

Von folgenden Erleichterungswahlrechten des IFRS 1 wurde bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz Gebrauch gemacht:

- Keine rückwirkende Anwendung des IFRS 3 gemäß IFRS 1 B1. Im HGB-Abschluss wurden alle bestehenden aktivischen Unterschiedsbeträge aus der Vollkonsolidierung nach Zuordnung von stillen Reserven mit den Gewinnrücklagen verrechnet. Bestehende passive Unterschiedsbeträge wurden ebenfalls den Gewinnrücklagen zugeordnet.
- Befreiung von den Bestimmungen für kumulierte Umrechnungsdifferenzen gemäß IFRS 1.22.
- Anwendung der Ausnahmen gemäß IFRS 1.25A bezüglich der Einstufung von früher angesetzten Finanzinstrumenten zum Zeitpunkt des Übergangs auf IFRS.

Der LBBW-Konzern hat finanzielle Vermögenswerte, die im HGB-Abschluss unter den Forderungen an Kreditinstitute und

Kunden sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ausgewiesen wurden, mit einem HGB-Buchwert in Höhe von 33 704 Mio. EUR als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert (HfT, FVO) bestimmt.

Als zur Veräußerung gehalten (AfS) bestimmt wurden finanzielle Vermögenswerte mit einem HGB-Buchwert in Höhe von 86 490 Mio. EUR. Diese wurden im HGB-Abschluss unter den Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ausgewiesen. Finanzielle Verbindlichkeiten, im HGB-Abschluss unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, Verbrieften Verbindlichkeiten sowie Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen, mit einem HGB-Buchwert von insgesamt 31 004 Mio. EUR, wurden als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert klassifiziert.

Im Folgenden werden die aus der Erstanwendung resultierenden, eigenkapitalwirksamen Veränderungen der Bilanzposten zum 1. Januar 2006 dargestellt:

Mio. EUR	Notes	Gezeichnetes Kapital	Stille Einlagen	Kapitalrücklage
Eigenkapital HGB		1 420	3 544	3 074
Erstanwendungseffekte aus der Umgliederung stiller Einlagen in das Fremdkapital	(28)	0	- 3 544	0
Erstanwendungseffekte Gewinnrücklagen				
aus der Auflösung von Vorsorgereserven 340 f HGB	(28)	0	0	0
aus der Umgliederung stiller Einlagen in das Fremdkapital	(29)	0	0	0
aus Pensionsrückstellungen	(30)	0	0	0
aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	(31)	0	0	0
aus latenten Steuern	(32)	0	0	0
aus Leasingsachverhalten	(33)	0	0	0
aus der Umgliederung von Available-for-Sale-Sachverhalten in die Neubewertungsrücklage	(34) (35)	0	0	0
aus Sonstigem	(38) (39)	0	0	0
Erstanwendungseffekte Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente AfS	(34)	0	0	0
Erstanwendungseffekte Anteile im Fremdbesitz		0	0	0
Effekte aus abweichenden Konsolidierungskreisen		0	0	0
Summe Überleitung		0	- 3 544	0
Eigenkapital IFRS		1 420	0	3 074

	Gewinnrücklage	Neubewertungs- rücklage für Finanz- instrumente AfS	Bilanzgewinn	Anteile im Fremdbesitz	Gesamt
	2 487	0	670	83	11 278
	0	0	0	0	- 3 544
	1 288	0	0	0	1 288
	- 753	0	0	0	- 753
	- 530	0	0	0	- 530
	290	0	0	0	290
	306	0	0	0	306
	79	0	0	0	79
	24	0	0	0	24
	- 53	0	0	0	- 53
	0	932	0	0	932
	0	0	0	16	16
	134	4	- 8	3	133
	785	936	- 8	19	- 1 812
	3 272	936	662	102	9 466

Zum 31. Dezember 2006 stellen sich die aus der Erstanwendung resultierenden, eigenkapitalwirksamen Veränderungen der Bilanzposten wie folgt dar:

Mio. EUR	Notes	Gezeichnetes Kapital	Stille Einlagen	Kapitalrücklage
Eigenkapital HGB		1 420	3 501	3 074
Erstanwendungseffekte aus der Umgliederung stiller Einlagen in das Fremdkapital	(28)	0	- 3 501	0
Erstanwendungseffekte Gewinnrücklagen				
aus der Auflösung von Vorsorgereserven 340f HGB	(28)	0	0	0
aus der Umgliederung stiller Einlagen in das Fremdkapital	(29)	0	0	0
aus Pensionsrückstellungen	(30)	0	0	0
aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	(31)	0	0	0
aus latenten Steuern	(32)	0	0	0
aus Leasingsachverhalten	(33)	0	0	0
aus der Umgliederung von Available-for-Sale-Sachverhalten in die Neubewertungsrücklage	(34) (35)	0	0	0
aus Sonstigem	(38) (39)	0	0	0
Erstanwendungseffekte Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente AfS	(34)	0	0	0
Bewertungsergebnis aus Cashflow Hedge		0	0	0
Erstanwendungseffekte Anteile im Fremdbesitz		0	0	0
Effekte aus abweichenden Konsolidierungskreisen		0	0	0
Summe Überleitung		0	- 3 501	0
Eigenkapital IFRS		1 420	0	3 074

Gewinnrücklage	Neubewertungs- rücklage für Finanz- instrumente AfS	Bewertungs- ergebnis aus Cashflow Hedge	Bilanzgewinn ¹⁾	Anteile im Fremdbesitz	Gesamt
3 087	0	0	805	90	11 977
0	0	0	0	0	- 3 501
1 288	0	0	0	0	1 288
- 753	0	0	0	0	- 753
- 530	0	0	20	0	- 510
290	0	0	59	0	349
306	0	0	- 95	0	211
79	0	0	19	0	98
24	0	0	0	0	24
- 54	0	0	307	0	253
0	985	0	0	0	985
0	0	- 6	0	0	- 6
0	0	0	5	14	19
127	- 12	0	- 194	- 1	- 80
777	973	- 6	121	13	- 1 623
3 864	973	- 6	926	103	10 354

¹⁾ Der Konzernbilanzgewinn ergibt sich aus dem HGB-Konzernjahresüberschuss abzüglich eines Verlustvortrags in Höhe von 3 Mio. EUR und einer Einstellung in die Gewinnrücklagen in Höhe von 10 Mio. EUR.

26. Überleitung des Konzernjahresüberschusses 2006 von HGB auf IFRS.

	Notes	2006 Mio. EUR
HGB-Konzernjahresüberschuss		818
Konsolidierungskreisveränderung		-194
Hedge Accounting und Bewertung derivativer Sicherungsinstrumente	(36)	119
Aufrechnung konzerninterner Emissionen	(37)	90
Bewertung fremder Emissionen		69
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(31)	59
Fair-Value-Option	(36)	32
Pensionsaufwand	(30)	20
Leasingsachverhalte	(33)	19
Sonstiges	(40) (41)	-16
Steuereffekte	(32)	-95
Anteile fremder Gesellschafter am Ergebnis		5
Summe Überleitung		108
Ergebnisanteil Anteilseigner nach Steuern IFRS		926

27. Überleitung der Kapitalflussrechnung 2006 von HGB auf IFRS.

Die zwischen HGB und IFRS bestehenden Unterschiede bei den Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit resultieren insbesondere aus Änderungen bei der Zuordnung von Wertpapieren, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien, Leasingvermögen und Zinsen auf stille Einlagen.

28. Zuführung zur Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340 f HGB.

Die Bildung von stillen Reserven in Form von Rücklagen nach § 340 f HGB ist nach IFRS nicht möglich. Diese wurden beim Erstansatz gegen die Gewinnrücklage aufgelöst.

29. Nachrangkapital.

Gemäß IFRS ist das Nachrangkapital aufgrund des Rückforderungsrechts des Kapitalgebers als Fremdkapital klassifiziert. Die stillen Einlagen, welche im HGB-Abschluss unter dem Eigenkapital ausgewiesen werden, werden nach IFRS als Fremdkapital klassifiziert und unter dem Nachrangkapital ausgewiesen beziehungsweise stellen in Teilen Treuhandverbindlichkeiten dar.

30. Pensionsrückstellungen.

Nach IFRS werden mittelbare und unmittelbare Verpflichtungen bei der Ermittlung der Pensionsverpflichtungen einbezogen. Bei der Bewertung der Pensionsverpflichtungen nach IAS 19 werden zukünftige wirtschaftliche und demografische Entwicklungen (z. B. Gehaltssteigerungen und Fluktuationsraten, Wahl eines vergleichbaren Marktzinses zur Abzinsung der Rückstellungen)

berücksichtigt. Der Abzinsungsfaktor orientiert sich nach IAS 19 am Kapitalmarktzins laufzeitkongruenter erstklassiger, festverzinslicher Anleihen, um der ökonomischen und demografischen Entwicklung, die sich auf die Höhe der durch das Unternehmen eingegangenen Verpflichtung auswirkt, Rechnung zu tragen. Die Pensionsverpflichtungen nach IFRS basieren auf dem Anwartschaftsbarwertverfahren. IAS 19 unterscheidet zwischen beitragsorientierten und leistungsorientierten Versorgungszusagen. Als bilanzielle Rückstellung ist ausschließlich die leistungsorientierte Versorgungszusage zu verfassen (IAS 19.49), da die beitragsorientierten Versorgungszusagen keine Verpflichtung des LBBW-Konzerns darstellten und daher direkt als Aufwand und Auszahlungen in der Periode erfasst (IAS 19.44) beziehungsweise als abgegrenzte Schulden (Accruals) bilanziert werden. Versicherungsmathematische Gewinne beziehungsweise Verluste werden direkt im Jahr der Entstehung in der Gewinnrücklage erfasst.

Nach HGB entstehen Pensionsverpflichtungen durch die unmittelbare Zusage eines Unternehmens, seinen Arbeitnehmern zukünftige Versorgungsleistungen zu gewähren. Diese Verpflichtungen stellen Verbindlichkeiten dar, die in ihrer Höhe und Fälligkeit ungewiss sind. Somit besteht nach § 249 HGB für Verpflichtungen aus unmittelbaren Versorgungszusagen eine Rückstellungspflicht. Die Ermittlung der Verbindlichkeit für deutsche Rechnungslegungszwecke erfolgt nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6 a EStG.

31. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.

Nach IFRS werden Immobilien, die zu Zwecken der Vermietung oder der Abschöpfung des Wertzuwachses genutzt werden, gesondert ausgewiesen. Die Zugangsbewertung erfolgt zu Anschaffungskosten. Die Folgebewertung wird im LBBW-Konzern mit der Fair-Value-Methode durchgeführt. Grundstücke und Gebäude werden nach HGB als Sachanlagevermögen bilanziert und zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

32. Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen.

Nach § 274 beziehungsweise § 306 HGB werden latente Steuern nur auf Unterschiede zwischen dem handels- und steuerrechtlichen Ergebnis, die sich in den Folgejahren wieder ausgleichen, gebildet (sog. Timing-Konzept). Nach HGB besteht für aktive latente Steuern nach § 306 HGB ein Ansatzgebot. Für Verlustvorträge besteht hingegen ein Ansatzverbot. Eine Verrechnung aktiver und passiver latenter Steuern ist nach HGB zulässig. IAS 12 legt dagegen das bilanzbezogene Temporary-Konzept zugrunde. Nach diesem sind alle Unterschiede zwischen den steuerlichen Wertansätzen (Tax Base) und den Wertansätzen im IFRS-Abschluss, die künftig zu einer steuerlichen Be- oder Entlastung führen (Temporary Differences), in die Ermittlung der latenten Steuern einzubeziehen.

Latente Steuern sind nach IFRS unabhängig davon zu bilden, ob die unterschiedlichen Wertansätze im IFRS-Abschluss und in der Steuerbilanz das Ergebnis beeinflussen haben. Die Berechnung der latenten Steuern erfolgt nach der Liability-Methode mit den

zukünftig anzuwendenden landesspezifischen Steuersätzen. Eine Aufrechnung von latenten Steueransprüchen mit latenten Steuerverpflichtungen ist nach IFRS nur zulässig, wenn rechtlich durchsetzbare Aufrechnungsmöglichkeiten bestehen und die Kriterien gem. IAS 12.74 erfüllt sind. Daneben sieht IAS 12 eine Aktivierungspflicht für latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge vor, sofern deren Nutzung in Folgejahren wahrscheinlich ist. Ausnahmen für die Bildung von latenten Steuern nach IFRS sind permanente Differenzen, nicht ausgeschüttete Gewinne einzelner Konzerngesellschaften, der Goodwill aus der Kapitalkonsolidierung sowie Differenzen aus dem erstmaligen Ansatz von Vermögenswerten und Verpflichtungen. Steueransprüche sind getrennt von anderen Vermögenswerten sowie von der tatsächlichen Steuererstattung auszuweisen. Entgegen § 274 Abs. 2 HGB (Ansatzwahlrecht) gilt nach IFRS eine Ansatzpflicht für latente Steuern.

33. Leasing.

Leasingverhältnisse werden nach IFRS nach der Verteilung der aus dem Leasinggegenstand resultierenden wirtschaftlichen Risiken und Chancen zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend bilanziert. Somit wird das Leasingobjekt beim Finanzierungsleasing beim Leasingnehmer zuzüglich einer Verpflichtung über noch zu leistende Leasingzahlungen bilanziert, wogegen der Leasinggeber eine entsprechende Forderung in der Höhe des Nettoinvestitionswertes bilanziert. Bei Operating-Leasinggeschäften bilanziert der Leasinggeber entsprechend das Leasingobjekt als Sachanlage, beim Leasingnehmer wird kein Vermögenswert und keine Verpflichtung bilanziert. Nach Handelsrecht bilanziert der Leasinggeber in der Regel das Leasingobjekt, das generell unter den Sachanlagen ausgewiesen wird. Die Abschreibungen werden im Verwaltungsaufwand berücksichtigt.

34. Eigenkapital.

Abweichungen zwischen IFRS und HGB ergeben sich durch die unterschiedliche Abgrenzung von Eigenkapital und Fremdkapital sowie die erfolgsneutrale Erfassung von Differenzbeträgen zwischen Anschaffungskosten und Fair Value-Bewertung in den direkt im Eigenkapital erfassten Erträgen und Aufwendungen. In der Gewinnrücklage der Eröffnungsbilanz werden die aus der Erstanwendung resultierenden Ansatz- und Bewertungsunterschiede ausgewiesen.

35. Finanzanlagen.

Finanzanlagen werden – je nachdem, welcher IAS 39-Kategorie sie zugeordnet sind – unterschiedlich, d. h. entweder zum Fair Value oder zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Nach HGB werden Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen nach dem Anschaffungskostenprinzip bewertet. Festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens, die mit Dauerhalteabsicht erworben und über ein externes Rating im oberen

Investment-grade-Bereich verfügen, werden zum gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

36. Handelsbestände und derivative Sicherungsinstrumente.

Nach IFRS werden Handelsforderungen beziehungsweise -verbindlichkeiten unter den Handelsaktiva beziehungsweise -passiva ausgewiesen und zum Fair Value bewertet. Fair Value-Änderungen der Handelsbestände fließen direkt in das Periodenergebnis ein. Unterschiedliche Bewertungsansätze gegenüber HGB ergeben sich auch aus der Anwendung der Fair-Value-Option des IAS 39. Spezifische Regelungen für die Bewertung derivativer Finanzinstrumente finden sich derzeit nicht im HGB, weshalb die allgemeinen Bewertungsgrundsätze nach §§ 252ff. HGB herangezogen werden. Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestandes werden im Fall von an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten zu Marktpreisen, im Fall von Finanzgeschäften ohne verfügbare Marktpreise zu anhand von Bewertungsmodellen ermittelten Preisen bewertet. Die Bewertung der Handelsbestände erfolgt auf Basis der risikoadjustierten Mark-to-Market-Methode. Dabei wird das ermittelte Mark-to-Market-Ergebnis dieser Portfolios um den nach aufsichtrechtlichen Vorgaben ermittelten Value-at-Risk (VaR) dieser Bestände gekürzt. Für die Bewertung von Sicherungsderivaten fällt dagegen nach HGB in der Regel kein Bewertungsergebnis an. Grund- und Sicherungsgeschäft werden nach deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen in einer Bewertungseinheit zusammengefasst. In der Bilanz wird das Grundgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Das Sicherungsgeschäft wird hingegen grundsätzlich nicht in der Bilanz erfasst.

37. Verbindlichkeiten.

Nach IFRS erfolgt eine direkte Bilanzierung sowohl der abgegrenzten Zinsen als auch der Disagien/Agien unter den entsprechenden Bilanzposten, in dem die Verbindlichkeiten bilanziert werden. Eigene Schuldverschreibungen, welche sich im Bestand des LBBW-Konzerns befinden, werden nach IFRS mit den Verbriefen Verbindlichkeiten erfolgswirksam verrechnet.

38. Forderungen.

Nach HGB werden alle Forderungen mit ihren Nominalwerten bilanziert. Die abgegrenzten Zinsen werden direkt der jeweiligen Forderung zugeordnet und unter dem jeweiligen Bilanzposten bilanziert. Disagien/Agien werden in den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Nach IAS 39 sind Forderungen zu fortgeführten Anschaffungskosten (ausgenommen den der Fair-Value-Option zugeordneten Forderungen) zu bewerten. So erfolgt nach IFRS eine direkte Bilanzierung sowohl der abgegrenzten Zinsen als auch der Disagien/Agien unter den entsprechenden Bilanzposten, in dem die Forderungen bilanziert werden.

Risikovorsorge

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft wird nach IFRS offen auf der Aktivseite ausgewiesen. Nach IFRS ist die Bildung von Pauschalwertberichtigungen, wie unter HGB geboten, nicht möglich. Die für die handelsrechtliche Rechnungslegung erfassten Pauschalwertberichtigungen wurden daher für die IFRS-Bilanzierung bei Erstansatz erfolgsneutral gegen die Gewinnrücklagen (Beträge aus den Vorjahren) beziehungsweise erfolgswirksam (Änderungen im Bilanzierungszeitraum) aufgelöst.

39. Sonstige Rückstellungen.

Nach IFRS wird je nach Eintrittswahrscheinlichkeit zwischen Rückstellungen, abgegrenzten Schulden und Eventualschulden unterschieden. Eine Unterscheidung zwischen Rückstellungen und abgegrenzten Schulden findet nach HGB nicht statt. Die nach § 249 Abs. 1 Satz 2 HGB bestehende Bilanzierungsverpflichtung für bestimmte Aufwandsrückstellungen ist nach IAS 37 nicht zulässig. Die Bilanzierungswahlrechte nach §§ 249 Abs. 1 Satz 3 und 249 Abs. 2 HGB entfallen nach IFRS ebenso. Nach IFRS werden Rückstellungen abgezinst, wenn der Diskontierungseffekt wesentlich ist, wohingegen eine Abzinsung unter HGB nur dann vorgesehen ist, wenn die jeweilige Verpflichtung einen Zinsanteil enthält.

40. Wertpapierleihegeschäfte.

Nach IFRS bilanziert der Verleiher weiterhin die Wertpapiere nach den für die jeweilige IAS 39-Kategorie geltenden Vorschriften. Für 2006 buchte die LBBW als Verleiher nach HGB die Wertpapiere hingegen zum Buchwert aus und bilanzierte stattdessen eine (Sachdarlehen-) Forderung (Aktivtausch). Die LBBW als Entleiher aktivierte die Wertpapiere und passivierte eine entsprechende Rückgabeverpflichtung. Ab 2007 werden die Wertpapierleihegeschäfte nach HGB und IFRS in der LBBW einheitlich behandelt.

41. Treuhandgeschäfte.

Treuhandgeschäfte sind nach IFRS nicht ansatzfähig, sondern sind bei einem bedeutenden Umfang in den Notes offenzulegen. Entsprechende Angaben können der Note 88 entnommen werden.

42. Steuerrechtliche Wertansätze.

Auf dem deutschen Steuerrecht basierende Wertansätze sind im IFRS-Abschluss nicht zulässig.

Unternehmenszusammenschlüsse.

43. Vollzogene Unternehmenszusammenschlüsse.

Im Geschäftsjahr 2007 erwarb die LBBW weitere Anteile an der LI-FI (Leveraged Investment in Financial Institutions). Die Erlangung der Beherrschung erfolgte am 17. September 2007 im Rahmen einer Zeichnung einer Kapitalerhöhung. Der Anteil der LBBW an der LI-FI betrug damit zum Bilanzstichtag 58,52 %. Die LI-FI stellt einen Sub-Trust dar, der konzipiert wurde, um mit einem Portfolio aus Bankschuldtiteln Renditen zu erzielen. Dieses Portfolio wurde der Afs-Kategorie zugeordnet und mit dem Fair Value bewertet. Darüber hinausgehende stille Reserven und Lasten liegen nicht vor.

Die Anschaffungskosten des Erwerbs betrugen insgesamt 79 Mio. EUR. Dem Erwerb direkt zurechenbare Kosten entstanden nicht. Aus der Transaktion entstand ein Goodwill in Höhe von 17 Mio. EUR. Der Ergebnisbeitrag der LI-FI vom Erwerbszeitpunkt bis zum 31. Dezember 2007 betrug 3 Mio. EUR. Die Zuordnung des Goodwill wird im Rahmen der Neuordnung der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten im Zuge der Integration der Sachsen LB erfolgen. In Folge wird von IAS 36.84 Gebrauch gemacht.

44. In 2008 erfolgte Unternehmenszusammenschlüsse.

Mit Grundlagenvereinbarung vom 26./27. August 2007 wurde die Übernahme der Landesbank Sachsen AG durch die LBBW beschlossen. Die LBBW hat auf Basis der Grundlagenvereinbarung einen vorweggenommenen Barausgleich in Höhe von 250 Mio. EUR an die Anteilseigner der Landesbank Sachsen AG geleistet. Mit Treuhandvereinbarung vom 23. Oktober 2007 hat die LBBW die Anteile an der Landesbank Sachsen AG treuhänderisch übernommen. In einem Eckpunkt Papier vom 13. Dezember 2007 wurden die aufschiebenden Rahmenbedingungen für den Erwerb der Landesbank Sachsen AG und der Kaufpreis auf 328 Mio. EUR festgelegt. Mit Eintritt der aufschiebenden Bedingungen am 6. März 2008 hat die LBBW die Anteile an der Landesbank Sachsen AG von dem Freistaat Sachsen und der Sachsen-Finanzgruppe erworben. Damit ist die LBBW alleinige Anteilseignerin der Landesbank Sachsen AG und hat Beherrschung im Sinne des IAS 27.4 erlangt.

Die Landesbank Sachsen AG soll voraussichtlich zum 1. April 2008 im Rahmen eines sogenannten Anwachsungsmodells in der LBBW aufgehen und damit als rechtlich selbständige Einheit untergehen. Die Landesbank Sachsen AG soll unter der Marke Sachsen Bank betrieben werden. Die Aufgaben als Zentralbank für die sächsischen Sparkassen wird die LBBW übernehmen.

Segmentberichterstattung des LBBW-Konzerns für das Geschäftsjahr 2007.

45. Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern.

Die Segmentberichterstattung dient der Information über die Ergebnisentwicklung der einzelnen Geschäftsfelder innerhalb des LBBW-Konzerns. Die Segmente werden dabei als – an den internen Organisationsstrukturen orientierten – Produkt- und Kundengruppen definiert. Grundlage der Segmentergebnisse sind die internen betriebswirtschaftlichen Steuerungsdaten des Controllings und die externen Jahresabschlussdaten. Die Segmentberichterstattung des LBBW-Konzerns wird gemäß den Vorschriften des IAS 14 erstellt. Die primäre Segmentberichterstattung der LBBW ist in die folgenden Segmente aufgeteilt:

- Das Segment Corporates beinhaltet die Geschäftsaktivitäten mit mittelständischen Unternehmenskunden, Geschäftskunden, Großkunden, Immobilienunternehmen, das Internationale Geschäft sowie das Kreditgeschäft mit der öffentlichen Hand. Neben dem klassischen Commercial Banking werden hier auch das Investment Banking und andere Spezialproduktbereiche wie z. B. Leasing, Factoring oder das Beteiligungsgeschäft einbezogen.
- Das Segment Retail Clients umfasst alle Aktivitäten mit Privat-, Anlage- und Private Banking-Kunden sowie die Geschäftsaktivitäten im Rahmen der Sparkassenzentralbankfunktion.
- Im Segment Financial Markets sind neben den klassischen Handelsgeschäften sämtliche Geschäftsaktivitäten mit Kreditinstituten, Sovereigns, Versicherungen und Pensionskassen enthalten. Ergebnisse aus Finanzmarktgeschäften mit Unternehmenskunden sind im Segment Corporates abgebildet. Weiterhin werden die Refinanzierung sowie die Kapitalmarktinvestitionen im Zusammenhang mit der Kreditrisikosteuerung in diesem Segment gebündelt.
- Das Segment Corporate Items bündelt alle Geschäftsaktivitäten, die nicht in den operativen Segmenten enthalten sind. Dazu zählen vor allem die nicht konsolidierten Beteiligungen, der Ergebnisbeitrag aus strategischen Handelsgeschäften sowie der nicht auf andere Segmente verteilte Erfolg aus der zentralen Anlage der Eigenmittel.
- In der Spalte Sonstiges/Konsolidierung werden zum einen reine Konsolidierungssachverhalte erfasst. Zum anderen werden die internen Steuerungsgrößen auf die Daten der externen Rechnungslegung übergeleitet.

Erträge und Aufwendungen werden grundsätzlich verursachungsgerecht den Segmenten zugeordnet.

Die Ermittlung des Zinsergebnisses erfolgt nach der Marktzinsmethode. Im Zinsergebnis ist auch der Capital Benefit, d. h. der Anlagenutzen aus dem Eigenkapital, enthalten.

Das Handelsergebnis umfasst auch das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen sowie das Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option.

Das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird als Teil des sonstigen betrieblichen Ergebnisses ausgewiesen. Die Verwaltungsaufwendungen eines Segments beinhalten neben den direkten Personal- und Sachkosten auch die auf Basis der internen Leistungsverrechnung zuzuordnenden Aufwendungen. Die Overheadkosten werden anteilig verteilt. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft entspricht den GuV-Werten und wird verursachungsgerecht den Segmenten zugeordnet. Das Ergebnis aus Finanzanlagen wird mit dem Ergebnis aus Ergebnisabführungsverträgen und dem Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen in einer Position zusammengefasst. Das Segmentvermögen beinhaltet die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abzüglich des Risikovorsorgebestands, positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten, Handelsaktiva, der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte, Finanzanlagen, Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen, aktivisches Portfolio-Hedge Adjustment, zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte/Veräußerungsgruppen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien. Die Segmentverbindlichkeiten beinhalten die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, verbrieftete Verbindlichkeiten, negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten, Handelspassiva, der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten sowie die Position passivisches Portfolio-Hedge Adjustment. Die Berechnung des gebundenen Eigenkapitals erfolgt gemäß dem bankaufsichtsrechtlichen Grundsatz I (KWG) auf Basis der ermittelten Risikoaktiva und den Anrechnungsbeträgen für Marktpreisrisiken sowie einer kalkulatorischen Kernkapitalunterlegung in den Segmenten. Die Eigenkapitalrentabilität eines Segments errechnet sich aus dem Ergebnis vor Steuern bezogen auf das bankaufsichtsrechtlich gebundene Eigenkapital. Die Cost Income Ratio ermittelt sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zu den operativen Erträgen.

Die Entwicklung der Segmentergebnisse 2007 stellt sich im Vorjahresvergleich wie folgt dar:

Mio. EUR	Corporates		Retail Clients		Financial Markets		Corporate Items		Sonstiges/ Konsolidierung		LBBW-Konzern	
	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006
Zinsergebnis	837	810	403	410	404	479	129	195	354	292	2 127	2 185
Provisionsergebnis	263	215	279	283	105	127	7	5	-70	-131	584	500
Handelsergebnis ¹⁾	9	4	0	0	-325	239	118	90	-417	-143	-615	190
Sonstiges betriebliches Ergebnis ²⁾	203	216	4	2	37	24	22	13	-63	-130	202	125
Operative Erträge	1 313	1 245	686	695	221	870	275	302	-196	-112	2 298	3 000
Verwaltungsaufwendungen	-584	-526	-488	-482	-378	-301	-193	-238	-7	6	-1 650	-1 541
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-108	-90	-55	-42	-9	-2	-12	5	-2	-34	-186	-163
Finanzanlageergebnis und andere Posten ³⁾	82	35	0	0	-215	22	-57	-50	75	-10	-115	-2
Ergebnis vor Steuern	703	664	143	170	-382	588	12	20	-129	-150	347	1 292
Segmentvermögen	81 902	76 800	32 568	31 851	266 399	255 863	35 073	30 020	22 641	19 064	438 582	413 597
Segmentverbindlichkeiten	36 072	33 097	16 055	15 198	305 868	293 640	23 383	16 008	36 914	34 993	418 291	392 937
Anrechnungspflichtige Positionen	67 452	62 499	17 036	18 115	73 796	71 941	30 219	26 277	2 898	-8 893	191 402	169 939
Gebundenes Eigenkapital	3 373	3 125	852	906	3 690	3 597	3 941	1 745	-2 471	-919	9 384	8 453
RoE (in %)	20,8%	21,3%	16,8%	18,8%	-10,3%	16,3%					3,7%	15,3%
CIR (in %)	44,5%	42,2%	71,1%	69,4%	>100%	34,7%					71,8%	51,4%

¹⁾ Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen und das Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option werden als Teil des Handelsergebnisses ausgewiesen.

²⁾ Das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird als Teil des sonstigen betrieblichen Ergebnisses ausgewiesen.

³⁾ Beinhaltet die GuV-Posten Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus EAV und Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen.

Die Ergebnisentwicklung des **LBBW-Konzerns** 2007 ist geprägt durch die Folgewirkungen der Finanzmarktkrise, die zu starken Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten führt. Die Verarbeitung der Auswirkungen dieser Marktverwerfungen schlugen sich im Handels- und Finanzanlageergebnis nieder, wodurch insbesondere die Entwicklung der operativen Erträge spürbar belastet wurde. Gestiegene Verwaltungsaufwendungen und ein erhöhtes Risikovorsorgeergebnis führen zu einem deutlich rückläufigen Ergebnis vor Steuern in Höhe von 347 Mio. EUR (Vorjahr: 1 292 Mio. EUR). Der sich daraus ergebende Return on Equity (RoE) liegt bei 3,7%. Die Cost Income Ratio (CIR) erhöht sich auf 71,8%.

Die operativen Erträge des Segments **Corporates** weisen ein deutliches Wachstum von 5,5% bzw. 68 Mio. EUR auf. Die Risikovorsorge konnte weiterhin auf einem moderaten Niveau gehalten werden. Insgesamt konnte dadurch das Ergebnis vor Steuern auf 703 Mio. EUR gesteigert werden (+ 5,8%).

Im Segment **Retail Clients** belaufen sich die operativen Erträge auf 686 Mio. EUR und liegen trotz starkem Wettbewerbdruk nahezu auf Vorjahresniveau. Moderat gestiegene Kosten (1,2%) und eine erhöhte Risikovorsorge führen zu einem Ergebnis vor Steuern i. H. v. 143 Mio. EUR (Vorjahr: 170 Mio. EUR).

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise schlugen sich insbesondere im Segment **Financial Markets** nieder. Die von den Marktverwerfungen nicht tangierten Handelsbereiche verzeichneten hingegen eine positive Entwicklung und konnten ihre operativen Erträge deutlich steigern. Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr. Ausschlaggebend hierfür waren Vorlaufkosten im Zusammenhang mit der Wachstumsstrategie.

Auf die Darstellung einer sekundären Segmentberichterstattung wird aufgrund der im Vergleich zur Region Deutschland untergeordneten Bedeutung der Regionen Europa, Amerika und Asien verzichtet.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung.

46. Zinsergebnis.

Im Zinsergebnis sind neben den Zins- und laufenden Erträgen sowie den Zinsaufwendungen zeitanteilige Auflösungen von Agien und Disagien aus Finanzinstrumenten enthalten.

Die Zins- und Dividendenerträge sowie die dazugehörigen Refinanzierungsaufwendungen von Held for Trading- sowie Fair-Value-Option-Finanzinstrumenten sind ebenfalls im Zinsergebnis erfasst. Darüber hinaus sind aufgrund der nach IAS 32 zu erfolgenden Klassifizierung von stillen Einlagen als Fremdkapital die Leistungen an typisch stille Gesellschafter im Zinsaufwand enthalten.

	2007	2006
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Operatives Zinsergebnis	1 897 407	1 932 890
Laufende Erträge	161 782	154 894
Vorfälligkeitsentschädigungen	54 223	80 133
Ergebnis aus der Gewinnabführung und der Verlustübernahme	14 015	16 819
Zinsergebnis	2 127 427	2 184 736

In den laufenden Erträgen sind Erträge aus Dividenden in Höhe von 115 289 Tsd. EUR (Vorjahr: 96 305 Tsd. EUR) enthalten.

Für wertberichtigte finanzielle Vermögenswerte der Kategorie LaR wurden im Berichtsjahr aus der Barwerterhöhung der Forderung (Unwinding gemäß IAS 39.AG93) Zinsen in Höhe von 83,2 Mio. EUR (Vorjahr: 87,5 Mio. EUR) ermittelt. Aufgrund

ihrer Unwesentlichkeit wurde im Rahmen der erstmaligen Anwendung der IFRS die Korrektur der Sollstellung der Zinsen nicht vorgenommen.

Die Zinsergebniszusammensetzung der nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten ist wie folgt:

	2007	2006
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zinserträge	19 122 695	15 560 334
Zinsaufwendungen	-17 912 674	-15 186 943
	1 210 021	373 391

47. Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stellt sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des LBBW-Konzerns wie folgt dar:

	2007	2006
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Nettozuführung inklusive Rückstellungen im Kreditgeschäft	-166 961	-138 104
Direkte Forderungsabschreibung	-33 351	-31 107
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	18 975	10 764
Sonstiger Aufwand für das Kreditgeschäft	-4 913	-4 968
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-186 250	-163 415

48. Provisionsergebnis.

	2007	2006
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Wertpapier- und Depotgeschäft	149 491	152 778
Kredit- und Avalgeschäft	141 721	77 814
Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft	122 959	117 359
Vermittlungsgeschäft	96 390	90 287
Treuhandgeschäft	13 056	17 082
Leasinggeschäft	- 3 234	- 2 709
Sonstiges	63 382	47 029
Provisionsergebnis	583 765	499 640

In dem sonstigen Provisionsergebnis sind im Wesentlichen Erträge und Aufwendungen aus der Vermögensverwaltung enthalten.

Das Provisionsergebnis der nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten beträgt - 6 777 Tsd. EUR (Vorjahr: - 12 133 Tsd. EUR).

49. Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen.

In dem Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen werden ausschließlich die Bewertungsergebnisse aus effektiven Sicherungszusammenhängen im Rahmen des Hedge Accountings ausgewiesen. Nicht den Effektivitätsanforderungen des IAS 39 genügende Sicherungsgeschäfte werden hinsichtlich ihrer Ergebniswirkung im Handelsergebnis ausgewiesen.

	2007	2006
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Portfolio-Fair-Value-Hedge	- 20 881	- 45 835
davon Grundgeschäft	180 196	185 424
davon Sicherungsinstrument	- 201 077	- 231 259
Mikro-Fair-Value-Hedge	- 3 409	- 16 664
davon Grundgeschäft	- 105 607	95 645
davon Sicherungsinstrument	102 198	- 112 309
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	- 24 290	- 62 499

50. Handelsergebnis.

Im Handelsergebnis werden alle Veräußerungsergebnisse und Bewertungsergebnisse aus Finanzinstrumenten der Kategorie Held for Trading ausgewiesen. Darüber hinaus werden hier das Ergebnis aus der Währungsumrechnung der Fremdwährungs-

posten und die Bewertungsergebnisse aus ökonomischen Sicherungsderivaten gezeigt. Die Zins- und Dividenderträge dieser Finanzinstrumente sowie die dazugehörigen Refinanzierungsaufwendungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

	2007	2006
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Ergebnis aus Aktiengeschäften	58 435	5 089
Ergebnis aus Devisengeschäften	53 372	61 959
Ergebnis aus wirtschaftlichen Sicherungsderivaten und Handelsderivaten	23 094	108 061
Ergebnis aus Zinsgeschäften	- 66 089	- 20 465
Ergebnis aus bonitätsinduzierten Geschäften	- 636 338	31 964
Handelsergebnis	- 567 526	186 608

Das Ergebnis aus Zinsgeschäften resultiert insbesondere aus Kursgewinnen und -verlusten von Geschäften mit Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie Zinsderivaten.

Im Ergebnis aus Aktiengeschäften sind die Gewinne und Verluste aus dem Handel mit Aktien und Aktienderivaten enthalten.

Die Ergebnisse aus Kreditderivaten, insbesondere aus Geschäften mit Credit Default Swaps, sind im Ergebnis aus bonitätsinduzierten Geschäften ausgewiesen. Im Wesentlichen beinhaltet das Ergebnis aus Kreditgeschäften im Geschäftsjahr 2007 Bewertungskorrekturen für Kreditausfallversicherungen in Höhe von 387 Mio. EUR sowie Fair-Value-Rückgänge aus der Abbildung der auf strukturierte Wertpapiere entfallenden Spreadausweitungen.

Das Ergebnis aus Devisengeschäften enthält Gewinne und Verluste aus Devisen-Kassa- und Termingeschäften, Devisen-Optionen, Devisen-Futures und der Umrechnung von Fremdwährungsvermögenswerten oder -verbindlichkeiten.

Der Betrag der im Ergebnis erfassten Währungsumrechnungsdifferenzen beläuft sich auf 1 095 Mio. EUR (Vorjahr: 565 Mio. EUR). Dieser Betrag enthält nicht die Währungsumrechnungsdifferenzen von Finanzinstrumenten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Wert bewertet werden. Hinsichtlich der Höhe der als separater Posten im Eigenkapital eingestellten Umrechnungsdifferenzen wird auf Note 82 verwiesen.

Das Ergebnis aus wirtschaftlichen Sicherungsderivaten und Handelsderivaten enthält unter anderem das Ergebnis aus der Bewertung derivativer Finanzinstrumente, insbesondere aus OTC-Zinsderivaten, die nicht dem Handelsbuch angehören und nicht für das Hedge Accounting qualifizieren.

Im Handelsergebnis enthaltene Bewertungsergebnisse wurden in Höhe von 1 713 Tsd. EUR (Vorjahr: 4 875 Tsd. EUR) auf der Basis von Bewertungsmodellen, deren Parameter sich nicht auf beobachtbare Marktdaten stützen, ermittelt.

51. Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option.

Im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisse aus Vermögenswerten und Verpflichtungen der Fair-Value-Option vereinnahmt. Dividenden und Zinserträge sowie Zinsaufwendungen aus Handelsbeständen der Fair-Value-Option werden im Zinsergebnis gezeigt. Die mit Käufen und Verkäufen verbundenen Provisionszahlungen werden dem Provisionsergebnis zugeordnet.

	2007	2006
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Realisiertes Ergebnis	79 211	25 375
Unrealisiertes Ergebnis	-102 243	40 752
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	-23 032	66 127

Die Veränderung des Fair Values der Fair-Value-Option zugeordneten finanziellen Verbindlichkeiten aufgrund von Änderungen des Kreditrisikos im unrealisierten Ergebnis beträgt im laufenden Geschäftsjahr 38 Mio. EUR (Vorjahr: -11 Mio. EUR). Davon entfallen 20 Mio. EUR auf Änderungen in Zusammenhang mit der Bewertung der eigenen Bonität. Für die Ermittlung der bonitätsinduzierten Fair-Value-Änderung werden die Wertänderungen des strukturierten Finanzinstruments und des gegenläufigen

Derivats saldiert. Grundlage für die Ermittlung des Fair Values für das eingebettete Derivat und das Finanzinstrument sind die Regelungen der Stellungnahme IDW RS HFA 9.

Das Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option beinhaltet -263 Tsd. EUR (Vorjahr: 500 Tsd. EUR) Bewertungsergebnisse, die anhand von Bewertungsmodellen, in denen keine beobachtbaren Marktdaten Berücksichtigung fanden, ermittelt wurden.

52. Ergebnis aus Finanzanlagen.

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden Veräußerungs- und Impairmentergebnisse von Available for Sale-Wertpapieren sowie von Beteiligungen und Anteilen an nicht konsolidierten und an

nicht at Equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen. Ebenso sind Zuschreibungen auf Finanzanlagen nach erfolgter bonitätsbedingter Abschreibung bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten darunter ausgewiesen.

	2007	2006
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Veräußerungsergebnis	85 657	12 180
davon Wertpapiere (AfS)	- 3 204	- 23 469
davon Beteiligungen (AfS)	107 982	47 937
davon sonstige Finanzanlagen (AfS)	- 19 121	- 12 288
Wertminderung	- 213 486	- 15 450
Zuschreibungen	0	139
Ergebnis aus Finanzanlagen (AfS)	- 127 829	- 3 131
Veräußerungsergebnis	5 643	1 064
davon Wertpapiere (LaR)	7 763	371
davon Beteiligungen (LaR)	0	459
davon sonstige Finanzanlagen (LaR)	- 2 120	234
Wertminderung und andere unrealisierte Aufwendungen	- 1 534	- 282
Zuschreibungen	124	84
Ergebnis aus Finanzanlagen (LaR)	4 233	866
Ergebnis aus Finanzanlagen	- 123 596	- 2 265

In dem Ergebnis aus Finanzanlagen (AfS) sind jene Beträge in Höhe von - 48 681 Tsd. EUR (Vorjahr: - 33 329 Tsd. EUR) enthalten, die im Rahmen der Umbuchung beziehungsweise der Wertberichtigung (Impairment) der Finanzinstrumente dem Eigenkapital entnommen und in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt wurden.

Infolge der Finanzmarktkrise sind Wertminderungen von AfS-kategorisierten strukturierten Wertpapieren in Höhe von 198 Mio. EUR aufgrund einer angenommenen dauerhaften Wertminderung im Ergebnis aus Finanzanlagen enthalten.

53. Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen.

	2007	2006
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Erträge aus at Equity bilanzierten Unternehmen	9 719	1 361
Aufwendungen aus at Equity bilanzierten Unternehmen	0	- 589
Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen	9 719	772

54. Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien.

	2007	2006
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Mieterträge	140 767	135 823
Erträge aus dem Abgang	10 203	8 437
Erträge aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	150 970	144 260
Betriebliche Aufwendungen für vermietete Immobilien	- 45 048	- 44 501
Sonstige Aufwendungen	- 52	0
Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	- 45 100	- 44 501
Ergebnis aus Fair Value-Anpassungen	28 213	16 507
Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	134 083	116 266

55. Verwaltungsaufwendungen.

Die Verwaltungsaufwendungen des LBBW-Konzerns setzen sich aus dem Personalaufwand, den anderen Verwaltungsaufwen-

dungen sowie den Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte zusammen. Die jeweiligen Positionen gliedern sich wie folgt:

	2007	2006
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Löhne und Gehälter	- 734 968	- 692 708
Soziale Abgaben	- 105 924	- 107 011
Zuführungen zu/Auflösungen von Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	- 101 918	- 114 034
Sonstige Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	- 8 848	- 5 714
Aufwendungen für Altersvorsorge (Beitragsorientierte Pläne)	- 5 704	- 6 074
Sonstige Personalaufwendungen	- 14 949	- 13 948
Personalaufwand	- 972 311	- 939 489
EDV-Kosten	- 142 068	- 121 561
Aufwendungen für Rechts- und Beratungsdienstleistungen	- 77 879	- 44 810
Raumkosten	- 68 039	- 61 049
Aufwendungen aus Operating-Leasingverhältnissen	- 56 106	- 55 658
Kosten für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	- 49 495	- 40 394
Verbands- und sonstige Beiträge	- 22 833	- 22 367
Honorare des Abschlussprüfers	- 14 665	- 8 868
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	- 128 890	- 119 494
Andere Verwaltungsaufwendungen	- 559 975	- 474 201
Abschreibungen Sachanlagen	- 69 209	- 64 509
Abschreibungen immaterielle Vermögenswerte	- 48 231	- 63 277
Abschreibungen	- 117 440	- 127 786
Verwaltungsaufwendungen	- 1 649 726	- 1 541 476

Zusätzlich zu den Aufwendungen für Altersvorsorge hat das Unternehmen im Jahr 2007 62 237 Tsd. EUR beziehungsweise 60 342 Tsd. EUR im Jahr 2006 für Mitarbeiter in die deutsche

Rentenversicherung eingezahlt und als Aufwand unter den sozialen Abgaben erfasst.

Der Anstieg der Aufwendungen für Rechts- und Beratungsdienstleistungen ist neben Vorlaufkosten für initiierte Strategie- und Wachstumsprojekte auf intensive Vorbereitungen auf regulatorische Anforderungen wie insbesondere Basel II/SolvV beziehungsweise die ab dem Geschäftsjahr 2007 anstehende Offenlegung des Konzernabschlusses nach IFRS zurückzuführen.

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar des Abschlussprüfers in Höhe von 14.665 Tsd. EUR setzt sich wie folgt zusammen:

	2007	2006
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Abschlussprüfung	- 7 338	- 6 091
Sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	- 2 751	- 2 052
Steuerberatungsleistungen	- 857	- 488
Sonstige Leistungen	- 3 719	- 237
Honorare des Abschlussprüfers	-14 665	- 8 868

Die Aufwendungen aus Operating-Leasingverhältnissen setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Aufwendungen für Kraftfahrzeuge, Kopierer und Faxgeräte. In den Aufwendungen aus Operating-Leasingverhältnissen sind Mindestleasingzahlungen in Höhe von - 56 106 Tsd. EUR (Vorjahr: - 55 658 Tsd. EUR)

enthalten. Die Leasingverträge beinhalten in der Regel keine Verlängerungs- und Kaufoptionen. Die LBBW hat in den kommenden Jahren als Leasingnehmer aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu leisten:

	2007	2006
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Laufzeit bis zu 1 Jahr	30 740	15 018
Laufzeit länger als 1 Jahr bis zu 5 Jahren	70 100	39 389
Laufzeit über 5 Jahre	55 852	56 881
	156 692	111 288

Die sonstigen Verwaltungsaufwendungen enthalten insbesondere Aufwendungen für Büro- und Kraftfahrzeug-Kosten in Höhe von 22 653 Tsd. EUR (Vorjahr: 19 457 Tsd. EUR) sowie Porto-, Transport- und Kommunikationskosten in Höhe von 27 068 Tsd. EUR (Vorjahr: 28 241 Tsd. EUR).

56. Sonstiges betriebliches Ergebnis.

Das sonstige betriebliche Ergebnis stellt sich, getrennt nach Erträgen und Aufwendungen, wie folgt dar:

	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
Erträge aus Aufwandserstattungen Dritter	49 609	61 436
Erträge aus Operating-Leasingverhältnissen	13 525	15 493
Erträge aus Sachanlagevermögen und immateriellen Vermögenswerten	11 976	8 005
Erträge aus der Auflösung von anderen Rückstellungen	10 842	3 826
Erträge aus Grundstücken und Gebäuden aus Rettungserwerb	3 748	250
Übrige betriebliche Erträge	273 235	238 453
Sonstige betriebliche Erträge	362 935	327 463
Zuführung zu anderen Rückstellungen	-19 197	-24 177
Restrukturierungsergebnis	-10 994	-25 406
Aufwendungen für sonstige Steuern	-7 999	-4 427
Aufwendungen aus Sachanlagevermögen und immateriellen Vermögenswerten	-2 806	-5 211
Abschreibungen aus Operating-Leasingverhältnissen	-2 721	-2 255
Aufwendungen für Spenden	-2 185	-5 256
Wertminderung von Vorräten	-238	-1 032
Aufwendungen für Grundstücke und Gebäude aus Rettungserwerb	-216	-1 591
Übrige betriebliche Aufwendungen	-248 595	-249 338
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-294 951	-318 693
Sonstiges betriebliches Ergebnis	67 984	8 770

In den auf Gegenstände des Sachanlagevermögens und immaterielle Vermögenswerte entfallenden Erträgen sind 11 131 Tsd. EUR Veräußerungsgewinne (Vorjahr: 6 500 Tsd. EUR), 829 Tsd. EUR (Vorjahr: 1 495 Tsd. EUR) Mieterträge sowie Entschädigungszahlungen in Höhe von 16 Tsd. EUR (Vorjahr: 9 Tsd. EUR) enthalten.

Es ergeben sich folgende Mindestleasingzahlungen für die LBBW als Leasinggeber aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen:

	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
Laufzeit bis zu 1 Jahr	3 080	3 013
Laufzeit länger als 1 Jahr bis zu 5 Jahren	6 239	5 974
Laufzeit über 5 Jahre	5 267	4 978
	14 586	13 965

Die übrigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus der Veräußerung von Vorräten in Höhe von 201 Mio. EUR (Vorjahr: 149 Mio. EUR), Erlösen aus Betreuungstätigkeit in Höhe von 30 Mio. EUR (Vorjahr: 28 Mio. EUR) und Hausbewirtschaftung in Höhe von 16 Mio. EUR (Vorjahr: 6 Mio. EUR). Diesen Erträgen stehen in den übrigen betrieblichen Aufwendungen Aufwendungen aus der Veräußerung von Vorräten in Höhe von 164 Mio. EUR (Vorjahr: 134 Mio. EUR), Aufwendungen aus der Betreuungstätigkeit in Höhe von 7 Mio. EUR (Vorjahr: 8 Mio. EUR) und Aufwendungen aus der Hausbewirtschaftung in Höhe von 6 Mio. EUR (Vorjahr: 6 Mio. EUR) gegenüber.

Die Aufwendungen aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten betreffen mit 2 806 Tsd. EUR (Vorjahr: 5 210 Tsd. EUR) Verkaufsverluste im Zusammenhang mit der Veräußerung von Sachanlagen. Das Restrukturierungsergebnis in Höhe von -10.994 Tsd. EUR (Vorjahr: -25.406 Tsd. EUR) umfasst im Geschäftsjahr 2007 laufende Aufwendungen für die Restrukturierung im Zusammenhang mit der Integration der BW-Bank.

57. Ertragsteuern.

Die Ertragsteueraufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2007	2006
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Laufender Ertragsteueraufwand	-66 479	-221 183
Ergebnis aus Ertragsteuern aus früheren Jahren	46 092	-12 185
	-20 387	-233 368
davon Minderung tatsächlicher Ertragsteueraufwendungen wegen Nutzung von bislang nicht aktivierten Verlustvorträgen und Steuergutschriften	13 850	0
Ergebnis aus latenten Ertragsteuern	-15 422	-127 565
davon latenter Ertragsteueraufwand/-ertrag wegen Veränderung temporärer Unterschiedsbeträge	-27 142	-121 761
davon latenter Steueraufwand/-ertrag aus Steuersatzänderungen	-14 449	-537
davon latenter Steueraufwand/-ertrag wegen Änderung der Wertberichtigungen	-450	0
davon Minderung latenter Ertragsteueraufwendungen wegen bisher nicht berücksichtigter temporärer Unterschiede früherer Perioden	20 231	317
davon Minderung latenter Ertragsteueraufwendungen wegen bisher nicht berücksichtigter Verlustvorträge und Steuergutschriften	18 662	0
Ertragsteuern	-35 809	-360 933

Folgende Überleitungsrechnung stellt den Zusammenhang zwischen ausgewiesenen und rechnerischen Ertragsteuern dar:

	2007	2006
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Konzernergebnis vor Steuern	347 252	1 292 302
Anzuwendender Steuersatz	38,92 %	38,92 %
Rechnerische Ertragsteuer	135 150	502 964
Steuereffekte		
Aus nicht abziehbaren Betriebsausgaben	177 690	82 674
Aus permanenten Steuereffekten	41 721	-126 136
Aus nicht anrechenbaren Ertragsteuern (Quellensteuern und ausländische Steuern)	3 687	1 412
Aus steuerfreien Erträgen	-209 777	-100 330
Aus im Geschäftsjahr erfassten Steuern aus Vorjahren	-42 412	30 537
Aus Steuersatzänderungen	-24 510	537
Aus vorgenommenen Wertkorrekturen	-6 320	-1 315
Aus abweichenden Steuersätzen bei erfolgswirksamen Steuerabgrenzungen	-1 100	-38 353
Aus sonstigen Unterschieden	-38 320	8 943
Ertragsteueraufwand	35 809	360 933

Der für die Überleitung anzuwendende Steuersatz ergibt sich aus dem in Deutschland zum Stichtag geltenden Körperschaftsteuersatz von 25 % Prozent (2006: 25 %) einschließlich dem Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % Prozent (2006: 5,5 %) und dem vom jeweiligen Hebesatz abhängigen Gewerbesteuer-satz (Durchschnitt: 17,04 %). Aufgrund der Abzugsfähigkeit der Gewerbesteuer bei der Ermittlung der Körperschaftsteuer ergibt sich daraus ein im Vergleich zum Vorjahr unveränderter gesamter inländischer Ertragsteuersatz für den Konzern von 38,92 %.

Die latenten Steuerpositionen sind jedoch aufgrund der zum 1. Januar 2008 in Kraft getretenen Unternehmenssteuerreform mit dem reduzierten Körperschaftsteuersatz von 15 % und einem Solidaritätszuschlag von 5,5 % bewertet. Die Gewerbesteuer ist nicht mehr abzugsfähig, dafür wurde die Steuer-messzahl auf 3,5 % gesenkt.

Für 2008 ergibt sich aus der Unternehmenssteuerreform eine gesetzliche Gesamtsteuerbelastung (in Abhängigkeit vom Hebe-satz) von 30,19 %. Im Konzern ergibt sich im Geschäftsjahr 2007 insgesamt ein einmaliger Steuerertrag von -24,5 Mio. EUR aus der Steuersatzänderung (Steuerertrag [-], Steueraufwand [+]).

Zusätzliche Ertragsteuereffekte in Höhe von –1,1 Mio. EUR ergeben sich aufgrund der unterschiedlichen Steuersätze in den einzelnen Ländern der ausländischen Gesellschaften, welche zwischen 0% und 30% liegen.

Im Geschäftsjahr 2007 wurden verschiedene Beteiligungen wertgemindert. Diese wurden in der Überleitung unter der Position Steuereffekte aus nicht abziehbaren Betriebsausgaben in Höhe von 25 Mio. EUR (Vorjahr: 5 Mio. EUR) berücksichtigt.

Ebenfalls in dieser Position enthalten sind nach US-amerikanischem Steuerrecht nicht zulässige Wertminderungen auf festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 63 Mio. EUR.

Die Zeile steuerfreie Erträge enthält alle Effekte von in- und ausländischen Gesellschaften wie beispielsweise steuerfreie Erträge in Zusammenhang mit der Veräußerung diverser Anteile in Höhe von –103 Mio. EUR (Vorjahr: –64 Mio. EUR) sowie steuer-

freie Dividendeneinkünfte in Höhe von –37 Mio. EUR (Vorjahr: 14 Mio. EUR).

Aufgrund der erfolgswirksamen Wertunterschiede bei den Anteilen und Beteiligungen an Kapitalgesellschaften zwischen IFRS-Buch- und Steuerwerten ergeben sich Auswirkungen permanenter Effekte bilanzieller Natur in Höhe von 74 Mio. EUR (Vorjahr: –59 Mio. EUR) gemäß der Steuerfreiheit nach § 8b KStG. Die Zeile Steuereffekte aus sonstigen Unterschieden enthält im Wesentlichen Hinzurechnungen und Kürzungen für lokale Steuern, insbesondere Gewerbesteuer, in Höhe von –28 Mio. EUR (Vorjahr: 20 Mio. EUR).

Für folgende Verlustvorträge wurden keine latenten Steuern angesetzt:

	2007 Mio. EUR	2006 Mio. EUR
Nicht angesetzte Verlustvorträge zum Berichtsstichtag	67	140
davon unverfallbar	67	140

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Konzernbilanz nach IAS/IFRS und den Steuerbilanzwerten ab. Latente Ertragsteuerverbindlichkeiten stellen die potenziellen

Ertragsteuerbelastungen aus temporären Differenzen zwischen den Wertansätzen von Vermögenswerten und Verpflichtungen in der Bilanz nach IFRS und der Steuerbilanz dar. Aktive und passive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten erfasst:

	Aktive latente Steuern		Passive latente Steuern	
	2007	2006	2007	2006
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Aktivposten				
Forderungen (inkl. Risikovorsorge im Kreditgeschäft)	146	97	- 223	- 178
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	0	0	- 132	- 315
Handelsaktiva und der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	351	2 055	- 1 849	- 2 114
Finanzanlagen	464	118	- 604	- 366
Immaterielle Vermögenswerte	2	3	- 1	- 1
Sachanlagen/als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	79	143	- 79	- 189
Sonstige Aktiva	35	46	- 12	- 3
Passivposten				
Verbindlichkeiten	65	130	- 83	- 299
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	91	275	0	0
Handelspassiva und der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	1 599	402	- 65	- 116
Rückstellungen	179	240	- 34	- 31
Sonstige Passiva	55	102	0	- 5
Verlustvorträge	93	55		
Sonstiges	31	21	0	0
Saldierung	- 2 785	- 3 366	2 785	3 366
	405	321	- 297	- 251
davon erfolgswirksame Veränderungen	- 596	1 083	581	- 1 210
davon erfolgsneutrale Veränderung in der Neubewertungsrücklage	86	0	20	85
davon erfolgsneutrale Veränderung in der Gewinnrücklage	0	0	- 53	- 10
davon sonstige erfolgsneutrale Veränderungen	19	0	- 18	- 18
Veränderung des Geschäftsjahres	- 491	1 083	530	- 1 153

Auf temporäre Unterschiede im Zusammenhang mit Anteilen an Tochtergesellschaften, die Gewinne thesaurieren, wurden keine latenten Steuerschulden angesetzt, da es nicht wahrscheinlich ist, dass sich diese temporären Differenzen in absehbarer Zeit umkehren werden.

58. Nettogewinne/-verluste aus Finanzinstrumenten.

Die nach IAS 39-Kategorien gegliederten Nettogewinne beziehungsweise -verluste setzen sich zusammen aus Abgangserfolgen beziehungsweise -verlusten, Änderungen im Fair Value, Wertminderungen, Zuschreibungen sowie nachträglichen

Eingängen aus abgeschriebenem Finanzinstrumenten. Enthalten sind außerdem Wertänderungen aus wirtschaftlichen Sicherungsderivaten und das Ergebnis aus Wertänderungen der Grundgeschäfte aus Mikro-Fair-Value-Hedges.

	2007	2006
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte/Verbindlichkeiten	- 567 526	186 608
Erfolgswirksam zum Fair Value eingestufte finanzielle Vermögenswerte/Verbindlichkeiten	- 23 031	66 127
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	- 332 505	- 636 313
Kredite und Forderungen	- 680 664	- 994 414
Finanzielle Verbindlichkeiten, die zum Restbuchwert bewertet werden	796 266	1 736 744

59. Wertminderungsaufwendungen finanzieller Vermögenswerte nach Klassen.

	2007	2006
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Risikovorkehr für Forderungen an Kreditinstitute	2 060	2 291
Risikovorkehr für Forderungen an Kunden	- 188 863	- 185 851
davon Forderungen aus Finanzierungsleasing	- 27 640	- 11 155
Finanzanlagen (LaR)		
aus zinstragenden Vermögenswerten	- 1 534	- 128
Finanzanlagen (AfS)		
aus zinstragenden Vermögenswerten	- 202 913	- 451
aus nicht zinstragenden Vermögenswerten	- 10 573	- 14 999
	- 401 823	- 199 138

Angaben zur Bilanz.

60. Barreserve.

Die Barreserve gliedert sich in folgende Positionen:

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio. EUR	Mio. EUR
Guthaben bei Zentralnotenbanken	1 301	1 419
Kassenbestand	167	124
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel	9	35
Barreserve	1 477	1 578

In den Guthaben bei Zentralnotenbanken sind Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in Höhe von 1 154 Mio. EUR (Vorjahr: 1 319 Mio.) enthalten.

61. Forderungen an Kreditinstitute.

	31.12.2007	31.12.2006
Geschäftsartengliederung	Mio. EUR	Mio. EUR
Geldmarktgeschäft	66 577	70 509
Schuldscheindarlehen	44 832	47 006
Sonstige Kredite	18 092	19 050
Kommunalkredite	11 436	12 148
Bauspardarlehen an Bausparkassen	338	472
Leasinggeschäft	1	7
Übrige Forderungen	2 367	1 420
Forderungen an Kreditinstitute	143 643	150 612
Risikovorsorge	-15	-5
Forderungen an Kreditinstitute nach Risikovorsorge	143 628	150 607

	31.12.2007	31.12.2006
Regionengliederung	Mio. EUR	Mio. EUR
Inländische Kreditinstitute	97 761	100 290
Ausländische Kreditinstitute	45 882	50 322
Forderungen an Kreditinstitute	143 643	150 612

Für die LBBW als Pensionsnehmer bestanden zum 31. Dezember 2007 18 400 Mio. EUR (Vorjahr: 12 923 Mio. EUR) Forderungen aus echten Pensionsgeschäften.

62. Forderungen an Kunden.

	31.12.2007	31.12.2006
Geschäftsartengliederung	Mio. EUR	Mio. EUR
Kommunalkredite	25 360	25 848
Hypothekendarlehen	10 389	10 132
Schuldscheindarlehen	6 054	3 992
Sonstige Kredite	63 078	56 774
Forderungen aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen	4 546	4 307
Sonstige Forderungen	36 967	20 338
Forderungen an Kunden	146 394	121 391
Risikovorsorge	-1 951	-2 152
Forderungen an Kunden nach Risikovorsorge	144 443	119 239

	31.12.2007	31.12.2006
Regionengliederung	Mio. EUR	Mio. EUR
Inländische Kunden	96 655	95 076
Ausländische Kunden	49 739	26 315
Forderungen an Kunden	146 394	121 391

Unter den Forderungen an Kunden sind Vorauszahlungen in Höhe von 213 Mio. EUR (Vorjahr: 104 Mio. EUR) ausgewiesen. Das Volumen entliehener Wertpapiere im Rahmen von Wertpapierleihen betrug im Geschäftsjahr 257 Mio. EUR (Vorjahr:

698 Mio. EUR). Für die LBBW als Pensionsnehmer bestanden zum 31. Dezember 2007 17 982 Mio. EUR (Vorjahr: 1 888 Mio. EUR) Forderungen aus echten Pensionsgeschäften.

Für die in dem Posten enthaltenen Forderungen aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen ergibt sich die folgende Überleitung des Bruttoinvestitionswerts auf den Barwert der Mindestleasingzahlungen:

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Bruttoinvestitionswert	5 122	4 848
./. unrealisierter Finanzertrag	- 576	- 541
= Nettoinvestitionswert	4 546	4 307
./. Barwert der nicht garantierten Restwerte	- 27	0
= Barwert der Mindestleasingzahlungen	4 519	4 307

Restlaufzeiten der Bruttoinvestitionswerte und der Barwerte der ausstehenden Mindestleasingzahlungen sind der folgenden Übersicht zu entnehmen:

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Restlaufzeit der Bruttogesamtinvestitionen		
Bis zu 1 Jahr	1 899	1 805
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	3 023	2 852
Über 5 Jahre	200	191
Restlaufzeit der Barwerte der Mindestleasingzahlungen		
Bis zu 1 Jahr	1 655	1 584
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	2 699	2 564
Über 5 Jahre	165	159

Der Bruttoinvestitionswert ist aus Sicht des Leasinggebers die Summe aus Mindestleasingzahlungen eines Finanzierungs-Leasingverhältnisses und jeglichen dem Leasinggeber zustehenden nicht garantierten Restwerten. Die Mindestleasingzahlungen sind dabei diejenigen Zahlungen, welche der Leasingnehmer während der Laufzeit des Leasingverhältnisses zu zahlen hat oder zu denen er herangezogen werden kann, sowie jegliche garantierten Restwerte.

Der Nettoinvestitionswert setzt sich zu Vertragsbeginn aus dem beizulegenden Zeitwert des Leasingobjektes und den aktivierten Vertragsanlaufkosten zusammen. Der Nettoinvestitionswert entspricht dem Barwert des Bruttoinvestitionswertes, wobei die

Abzinsung mit dem dem Leasingverhältnis zugrunde liegenden Zinssatz aus Sicht des Leasinggebers (interner Zinssatz) erfolgt. Die Finanzierungs-Leasingverträge umfassen Vollamortisations-, Teilamortisations- und Mietkaufverträge. Je nach Ausgestaltung des Vertrages handelt es sich um kündbare Verträge oder Verträge mit Andienungsrecht. Die Leasingentgelte beziehungsweise Leasingraten sind in der Regel im Voraus zu entrichten. Der Leasingnehmer ist verpflichtet, den Leasinggegenstand für Rechnung des Leasinggebers zu versichern. Eine ordentliche Kündigung ist während der Vertragslaufzeit ausgeschlossen. Aus wichtigem Grund können die Leasingverträge gemäß den gesetzlichen Vorschriften von beiden Seiten fristlos gekündigt werden.

63. Risikovorsorge.

Die aktivisch abgesetzte Risikovorsorge hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

Mio. EUR	Einzelwertberichtigung/ pauschalierte Einzelwertberichtigung			Portfoliowertberichtigung		
	Forderungen an Kredit- institute	Forderungen an Kunden	davon aus Finanzie- rungs- leasing	Forderungen an Kredit- institute	Forderungen an Kunden	davon aus Finanzie- rungs- leasing
Stand 1. Januar 2007	2	1 869	69	3	283	16
Nettozuführung	-2	169	27	1	-15	1
Verbrauch	0	-331	-46	0	-4	0
Wechselkursbedingte und sonstige Veränderung	0	-74	38	11	54	0
Stand 31. Dezember 2007	0	1 633	88	15	318	17

Mio. EUR	Einzelwertberichtigung/ pauschalierte Einzelwertberichtigung			Portfoliowertberichtigung		
	Forderungen an Kredit- institute	Forderungen an Kunden	davon aus Finanzie- rungs- leasing	Forderungen an Kredit- institute	Forderungen an Kunden	davon aus Finanzie- rungs- leasing
Stand 1. Januar 2006	1	2 142	79	8	242	18
Nettozuführung	1	113	13	-4	42	-2
Verbrauch	0	-377	-23	-1	-1	0
Wechselkursbedingte und sonstige Veränderung	0	-9	0	0	0	0
Stand 31. Dezember 2006	2	1 869	69	3	283	16

Die kumulierte Risikovorsorge für uneinbringliche ausstehende Mindestleasingzahlungen betrug zum Abschlussstichtag – 56 Mio. EUR (Vorjahr: – 66 Mio. EUR).
Die Rückstellungen für das Kreditgeschäft belaufen sich auf insgesamt 150 Mio. EUR (Vorjahr 140 Mio. EUR).

64. Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Positive Marktwerte aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	3 468	3 476
Positive Marktwerte aus Mikro-Fair-Value-Hedge	1 531	1 446
Positive Marktwerte aus Cashflow Hedge	3	3
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	5 002	4 925

Die positiven Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten unterteilen sich nach den Grundgeschäften wie folgt:

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Aktivposten		
Derivative Sicherungsgeschäfte auf Forderungen an Kreditinstitute	40	24
Derivative Sicherungsgeschäfte auf Forderungen an Kunden	329	253
Derivative Sicherungsgeschäfte auf Finanzanlagen		
Kategorie AfS	157	97
Kategorie LaR	0	10
Passivposten		
Derivative Sicherungsgeschäfte auf Verbindlichkeiten an Kreditinstitute	25	75
Derivative Sicherungsgeschäfte auf Verbindlichkeiten an Kunden	132	182
Derivative Sicherungsgeschäfte auf Verbriefte Verbindlichkeiten	675	629
Derivative Sicherungsgeschäfte auf Nachrangige Verbindlichkeiten	176	179
Derivative Sicherungsgeschäfte auf Portfolio-Fair-Value-Hedge	3 468	3 476
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	5 002	4 925

Als Sicherungsinstrumente wurden im Wesentlichen Zinsswaps und in untergeordnetem Umfang Kreditderivate designiert.

65. Handelsaktiva, der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte und Finanzanlagen.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung von Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, positiven

Marktwerten von derivativen Finanzinstrumenten, die nicht die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, sowie weiteren Vermögenswerten auf die Bilanzposten Handelsaktiva, der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte und Finanzanlagen.

31.12.2007		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	
Mio. EUR	Handelsaktiva	Vermögenswerte	Finanzanlagen
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	34 653	2 093	83 699
Geldmarktpapiere	20 506	0	2 729
Anleihen und Schuldverschreibungen	14 147	2 093	80 970
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1 335	953	157
Aktien	369	894	7
Investmentanteile	946	54	81
Sonstige Wertpapiere	20	5	69
Sonstige	2 721	1 284	0
Schuldscheindarlehen	2 705	708	0
Edelmetalle	16	0	0
Sonstige Forderungen/Kredite	0	26	0
Übrige	0	550	0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	12 421	1 042	0
Beteiligungen	0	0	2 708
Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	1 019
	51 130	5 372	87 583

31.12.2006		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	
Mio. EUR	Handelsaktiva	Vermögenswerte	Finanzanlagen
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	25 225	1 814	87 227
Geldmarktpapiere	12 531	300	2 806
Anleihen und Schuldverschreibungen	12 694	1 514	84 421
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1 011	821	741
Aktien	397	667	171
Investmentanteile	590	154	385
Sonstige Wertpapiere	24	0	185
Sonstige	4 579	1 376	0
Schuldscheindarlehen	4 487	745	0
Edelmetalle	32	0	0
Sonstige Forderungen/Kredite	0	78	0
Übrige	60	553	0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	10 250	1 093	0
Beteiligungen	0	0	2 213
Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	827
	41 065	5 104	91 008

Für die der Fair-Value-Option zugeordneten sonstigen Forderungen und Kredite besteht in Bezug auf das Kreditrisiko ein Höchstengagement in Höhe von 26 Mio. EUR (Vorjahr: 78 Mio. EUR).

Im Geschäftsjahr 2007 wurden Wertpapiere der Handelsaktiva im Rahmen von Pensions- bzw. Wertpapierleihegeschäften an Dritte übertragen. Das Risiko daraus verblieb jedoch beim LBBW-Konzern, daher werden weiterhin alle Wertpapiere in Höhe

der Buchwerte von 24 932 Mio. EUR (Vorjahr: 3 988 Mio. EUR) angesetzt. Die damit verbundenen Verbindlichkeiten betragen 24 932 Mio. EUR (Vorjahr: 3 813 Mio. EUR). Des Weiteren wurden im Geschäftsjahr 2007 Wertpapiere, die in den Finanzanlagen erfasst sind, im Rahmen von Pensions- bzw. Wertpapierleihegeschäften an Dritte übertragen. Das Risiko wurde nicht transferiert, es wurde weiterhin ein Vermögenswert in Höhe von 4 501 Mio. EUR (Vorjahr: 1 475 Mio. EUR) bilanziert. Die mit den weiterhin angesetzten Vermögenswerten in Zusammenhang stehenden Verbindlichkeiten beliefen sich auf 5 004 Mio. EUR (Vorjahr: 2 872 Mio. EUR).

Zum Abschluss von Offenmarktgeschäften hat die LBBW zugunsten der Europäischen Zentralbank Verpfändungserklärungen für Wertpapiere des Finanzanlagevermögens mit einem Beleihungswert von 7 042 Mio. EUR (Vorjahr: 5 518 Mio. EUR) abgegeben. Insgesamt betrug das Volumen verliehener Wertpapiere 365 Mio. EUR (Vorjahr: 3 850 Mio. EUR). Die Wertpapiere der Handelsaktiva und der der Fair-Value-Option zugeordneten finanziellen Vermögenswerte gliedern sich nach Börsenfähigkeit und Börsennotierung wie folgt auf:

	Handelsaktiva		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	
	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	27 118	19 080	2 500	2 368
Börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	8 806	7 091	546	139
Nicht börsenfähige Wertpapiere	65	125	63	176
	35 988	26 296	3 109	2 683

Die in den Finanzanlagen ausgewiesenen Wertpapiere und Beteiligungen gliedern sich nach Börsenfähigkeit und Börsennotierung wie folgt auf:

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere/Beteiligungen	65 026	68 896
Börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere/Beteiligungen	20 176	20 422
Nicht börsenfähige Wertpapiere/Beteiligungen	2 381	1 690
	87 583	91 008

Der Bestand an Anleihen und Schuldverschreibungen der Handelsaktiva und der der Fair-Value-Option zugeordneten finanziellen Vermögenswerte teilt sich wie folgt auf öffentliche und andere Emittenten auf:

	Handelsaktiva		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	
	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten	1 142	872	332	885
Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	13 005	11 822	1 761	629
	14 147	12 694	2 093	1 514

Der Bestand an Anleihen und Schuldverschreibungen in den Finanzanlagen teilt sich wie folgt auf öffentliche und andere Emittenten auf:

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten	6 670	9 759
Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	74 300	74 662
Anleihen und Schuldverschreibungen Finanzanlagen	80 970	84 421

Nachfolgend ist die Entwicklung der langfristigen Finanzanlagen im Geschäftsjahr 2007 dargestellt:

	Beteiligungen Mio. EUR	Anteile an verbundenen Unternehmen Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten			
Stand 1. Januar 2007	1 690	829	2 519
Zugänge	178	119	297
Abgänge	- 49	- 35	- 84
Umbuchungen und sonstige Veränderungen	- 92	- 89	- 181
Stand 31. Dezember 2007	1 727	824	2 551
Abschreibungen			
Stand 1. Januar 2007	- 189	- 114	- 303
Abschreibungen des Geschäftsjahres	- 3	- 8	- 11
Umbuchungen und sonstige Veränderungen	9	27	36
Stand 31. Dezember 2007	- 183	- 95	- 278
Änderungen Fair Value			
Stand 1. Januar 2007	712	112	824
Änderungen Fair Value	452	178	630
Stand 31. Dezember 2007	1 164	290	1 454
Buchwert zum 31. Dezember 2007	2 708	1 019	3 727

	Beteiligungen Mio. EUR	Anteile an verbundenen Unternehmen Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten			
Stand 1. Januar 2006	1 616	762	2 378
Zugänge	162	148	310
Abgänge	- 99	- 53	- 152
Umbuchungen und sonstige Veränderungen	11	- 28	- 17
Stand 31. Dezember 2006	1 690	829	2 519
Abschreibungen			
Stand 1. Januar 2006	- 196	- 105	- 301
Abschreibungen des Geschäftsjahres	- 3	- 11	- 14
Umbuchungen und sonstige Veränderungen	10	2	12
Stand 31. Dezember 2006	- 189	- 114	- 303
Änderungen Fair Value			
Stand 1. Januar 2006	531	200	731
Änderungen Fair Value	181	- 88	93
Stand 31. Dezember 2006	712	112	824
Buchwert zum 31. Dezember 2006	2 213	827	3 040

Die LBBW besitzt indirekt 29,6 % (2006: 29,6 %) an der GLB GmbH & Co. OHG. Aufgrund des gefassten Gesellschaftsvertrags ist ein maßgeblicher Einfluss eines Anteilseigners ausgeschlossen. Die LBBW kann zwar an der Gesamtheit der jeweiligen Entscheidungen in Bezug auf die Geschäfts- und Finanzpolitik mitwirken, aber keinen maßgeblichen Einfluss in ihrem Sinne ausüben beziehungsweise wesentlich mitbestimmen. Die LBBW besitzt zusätzlich indirekt 20,3 % (2006: 20,3 %) an der HSBC Trink-

haus & Burkhardt AG. Es liegt bei diesem Unternehmensanteil ebenfalls kein maßgeblicher Einfluss vor, da es einen eindeutig beherrschenden Mehrheitsaktionär (HSBC) gibt, kein maßgeblicher Einfluss bei Entscheidungsprozessen besteht, keine wesentlichen Geschäftsvorfälle zwischen den Parteien und kein Austausch von Führungspersonal sowie keine Bereitstellung bedeutender technischer Informationen stattfindet.

66. At Equity bilanzierte Unternehmen.

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Buchwert der assoziierten Unternehmen	180	4
Goodwill aus at Equity bilanzierten Unternehmen	6	0
Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen	186	4

Die zusammengefassten Vermögenswerte, Schulden, Erlöse und Periodengewinne beziehungsweise -verluste der at Equity bilanzierten assoziierten Unternehmen sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

	Andere assoziierte Unternehmen 31.12.2007 Mio. EUR	davon Sachsen LB AG* 31.12.2007 Mio. EUR	Andere assoziierte Unternehmen 31.12.2006 Mio. EUR
Summe Aktiva	62 762	62 095	58
Summe Passiva	60 946	60 677	0
Summe Eigenkapital	1 816	1 418	58
Erlöse	5 535	5 492	1
Periodengewinn/-verlust	11	0	0

* Es handelt sich hierbei um nach deutschen handelsrechtlichen Vorschriften erstellte Angaben der Sachsen LB AG.

67. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte/Veräußerungsgruppen.

Mit Wirkung zum 01. Januar 2007 wurde eine als Finanzanlage gehaltene Holding-Gesellschaft aus dem KfZ-Leasingbereich in Höhe von 64 Mio. EUR veräußert. Gemäß IFRS 5 ist die

Beteiligung an der Holding-Gesellschaft zum 31. Dezember 2006 in dem Bilanzposten »Zur Veräußerung gehaltene Vermögensgegenstände« mit einem Volumen von 64 Mio. EUR ausgewiesen.

68. Immaterielle Vermögenswerte.

Die Bestandsentwicklung der immateriellen Vermögenswerte kann der folgenden Aufstellung entnommen werden:

Mio. EUR	Software	Geschäfts- oder Firmenwert	Geleistete Anzahlungen immaterielle Vermögens- werte	Sonstige immaterielle Vermögens- werte	Selbst- erstellte immaterielle Vermögens- werte	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten						
Stand 1. Januar 2007	492	0	9	0	26	527
Veränderung aus Währungsumrechnung	-1	0	0	0	0	-1
Zugänge	29	17	14	2	6	68
Umbuchungen	3	0	-7	0	0	-4
Abgänge	-13	0	0	0	0	-13
Stand 31. Dezember 2007	510	17	16	2	32	577
Ab- und Zuschreibungen						
Stand 1. Januar 2007	-425	0	0	0	-4	-429
Planmäßige Abschreibungen	-43	0	0	0	-5	-48
Abgänge	13	0	0	0	0	13
Stand 31. Dezember 2007	-455	0	0	0	-9	-464
Buchwerte						
Stand 1. Januar 2007	67	0	9	0	22	98
Stand 31. Dezember 2007	55	17	16	2	23	113

Mio. EUR	Software	Geschäfts- oder Firmenwert	Geleistete Anzahlungen immaterielle Vermögens- werte	Sonstige immaterielle Vermögens- werte	Selbst- erstellte immaterielle Vermögens- werte	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten						
Stand 1. Januar 2006	523	0	2	0	9	534
Zugänge	18	0	8	0	17	43
Umbuchungen	-3	0	0	0	0	-3
Abgänge	-46	0	-1	0	0	-47
Stand 31. Dezember 2006	492	0	9	0	26	527
Ab- und Zuschreibungen						
Stand 1. Januar 2006	-412	0	0	0	0	-412
Planmäßige Abschreibungen	-59	0	0	0	-4	-63
Umbuchungen	1	0	0	0	0	1
Abgänge	45	0	0	0	0	45
Stand 31. Dezember 2006	-425	0	0	0	-4	-429
Buchwerte						
Stand 1. Januar 2006	111	0	2	0	9	122
Stand 31. Dezember 2006	67	0	9	0	22	98

69. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.

Grundlage der Wertermittlung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien bildet jeweils ein jährlich von einem internen Sachverständigen erstelltes Verkehrswertgutachten. Beim Eintritt besonderer Anlässe kann sich der Zwölfmonatszeitraum durch eine erneute Gutachtenanfertigung verkürzen. Der Fair Value wird nach der Discounted Cashflow Methode oder dem Ertragswertverfahren berechnet. Nur in untergeordnetem Umfang basierte die Bewertung auf barwertig berechneten voraussichtlichen Verkehrswerten.

Der Berechnung liegen folgende Annahmen zugrunde:

Als Bewertungsobjekt (Cash-Generating Unit) dient das Objekt (Gebäude) als selbstständige, strategische Geschäftseinheit. Für die Ermittlung der erwarteten Zahlungsmittelüberschüsse pro Bewertungsobjekt wird die Bewirtschaftungsperspektive unterstellt. In einem Detailplanungszeitraum von 10 Jahren werden die Zahlungsmittelüberschüsse als Saldo aus Einzahlungen und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Objektbewirtschaftung ermittelt. Für das Ende des Detailplanungszeitraums wird ein Restwert des Bewertungsobjekts prognostiziert, indem die Zahlungsmittelüberschüsse des zehnten Jahres als ewige Rente kapitalisiert werden.

Bei Wohnimmobilien wird zur Prognose der künftigen Einnahmen im Detailplanungszeitraum das Mietpotenzial und -risiko des einzelnen Bewertungsobjekts sowohl unter finanzwirtschaftlichen und marktbezogenen Aspekten als auch nach technischen Merkmalen der Ausstattung und des Erhaltungszustands analysiert. Bei Förderobjekten werden innerhalb der Restriktionen des jeweiligen Förderwegs die Mietentwicklungen simuliert. Vorteile aus der geförderten Finanzierung werden nicht im Fair Value des Bewertungsobjekts abgebildet, sondern im Fair Value des korrespondierenden Darlehens auf der Passivseite berücksichtigt. Bei Gewerbeimmobilien wird zur Prognose der künftigen Einnahmen im Detailplanungszeitraum die vertraglich vereinbarte

Sollmiete bzw. nach Vertragsauslauf die objektspezifische Marktmiete zugrunde gelegt.

Die Ausgaben für Verwaltung werden zu marktüblichen Sätzen normiert. Leerstands- und Mietausfallkosten werden pauschal mit 2 % der Sollmiete des Objekts angenommen. Instandhaltungsaufwendungen werden objektkonkret unter Beachtung von objekttechnischer Ausstattung und Baualtersklasse nach den normierten Sätzen der II. Berechnungsverordnung geplant. Die Erbbauzinsen werden im Planungszeitraum nach den Bestimmungen des einzelnen Erbbaurechtsvertrags entwickelt. Der Instandhaltungsrückstand wird objektkonkret erhoben und zu durchschnittlichen gewerkespezifischen Ausschreibungsergebnissen bewertet.

Die Zahlungsmittelüberschüsse jeder Periode werden unter Anwendung eines marktgerechten, objektspezifischen Diskontierungssatzes auf den Bewertungsstichtag abgezinst.

Der Kapitalisierungszinssatz zur Ermittlung der ewigen Rente wird aus dem Diskontierungszinssatz abgeleitet, indem die wesentlichen, nach Ablauf des Detailplanungszeitraums fortbestehenden bewertungsrelevanten Kriterien, wie zum Beispiel Förderart, Langfristpotenzial des Makrostandortes und Drittverwendungsfähigkeit bei generalvermieteten Objekten, mittels Zu- und Abschlägen erfasst werden.

Der Berechnung mit dem Ertragswertverfahren liegen die erzielten Erlöse zugrunde.

Die Mieteinnahmen des als Finanzinvestition ausgewiesenen Teils (alle Vermietverhältnisse stellen Operating-Leasingverhältnisse dar) betrugen im Geschäftsjahr 141 Mio. EUR (Vorjahr: 136 Mio. EUR). Alle als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien haben im Geschäftsjahr Mieteinnahmen erwirtschaftet.

Die Buchwerte der zum Fair Value bewerteten Immobilien, die als Finanzinvestition gehalten werden, haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	2007	2006
	Mio. EUR	Mio. EUR
Buchwert 1. Januar	1 652	1 641
Zugänge	43	73
Abgänge	- 86	- 79
Umbuchungen	11	0
Sonstige Veränderungen	- 12	0
Fair-Value-Änderungen	28	17
Buchwert 31. Dezember	1 636	1 652

Die LEG Baden-Württemberg Wohnungsverwaltungsgesellschaft mbH Co. KG sowie die LEG Baden-Württemberg Wohnungsgesellschaft mbH & Co. KG haben Leasingfondsmodelle mit atypisch stillen Gesellschaftern abgeschlossen, sodass die Veräußerbar-

keit der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien in diesen beiden Gesellschaften in Höhe von 139,1 Mio. EUR (Vorjahr: 137,9 Mio. EUR) beziehungsweise 169,8 Mio. EUR (Vorjahr: 170,8 Mio. EUR) beschränkt ist.

70. Sachanlagen.

Die Entwicklung des Sachanlagevermögens stellt sich wie folgt dar:

Mio. EUR	Grund- stücke und Gebäude	Technische Anlagen und Maschinen	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Leasing- gegenstände Finanzie- rungsleasing	Leasing- gegenstände Operating- Leasing	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten							
Stand 1. Januar 2007	766	87	540	16	9	117	1 535
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0	16	0	0	16
Veränderung aus Währungsumrechnung	0	0	-1	0	0	0	-1
Zugänge	16	4	57	6	0	1	84
Umbuchungen	-27	0	12	-8	0	17	-6
Abgänge	-6	-3	-54	-6	0	-2	-71
Stand 31. Dezember 2007	749	88	554	24	9	133	1 557
Ab- und Zuschreibungen							
Stand 1. Januar 2007	-268	-62	-383	0	-1	-65	-779
Veränderung aus Währungsumrechnung	0	0	1	0	0	0	1
Planmäßige Abschreibungen	-16	-7	-45	0	-1	-3	-72
Umbuchungen	-2	0	0	0	0	4	2
Abgänge	4	3	51	0	0	1	59
Stand 31. Dezember 2007	-282	-66	-376	0	-2	-63	-789
Buchwerte							
Stand 1. Januar 2007	498	25	157	16	8	52	756
Stand 31. Dezember 2007	467	22	178	24	7	70	768

Mio. EUR	Grund- stücke und Gebäude	Technische Anlagen und Maschinen	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Leasing- gegenstände Finanzie- rungsleasing	Leasing- gegenstände Operating- Leasing	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten							
Stand 1. Januar 2006	777	82	537	22	0	116	1 534
Zugänge	4	6	42	12	1	1	66
Umbuchungen	-8	2	19	-18	8	0	3
Abgänge	-7	-3	-58	0	0	0	-68
Stand 31. Dezember 2006	766	87	540	16	9	117	1 535
Ab- und Zuschreibungen							
Stand 1. Januar 2006	-252	-58	-395	0	0	-62	-767
Planmäßige Abschreibungen	-18	-7	-38	0	-1	-3	-67
Umbuchungen	-1	0	-2	0	0	0	-3
Abgänge	3	3	52	0	0	0	58
Stand 31. Dezember 2006	-268	-62	-383	0	-1	-65	-779
Buchwerte							
Stand 1. Januar 2006	525	24	142	22	0	54	767
Stand 31. Dezember 2006	498	25	157	16	8	52	756

Der Buchwert der im Rahmen von Finanzierungsleasingverträgen geleasteten Vermögenswerte bezieht sich lediglich auf Gebäude. Es besteht ein Finanzierungsleasingvertrag über das Verwaltungsgebäude WIB in Mainz zwischen der Landesbank Rheinland-Pfalz als Leasingnehmer und Dimeter Grundstücksverwaltungsgesellschaft GmbH & Co. Vermietung GmbH als Leasinggeber. Die Mietzeit beträgt 20 Jahre mit dem Konversionszeitpunkt zum 31. August 2020. Es besteht eine Kaufoption zum Ende des 10. und 15. Mietjahres mit der Möglichkeit des

Erwerbs zum Barwert der bis zum Ablauf der Mietzeit noch zu leistenden Mieten und Verwaltungskostenbeiträge zuzüglich dem Barwert des Verkehrswertes des Leasingobjekts bei Ablauf der Mietzeit. Die Kaufoption zum Ende der Mietzeit sieht den Erwerb zum Verkehrswert des Leasingobjektes vor. Die Buchwerte der im Rahmen von Operating-Leasingverhältnissen, bei denen es sich im Wesentlichen um Vereinbarungen über die Vermietung eigener Grundstücke und Gebäude handelt, angesetzten Vermögenswerte teilen sich wie folgt auf:

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Grundstücke	54	26
Gebäude	16	26
Leasinggegenstände Operating-Leasing	70	52

71. Ertragsteueransprüche.

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Laufende Ertragsteueransprüche	684	451
davon Inland	572	362
davon Ausland	112	89
Latente Ertragsteueransprüche	405	321
Ertragsteueransprüche	1 089	772

Für detaillierte Erläuterungen zu den Ertragsteueransprüchen wird auf die Angaben unter Note 57 verwiesen.

72. Sonstige Aktiva

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Vorräte	871	378
Rechnungsabgrenzungsposten	16	18
Forderungen an Finanzbehörden	16	5
Übrige	490	83
Sonstige Aktiva	1 393	484

Die Forderungen werden mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Die Vorräte unterteilen sich wie folgt:

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	336	44
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit unfertigen Bauten	284	157
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit fertigen Bauten	247	170
Sonstige Vorratsvermögen	4	7
Vorräte	871	378

Der Buchwert der Vorräte, die zum Fair Value abzüglich Vertriebsaufwendungen angesetzt sind, beträgt 1 Mio. EUR (Vorjahr: 3 Mio. EUR).

Im Rahmen der Grundlagenvereinbarung vom 26./27. August 2007 hat sich die LBBW verpflichtet, im Hinblick auf einen Erwerb der Anteile der Sachsen LB, einen Barausgleich in Höhe von 250 Mio. EUR an die Anteilseigner der Sachsen LB zu entrichten. Der Ausweis des Barausgleichs erfolgt unter den übrigen sonstigen Vermögensgegenständen. Außerdem sind in den übrigen sonstigen Vermögensgegenständen Forderungen

aufgrund von Ergebnisübernahmeverträgen in Höhe von 120 Mio. EUR (Vorjahr: 67 Mio. EUR) enthalten.

In den sonstigen Aktiva sind Vermögenswerte in Höhe von 59 Mio. EUR enthalten, die eine Laufzeit von mehr als zwölf Monaten haben.

73. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten setzen sich aus Pfandbriefen, täglich fälligen Geldern und Termineinlagen sowie Leasingverbindlichkeiten zusammen.

Geschäftsartengliederung	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	7 462	7 900
Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	1 121	4 072
Leasinggeschäft	412	364
Übrige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	148 451	129 707
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	157 446	142 043

Regionengliederung	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Inländische Kreditinstitute	106 451	87 699
Ausländische Kreditinstitute	50 995	54 344
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	157 446	142 043

Für die LBBW als Pensionsgeber bestanden zum 31. Dezember 2007 26 230 Mio. EUR (Vorjahr: 20 483 Mio. EUR) Verbindlichkeiten aus echten Pensionsgeschäften.

74. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich aus Spareinlagen, täglich fälligen Geldern und Termineinlagen einschließlich Sparbriefen zusammen.

	31.12.2007	31.12.2006
Geschäftsartengliederung	Mio. EUR	Mio. EUR
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	15 181	16 300
Spareinlagen	5 709	6 645
Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	1 818	1 844
Übrige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	73 743	60 647
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	96 451	85 436

	31.12.2007	31.12.2006
Regionengliederung	Mio. EUR	Mio. EUR
Inländische Kunden	75 773	69 267
Ausländische Kunden	20 678	16 169
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	96 451	85 436

Für die LBBW als Pensionsgeber bestanden zum 31. Dezember 2007 3 689 Mio. EUR (Vorjahr: 1 527 Mio. EUR) Verbindlichkeiten aus echten Pensionsgeschäften.

Für die in dem Posten enthaltenen Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen ergibt sich die folgende Überleitung der Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen auf deren Barwert:

Tsd. EUR	Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen 2007	Zinsen 2007	Barwert 2007	Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen 2006	Zinsen 2006	Barwert 2006
Bis zu 1 Jahr	24	0	24	86	3	83
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	0	0	0	128	13	115

Die geleaste Gegenstände werden nicht untervermietet.

75. Verbriefte Verbindlichkeiten.

Unter den verbrieften Verbindlichkeiten werden in erster Linie begebene Schuldverschreibungen und andere Verbindlichkeiten, die in Form einer übertragbaren Urkunde verbrieft wurden, ausgewiesen.

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Pfandbriefe	55 282	62 257
Geldmarktpapiere	15 453	17 373
Sonstige Schuldverschreibungen	48 195	42 828
Begebene Schuldverschreibungen	118 930	122 458
Andere verbrieft Verbindlichkeiten	7 944	4 378
Verbrieft Verbindlichkeiten	126 874	126 836

Die folgende Aufstellung enthält eine Übersicht der wesentlichen eigenen Emissionen des Geschäftsjahres 2007:

	Anzahl	Volumen Mio. EUR	Erstabsatz 2007 Mio. EUR
Pfandbriefe	54	1 750	1 586
Sonstige Schuldverschreibungen			
aus Commercial Papers	1 810	94 103	94 103
aus Certificates of Deposit	293	22 481	22 481
aus MTN-Programmen	56	3 017	3 017
aus sonstigen Inhaberschuldverschreibungen	1 672	49 203	18 897
Wesentliche Emissionen in 2007	3 885	170 554	140 084

Die folgende Aufstellung enthält eine Übersicht der wesentlichen eigenen Emissionen des Geschäftsjahres 2006:

	Anzahl	Volumen Mio. EUR	Erstabsatz 2006 Mio. EUR
Pfandbriefe	115	7 921	7 373
Sonstige Schuldverschreibungen			
aus Commercial Papers	1 509	84 032	84 028
aus Certificates of Deposit	604	46 984	46 983
aus MTN-Programmen	73	5 862	5 862
aus sonstigen Inhaberschuldverschreibungen	1 307	35 103	10 151
Wesentliche Emissionen in 2006	3 608	179 902	154 397

76. Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Negative Marktwerte aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	3 378	3 260
Negative Marktwerte aus Mikro-Fair-Value-Hedge	2 113	2 050
Negative Marktwerte aus Cashflow Hedge	10	14
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	5 501	5 324

Die negativen Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten unterteilen sich nach den Grundgeschäften wie folgt:

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Aktivposten		
Derivative Sicherungsgeschäfte auf Forderungen an Kreditinstitute	57	104
Derivative Sicherungsgeschäfte auf Forderungen an Kunden	197	275
Derivative Sicherungsgeschäfte auf Finanzanlagen		
Kategorie AfS	477	825
Kategorie LaR	0	5
Passivposten		
Derivative Sicherungsgeschäfte auf Verbindlichkeiten Kreditinstitute	102	46
Derivative Sicherungsgeschäfte auf Verbindlichkeiten Kunden	316	205
Derivative Sicherungsgeschäfte auf Verbriefte Verbindlichkeiten	971	601
Derivative Sicherungsgeschäfte auf Nachrangige Verbindlichkeiten	3	3
Derivative Sicherungsgeschäfte auf Portfolio-Fair-Value-Hedge	3 378	3 260
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	5 501	5 324

77. Handelspassiva und der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung von negativen Marktwerten der derivativen Finanzinstrumente des Handelsbuchs sowie aus ökonomischen Sicherungsbeziehungen, die nicht

die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen sowie sonstige finanzielle Verbindlichkeiten in Zusammenhang mit den Bilanzposten Handelspassiva und der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten.

	Handelspassiva		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	
	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Negative Marktwerte aus Handelsderivaten und wirtschaftlichen Hedgingderivaten	13 251	9 927	758	631
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	1 256	1 129	0	0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	769	485	16 462	21 200
	15 276	11 541	17 220	21 831

Die Wertpapiere der Handelspassiva und der der Fair-Value-Option zugeordneten finanziellen Verbindlichkeiten gliedern sich nach Börsenfähigkeit und Börsennotierung wie folgt auf:

	Handelspassiva		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	
	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	1 814	1 296	7 711	11 136
Börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	0	49	1 331	2
Nicht börsenfähige Wertpapiere	211	269	5 442	7 325
	2 025	1 614	14 484	18 463

Die kumulativen Wertänderungen des Fair Values der der Fair-Value-Option zugeordneten finanziellen Verbindlichkeiten aufgrund von Änderungen des Kreditrisikos betragen 27 Mio. EUR (Vorjahr: -11 Mio. EUR). Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Fair Value und dem vertraglich zu zahlenden Betrag am Fälligkeitstermin beträgt -223 Mio. EUR (Vorjahr: -50 Mio. EUR).

78. Rückstellungen.

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	1 305	1 452
Sonstige Rückstellungen	387	390
Rückstellungen	1 692	1 842

Pensionsrückstellungen.

Bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen handelt es sich überwiegend um Rückstellungen für Verpflichtungen zur Leistung betrieblicher Ruhegelder aufgrund unmittelbarer Versorgungszusagen. Art und Höhe der Ruhegelder der versorgungsberechtigten Mitarbeiter richten sich

nach den Bestimmungen der im Wesentlichen in Abhängigkeit vom Beginn des Beschäftigungsverhältnisses jeweils zur Anwendung kommenden Versorgungsregelung (unter anderem Versorgungsrichtlinien, Dienstvereinbarungen).

Die Pensionsrückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

	Anwartschaften der aktiven und ausgeschiedenen Mitarbeiter sowie der Pensionäre	
	2007 Mio. EUR	2006 Mio. EUR
Stand 1. Januar	1 452	1 431
Verbrauch/ Pensionszahlungen	- 71	- 62
Auflösung	- 7	- 13
Zuführung	109	127
Erfolgsneutrale Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne/Verluste	- 179	- 33
Sonstige Veränderungen	1	2
Stand 31. Dezember	1 305	1 452

Die ergebniswirksam erfassten Erträge werden unter den Personalaufwendungen innerhalb der Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Laufender Dienstzeitaufwand	- 41	- 46
Zinsaufwand	- 74	- 69
Erwartete Erträge aus Planvermögen	10	9
Sonstige Erträge und Aufwendungen	3	- 8
Zuführungen zu/Auflösungen von Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	- 102	- 114

Die Entwicklung des Barwerts der Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen setzt sich wie folgt zusammen:

	2007 Mio. EUR	2006 Mio. EUR
Stand zum 1. Januar	1 677	1 654
Laufender Dienstzeitaufwand	41	46
Zinsaufwand	74	69
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	- 208	- 33
Gezahlte Leistungen	- 78	- 68
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	5	0
Unternehmenszusammenschlüsse	- 2	9
Stand zum 31. Dezember	1 509	1 677

Dabei wurden folgende versicherungsmathematische Annahmen den Berechnungen der Verpflichtungshöhe aus leistungsorientierten Plänen zugrunde gelegt:

	31.12.2007 in %	31.12.2006 in %
Abzinsungssatz	5,5	4,5
Erwartete Rendite des Planvermögens	3,25-5,5	4,5
Erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung	2,25-3,5	2,0-2,5
Erwartete Rentensteigerung	2,0-3,5	1,0-2,0
Karrieredynamik	0,5	0,5
Fluktuation	2,5	2,5

Die Sterblichkeit, Verheirattungswahrscheinlichkeit und Invalidität ergeben sich nach den Richttafeln 2005 von Heubeck. Der Eintritt in den Altersruhestand wird entsprechend dem rechnungsmäßigen Pensionierungsalter angesetzt.

Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens weist zum Jahresende folgende Zusammensetzung auf:

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Aktien und Investmentfonds	220	216
Festgelder und sonstige liquide Mittel	5	5
Andere Vermögenswerte	4	4

Von den vorab aufgeführten Vermögenswerten werden keine direkt im LBBW-Konzern genutzt. Die erwarteten langfristigen Renditen auf das Planvermögen basieren auf den langfristig erwarteten Inflationsraten, Zinssätzen, Risikoprämien und der angestrebten Allokation der Planvermögen. Diese Schätzungen berücksichtigen

ebenfalls die historischen Renditen der einzelnen Anlagenklassen und werden zusammen mit den Anlageberatern und den Vorsorgeexperten erstellt.

Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

	2007 Mio. EUR	2006 Mio. EUR
Stand zum 1. Januar	225	222
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	10	9
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	-4	0
Beiträge des Arbeitgebers	2	1
Gezahlte Leistungen	-6	-7
Unternehmenszusammenschlüsse	2	0
Stand zum 31. Dezember	229	225

Im Geschäftsjahr beziehungsweise im Vorjahr ergaben sich tatsächliche Erträge aus dem Planvermögen in Höhe von 6 Mio. EUR (Vorjahr: 19 Mio. EUR).

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung und der beizulegende Zeitwert des Planvermögens lassen sich wie folgt zu den in der Bilanz angesetzten Vermögenswerten und Schulden überleiten:

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio. EUR	Mio. EUR
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung	1 509	1 677
davon ungedeckte leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen	1 304	1 412
davon ganz oder teilweise gedeckte leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen	205	265
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	- 229	- 225
Aufgrund der Begrenzung des IAS 19.58 (b) nicht als Vermögenswert angesetzter Betrag	25	0
Vermögenswerte/Schulden aus leistungsorientierten Plänen	1 305	1 452

Die für die Bewertung des Planvermögens sowie der Pensionsverpflichtung erforderlichen versicherungsmathematischen Gutachten wurden für den Stichtag 31. Dezember 2007 beziehungsweise 31. Dezember 2006 durch den Aktuar Rauser erstellt.

Die Beträge für den Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung, den beizulegenden Zeitwert des Planvermögens, der Über beziehungsweise Unterdeckung des Planvermögens ergeben sich aus der folgenden Tabelle:

	31.12.2007	31.12.2006	01.01.2006
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung	1 509	1 677	1 107
Planvermögen	229	225	222
Nicht durch Planvermögen gedeckte Verpflichtung	1 304	1 412	883

Die Pensionsrückstellungen sind grundsätzlich langfristig fällig.

Sonstige Rückstellungen.

Die sonstigen Rückstellungen gliedern sich wie folgt:

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio. EUR	Mio. EUR
Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	167	163
Rückstellungen im Kreditgeschäft	150	140
Übrige Rückstellungen	70	87
Sonstige Rückstellungen	387	390

Die Entwicklung der sonstigen Rückstellungen im Berichtsjahr kann der folgenden Aufstellung entnommen werden:

Mio. EUR	Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	Rückstellungen im Kreditgeschäft	Übrige Rückstellungen	Gesamt
Stand 1. Januar 2007	163	140	87	390
Verbrauch	- 29	- 4	- 23	- 56
Auflösung	- 9	- 15	- 8	- 32
Zuführung	25	29	24	78
Umbuchungen	17	0	- 11	6
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	1	1
Stand 31. Dezember 2007	167	150	70	387

Mio. EUR	Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	Rückstellungen im Kreditgeschäft	Übrige Rückstellungen	Gesamt
Stand 1. Januar 2006	93	175	120	388
Verbrauch	- 26	- 20	- 23	- 69
Auflösung	- 10	- 74	- 4	- 88
Zuführung	41	59	48	148
Umbuchungen	65	0	- 54	11
Stand 31. Dezember 2006	163	140	87	390

Die sonstigen Rückstellungen für den Personalbereich beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Bonifikationen und Tantiemen.
In den übrigen Rückstellungen sind Rückstellungen für Prozess- und Regressrisiken in Höhe von 16 Mio. EUR (Vorjahr: 19 Mio. EUR) sowie Rückstellungen für Bonifikationen in Höhe von 10 Mio. EUR (Vorjahr: 11 Mio. EUR) enthalten.
Insgesamt sind die sonstigen Rückstellungen in Höhe von 214 Mio. EUR innerhalb von 2008 fällig und in Höhe von 176 Mio. EUR nach zwölf Monaten fällig.

Im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit bestehen verschiedene Rechtsstreitigkeiten und Gerichtsverfahren gegen das Unternehmen. Für Risiken, die daraus entstehen, wurden Rückstellungen gebildet, sofern nach Einschätzung des Managements und der Rechtsberater Zahlungen seitens der LBBW wahrscheinlich sowie die Höhe der Beträge abschätzbar sind. Bei anderen Rechtssachen gegen das Unternehmen ist das Management/der Vorstand nach Rücksprache mit seinen Rechtsberatern der Auffassung, dass die abschließende Beilegung dieser Streitigkeiten keinen wesentlichen Einfluss auf den dargestellten Konzernabschluss haben dürfte.

79. Ertragsteuerverpflichtungen.

Die Ertragsteuerverpflichtungen enthalten zum Bilanzstichtag fällige, aber noch nicht entrichtete Steuerzahlungen für Ertragsteuern aus der laufenden Periode und früheren Perioden.

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio. EUR	Mio. EUR
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	318	393
davon Rückstellung für Ertragsteuern	317	392
davon Verbindlichkeiten gegenüber Steuerbehörden aus Ertragsteuern	1	1
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	297	251
Ertragsteuerverpflichtungen	615	644

Für detaillierte Erläuterungen zu den Ertragsteuerverpflichtungen wird auf die Angaben unter Note 57 verwiesen.

80. Sonstige Passiva.

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio. EUR	Mio. EUR
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	150	79
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	58	50
Rechnungsabgrenzungsposten	51	50
Übrige	681	476
Sonstige Passiva	940	655

In den übrigen Verbindlichkeiten sind im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern und Sozialversicherungsträgern enthalten. Die Fälligkeit der Posten der sonstigen Passiva innerhalb von zwölf Monaten beträgt 814 Mio. EUR und über zwölf Monate 126 Mio. EUR.

81. Nachrangkapital.

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio. EUR	Mio. EUR
Nachrangige Verbindlichkeiten	5 395	4 603
Genussrechtskapital	2 125	2 266
Hybride Kapitalinstrumente	3 945	3 985
davon Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	3 945	3 985
Nachrangkapital	11 465	10 854

Das Nachrangkapital enthält abgegrenzte, jedoch noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 250 Mio. EUR (Vorjahr: 124 Mio. EUR).

Nachrangige Verbindlichkeiten.

Die ausgewiesenen nachrangigen Verbindlichkeiten dürfen im Fall der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Eine

Umwandlung in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vorgesehen.

Folgende Mittelaufnahmen übersteigen 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten:

Mio. EUR	31.12.2007			31.12.2006		
	Kapital	Aufzinsung im Berichtsjahr	Gesamt	Kapital	Aufzinsung im Berichtsjahr	Gesamt
Nachrangige DM/EUR-Namenspapiere/Schuldverschreibungen	2 581	36	2 617	1 985	30	2 015
Nachrangige DM/EUR-Schuldscheindarlehen	1 119	15	1 134	730	13	743
Nachrangige Fremdwährungsanleihen	793	12	805	835	13	848
	4 493	63	4 556	3 550	56	3 606

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten beträgt
 276 Mio. EUR (Vorjahr: 274 Mio. EUR).

Genussrechtskapital.

Das Genussrechtskapital ist entsprechend den Vorschriften des § 10 Abs. 5 KWG Bestandteil des haftenden Eigenkapitals. Die Ansprüche der Genussrechtsinhaber auf Rückzahlung des Kapitals sind gegenüber Ansprüchen anderer Gläubiger nachrangig.

Zinszahlungen werden nur geleistet, sofern ein Bilanzgewinn erzielt wird; Verlustübernahmen hingegen erfolgen in voller Höhe des auf das Genussrechtskapital entfallenden Anteils. Die Bedingungen wesentlicher Genussrechte stellen sich zum Stichtag wie folgt dar:

	Emissionsjahr	Nominalbetrag 31.12.2007 in Mio. EUR	Zinssatz in % p. a.	Fälligkeit
Inhabergenussrechte				
	1994	261	6,75	2008
	1997	103	6,73	2007
	1997	73	6,55	2006
	1997	67	6,81	2009
	1997	51	7,38	2008
	1998	6	7,71	2008
	1999	100	7	2008
	1999	39	6,47	2011
	1999	30	6,66	2011
	1999	25	6,44	2011
	1999	10	6,32	2011
	1999	10	6,79	2011
	1999	5	6,61	2009
	1999	2	6,63	2011
	1999	1	6,26	2011
	2001	129	6,5	2011
	2001	50	6,75	2010
	2001	25	6,3	2013
	2002	153	6,5	2012
	2002	10	8,25	2011
Namensgenussrechte				
	Unternehmen	967	5,24 bis 7,23	2022
	Kreditinstitute	20	6,97 bis 7,1	2007/2010

Der Zinsaufwand für das Genussrechtskapital für das Jahr 2007 betrug insgesamt 149 Mio. EUR (Vorjahr: 104 Mio. EUR).

Hybride Kapitalinstrumente.

Die hybriden Kapitalinstrumente umfassen typisch stille Einlagen.
Die Bewertung der stillen Einlagen im Zugangszeitpunkt erfolgt zu Anschaffungskosten, die dem Fair Value der erhaltenen

Gegenleistung entsprechen. In den Folgeperioden erfolgt die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten.
Zum Geschäftsjahresende bestehen folgende wesentliche stille Einlagen:

Laufzeit	Ausschüttung in % des Nominalbetrages	Einbezahltes Kapital	
		31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
1.12.1997 – 31.12.2007	7	128,0	128,0
28.5.1999 – 31.12.2011	5,87	102,0	102,0
1.1.2006 – 31.12.2007 ¹⁾	3,5	0,4	0,4
1.1.2003 – 31.12.2012 ¹⁾	5,79	55,5	55,5
1.1.2004 – 31.12.2013 ¹⁾	5,69	14,9	14,9
1.1.2005 – 31.12.2014 ¹⁾	4,96	64,7	64,7
1.1.2006 – 31.12.2015 ¹⁾	4,69	19,5	19,5
permanent	6,31	767,0	767,0
permanent (nominal USD 197,5 Mio.)	6,8	134,3	149,9
permanent	6,36	790,0	790,0
permanent	5,98	1 210,0	1 210,0
permanent	6,34	205,7	229,5
permanent	6,71	200,0	200,0
permanent	7,046	253,1	253,1
Insgesamt		3 945,1	3 984,5

¹⁾ Frühestmögliches Laufzeitende unter Berücksichtigung der Kündigungsfrist von zwei Jahren, zum Ablauf des Kalenderjahres und einer gegebenenfalls noch bestehenden Kündigungssperrfrist.

An einem Bilanzverlust der LBBW nehmen die stillen Gesellschafter bis zur vollen Höhe durch Verminderung der Rückzahlungsansprüche teil. Der Zinsaufwand für die Einlagen der stillen Gesellschafter betrug im Berichtsjahr 245 Mio. EUR (Vorjahr: 248 Mio. EUR).

82. Eigenkapital.

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Stammkapital	1 420	1 420
Kapitalrücklage	3 074	3 074
Gewinnrücklage	4 850	3 864
Direkt im Eigenkapital erfasste Ergebnisse	650	967
Bilanzgewinn	303	926
Anteile im Fremdbesitz	123	103
Eigenkapital	10 420	10 354

Direkt im Eigenkapital erfasste Ergebnisse

Mio. EUR	Stammkapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage	Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente AfS	Neubewertungsrücklage für at Equity bilanzierte Unternehmen	Bewertungsergebnis aus Cash-flow Hedges	Rücklage aus der Währungsrechnung	Bilanzgewinn	Anteile in Fremdbesitz	Gesamt
Eigenkapital zum 1. Januar 2006	1 420	3 074	3 272	936	0	0	0	662	102	9 466
Saldovortrag	0	0	662	0	0	0	0	-662	0	0
Ausschüttungen an Anteilseigner	0	0	-85	0	0	0	0	0	-2	-87
Erfasste Erträge und Aufwendungen	0	0	18	37	0	-6	0	926	3	978
Sonstige Kapitalveränderung	0	0	-3	0	0	0	0	0	0	-3
Eigenkapital zum 31. Dezember 2006	1 420	3 074	3 864	973	0	-6	0	926	103	10 354
Saldovortrag	0	0	926	0	0	0	0	-926	0	0
Ausschüttungen an Anteilseigner	0	0	-89	0	0	0	0	0	0	-89
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	20	-60	86	0	0	0	23	69
Erfasste Erträge und Aufwendungen	0	0	129	-319	-17	-1	-6	303	-3	86
Eigenkapital zum 31. Dezember 2007	1 420	3 074	4 850	594	69	-7	-6	303	123	10 420

Das voll eingezahlte Stammkapital wurde im Berichtsjahr vom Land Baden-Württemberg (35,6 %), von der Stadt Stuttgart (18,9 %), vom Sparkassenverband Baden-Württemberg (einschließlich baden-württembergischer Sparkassen: 35,6 %), von der Landeskreditbank Baden-Württemberg (4,9 %) und vom Sparkassen- und Giroverband Rheinland-Pfalz (4,9 %) gehalten. Die Kapitalrücklage enthält den Betrag, der bei Ausgabe von Anteilen über den (rechnerischen) Nennwert hinaus erzielt wird (Ausgabeagio) und der bei Ausgabe von Schuldverschreibungen, von Wandlungsrechten und Optionsrechten zum Erwerb von Anteilen erzielt wird, sowie den Betrag von Zuzahlungen, die Gesellschafter gegen Gewährung eines Vorzugs für ihre Anteile leisten, und den Betrag von anderen Zahlungen, die Gesellschafter in das Eigenkapital leisten.

Die Gewinnrücklagen beinhalten neben den Einstellungen aus dem Konzernjahresüberschuss der Bank die Konzernanteile an den Bilanzergebnissen der konsolidierten Tochterunternehmen,

soweit sie seit ihrer Zugehörigkeit zum Konzern erwirtschaftet worden sind. Zusätzlich beinhalten die Gewinnrücklagen die kumulierten Auswirkungen aus Konsolidierungsmaßnahmen und die Anpassung aus der Erstanwendung der IFRS. In die Anpassungen der Gewinnrücklagen aus der Erstanwendung fließen nur Fair-Value-Änderungen von Geschäften, deren Fair-Value-Änderung erfolgswirksam erfasst worden wäre. In den sonstigen Rücklagen sind auch die kumulierten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in Höhe von 164 Mio. EUR (Vorjahr: 18 Mio. EUR) enthalten.

In der Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente AfS werden die Fair-Value-Veränderungen der Finanzinstrumente des Available-for-Sales-Bestandes ausgewiesen. Zusätzlich enthält sie den Gegenposten aus der Bildung aktiver oder passiver latenter Steuern auf erfolgsneutral entstandene Bewertungsdifferenzen. Ebenfalls darin enthalten sind die den Minderheiten zuzurechnenden Verluste gemäß IAS 27.35.

	2007	2006
	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 1. Januar	973	936
Veränderung Fair Value	- 377	- 6
Veränderung Konsolidierungskreis	- 60	0
Umbuchungen in die Gewinn- und Verlustrechnung	- 49	- 33
Erfolgsneutral gebildete latente Steuern	107	76
Stand 31. Dezember	594	973

Das Bewertungsergebnis aus Cashflow Hedge enthält den Anteil am Gewinn oder Verlust, der als effektiver Hedge gilt. Zusätzlich wird der Gegenposten aus der Bildung von aktiven und passiven latenten Steuern auf Cashflow Hedges in diesem Posten ausgewiesen. Es werden Cashflows aus variabel verzinslichen Anleihen mit Laufzeiten bis max. 5 Jahre und durchschnittlichen Laufzeiten von ca. 2,5 Jahren abgesichert.

In der Währungsumrechnungsrücklage ist der Saldo der Umrechnungsdifferenzen, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind, eingestellt. Die Beträge ergeben sich aus der Umrechnung des Abschlusses einer wirtschaftlich selbstständigen Teileinheit in die Berichtswährung.

Es wird im Eigenkapital statt des Konzernjahresüberschusses der Bilanzgewinn des Konzerns ausgewiesen, da die Konzernbilanz nach teilweiser Ergebnisverwendung aufgestellt wird.

Neben den Anteilseignern des Mutterunternehmens sind noch weitere Gesellschafter am Eigenkapital der Tochtergesellschaften beteiligt (50 % < Beteiligungshöhe des Mutterunternehmens < 100 %). Diese Minderheitsanteile werden in der Konzernbilanz im Eigenkapital ausgewiesen.

Im Eigenkapital sind latente Steuern in Höhe von insgesamt - 4 Mio. EUR (Vorjahr: - 58 Mio EUR) enthalten.

Hinsichtlich des Eigenkapitals bestehen für die Kapitalrücklage keine Ausschüttungsbeschränkungen. In Bezug auf Gewinnrücklage sind die Effekte aus der Erstanwendung und latenten Steuern nicht ausschüttungsfähig.

83. Fair Value von Finanzinstrumenten.

In der folgenden Tabelle sind die Buchwerte den Fair Values der Finanzinstrumente gegenübergestellt.

	31.12.2007		31.12.2006	
	Buchwert Mio. EUR	Fair Value Mio. EUR	Buchwert Mio. EUR	Fair Value Mio. EUR
Aktiva				
Barreserve	1 477	1 477	1 578	1 578
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte				
Forderungen an Kreditinstitute nach Kreditrisikovorsorge	143 628	142 174	150 607	153 108
Forderung an Kunden nach Kreditrisikovorsorge	144 443	146 525	119 239	127 283
Finanzanlagen				
aus zinstragenden Vermögenswerten	1 183	1 183	2 205	2 221
aus nicht zinstragenden Vermögenswerten	9	9	10	10
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Finanzanlagen				
aus zinstragenden Vermögenswerten	82 772	82 772	85 395	85 395
aus nicht zinstragenden Vermögenswerten	3 619	3 619	3 398	3 398
Aktivisches Portfolio-Hedge Adjustment	-396	-396	-71	-71
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	5 002	5 002	4 925	4 925
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	5 372	5 372	5 104	5 104
Handelsaktiva	51 130	51 130	41 065	41 065

	31.12.2007		31.12.2006	
	Buchwert Mio. EUR	Fair Value Mio. EUR	Buchwert Mio. EUR	Fair Value Mio. EUR
Passiva				
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	157 446	155 278	142 043	142 725
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	96 451	97 925	85 436	87 046
Verbriefte Verbindlichkeiten	126 874	126 429	126 836	126 138
Nachrangkapital	11 465	11 307	10 854	11 078
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Passivisches Portfolio-Hedge Adjustment	-476	-476	-75	-75
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	5 501	5 501	5 324	5 324
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	17 220	17 220	21 831	21 831
Handelspassiva	15 276	15 276	11 541	11 541

Für die zum Fair Value bewerteten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wurde der Fair Value nach folgenden Bewertungsmethoden ermittelt:

Fair Value Volumina (Brutto)	Quotierte Marktpreise		Bewertungsmethode – auf Basis indikativer Preise oder extern beobachtbaren Parametern		Bewertungsmethode – mit zumindest teilweise nicht extern beobachtbaren Parametern	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
31.12.2007						
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	0	0 %	5 002	7 %	0	0 %
Handelsaktiva	11 463	19 %	38 187	54 %	1 480	9 %
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	1 740	3 %	2 938	4 %	694	4 %
Finanzanlagen - Available for Sale	47 134	78 %	24 600	35 %	14 658	87 %
Summe der Aktiva	60 337	100 %	70 727	100 %	16 832	100 %
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	0	0 %	5 500	16 %	1	0 %
Handelspassiva	1 946	79 %	13 113	37 %	217	92 %
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	504	21 %	16 699	47 %	17	7 %
Summe der Passiva	2 450	100 %	35 312	100 %	235	100 %

In der Spalte »Bewertungsmethode – auf Basis indikativer Preise oder extern beobachtbaren Parametern« sind die auf Basis indikativer Preise zum Fair Value bewerteten erworbenen Verbriefungsprodukte (16 681 Mio. EUR) und die modellbewerteten Commercial Papers (22 665 Mio. EUR) enthalten.

84. Buchwertüberleitung auf IAS 39-Kategorien.

31.12.2007 Mio. EUR	Loans and Receivables	Available for Sale	Held for Trading	Fair-Value- Option	Other Liabilities	Gesamt
Forderungen an Kreditinstitute	143 643					143 643
Forderungen an Kunden	146 394					146 394
Handelsaktiva			51 130			51 130
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte				5 372		5 372
Finanzanlagen	1 192	86 391				87 583
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					157 446	157 446
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					96 451	96 451
Verbriefte Verbindlichkeiten					126 874	126 874
Handelspassiva			15 276			15 276
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten				17 220		17 220
Nachrangkapital					11 465	11 465

31.12.2006 Mio. EUR	Loans and Receivables	Available for Sale	Held for Trading	Fair-Value- Option	Other Liabilities	Gesamt
Forderungen an Kreditinstitute	150 612					150 612
Forderungen an Kunden	121 391					121 391
Handelsaktiva			41 065			41 065
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte				5 104		5 104
Finanzanlagen	2 215	88 793				91 008
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					142 043	142 043
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					85 436	85 436
Verbriefte Verbindlichkeiten					126 836	126 836
Handelspassiva			11 541			11 541
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten				21 831		21 831
Nachrangkapital					10 854	10 854

85. Gliederung von Bilanzposten nach Restlaufzeiten.

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und vertraglich vereinbarter Fälligkeit der Forderung oder Verbindlichkeit beziehungsweise deren Teilzahlungsbeträgen angesehen. Eigenkapitaltitel wurden in das Laufzeitband »bis 3 Monate

und unbestimmt« eingestellt. Handelsaktiva beziehungsweise -passiva wurden grundsätzlich nach der vertraglichen Fälligkeit berücksichtigt. Die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente sind gesondert unter Note 90 ausgewiesen.

	bis 3 Monate und unbestimmt Mio. EUR	3 Monate bis zu 1 Jahr Mio. EUR	1 Jahr bis zu 5 Jahren Mio. EUR	mehr als 5 Jahre Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Zum 31. Dezember 2007					
Forderungen an Kreditinstitute	65 520	19 264	33 418	25 441	143 643
Forderungen an Kunden	55 731	15 754	32 944	41 965	146 394
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	231	375	1 296	3 100	5 002
Handelsaktiva	19 725	12 385	9 660	9 360	51 130
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	1 141	336	1 306	2 589	5 372
Finanzanlagen	17 438	11 534	33 187	25 424	87 583
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	100 812	16 685	16 423	23 526	157 446
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	62 641	3 862	13 245	16 703	96 451
Verbriefte Verbindlichkeiten	19 114	30 508	53 722	23 530	126 874
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	421	326	1 343	3 411	5 501
Handelspassiva	3 962	1 777	4 550	4 987	15 276
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	370	3 594	5 433	7 823	17 220
Nachrangkapital	734	1 034	6 030	3 667	11 465

	bis 3 Monate und unbestimmt Mio. EUR	3 Monate bis zu 1 Jahr Mio. EUR	1 Jahr bis zu 5 Jahren Mio. EUR	mehr als 5 Jahre Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Zum 31. Dezember 2006					
Forderungen an Kreditinstitute	57 303	27 226	35 209	30 874	150 612
Forderungen an Kunden	35 304	13 340	26 704	46 043	121 391
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	238	256	1 990	2 441	4 925
Handelsaktiva	11 307	9 887	11 148	8 723	41 065
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	1 526	327	1 263	1 988	5 104
Finanzanlagen	16 412	10 946	35 880	27 770	91 008
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	84 343	18 398	14 046	25 256	142 043
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	51 208	2 957	8 590	22 681	85 436
Verbriefte Verbindlichkeiten	21 307	21 822	55 502	28 205	126 836
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	158	326	2 422	2 418	5 324
Handelspassiva	1 891	1 208	3 825	4 617	11 541
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	489	4 713	7 970	8 659	21 831
Nachrangkapital	605	507	2 569	7 173	10 854

Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen.

86. Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen.

Eventualverbindlichkeiten beinhalten eine vertraglich eingegangene, aber in der Realisierung noch nicht wahrscheinliche Verpflichtung (Eintrittswahrscheinlichkeit kleiner als 50%). Die Verpflichtung kann sowohl aus den gestellten Bürgschaften

als auch aus den Kunden eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen und terminlich begrenzten Kreditlinien erwachsen. Der angesetzte Betrag entspricht den möglichen Verpflichtungen bei vollständiger Ausnutzung eingeräumter Kreditlinien beziehungsweise Inanspruchnahme der Avale. Die Wahrscheinlichkeit eines Vermögensabflusses wird regelmäßig überprüft. Sofern sich Anhaltspunkte für eine wahrscheinliche Inanspruchnahme ergeben, wird eine Rückstellung gebildet.

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Eventualverbindlichkeiten		
aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	6 180	4 916
aus assoziierten Unternehmen	4	0
davon gemeinschaftlich eingegangene Verpflichtungen	4	0
aus weitergegebenen, abgerechneten Wechseln	2	4
aus anderen Eventualverbindlichkeiten	0	1
	6 186	4 921
Andere Verpflichtungen		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	27 390	24 860
Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen	476	541
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen	108	308
Sonstige Verpflichtungen	0	69
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	0	10
Verpflichtungen aus begonnenen Investitionsvorhaben	0	2
	27 974	25 790
	34 160	30 711

Weiterhin besteht eine Nachschusspflicht für die Liquiditäts- und Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, in Höhe von 23 Mio. EUR.

Die Beiträge für die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurden nach risikoorientierten Grundsätzen neu bemessen. Daraus resultieren Nachschusspflichten in Höhe von 428 Mio. EUR. Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.

Nach § 5 Abs. 10 der Statuten des Einlagensicherungsfonds hat die LBBW sich verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, von Verlusten freizustellen, die diesem durch eine Hilfeleistung zu Gunsten von im Mehrheitsbesitz der Landesbank Baden-Württemberg stehenden Kreditinstituten entstehen.

Die LBBW haftet für die bis zum 18. Juli 2005 (Wegfall der Gewährträgerhaftung) entstandenen Verbindlichkeiten der DekaBank Deutsche Girozentrale, Berlin und Frankfurt am Main, der LRP Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz, sowie der LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart und Karlsruhe, in bestimmten Fällen abhängig vom Entstehungszeitpunkt und der Laufzeit der Verbindlichkeit als Gewährträger fort; für nach diesem Zeitpunkt entstandene Verbindlichkeiten haftet die LBBW in keinem Fall als Gewährträger. Entsprechendes gilt im Außenverhältnis für die im Zeitraum ihrer

Beteiligung entstandenen Verbindlichkeiten folgender Kreditinstitute: ehemalige Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel (LB Kiel), Westdeutsche ImmobilienBank, Mainz, und ehemalige Sachsen LB Landesbank Sachsen Girozentrale, Leipzig. Die LBBW stellt, sobald alle aufschiebenden Bedingungen für das Wirksamwerden der Vereinbarung zur Anpassung und Ergänzung der Grundlagenvereinbarung vom 26./27. August 2007 gemäß Abschnitt IX. eingetreten sind, die Treugeber und die ehemaligen Träger der Sachsen LB im Innenverhältnis von allen Verbindlichkeiten aus der von ihnen übernommenen Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei der Sachsen LB frei, die nach Ablauf des 31. Dezember 2007 gegen die Treugeber und die ehemaligen Träger der Sachsen LB erstmals geltend gemacht werden, sofern und soweit die Gewährträgerhaftung besteht, aufgrund von Ansprüchen der LBBW oder mit der LBBW im Sinne von §§ 15 ff AktG verbundenen Unternehmen im Zusammenhang mit der Ormond Quay Struktur einschließlich einer oder mehrerer Castle View-Vehikel, sofern sich dort Vermögensgegenstände befinden, die ursprünglich im Ormond Quay Portfolio enthalten waren. (Issuer Valuation Agreement vom 06. Mai 2004 in der Fassung vom 07. Juli 2005 zwischen der Sachsen LB Europe plc. und Ormond Quay Funding plc., Eden Quay Asset Limited, Ellis Quay Asset Management Limited sowie Merchants Quay Asset Management Limited.)

Die LBBW stellt im Übrigen die Treugeber sowie die ehemaligen Träger der Sachsen LB im Innenverhältnis von allen Verbindlichkeiten aus der von ihnen übernommenen Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei der Sachsen LB frei, die nach Ablauf des 31. Dezember 2010 gegen die Treugeber sowie die ehemaligen Träger der Sachsen LB erstmals geltend gemacht werden.

87. Patronatserklärungen.

Die LBBW trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, für die in der Aufstellung des Anteilsbesitzes der LBBW gekennzeichneten Unternehmen unabhängig von der Anteilsquote dafür Sorge, dass diese ihre Verbindlichkeiten erfüllen können. Im Fall der LBBW Bank Ireland plc, Dublin, trägt die LBBW

– solange sie mittelbarer oder unmittelbarer Anteilseigner ist – im Verhältnis gegenüber der irischen Bankaufsichtsbehörde dafür Sorge, dass die LBBW Bank Ireland plc, Dublin, in der Lage ist, ihre Verbindlichkeiten erfüllen zu können.

Die LBBW hat für die BW Bank Capital Funding LLC I sowie für die BW Bank Capital Funding LLC II eine Patronatserklärung abgegeben, die allen vor- und nachrangigen Verbindlichkeiten der LBBW einschließlich Genussrechtskapital im Rang nachsteht.

88. Treuhandgeschäfte.

Die nicht bilanzierten Treuhandgeschäfte betreffen folgende Arten von Vermögenswerten/Verbindlichkeiten und gliedern sich wie folgt:

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kreditinstitute	139	183
Forderungen an Kunden	1 204	1 282
Finanzanlagen	126	0
Sachanlagen	62	61
Sonstige Aktiva	45	54
Übrige Treuhandforderungen	1	0
	1 577	1 580
Treuhandverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	225	324
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 351	1 247
Sonstige Verbindlichkeiten	1	9
	1 577	1 580

Angaben zu derivativen Geschäften.

89. Einsatzzwecke derivativer Finanzinstrumente.

Eine Aufstellung über den Einsatzzweck der zum Stichtag im Bestand befindlichen Derivate gibt folgendes Bild:

	31.12.2007 Positiv Mio. EUR	31.12.2007 Negativ Mio. EUR	31.12.2006 Positiv Mio. EUR	31.12.2006 Negativ Mio. EUR
Fair Value				
Für Handelszwecke eingesetzte derivative Finanzinstrumente und ökonomische Hedgingderivate	13 463	14 009	11 343	10 558
Für Fair-Value-Hedge eingesetzte derivative Finanzinstrumente	4 999	5 491	4 922	5 310
Für Cashflow Hedge eingesetzte derivative Finanzinstrumente	3	10	3	14
	18 465	19 510	16 268	15 882

90. Zusammensetzung des Derivatevolumens.

31.12.2007 Mio. EUR	Nominalwerte Restlaufzeiten				Fair Value		
	Bis 3 Monate	Über 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Über 5 Jahre	Gesamt	Positiv	Negativ
Devisenkassa- und -termingeschäfte	102 417	35 077	3 956	245	141 695	1 949	1 780
Devisenoptionen (Käufe)	2 019	2 132	4 568	126	8 845	172	0
Devisenoptionen (Verkäufe)	1 882	1 934	3 733	107	7 656	0	149
Devisenoptionen	3 901	4 066	8 301	233	16 501	172	149
Zins-/Währungsswaps	2 501	4 874	12 567	9 392	29 334	1 620	2 836
Währungsbezogene Derivate	108 819	44 017	24 824	9 870	187 530	3 741	4 765
Forward Rate Agreements	0	296 272	20 992	0	317 264	93	253
Zinsswaps	248 560	201 048	336 489	328 196	1 114 293	12 338	11 416
Zinsoptionen (Käufe)	3 991	4 911	9 542	12 146	30 590	687	1
Zinsoptionen (Verkäufe)	4 190	5 004	14 504	16 296	39 994	-1	966
Zinsoptionen	8 181	9 915	24 046	28 442	70 584	686	967
Caps/Floors/Collars	2 174	5 229	23 053	13 325	43 781	189	155
Sonstige Zinskontrakte	511	163	483	1 420	2 577	10	11
Börsengehandelte Zins-Produkte	27 390	45 451	14 811	0	87 652	26	13
Zinsbezogene Derivate	286 816	558 078	419 874	371 383	1 636 151	13 342	12 815
Kreditderivate-Sicherungsgeber	1 650	3 821	32 726	19 081	57 278	64	951
Kreditderivate-Sicherungsnehmer	266	1 280	23 091	8 382	33 019	531	37
Kreditderivate	1 916	5 101	55 817	27 463	90 297	595	988
Börsengehandelte Produkte	1 753	8	0	0	1 761	255	192
Aktien-Termingeschäfte	5	0	0	0	5	4	2
Aktienoptionen (Käufe)	1 697	3 558	1 343	1 661	8 259	517	0
Aktienoptionen (Verkäufe)	1 824	3 413	1 129	1 440	7 806	0	741
Aktienoptionen	3 521	6 971	2 472	3 101	16 065	517	741
Sonstige Geschäfte	242	789	100	0	1 131	44	40
Sonstige Derivate	5 521	7 768	2 572	3 101	18 962	820	975
Derivate Gesamt	403 072	614 964	503 087	411 817	1 932 940	18 498	19 543

31.12.2006 Mio. EUR	Nominalwerte Restlaufzeiten				Fair Value		
	Bis 3 Monate	Über 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Über 5 Jahre	Gesamt	Positiv	Negativ
Devisenkassa- und -termingeschäfte	73 281	33 103	3 016	240	109 640	1 454	1 185
Devisenoptionen (Käufe)	2 874	3 442	641	19	6 976	100	- 6
Devisenoptionen (Verkäufe)	2 014	3 142	532	19	5 707	- 2	69
Devisenoptionen	4 888	6 584	1 173	38	12 683	98	63
Zins-/Währungsswaps	1 397	2 983	18 043	9 273	31 696	1 158	1 846
Sonstige währungsbezogene Derivate	664	322	446	36	1 468	68	48
Währungsbezogene Derivate	80 230	42 992	22 678	9 587	155 487	2 778	3 142
Forward Rate Agreements	1 500	111 877	42 545	0	155 922	35	21
Zinsswaps	178 805	170 480	340 652	303 847	993 784	11 851	10 803
Zinsoptionen (Käufe)	5 778	2 924	7 507	6 143	22 352	634	0
Zinsoptionen (Verkäufe)	3 662	5 535	12 443	13 487	35 127	1	980
Zinsoptionen	9 440	8 459	19 950	19 630	57 479	635	980
Caps/Floors/Collars	2 038	4 749	20 521	13 867	41 175	178	96
Sonstige Zinskontrakte	338	14	830	1 398	2 580	4	9
Börsengehandelte Zins-Produkte	37 773	98 372	29 351	0	165 496	70	46
Zinsbezogene Derivate	229 894	393 951	453 849	338 742	1 416 436	12 773	11 955
Kreditderivate-Sicherungsgeber	989	4 037	14 806	23 697	43 529	270	56
Kreditderivate-Sicherungsnehmer	200	305	6 638	8 276	15 419	42	182
Kreditderivate	1 189	4 342	21 444	31 973	58 948	312	238
Börsengehandelte Produkte	853	0	0	0	853	56	87
Aktienoptionen (Käufe)	2 286	1 097	554	1 164	5 101	300	0
Aktienoptionen (Verkäufe)	1 259	1 507	545	158	3 469	0	458
Aktienoptionen	3 545	2 604	1 099	1 322	8 570	300	458
Sonstige Geschäfte	57	276	20	0	353	119	53
Sonstige Derivate	4 455	2 880	1 119	1 322	9 776	475	598
Derivate Gesamt	315 768	444 165	499 090	381 624	1 640 647	16 338	15 933

Für Zwecke der Derivatestatistik werden Futuregeschäfte mit dem Fair Value angesetzt. Dagegen gleichen sich im jeweiligen Bilanzposten der Marktwert des Futuresgeschäfts und die gegenläufige Marginzahlung zu Null aus.

Die nachstehende Tabelle enthält die positiven und negativen Marktwerte sowie die Nominalwerte der derivativen Geschäfte aufgegliedert nach den jeweiligen Kontrahenten:

Mio. EUR	Fair Value				Nominalwerte	
	31.12.2007 Positiv	31.12.2007 Negativ	31.12.2006 Positiv	31.12.2006 Negativ	31.12.2007	31.12.2006
OECD-Banken	14 591	15 115	12 791	12 478	1 670 714	1 423 245
Nicht-OECD-Banken	91	120	64	53	11 815	7 956
Öffentliche OECD-Stellen	471	432	569	379	31 770	19 214
Sonstige Kontrahenten	3 345	3 876	2 914	3 023	218 641	190 232
Derivate Gesamt	18 498	19 543	16 338	15 933	1 932 940	1 640 647

Die Nominalwerte dienen als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen und stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar.

Sonstige Angaben.

91. Kapitalmanagement.

Ziel des Kapitalmanagements der LBBW ist es, eine solide Kapitalisierung im LBBW-Konzern sicherzustellen. Um eine Angemessenheit des Kapitals unter verschiedenen Aspekten zu gewährleisten, werden die Kapitalquoten und -strukturen sowohl aus dem Blickwinkel des ökonomischen Kapitals als auch des aufsichtsrechtlichen Kapitals betrachtet. Das Kapitalmanagement der LBBW ist eingebettet in den Gesamtbanksteuerungs-Prozess, die Strategie, die Regelwerke, die Überwachungsprozesse sowie die Organisationsstrukturen des LBBW-Konzerns. In dem 2006 gegründeten Vorstandsausschuss Capital Committee werden Maßnahmen zur Sicherstellung der Angemessenheit des Kapitals sowie der Kapitalquoten und -strukturen in regelmäßigem Turnus analysiert sowie Entscheidungsgrundlagen vorbereitet, welche vom Gesamtvorstand verabschiedet werden. Die Kapitalallokation erfolgt im Rahmen des Planungsprozesses und wird vom Gesamtvorstand regelmäßig überwacht. Das Capital Committee, koordiniert durch das Finanzcontrolling, setzt sich aus den Vorstandsmitgliedern von Corporate Center, Financial Markets, Finanzen, Operations und IT sowie den Leitern der Bereiche Finanzcontrolling, Konzernstrategie/Recht, Rechnungswesen/Meldewesen/Steuern, Treasury, Capital Markets und der Revision zusammen. Den Vorsitz des Capital Committees führt der Vorstandsvorsitzende des LBBW-Konzerns; er wird im Bedarfsfall durch den Vorstand für Finanzen, Operations und IT vertreten.

Ökonomisches Kapital.

Zur Sicherstellung und Überwachung des ökonomischen Kapitals legt der Vorstand, abgeleitet aus der Konzern-Risikotragfähigkeit (24,4 Mrd. EUR), einen fest definierten Betrag als zulässiges Gesamtrisiko (Verlustobergrenze, 11,6 Mrd. EUR) fest. Diese Verlustobergrenze dient als Basis für ein konzernweites Risikobegrenzungssystem (Limitsystem), welches Globallimite für die risikotragenden Teilkonzerne und Risikokategorien beinhaltet. Durch dieses Limitsystem werden Risiken im LBBW-Konzern gezielt begrenzt, zudem wird oberhalb der Verlustobergrenze ein ausreichender Kapitalpuffer für mögliche Verluste auch unter Stress-Szenarien vorgehalten.

Auf Basis der Risikoinventur werden konzernweit Risiken systematisch identifiziert und nach fest definierten Wesentlichkeitskriterien analysiert. Das ökonomische Kapital (9,4 Mrd. EUR) wird mithilfe von Risikomodellen für die einzelnen Risikokategorien und Teilkonzerne quantifiziert und in dem konzernweiten Limitsystem überwacht.

Zur weiteren Vertiefung der Risikosteuerungssysteme und des ökonomischen Kapitals verweisen wir auf den Risikobericht innerhalb des Konzernlageberichtes.

Regulatorisches Kapital.

Die Eigenmittel des LBBW-Konzerns werden auf Basis der Anforderungen des Kreditwesengesetzes (KWG) ermittelt und beruhen auf den für Institutsgruppen relevanten aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanz-Vorschriften.

Die Gesamtkennziffer des LBBW-Konzerns wird für das Jahr 2007 in Ausübung des Übergangwahlrechts nach § 339 Abs. 9 der Solvabilitätsverordnung (SolvV) nach den Vorgaben des bisherigen Grundsatzes I (GS I) ermittelt.

Gemäß § 10 KWG i. V. m. § 2 GS I darf die in Relation der Eigenmittel zur Summe aus den gewichteten Risikoaktiva und dem 12,5-fachen Anrechnungsbetrag der Marktrisikopositionen errechnete Gesamtkennziffer 8,0 % arbeitstäglich zum Geschäftsschluss nicht unterschreiten.

Diese Anforderungen wurden sowohl vom Institut der LBBW als auch von dem LBBW-Konzern jederzeit eingehalten.

Die **Eigenmittel** bestehen aus dem Kern- und Ergänzungskapital sowie den Drittrangmitteln. Dabei ist das gesamte Ergänzungskapital auf die Höhe des Kernkapitals begrenzt. Das Ergänzungskapital zweiter Klasse darf maximal 50 % des gesamten Ergänzungskapitals betragen. Die Drittrangmittel sind auf 250 % des freien Kernkapitals (Kernkapital, das nicht zur Unterlegung der gewichteten Risikoaktiva benötigt wird) begrenzt.

Das **Kernkapital** oder Tier I-Kapital besteht aus dem eingezahlten Kapital, der Kapitalrücklage sowie den sonstigen Rücklagen, den Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter, den Preference Shares, den Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB und den Abzugspositionen (im Wesentlichen immaterielle Vermögensgegenstände und Goodwill). Der überwiegende Teil der Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter des LBBW-Konzerns ist permanent und wird vor allem von den Trägern der LBBW gehalten.

Das **Ergänzungskapital** oder Tier II-Kapital besteht aus Ergänzungskapital erster Klasse, das sich aus den Vorsorgereserven nach § 340 f HGB und den Genussrechtsverbindlichkeiten zusammensetzt, sowie dem Ergänzungskapital zweiter Klasse, das die längerfristigen Nachrangverbindlichkeiten beinhaltet.

Als **Drittrangmittel** oder Tier III-Kapital werden kurzfristige nachrangige Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens zwei aber weniger als fünf Jahren angerechnet. Diese dürfen nur zur Unterlegung der Anrechnungsbeträge von Marktrisikopositionen verwendet werden.

Die Eigenmittel gemäß KWG berechnen sich auf Basis der Einzelabschlüsse der einbezogenen Unternehmen unter Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Rechnungslegungsvorschriften.

Die Zusammensetzung der Eigenmittel des LBBW-Konzerns ist nachfolgender Tabelle zu entnehmen:

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Eigenmittel (Tier I + II + III)	18 623	17 939
Kernkapital (Tier I)	12 422	10 698
Ergänzungskapital (Tier II)	5 208	6 853
Drittangmittel (Tier III)	993	388
Anrechnungspflichtige Positionen	191 402	169 939
Gewichtete Risikoaktiva	150 014	143 889
Anrechnungsbetrag für Marktrisikopositionen (12,5-facher Anrechnungsbetrag für Marktrisikopositionen)	41 388	26 050
Gesamtkennziffer gemäß Grundsatz I	9,7 %	10,6 %

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Kernkapital (Tier I)	12 422	10 698
Eingezahltes Kapital	1 541	1 656
Kapitalrücklage	3 074	3 074
Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter	4 099	4 126
Sonstige Rücklagen	2 565	2 302
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB	1 967	367
Abzugspositionen vom Kernkapital	- 824	- 827

Erläuterung der Veränderungen 2006 zu 2007

Das Kernkapital des LBBW-Konzerns wurde durch die Thesaurierung des Bilanzgewinns in die sonstigen Rücklagen gestärkt. Der Rückgang des eingezahlten Kapitals resultiert aus der Entkonsolidierung nachgeordneter Unternehmen, durch die Anteile Dritter nicht mehr dem Eigenkapital zugerechnet werden können. Darüber hinaus wurde mit Blick auf die IFRS-Rechnungslegung eine Umwandlung von stillen Vorsorgereserven (gemäß § 340 f HGB) in offene Vorsorgereserven (gemäß § 340 g HGB) bereits vollzogen und somit zu einer weiteren Verbreiterung der Kernkapitalbasis beigetragen. Im Gegenzug verringerte sich das Ergänzungskapital entsprechend. Aufgrund von Neubeschaffungen des LBBW-Instituts erhöhte sich der Bestand an kurzfristigen Nachrangverbindlichkeiten (Drittangmitteln) um 603,5 Mio. EUR. Diese werden zur Unterlegung von Marktrisikopositionen verwendet.

92. Zusätzliche Angaben zur Kapitalflussrechnung.

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderung des Finanzmittelfonds dargestellt durch die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit. Der Finanzmittelfonds entspricht der Barreserve des LBBW-Konzerns. Darin enthalten sind flüssige Mittel in Höhe von 2,5 Mio. EUR, über welche der Konzern nicht verfügen kann.

Der Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit wird nach der indirekten Methode aus dem Konzernabschluss entwickelt. Es gehören hierzu die Zahlungsvorgänge (Zu- und Abflüsse) aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie Wertpapieren

und anderen Aktiva. Die Zu- und Abgänge aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden aus verbrieften Verbindlichkeiten und anderen Passiva werden ebenfalls hierunter ausgewiesen. Des Weiteren sind die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen dem Cashflow aus der operativen Tätigkeit zugeordnet. Die Position Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten enthält das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, das unrealisierte Handelsergebnis, das unrealisierte Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option, das unrealisierte Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sowie Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und unrealisierte sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen. In den sonstigen Anpassungen sind Effekte aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Zinsaufwendungen und Steuern vom Einkommen und Ertrag ohne latente Steuern enthalten.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit umfasst die Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Beteiligungen, Anteilen an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und assoziierten Unternehmen beziehungsweise Sachanlagen sowie Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises.

Unter dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit werden sämtliche Ein- und Auszahlungen aus Transaktionen im Zusammenhang mit Eigenkapital sowie mit Nachrangkapital, Genussrechtskapital und typisch stillen Einlagen dargestellt.

93. Als Sicherheit übertragene beziehungsweise erhaltene Vermögenswerte.

Sicherungsgeber.

Folgende besicherte Verbindlichkeiten bestehen zum Bilanzstichtag im LBBW-Konzern:

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	24 164	15 908
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3 116	184
Verbriefte Verbindlichkeiten	25	128
Handelspassiva	2 667	1 408
Eventualverbindlichkeiten	87	147
	30 059	17 775

Im Wesentlichen erfolgte die Übertragung von Vermögenswerten als Sicherheit für eigene Verbindlichkeiten im Rahmen von Pensionsgeschäften sowie nach den Vorschriften des Pfandbriefgesetzes.

Folgende Vermögenswerte wurden als Sicherheiten für die genannten Verbindlichkeiten übertragen:

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	2 616	1 555
Forderungen an Kunden	3 399	339
Handelsaktiva	33 998	5 975
Finanzanlagen	11 717	9 046
Übertragene Vermögenswerte	51 730	16 915

Verpfändete Vermögenswerte dienen ausschließlich als Sicherheit für die Gegenpartei. Die Sicherheiten werden nach Beendigung des zugrunde liegenden Geschäftes zurückgegeben. Kommt es zu einem Ausfall durch die LBBW, hat die Gegenpartei den Anspruch, die Verbindlichkeit anhand der Sicherheit zu begleichen.

Sicherungsnehmer.

Der Fair Value der als Sicherheiten erhaltenen finanziellen und nicht finanziellen Vermögenswerte, welche der LBBW-Konzern auch bei nicht gegebenem Ausfall des Inhabers der Sicherheiten

veräußern oder erneut besichern darf, beläuft sich auf 34 426 Mio. EUR (Vorjahr: 835 Mio. EUR). Der Fair Value der im Berichtsjahr veräußerten oder neu besicherten Sicherheit beträgt 8 438 Mio. EUR (Vorjahr: 487 Mio. EUR). Davon ist der LBBW-Konzern bei Sicherheiten mit einem Fair Value von insgesamt 34 426 Mio. EUR (Vorjahr: 835 Mio. EUR) zur Rückgabe verpflichtet.

94. Nachrangige Vermögenswerte.

Als nachrangig sind Vermögenswerte anzusehen, wenn sie als Forderungen im Fall der Liquidation oder der Insolvenz des

Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger befriedigt werden dürfen. In den Bilanzaktiva sind folgende nachrangige Vermögensgegenstände enthalten:

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	274	33
Forderungen an Kunden	363	272
Handelsaktiva	273	554
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	377	174
Finanzanlagen	842	727
Nachrangige Vermögenswerte	2 129	1 760

95. Anteilsbesitz und Angaben zu Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Joint Ventures.

In der folgenden Übersicht ist der wesentliche Anteilsbesitz der LBBW dargestellt:

Name/Ort	Kapitalanteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigenkapital in Tausend	Ergebnis in Tausend
(A) In den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen					
Tochterunternehmen					
Baden-Württemberg L-Finance N.V., Hoofddorp, Niederlande ³⁾	100		EUR	2 736	4 790
Bahnhofplatz-Gesellschaft Stuttgart AG, Stuttgart ^{1) 4a)}	83,66	92,42	EUR	4 452	0
Eisenbahn-Siedlungsgesellschaft Stuttgart gGmbH, Stuttgart ¹⁾	85,39	94,87	EUR	11 000	11
Industriehof-Aktiengesellschaft, Stuttgart ^{1) 4a)}	83,63	92,37	EUR	23 282	0
Landesbank Baden-Württemberg Capital Markets Plc, London, Großbritannien ^{3) 5)}	100		GBP	7 044	2 044
LBBW Bank Ireland plc, Dublin, Irland ^{3a)}	100		EUR	10 551	11 002
LBBW Finance-Holding GmbH, Stuttgart ⁴⁾	100		EUR	409 000	0
LBBW Immobilien-Holding GmbH, Stuttgart ⁴⁾	100		EUR	751 251	0
LBBW Leasing GmbH, Mannheim ⁵⁾	100		EUR	731 789	0
LBBW Spezialprodukte-Holding GmbH, Stuttgart ⁴⁾	100		EUR	371 263	0
LBBW Immobilien GmbH, Stuttgart ¹⁾	90		EUR	707 367	33 491
LRI Landesbank Rheinland-Pfalz International S.A., Luxemburg, Luxemburg ¹⁾	100		EUR	667 086	13 900
LRP Capital GmbH, Mainz ^{1) 4a)}	100		EUR	14 000	0
LRP Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz	100		EUR	1 334 228	55 366
MKB Mittelrheinische Bank GmbH, Koblenz ²⁾	100		EUR	30 071	210
Schlossgartenbau-Aktiengesellschaft, Stuttgart ^{1) 4a)}	82,56	91,19	EUR	6 592	0
SüdFactoring GmbH, Stuttgart ^{1) 4a)}	100		EUR	1 600	0
Süd-Kapitalbeteiligungs-Gesellschaft mbH, Stuttgart ^{1) 4a)}	100		EUR	88 982	0
SüdLeasing GmbH, Mannheim ^{2) 4a)}	100		EUR	32 085	0
Voll konsolidierte Tochterunternehmen (SIC 12)					
Bodensee II Funding L.T.D., St. Helier, Jersey, Großbritannien ¹⁾	0		EUR	---	---
FIT Repo Ltd., Dublin 2, Irland ¹⁾	0		EUR	---	---
Lake Constance Funding Ltd., GB St. Helier, Jersey, Großbritannien ¹⁾	0		EUR	---	---
LI-FI (Leveraged Investment in Financial Institutions), Kaim GeorgeTown, Kaimaninseln ¹⁾	58,52		EUR	---	---
Mainau Funding Ltd., Dublin, Irland ¹⁾	0		EUR	---	---
Peter Pike Funding LLC / Rathlin Loan Ltd., Dublin 2, Irland ¹⁾	0		EUR	---	---
Spencerview Asset Management Ltd., Dublin 1, Irland ¹⁾	0		EUR	---	---

Name/Ort	Kapitalanteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigenkapital in Tausend	Ergebnis in Tausend
(B) Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen					
Tochterunternehmen					
Baden-Württembergische Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart ⁵⁾	64		EUR	16 093	2 655
BMG Beteiligungsmanagementgesellschaft mbH, Stuttgart ⁵⁾	100		EUR	73	-18
BW Capital Markets Inc., Florham Park, NEW JERSEY, USA ^{3) 5)}	100		USD	1 192	-134
BW-Immobilien GmbH, Stuttgart ^{4) 5)}	100		EUR	3 199	0
LBBW Asset Management GmbH, Stuttgart ^{3) 5)}	100		EUR	5 815	2 027
LBBW (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz ⁵⁾	100		CHF	12 392	1 439
LBBW US Real Estate Investment LLC, Wilmington, Delaware, USA ⁵⁾	100		USD	36 859	7 469
LBBW Venture Capital GmbH, Stuttgart ⁵⁾	100		EUR	28 869	2 074
R-Procedo Factoring GmbH, Wiesbaden ¹⁾	100		EUR	2 675	1 675
Süd Private Equity GmbH & Co. KGaA, Stuttgart ⁵⁾	100		EUR	60 853	9 886
Gemeinschaftsunternehmen					
LHI Leasing GmbH, München ^{1) 5)}	51		EUR	55 857	14 357
Assoziierte Unternehmen					
Bankhaus Ellwanger & Geiger KG, Stuttgart ⁵⁾	47,7		EUR	12 300	2 810
BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, Stuttgart ^{1) 5)}	45	40	EUR	239 880	22 906
Landesbank Sachsen Aktiengesellschaft, Leipzig	0		EUR	1 417 385	0
Siedlungswerk gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Stuttgart ^{1) 5)}	25		EUR	200 280	5 079
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz, Österreich ^{1) 5)}	15,16	25	EUR	396 452	34 103
Wesentliche Beteiligungen					
DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main/Berlin ⁶⁾	14,56		EUR	1 426 031	33 628
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf ^{1) 5)}	20,31		EUR	706 820	111 300
Schweizerische National-Versicherungs-Gesellschaft, Basel, Schweiz ^{1) 5)}	11,35	5	CHF	639 570	63 741
Württembergische Lebensversicherung AG, Stuttgart ⁵⁾	10,01		EUR	165 030	15 222
Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart ⁵⁾	10		EUR	1 439 569	10 746

¹⁾ Mittelbar gehalten.

²⁾ Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile.

³⁾ Es besteht eine Patronatserklärung.

^{3a)} Es besteht eine Patronatserklärung. Die Patronatserklärung wurde mit Wirkung zum 31. August 2007 widerrufen.

⁴⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

^{4a)} Ergebnisabführungsvertrag mit einer anderen Gesellschaft.

⁵⁾ Es liegen nur Daten zum 31. Dezember 2006 vor.

⁶⁾ Gewährträgerhaftung.

Eine vollständige Aufzählung des Anteilsbesitzes des LBBW-Konzerns gemäß § 313 HGB wird im elektronischen Bundesanzeiger offengelegt.

Die Schlossgartenbau-Aktiengesellschaft, an welcher die LBBW indirekt zu 82,56 % beteiligt ist, ist ein börsennotiertes Unternehmen. Diese hat die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht. Unsere Anteile an der Gesamtsumme aller Vermögenswerte und Schulden sowie Erlöse und Periodenergebnisse unserer assoziierten Unternehmen sind in Note 66 dargestellt.

96. Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen. Der Umfang der Transaktionen kann den folgenden Aufstellungen entnommen werden:

Mio. EUR	Anteilseigner	Mitglieder des Vorstandes	Verbundene Unter- nehmen	Assoziierte Unter- nehmen	Joint Ventures	Sonstige nahe- stehende Personen/ Unter- nehmen
Forderungen an Kreditinstitute						
2007	3 681	0	11	2 084	0	6 421
2006	3 343	0	1	0	0	5 098
Forderungen an Kunden						
2007	4 146	0	1 780	17	0	264
2006	4 099	0	1 676	5	0	145
Handelsaktiva, der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte						
2007	1 079	0	31	139	0	277
2006	2 151	0	0	0	0	395
Finanzanlagen						
2007	78	0	737	576	166	1 444
2006	80	0	948	193	11	4
Sonstige Aktiva						
2007	0	0	0	131	0	0
2006	0	0	84	0	0	1
Aktiva insgesamt						
2007	8 984	0	2 559	2 947	166	8 406
2006	9 673	0	2 709	198	11	5 643

Mio. EUR	Anteilseigner	Mitglieder des Vorstandes	Verbundene Unter- nehmen	Assoziierte Unter- nehmen	Joint Ventures	Sonstige nahe stehende Personen/ Unter- nehmen
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
2007	3 668	0	9	1 153	0	8 542
2006	2 465	0	1	0	0	2 479
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
2007	2 712	2	525	0	0	780
2006	892	2	956	1	0	257
Verbriefte Verbindlichkeiten						
2007	0	0	0	0	0	1 014
2006	0	0	0	0	0	0
Handelsaktiva, der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten						
2007	478	0	0	130	0	354
2006	122	0	3	0	0	161
Rückstellungen						
2007	0	0	0	0	0	4
2006	0	0	0	0	0	0
Nachrangkapital						
2007	0	0	0	0	0	55
2006	0	0	0	0	0	27
Sonstige Passiva						
2007	1	0	1	0	0	0
2006	0	0	35	0	0	0
Passiva insgesamt						
2007	6 859	2	535	1 283	0	10 749
2006	3 479	2	995	1	0	2 924

Im Geschäftsjahr 2007 wurden weder Rückstellungen für zweifel-
hafte Forderungen hinsichtlich der ausstehenden Salden gebildet,
noch wurde in 2007 ein Aufwand für uneinbringliche oder
zweifelhafte Forderungen gegenüber nahestehenden Unterneh-
men und Personen erfasst.

Natürliche Personen, die gemäß IAS 24 als nahestehend
betrachtet werden, sind die Mitglieder des Vorstandes und des

Verwaltungsrates einschließlich Angehöriger der LBBW-Bank als
Mutterunternehmen. Vergütungen und Geschäftsvorfälle mit den
betreffenden Personen können der Note 97 entnommen werden.
Es wurden Garantien für assoziierte Unternehmen im Rahmen
des täglichen Geschäftes gegeben.

97. Organe und deren Mandate.
Mitglieder der Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane.

Vorstand der LBBW.

DR. SIEGFRIED JASCHINSKI
Vorsitzender des Vorstands

MICHAEL HORN
Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands

DR. PETER A. KAEMMERER
Mitglied des Vorstands

JOACHIM E. SCHIELKE
Mitglied des Vorstands

HANS-JOACHIM STRÜDER
Mitglied des Vorstands

DR. BERNHARD WALTER
Mitglied des Vorstands

RUDOLF ZIPF
Mitglied des Vorstands

Verwaltungsrat der LBBW.

Vorsitzender

PETER SCHNEIDER, MdL
Präsident des Sparkassenverbandes
Baden-Württemberg, Stuttgart

1. stv. Vorsitzender

STEFAN MAPPUS, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion im
Landtag von Baden-Württemberg,
Stuttgart

2. stv. Vorsitzender

DR. WOLFGANG SCHUSTER
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

Ordentliche Mitglieder

THOMAS BERRETH*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

SIEGFRIED BESSEY*
Bankangestellter im Vorruhestand,
Esslingen

HARALD COBLENZ*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Karlsruhe

BERND DOLL
Oberbürgermeister der Stadt Bruchsal,
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Sparkasse Kraichgau

RICHARD DRAUTZ
Staatssekretär im Wirtschaftsministerium
des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

DR.-ING. E. H. HEINZ DÜRR
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Dürr AG, Stuttgart

WALTER FRÖSCHLE*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

ALBERT HÄBERLE
ab 5. Oktober 2007
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Waiblingen

JÜRGEN HILSE
bis 5. Oktober 2007
Senator E. h., Sparkassendirektor,
Vorsitzender des Vorstands der
Kreissparkasse Göppingen

HELMUT HIMMELSBACH
Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn

DR. SC. TECHN. DIETER HUNDT
Senator E. h.,
Präsident der Bundesvereinigung
der Deutschen Arbeitgeberverbände,
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
ALLGAIER-WERKE GmbH, Udingen

JENS JUNGBAUER*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

DIPL.-ING. (FH) MANFRED KANZLEITER
Stadtrat, Vorsitzender der SPD-Fraktion
im Gemeinderat der Landeshauptstadt
Stuttgart

LIAN LIE LIEM*
Bankangestellte der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

GÜNTHER NOLLERT*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Mannheim

EUGEN SCHÄUFELE
ab 15. Juni 2007
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Reutlingen

HELMUT SCHLEWEIS
ab 5. Oktober 2007
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Sparkasse Heidelberg

DR. NILS SCHMID, MdL
Rechtsanwalt, Stv. Vorsitzender
der SPD-Fraktion im Landtag von
Baden-Württemberg, Stuttgart

CLAUS SCHMIEDEL, MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag
von Baden-Württemberg, Stuttgart

HERMANN SEIMETZ
Senator E. h., Donzdorf

WILLI STÄCHELE, MdL
Minister des Staatsministeriums und für
europäische Angelegenheiten des Landes
Baden-Württemberg, Stuttgart

GERHARD STRATTHAUS, MdL
Finanzminister des Landes
Baden-Württemberg, Stuttgart

HANS OTTO STREUBER
Präsident des Sparkassen- und
Giroverbandes Rheinland-Pfalz,
Budenheim

JÜRGEN TEUFEL
bis 30. September 2007
Senator h. c., Sparkassendirektor a. D.,
Calw

GABRIELE TIETZ*
bis 31. Dezember 2007
Bankangestellte i. R., Stuttgart

REINHOLD UHL
Stadtrat, Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Gemeinderat der Landeshauptstadt
Stuttgart

WERNER UNFRIED*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

KURT WIDMAIER
Landrat des Landkreises Ravensburg,
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Kreissparkasse Ravensburg

NORBERT ZIPF *
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

* von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewählt

Stellvertretende Mitglieder

DIPL.-OEC. MUHTEREM ARAS
Stadträtin, Steuerberaterin, Vorsitzende
der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Gemeinderat der Landeshauptstadt
Stuttgart

STEFAN BARG
Stadtrat, Regierungsdirektor,
Staatsministerium Baden-Württemberg,
Stuttgart

HANS BAUER*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

DIPL.-WIRTSCH.-ING. (FH)
BERND BECHTOLD
Präsident der IHK Karlsruhe,
Geschäftsführender Gesellschafter b.i.g.
bechtold INGENIEURGESELLSCHAFT MBH,
Karlsruhe

CHRISTIAN BRAND
Vorsitzender des Vorstands der
Landeskreditbank Baden-Württemberg
– Förderbank –, Karlsruhe

ROLAND BÜRKLE
ab 1. April 2007
Bürgermeister der Stadt Bad Wurzach

WOLFGANG DREXLER, MdL
Oberamtsanwalt a. D.,
Erster stellvertretender Präsident des
Landtags von Baden-Württemberg,
Stuttgart

MICHAEL FÖLL, MdL
Erster Bürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

ARMIN FREUNDL*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

DR. RAINER HAAS M. A.
Senator h. c.,
Landrat des Landkreises Ludwigsburg,
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Kreissparkasse Ludwigsburg

EBERHARD HÄGE*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

MARTIN HAIBLE*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

KARLHEINZ HEINZELMANN*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

HORST HOFFMANN
Sparkassendirektor, Vorsitzender
des Vorstands der Sparkasse Südliche
Weinstraße in Landau, Landau

UDO HUMMEL*
bis 31. Dezember 2007
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

HANS GEORG JUNGINGER, MdL
Rechtsanwalt, Vorsitzender des
Innenausschusses der SPD-Fraktion
im Landtag von Baden-Württemberg,
Stuttgart

TIMO KLEIN*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Karlsruhe

HEINZ-JÜRGEN KOLOCZEK
bis 31. März 2007
Oberbürgermeister a. D., Tuttlingen

SABINE LEHMANN*
Bankangestellte der Landesbank
Baden-Württemberg, Mannheim

THOMAS LÜTZELBERGER
Sparkassendirektor,
Vorsitzender des Vorstands der
Sparkasse Schwäbisch Hall-Crailsheim

HERMANN MADER
Landrat des Landkreises Heidenheim,
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Kreissparkasse Heidenheim

PETER MAY
Senator E. h., Honorarkonsul von
Uruguay, Vorstandsvorsitzender der
STINAG Stuttgart Invest AG, Stuttgart

DR. GISELA MEISTER-SCHUEFELEN
ab 6. August 2007
Ministerialdirektorin im
Finanzministerium des Landes
Baden-Württemberg, Stuttgart

SIEGFRIED RIEG
Kreisrat, Oberbürgermeister a. D.,
Giengen

DIETER RÖSLER*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

JOHANN ROTH
Sparkassendirektor, Vorsitzender
des Vorstands der Bezirkssparkasse
Reichenau

DR. STEFAN SCHEFFOLD, MdL
Rechtsanwalt, Stellvertretender
Vorsitzender der CDU-Fraktion im
Landtag von Baden-Württemberg,
Stuttgart

GERD SIEBERTZ*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

JOACHIM WALTER
Landrat des Landkreises Tübingen,
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Kreissparkasse Tübingen

PROF. DR. WILLI WEIBLEN
Ministerialdirigent im Wirtschafts-
ministerium des Landes
Baden-Württemberg, Stuttgart

HUBERT WICKER
bis 6. August 2007
Staatssekretär im Staatsministerium des
Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

CLEMENS WINCKLER
Waghäusel-Wiesental

* von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewählt

Die Bezüge und leistungsorientierten Pensionszusagen der Organe setzten sich dabei wie folgt zusammen:

	Vorstand		Verwaltungsrat	
	2007 Mio. EUR	2006 Mio. EUR	2007 Mio. EUR	2006 Mio. EUR
Bezüge der Organe				
Gehälter und kurzfristig fällige Leistungen	6,0	5,0	0,3	0,3
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Verpflichtungsumfang aus leistungsorientierten Pensionszusagen)	12,5	14,5	0,0	0,0
Bezüge früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebenen				
Gehälter und kurzfristig fällige Leistungen	5,0	5,3	0,0	0,0
Verpflichtungsumfang aus leistungsorientierten Pensionszusagen gegenüber diesem Personenkreis	57,6	67,8	0,0	0,0

Die für den vorab dargestellten Personenkreis bestehenden Rückstellungen für Pensionen in Höhe von insgesamt 70,1 Mio. EUR (Vorjahr 82,3 Mio. EUR) decken sämtliche Verpflichtungen gegenüber den Pensionsberechtigten ab. Zum Bilanzstichtag waren Kredite und Vorschüsse an Mitglieder des Vorstandes und Mitglieder des Verwaltungsrates in

Höhe von 4,1 Mio. EUR (Vorjahr 4,3 Mio. EUR) gewährt. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen. Alle Kredite an Mitglieder des Vorstandes und Mitglieder des Verwaltungsrates werden zu marktüblichen Konditionen verzinst.

Mandate.

Von gesetzlichen Vertretern oder anderen Mitarbeitern der LBBW wurden folgende Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien und vergleichbaren Kontrollgremien von großen Kapitalgesellschaften und bedeutenden Kreditinstituten im In- und Ausland wahrgenommen:

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
AdCapital AG, Leinfelden-Echterdingen	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder
AIG International Real Estate GmbH & Co. KGaA, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Patrick Walcher bis 19. Juni 2007
AKA Ausfuhrkredit GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat stv. Aufsichtsrat	Joachim Landgraf Elvira Bergmann
AKSys GmbH, Worms	Aufsichtsrat	Joachim Hug
Allgaier Werke GmbH, Udingen	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke ab 23. Juli 2007
asknet AG, Karlsruhe	Aufsichtsrat	Joachim Hug
Baden-Württembergische Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart	Aufsichtsrat	Markus Gierke
Bankhaus Ellwanger & Geiger, Stuttgart	Vorsitzender des Verwaltungsrats und des Kreditausschusses	Michael Horn
B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Rudolf Zipf
börse-stuttgart AG, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Horst Marschall Hans-Joachim Strüder
Bürgerliches Brauhaus Ravensburg-Lindau AG, Ravensburg	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Harald R. Pfab Mitarbeiter der LBBW bis 30. August 2007
Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Dr. Bernhard Walter Dr. Hariolf Teufel bis 31. Dezember 2007
Dambach Werke GmbH, Gaggenau	Beirat	Jürgen Prockl
DekaBank Deutsche Girozentrale, Berlin und Frankfurt am Main	Verwaltungsrat 2. stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats Verwaltungsrat	Dr. Siegfried Jaschinski bis 04. Dezember 2007 Dr. Siegfried Jaschinski ab 05. Dezember 2007 Dr. Friedrich Plogmann
Dürr AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke
Euwax AG, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Horst Marschall ab 03. Dezember 2007 Horst Marschall ab 29. Juni 2007 bis 02. Dezember 2007 Hans-Joachim Strüder ab 29. Juni 2007
Grieshaber Logistik AG, Weingarten	Aufsichtsrat	Michael Horn
Heidelberger Druckmaschinen AG, Heidelberg	Aufsichtsrat	Dr. Siegfried Jaschinski ab 03. April 2007
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf	Aufsichtsrat	Dr. Siegfried Jaschinski
Hymer AG, Bad Waldsee	Aufsichtsrat	Michael Horn
Karlsruher Versicherung AG, Karlsruhe (Gesellschaft wurde zum 28. September auf eine andere Gesellschaft verschmolzen und ging als Rechtssubjekt unter)	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Horst Marschall bis 28. September 2007
KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main	Verwaltungsrat	Dr. Siegfried Jaschinski ab 05. Dezember 2007

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
Landesbank Rheinland-Pfalz Girozentrale, Mainz	Vorsitzender des Verwaltungsrats Verwaltungsrat stv. Verwaltungsrat stv. Verwaltungsrat stv. Verwaltungsrat	Dr. Siegfried Jaschinski Michael Horn Joachim E. Schielke Dr. Bernhard Walter Rudolf Zipf
LBBW Immobilien GmbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Dr. Siegfried Jaschinski Dr. Bernhard Walter
LBS Baden-Württemberg, Stuttgart und Karlsruhe	Verwaltungsrat stv. Verwaltungsrat	Michael Horn Rudolf Zipf
MKB Mittelrheinische Bank GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke Michael Horn Dr. Bernhard Walter
MMV-Leasing GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Beirats stv. Vorsitzender des Beirats Beirat	Joachim E. Schielke Michael Horn Dr. Bernhard Walter
Provinzial Rheinland-Holding AdöR., Düsseldorf	stv. Aufsichtsrat	Paul K. Schminke
Rohwedder AG, Bermatingen	Aufsichtsrat	Dr. Peter Kaemmerer
Schlossgartenbau AG, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Hans Strudel Dr. Armin Brendle
Schwabenverlag AG, Ostfildern	Aufsichtsrat	Werner Partsch
Siedlungswerk Gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Michael Horn Andreas Benninger Dr. Frank Schwertfeger
Sparkasse Donnersberg, Rockenhausen	Verwaltungsrat	Gabriela Wildanger-Hofmeister
Storsack Holding GmbH, Viernheim	Aufsichtsrat	Rolf Kentner
Stratec biomedical Systems AG, Birkenfeld	Aufsichtsrat	Burkhard Wollny
SüdWert Wohnungsprivatisierungs-GmbH, Bietigheim-Bissingen	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat stv. Aufsichtsrat	Rainer Konopka Rudolf Klenk Dr. Frank Schwertfeger
Südwestdeutsche Salzwärke AG, Heilbronn	Aufsichtsrat	Rudolf Zipf bis 20. Juli 2007
SV SparkassenVersicherung Holding AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Michael Horn
Universal-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Horst Marschall
WestInvest Gesellschaft für Investmentfonds mbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Helmut Dohmen bis 28. Februar 2007
Württembergische Lebensversicherung AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Michael Horn
Wüstenrot Bank AG Pfandbriefbank, Ludwigsburg	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder
Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke

98. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Mitarbeiterzahl setzte sich im Durchschnitt wie folgt zusammen:

	2007			2006		
	Männlich	Weiblich	Gesamt	Männlich	Weiblich	Gesamt
Vollzeit	5 768	4 069	9 837	5 725	4 077	9 802
Teilzeit	150	2 156	2 306	174	2 094	2 268
Auszubildende	289	307	596	292	306	598
Insgesamt	6 207	6 532	12 739	6 191	6 477	12 668

99. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.

Zum Erwerb der Sachsen LB wurde bis Anfang März 2008 ein Konsens über eine Ergänzungsvereinbarung zur Grundlagenvereinbarung vom 26./27. August 2007 erzielt. Diese Ergänzungsvereinbarung regelt die Beendigung des Treuhandverhältnisses mit – und somit den Abschluss des Erwerbs der Sachsen LB durch die LBBW sowie die Separierung von Positionen des Kreditersatzgeschäfts in einer Zweckgesellschaft, für deren Absicherung der Freistaat Sachsen eine Garantieerklärung in Höhe von insgesamt 2,75 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt hat. Die Haftung der Sachsen LB bzw. Sachsen LB Europe für die separierten Positionen endet aufgrund dieser Regelung. Die Prüfung gemäß Beihilfevorschriften des EG-Vertrags hat die Europäische Kommission am 27. Februar 2008 annonciert. Nach Beseitigung aller aufschiebenden Bedingungen unter der Ergänzungsvereinbarung zur Grundlagenvereinbarung hat die LBBW 100 % der Aktien an der Sachsen LB erworben.

Nachdem die LBBW alleiniger Eigentümer der Sachsen LB geworden ist, hat sie dieser rückwirkend zum 31. Dezember 2007 einen Ertragszuschuss in Höhe von 391,4 Mio. EUR gewährt, um eine anteilige Reduzierung der Kapitalrückzahlungen von Genussrechten und stillen Einlagen durch Verluste der Sachsen

LB zu vermeiden. Die LBBW hat den Ertragszuschuss zum Zeitpunkt der Zahlung in neuer Rechnung erfasst. Er erhöht als nachträgliche Anschaffungskosten den Buchwert der Beteiligung an der Sachsen LB und ist damit erfolgsneutral. Die Sachsen LB ist zum 1. April 2008 im Rahmen eines sogenannten Anwachsungsmodells in der LBBW aufgegangen. Dabei hat die LBBW das mittelständische Firmenkundengeschäft der Sachsen LB sowie das Unternehmenskunden- und gehobene Privatkundengeschäft der BW-Bank in Mitteldeutschland in der zum 1. April 2008 entstandenen Sachsen Bank gebündelt.

Ende Februar 2008 haben sich die Träger der Landesbank Baden-Württemberg und das Land Rheinland-Pfalz in einem Eckpunktepapier darüber verständigt, dass die LRP zum 1. Juli 2008 in eine unselbstständige Anstalt umgewandelt und in die LBBW integriert werden soll.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, bestehen nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2007 in Form der noch nicht überwundenen Finanzmarktkrise und der damit einhergehenden Belastungen.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter.

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim, den 2. April 2008

Der Vorstand



DR. SIEGFRIED JASCHINSKI
Vorsitzender



MICHAEL HORN
Stv. Vorsitzender



DR. PETER A. KAEMMERER



JOACHIM E. SCHIELKE



HANS-JOACHIM STRÜDER



DR. BERNHARD WALTER



RUDOLF ZIPF

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.

»Wir haben den von der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim, (LBBW) aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems

sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.«

Stuttgart, den 2. April 2008

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


(WALTER SCHULDT)
Wirtschaftsprüfer


(DR. ANDREAS RUSS)
Wirtschaftsprüfer

Trägerversammlung.

Vorsitzender

GÜNTHER H. OETTINGER, MdL
Ministerpräsident des
Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

1. stv. Vorsitzender

PETER SCHNEIDER, MdL
Präsident des Sparkassenverbandes
Baden-Württemberg, Stuttgart

2. stv. Vorsitzender

DR. WOLFGANG SCHUSTER
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt Stuttgart

Mitglieder

HERMANN BAUER
Bürgermeister der Stadt Weilheim a. d. T.

CHRISTIAN BRAND
Vorsitzender des Vorstands der
Landeskreditbank Baden-Württemberg –
Förderbank –, Karlsruhe

BERND DOLL
Oberbürgermeister der Stadt Bruchsal,
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Sparkasse Kraichgau

MICHAEL FÖLL, MdL
Erster Bürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

JÜRGEN HILSE
bis 31. März 2007
Senator E. h., Sparkassendirektor,
Vorsitzender des Vorstands der
Kreissparkasse Göppingen

ERNST PFISTER, MdL
Wirtschaftsminister des
Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

HERIBERT RECH, MdL
Innenminister des
Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

HELMUT SCHLEWEIS
ab 01. April 2007
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Sparkasse Heidelberg

GERHARD STRATTHAUS, MdL
Finanzminister des
Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

HANS OTTO STREUBER
Präsident des Sparkassen- und
Giroverbandes Rheinland-Pfalz,
Budenheim

Mitglieder des Beirats.

PROFESSOR DR. ULRICH ABSHAGEN*
Geschäftsführer der Heidelberg
Innovation Fonds Management GmbH,
Heidelberg

DIPL.-KFM. DIPL.-ING. HELMUT ACKER*
bis 31. Dezember 2007
Ulm

WILLEM G. VAN AGTMAEL*
Honorarkonsul des Königreichs der
Niederlande, Geschäftsführender Gesell-
schafter der E. Breuninger GmbH & Co.,
Stuttgart

THOMAS ARTMANN*
Karlsruhe

ROBERT AULBACH*
Geschäftsführender Gesellschafter
der Miltenberger Otto Aulbach GmbH,
Miltenberg

HELMUT AURENZ*
Honorarkonsul von Estland, Senator h.c.
Geschäftsführender Gesellschafter
der Helmut Aurenz GmbH & Co. KG,
Ludwigsburg

BARBARA BAUER
Oberkirchenrätin, Evangelische
Landeskirche in Baden, Karlsruhe

ROBERT BAUSCH*
Geschäftsführer der Liebherr-
International Deutschland GmbH,
Biberach

ALBERT BERNER*
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Berner Gruppe, Künzelsau

DR. KURT BOCK
Mitglied des Vorstands der BASF
Aktiengesellschaft, Ludwigshafen

DR. GERO-FALK BORRMANN
Erster Direktor, Vorsitzender der
Geschäftsführung der Deutschen
Rentenversicherung Baden-Württemberg,
Karlsruhe

DR. CHRISTOF BOSCH*
Königsdorf

PETER BOUDGOUST
ab 1. Juli 2007
Intendant des Südwestrundfunks,
Stuttgart

DR. ULRICH BROCKER*
Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall
Gesamtverband Arbeitgeberverbände der
Metall- und Elektro-Industrie e.V., Berlin

DR.-ING. DIETER BRUCKLACHER*
Vorsitzender der Geschäftsführung der
Leitz Holding GmbH & Co. KG,
Oberkochen

PROFESSOR DR. UTZ CLAASSEN*
bis 30. September 2007
Vorsitzender der BDI-Initiative
»Innovationsstrategien und Wissens-
management«, Berlin

DIPL.-KFM. JÜRGEN DANNENMANN*
bis 31. Dezember 2007
Stuttgart

ALBRECHT VON DEWITZ*
Geschäftsführender Gesellschafter der
VAUDE Sport GmbH & Co. KG,
Tettnang

DIPL.-KFM. WOLF-GERD DIEFFENBACHER*
Geschäftsführender Gesellschafter
der Dieffenbacher GmbH + Co. KG,
Eppingen

RALF W. DIETER*
Vorsitzender des Vorstands der Dürr AG,
Stuttgart

PROFESSOR DR. H. C. VIKTOR DULGER*
Honorargeneralkonsul von Malta,
Senator E. h.
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
ProMinent Unternehmensgruppe,
Heidelberg

DR. ALEXANDER ERDLAND
Vorsitzender des Vorstands der
Wüstenrot & Württembergische AG,
Stuttgart

PROFESSOR H. C. KLAUS FISCHER*
Senator E. h. mult.
Inhaber und Vorsitzender der Geschäfts-
führung der Unternehmensgruppe
fischer, fischer holding GmbH & Co. KG,
Waldachtal

DR. WOLFGANG FISCHER
Mitglied des Vorstands der
Stuttgarter Versicherungsgruppe,
Stuttgart

PROFESSOR DR. DR. H. C. MULT.
WOLFGANG FRANZ*
Präsident des Zentrums für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW),
Mannheim

DR. WOLFRAM FREUDENBERG*
Vorsitzender des Gesellschafter-
ausschusses Freudenberg & Co. KG,
Weinheim

HARTMUT FRÖHLICH*
Heilbronn

DIPL.-KFM. KLAUS FURLER*
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Papierfabrik August Koehler AG,
Oberkirch

DIPL.-KFM. HORST H. GEIDEL*
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Behr GmbH & Co. KG, Stuttgart

DR. JOCHEN GUTBROD*
Stv. Vorsitzender der Geschäftsführung
der Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck
GmbH, Stuttgart

DR. JÜRGEN GUTBROD*
Geschäftsführender Gesellschafter der
W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

DR. RAINER HÄGELE
Ministerialdirektor a. D., Stuttgart

HANS-GEORG HÄRTER*
Vorsitzender des Vorstands der
ZF Friedrichshafen AG, Friedrichshafen

* Zugleich Mitglied des Beirats der Baden-Württembergischen Bank

DIPL.-VOLKSWIRT HOLGER P. HÄRTER*
Honorarkonsul von Norwegen,
Mitglied des Vorstands der
Dr. Ing. h. c. F. Porsche Aktien-
gesellschaft, Stuttgart

HANS-JOACHIM HAUG
Direktor, Vorsitzender des Vorstands
der Württembergischen Gemeinde-
Versicherung a. G., Stuttgart

DR. JOHANNES HAUPT*
Vorsitzender des Vorstands der
metabo Aktiengesellschaft, Nürtingen

DIPL.-ING. BERNDT HELLER*
Senator E. h., Vorsitzender des Aufsichts-
rats der Gebr. Heller Maschinenfabrik
GmbH, Nürtingen

HANS JOCHEN HENKE
Rechtsanwalt, Staatssekretär i.e.R.,
Generalsekretär des Wirtschaftsrates der
CDU e.V., Berlin

DIPL.-KFM. ROLF HERMLE*
Geschäftsführer der BALLUFF GmbH,
Neuhausen

HANS-JOACHIM HERRMANN*
Geschäftsführender Gesellschafter der
Schokinag Schokolade-Industrie
Herrmann GmbH & Co. KG, Mannheim

MICHAEL HIMMELSBACH
Erzbischöflicher Oberrechtsdirektor,
Erzbischöfliches Ordinariat,
Erzdiözese Freiburg, Freiburg i.Br.

DR. MANFRED HIRSCHVOGEL*
Geschäftsführender Gesellschafter der
Hirschvogel Umformtechnik GmbH,
Denklingen

DR. ROLF HOBERG
Vorsitzender des Vorstands der
AOK Baden-Württemberg, Stuttgart

DR.-ING. RAINER HOFMEISTER*
Geschäftsführer der
industrie automation GmbH & Co. KG,
Heidelberg

S. D. KRAFT ERBPRINZ ZU HOHENLOHE-
OEHRINGEN*
Fürst zu Hohenlohe-Oehringen'sche
Verwaltung, Öhringen

S. D. KARL FRIEDRICH ERBPRINZ VON
HOHENZOLLERN LIC.RER.POL.*
Unternehmensgruppe Fürst von
Hohenzollern, Sigmaringen

HARTMUT JENNER*
Vorsitzender der Geschäftsführung
der Alfred Kärcher GmbH & Co. KG
Reinigungssysteme, Winnenden

PROFESSOR DR.-ING. HEINZ K. JUNKER*
Vorsitzender der Geschäftsführung der
MAHLE GmbH, Stuttgart

HEINZ KÄLBERER
Oberbürgermeister a. D.,
Vaihingen an der Enz

DIPL.-KFM. DIRK KALIEBE*
Mitglied des Vorstands der
Heidelberger Druckmaschinen AG,
Heidelberg

DR. MARTIN KASTRUP
Oberkirchenrat, Dezernent für
Finanzen und Informationstechnologie
der Evangelischen Landeskirche in
Württemberg, Stuttgart

DR. RER. POL. ERWIN KERN*
Vorsitzender des Vorstands der
Kies und Beton AG Baden-Baden,
Iffezheim

DR. DIETER KILPPER*
Vorsitzender der Geschäftsführung der
E.G.O. Elektro-Gerätebau GmbH,
Oberderdingen

DR. HANS-EBERHARD KOCH*
Geschäftsführer der Witzemann GmbH,
Pforzheim

PROFESSOR DR. RENATE KÖCHER
Geschäftsführerin des Instituts für
Demoskopie Allensbach Gesellschaft zum
Studium der öffentlichen Meinung mbH,
Allensbach am Bodensee

THOMAS KÖLBL*
Mitglied des Vorstands der Südzucker AG
Mannheim/Ochsenfurt, Mannheim

ANDREAS KOHM*
Geschäftsführender Gesellschafter der
Robert Klingel GmbH + Co KG, Pforzheim

PROFESSOR DR. HERMUT KORMANN*
Heidenheim

DIETMAR KRAUSS
Leitender Direktor i. K.,
Bischöfliches Ordinariat der Diözese
Rottenburg-Stuttgart, Rottenburg

DR.-ING. DIETER KRESS*
Geschäftsführender Gesellschafter
der MAPAL Präzisionswerkzeuge
Dr. Kress KG, Aalen

HARALD KROENER*
Sprecher des Vorstands der
Wieland-Werke AG, Ulm

ROLAND KUGLER
Stadtrat, Rechtsanwalt, Stuttgart

GERHARD KÜMMEL
Geschäftsführer der Robert Bosch GmbH,
Gerlingen

ANDREAS LAPP*
Honorarkonsul von Indien, Vorsitzender
des Vorstands der Lapp Holding AG,
Stuttgart

DR. PHIL. NICOLA LEIBINGER-
KAMMÜLLER*
Vorsitzende der Geschäftsführung,
Geschäftsführende Gesellschafterin der
TRUMPF GmbH + Co. KG, Ditzingen

DR. MED. DENT. KURT MAHLENBREY
Präsident der Baden-Württembergischen
Versorgungsanstalt für Ärzte,
Zahnärzte und Tierärzte, Aichwald

DR. ARNO MAHLERT*
Vorsitzender des Vorstands der
maxingvest ag, Hamburg

* Zugleich Mitglied des Beirats der Baden-Württembergischen Bank

DIETER MAIER*
Stuttgart

DR. UTE MAIER
Stv. Vorsitzende des Vorstands der
Kassenzahnärztlichen Vereinigung
Baden-Württemberg, Tübingen

DIPL.-VOLKSWIRT DR. VOLKMAR MAIR*
Verleger, MAIRDUMONT GmbH & Co. KG,
Ostfildern

MARCO FREIHERR VON MALTZAN*
bis 31. Dezember 2007
München

HERBERT MANDEL
Geschäftsführer Finanzen der
Unilever Deutschland GmbH, Hamburg

DR. HARALD MARQUARDT*
Geschäftsführer der Marquardt GmbH,
Rietheim-Weilheim

DR. MED. H. C. ADOLF MERCKLE*
Senator E. h., Rechtsanwalt,
Blaubeuren

PROFESSOR DR. MARBOD MUFF
ab 1. Januar 2008
Mitglied der Unternehmensleitung der
Boehringer Ingelheim GmbH, Ingelheim

DR. HERBERT MÜLLER*
Honorarkonsul von Finnland,
Vorsitzender des Vorstands der
Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungs-
gesellschaft, Steuerberatungsgesell-
schaft, Stuttgart

DR. MICHAEL MÜNZING*
Geschäftsführender Gesellschafter der
Münzing Chemie GmbH, Heilbronn

KLAUS MUTSCHLER*
Zürich

DIPL.-KFM. CARL MICHAEL NÄGELE*
Heilbronn

KURT NAGEL
† 16. Februar 2008
Geschäftsführender Gesellschafter
Kraftverkehr Nagel GmbH & Co. KG,
Versmold

GEORG NOLTE*
Gesellschafter der Nolte-Gruppe,
Germersheim

ASS. JUR. HEINZ OHNMACHT
Geschäftsleitender Direktor,
Vorsitzender der Vorstände Badischer
Gemeinde-Versicherungs-Verband,
Badische Allgemeine Versicherung AG,
Karlsruhe

DR. JOACHIM OTT*
Mitglied des Vorstands der
Bilfinger Berger AG, Mannheim

DR. WOLFGANG PALM*
Geschäftsführender Gesellschafter der
Papierfabrik Palm GmbH & Co. KG, Aalen

DIPL.-VOLKSWIRT HEINZ PANTER
Vorsitzender des Vorstands der
LBS Landesbausparkasse Baden-
Württemberg, Stuttgart

DIPL.-KFM. MARTIN PETERS*
Geschäftsführender Gesellschafter der
Unternehmensgruppe Eberspächer,
Esslingen

PROFESSOR DR. RER. NAT.
MANFRED POPP*
bis 31. Dezember 2007
Eggenstein-Leopoldshafen

DIPL.-WIRTSCH.-ING.
HANS DIETER PÖTSCH
Mitglied des Vorstands der
VOLKSWAGEN Aktiengesellschaft,
Wolfsburg

FRANK REIMOLD
Direktor des Kommunalen Versorgungs-
verbandes Baden-Württemberg, Karlsruhe

DIPL.-KFM. PETRA REUM-MÜHLING*
Geschäftsführende Gesellschafterin
der REUM GmbH & Co. Betriebs KG,
Hardheim

DIPL.-BETRIEBSWIRT CLEMENS
ROSENSTIEL*
Geschäftsführer der IMS Gear GmbH,
Donaueschingen

DIPL.-ING. ULRICH RUETZ
Ludwigsburg

JÜRGEN SAUER
Stadtrat, Stuttgart

DR. THOMAS SCHÄUBLE*
Alleinvorstand der Badischen
Staatsbrauerei Rothaus AG,
Grafenhausen-Rothaus

DR.-ING. ULRICH SCHEUFELN*
Gesellschafter der Papierfabrik
Scheufelen GmbH + Co. KG, Lenningen

GERHARD SCHICK*
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Bechtle AG, Gaildorf

DIPL.-PHYS. ROBIN SCHILD*
Geschäftsführer der
VON ARDENNE Anlagentechnik GmbH,
Dresden

DIPL.-ING. KARL SCHLECHT*
Senator E. h., Vorsitzender des
Aufsichtsrats der Putzmeister Holding
GmbH, Aichtal

DIPL.-KFM. EDUARD SCHLEICHER*
Persönlich haftender Gesellschafter der
SCHWENK Zement KG, Ulm

DIPL.-KFM. KLAUS SCHMIDT*
Vorsitzender der Vorstände
DEKRA e.V./AG, Stuttgart

DIPL.-KFM. EKKEHARD SCHNEIDER*
Sprecher des Vorstands der
Südwestdeutschen Salzwärme AG,
Heilbronn

DIPL.-BETRIEBSWIRT
MARTIN SCHOMAKER*
Vorsitzender des Vorstands der
R. Stahl AG, Waldenburg

DR. ROBERT SCHULER-VOITH*
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Schuler AG, Göppingen

GERHARD SCHÜRMANN*
Direktor der Walter Frey Holding AG,
Zürich

* Zugleich Mitglied des Beirats der Baden-Württembergischen Bank

DR. RUDOLF SCHULTEN*
Vorsitzender des Vorstands der
MVV Energie AG, Mannheim

DIETER SCHWARZ*
Generalbevollmächtigter der
Unternehmensgruppe Schwarz,
Neckarsulm

DR. ALEXANDER SELENT*
Stv. Vorsitzender des Vorstands der
FUCHS PETROLUB AG, Mannheim

DR.-ING. HANS-JOCHEM STEIM*
Vorsitzender der Geschäftsführung der
Hugo Kern und Liebers GmbH & Co.,
Schramberg

DOROTHEE STEIN-GEHRING*
Geschäftsführende Gesellschafterin der
Gehring GmbH & Co. KG, Ostfildern

DIPL.-ING. HANS PETER STIHL*
Honorargeneralkonsul von Singapur,
Persönlich haftender Gesellschafter der
STIHL Holding AG & Co. KG, Waiblingen

DR. H. C. MULT. SYBILL STORZ*
Geschäftsführerin der
KARL STORZ GmbH & Co. KG, Tuttlingen

FRANK STRAUB*
Geschäftsführender Gesellschafter der
BLANCO GmbH + Co KG, Oberderdingen

DR. H. C. ERWIN TEUFEL
Ministerpräsident a. D., Spaichingen

DIPL.-WIRTSCH.-ING. WOLFGANG TOPF*
Geschäftsführender Gesellschafter der
Industriemontagen Leipzig GmbH,
Leipzig

BODO UEBBER
Mitglied des Vorstands der Daimler AG,
Stuttgart

DR. H. WERNER UTZ*
Vorsitzender des Vorstands der
UZIN UTZ AG, Ulm

HELGA VETTER
Stadträtin, Stuttgart

UDO J. VETTER*
Gesellschafter der
Vetter Pharma Fertigung GmbH & Co. KG,
Ravensburg

OLIVER VOERSTER*
Geschäftsführender Gesellschafter der
Koch, Neff & Volckmar GmbH, Stuttgart

S. D. JOHANNES FÜRST ZU WALDBURG-
WOLFEGG UND WALDSEE*
Wolfegg

S. E. ERICH ERBGRAB VON
WALDBURG-ZEIL*
Leutkirch

DR. ULRICH WALKER*
Mitglied des Vorstands der Festo AG & Co.
KG, Esslingen

DIPL.-ING. SIEGFRIED WEISHAUPT*
Geschäftsführender Gesellschafter der
Max Weishaupt GmbH, Schwendi

DIPL.-WIRTSCH.-ING. ALBRECHT WEISS*
bis 31. Dezember 2007
Hanau

MATTHIAS WISSMANN*
Bundesminister a. D., Rechtsanwalt,
Präsident des Verbands der
Automobilindustrie e. V.,
Partner der Rechtsanwaltskanzlei Wilmer,
Cutler & Pickering Hale and Dorr LLP,
Berlin

PETER WITTECZEK*
Vorsitzender des Vorstands der WALTER
Aktiengesellschaft, Tübingen

ULRICH-BERND WOLFF VON DER SAHL
Vorsitzender der Vorstände
SV SparkassenVersicherung, Stuttgart

BETTINA WÜRTH*
Vorsitzende des Beirats
der Würth-Guppe, Künzelsau

S. K. H. FRIEDRICH HERZOG
VON WÜRTTEMBERG*
Friedrichshafen

DIPL.-ING. JÜRGEN ZEEB
Stadtrat, Vorsitzender der Fraktion
der FREIEN WÄHLER im Gemeinderat
der Landeshauptstadt Stuttgart

DR. MAXIMILIAN ZIMMERER
Vorsitzender des Vorstands der
Allianz Lebensversicherungs-AG,
Stuttgart

DIPL.-VOLKSWIRT
ARTHUR J. ZIMMERMANN*
Geschäftsführender Gesellschafter,
Mitglied des Vorstands der
Ernst Klett Aktiengesellschaft,
Stuttgart

DR. DR. H. C. WALTHER ZÜGEL*
Stuttgart

* Zugleich Mitglied des Beirats der Baden-Württembergischen Bank

Glossar

Asset Backed Securities (ABS)

Handelbare Wertpapiere, deren Zins- und Tilgungszahlungen durch zugrunde liegende Vermögenswerte (i. d. R. ein Forderungspool) unterlegt sind. Sie werden in der Regel durch eine Zweckgesellschaft im Rahmen einer Verbriefung begeben.

Assoziierte Unternehmen

Unternehmen, die nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen werden und auf die die Muttergesellschaft zwar einen maßgeblichen, aber keinen beherrschenden Einfluss ausüben kann.

Backtesting

Verfahren zur Überwachung der Qualität von Value-at-Risk-Modellen. Hierbei wird über einen längeren Zeitraum geprüft, ob die über den VaR-Ansatz geschätzten potenziellen Verluste rückwirkend nicht wesentlich häufiger überschritten wurden, als gemäß dem angewandten Konfidenzniveau zu erwarten gewesen wäre.

Cashflows

Zuflüsse und Abflüsse von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten.

Commercial Papers

Kurzfristige, unbesicherte Schuldtitel mit einer Laufzeit von bis zu 270 Tagen, begeben von Emittenten erstklassiger Bonität am Geldmarkt.

Derivate

Aus Basisinstrumenten (z. B. Aktien, Anleihen, Devisen, Indizes) abgeleitete Finanzinstrumente, deren Preis aus dem Preis eines Basiswerts ermittelt wird.

Equity-Methode

Konsolidierungsmethode in der Konzernrechnungslegung für Anteile an Unternehmen, auf deren Geschäftspolitik ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann (assoziierte Unternehmen). Der anteilige Jahresüberschuss/-fehlbetrag des Unternehmens geht in den Buchwert der Anteile ein. Bei Ausschüttungen wird der Anteil entsprechend gemindert.

Emissionen

Direkte oder durch Vermittlung erfolgte Ausgabe von Wertpapieren. Der Vermittler führt entweder den Verkauf kommissionsweise für Rechnung des Emittenten durch oder übernimmt die Wertpapiere zu einem festen Kurs und bietet sie zu einem höheren Kurs dem Publikum an.

Fair Value

Betrag, zu dem ein Finanzinstrument zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Parteien, die nicht unter Handlungszwang stehen, gehandelt werden kann.

Hedge Accounting

Bilanzielle Abbildung von Sicherungsbeziehungen mit dem Ziel einer wirtschaftlichen und bilanziellen Kompensation von Marktwertänderungen des Grundgeschäfts und den gegenläufigen Wertentwicklungen des Sicherungsinstruments.

International Financial Reporting Standards (IFRS)

Die IFRS umfassen neben den als IFRS bezeichneten Standards auch die bisherigen International Accounting Standards (IAS)

und Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (ehemals Standing Interpretations Committee) sowie Standards und Interpretationen, die vom International Accounting Standards Board (IASB) künftig herausgegeben werden.

Impairment

Außerplanmäßige Wertminderung von Aktiva, wie zum Beispiel Kreditforderungen, Wertpapiere, immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen, in Höhe des Betrages, um den die fortgeführten Anschaffungskosten den am Markt erzielbaren Betrag überschreiten.

Konfidenzniveau

Wahrscheinlichkeit, mit der ein potenzieller Verlust eine durch den Value-at-Risk definierte Verlustobergrenze nicht überschreitet.

Kreditderivate

Derivative Finanzinstrumente, die einem Beteiligten des Geschäfts (dem Risikoverkäufer beziehungsweise Sicherungsnahmer) erlauben, das Kreditrisiko einer Forderung oder eines Wertpapiers an einen anderen (den Risikokäufer oder Sicherungsgeber) gegen Zahlung einer Prämie zu transferieren. Der Risikokäufer trägt somit das Kreditrisiko der Forderung oder des Wertpapiers, ohne dieses tatsächlich erwerben zu müssen.

Latente Steuern

Zukünftige steuerliche Belastungen und Gutschriften, die aufgrund vorübergehender Unterschiede im Wertansatz in der Steuer- und in der Handelsbilanz nach IFRS entstehen. Sie stellen zum Zeitpunkt der Bilanzierung noch keine tatsächlichen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Finanzämtern dar.

Over the Counter (OTC)

»Over the Counter« bezeichnet den Handel von Finanzinstrumenten außerhalb organisierter Märkte.

Patronatserklärung

Verpflichtung der LBBW gegenüber Dritten, Sorge für die ordnungsgemäße Geschäftsführung und die Erfüllung von Verbindlichkeiten ihrer Tochtergesellschaften zu tragen.

Rating

Standardisiertes Bonitätsurteil eines Finanztitels oder eines Schuldners durch unabhängige Ratingagenturen.

Repo-Geschäfte (Repurchase Agreement)

Kombinationen aus Kassa-Käufen oder -Verkäufen von Wertpapieren mit gleichzeitigem Verkauf oder Rückkauf der Wertpapiere auf Termin mit demselben Kontrahenten.

Return on Equity (RoE)/Eigenkapitalrendite

Kennzahl, bei der der Jahresüberschuss vor Steuern zum durchschnittlichen Eigenkapital in Beziehung gesetzt wird.

Spread

Spanne zwischen zwei Preisen beziehungsweise Auf-/Abschlag gegenüber einem bestimmten Referenzzinssatz.

Stresstesting

Methode, mit der versucht wird, die verlustmäßigen Auswirkungen extremer Ereignisse zu modellieren; geforderte Ergänzung zu den Value-at-Risk-Analysen, die diese Ereignisse nicht adäquat berücksichtigen.

Value-at-Risk (VaR)

Der VaR-Wert bezeichnet die Obergrenze eines möglichen Verlustes, der innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums und Konfidenzniveaus bei unterstellten Veränderungen von Marktparametern auftreten kann. Das statistische Maß dient zur Vergleichbarkeit der Marktrisiken in verschiedenen Portfolios des LBBW-Konzerns.

Verbriefung

Ausgabe von Wertpapieren (z. B. Schuldverschreibungen oder Commercial Papers) als Ersatz von Krediten oder Finanzierung von Forderungen.

Volatilität

Kursschwankung eines Wertpapiers oder einer Währung beziehungsweise Schwankungsbreite bei Zinssätzen.

Zweckgesellschaften

Zweckgesellschaften sind Konstrukte, die einen eng begrenzten und genau definierten Geschäftszweck erfüllen und deren Geschäftsführung typischerweise nach der Gründung keine eigene oder nur eine eingeschränkte Entscheidungsmacht hat. Üblicherweise kann zudem die ursprünglich durch Gesellschaftsvertrag oder ähnliche vertragliche Vereinbarung festgelegte Geschäftspolitik nachträglich nicht geändert werden; in solchen Fällen liegt ein sogenannter Autopilot vor. Zweckgesellschaften sind normalerweise mit geringem Eigenkapital ausgestattet, das darüber hinaus in der Regel nicht von dem Unternehmen eingebracht wird, zu dessen Gunsten die Zweckgesellschaft ihren Geschäftszweck letztlich ausübt (Initiator).

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen.

Soweit dieser Geschäftsbericht zukunftsgerichtete Aussagen sowie Erwartungen und Annahmen enthält, können diese Aussagen mit bekannten und unbekannten Risiken und Ungewissheiten verbunden sein. Zukunftsgerichtete Aussagen, kenntlich gemacht durch die Verwendung der Begriffe »Schätzung« »Prognose«, »Planung«, »erwarten«, »voraussichtlich«, »annehmen« und ähnliche Formulierungen, sind keine historischen Fakten. Daher können die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen erheblich von den geäußerten Erwartungen und Annahmen abweichen. Derartige Entwicklungen können sich aus Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, der Wettbewerbssituation, der Entwicklung der Finanzmärkte und der Wechselkurse sowie Änderungen der rechtlichen beziehungsweise steuerrechtlichen Rahmenbedingungen ergeben. Des Weiteren können Abweichungen aus dem Ausfall von Kreditnehmern und anderen hier nicht aufgeführten Gründen resultieren. Der LBBW-Konzern übernimmt keine Verpflichtung zur Aktualisierung aufgrund neuer Informationen und künftiger Ereignisse nach Veröffentlichung dieses Geschäftsberichts.

LBBW

kontakt@LBBW.de
www.LBBW.de

Der Geschäftsbericht online:
<http://geschaeftsbericht07.lbbw.de>

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landesbank Baden-Württemberg
Am Hauptbahnhof 2
70173 Stuttgart
www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

Der Geschäftsbericht erscheint
auch in englischer Sprache.

Konzeption & Realisation:
Landesbank Baden-Württemberg
Strichpunkt, Stuttgart

Fotografie:
Andreas Pohlmann, Wolfgang Wilde

Lithografie:
types GmbH, Stuttgart

Druck:
ColorDruckLeimen

ZERTIFIZIERUNGEN

Dieser Geschäfts-
bericht wurde auf
umweltfreundlichem
Papier gedruckt.



klimateutral gedruckt 
www.natureOffice.com / DE-134-013324

Die LBBW-Gruppe im Überblick.

Landesbank Baden-Württemberg (LBBW).

Die LBBW stellt das Dach des LBBW-Konzerns dar. Sie betreibt das Kapitalmarktgeschäft in seiner ganzen Bandbreite und stellt Dienstleistungen im internationalen Geschäft zur Verfügung. Sie betreut die überregionalen und internationalen Unternehmenskunden des Konzerns, institutionelle Kunden sowie Einrichtungen der öffentlichen Hand. Ferner nimmt sie innerhalb des Konzerns Steuerungsfunktionen wahr und bündelt bei sich Tätigkeiten, die das Kundengeschäft unterstützen, sowie Aktivitäten, bei denen kein regionaler Kundenbezug erforderlich ist. Daneben nimmt sie zentrale Abwicklungs- und Dienstleistungsfunktionen für den Gesamtkonzern wahr. Einen weiteren wichtigen Schwerpunkt stellt ihre Funktion als Zentralbank für die Sparkassen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen dar.

Baden-Württembergische Bank (BW-Bank).

Die BW-Bank betreibt das Privat- und Unternehmenskundengeschäft mit Schwerpunkt im Kernmarkt Baden-Württemberg mit einem umfassenden Spektrum an Produkten und Dienstleistungen. Über traditionelle Bankdienstleistungen wie Giro- und Kartengeschäft, klassische Finanzierungslösungen und Wertpapieraktivitäten hinaus bietet die BW-Bank ihren Privatkunden spezielle Dienstleistungen an, die vom Financial Planning bis hin zum Stiftungsmanagement reichen. Bei ihren Unternehmenskunden fokussiert sie sich auf den Mittelstand. Deren Finanzierungsbedarf deckt sie über die klassischen Instrumente hinaus mit der gesamten innovativen Produktpalette im LBBW-Konzern. Sie nimmt für die LBBW die Aufgaben einer Sparkasse auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Stuttgart wahr. Außerhalb der Landeshauptstadt wendet sie sich vor allem an Anlage-, Private-Banking- und Unternehmenskunden. Ihre starke regionale Verwurzelung und Kundennähe zeigen sich im dichten Netz von mehr als 200 Filialen.

Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP).

Die Landesbank Rheinland-Pfalz konzentriert ihre Finanzierungs-, Anlage- und Serviceleistungen auf den Bedarf mittelständischer Unternehmenskunden ihres Kernmarktes Rheinland-Pfalz und angrenzender Wirtschaftsräume. Ferner ist sie Kompetenzzentrum für ausgewählte Branchen im Konzern. Sie verfügt über den vollen Zugriff auf das Produktangebot und das internationale Kapitalmarkt-Know-how im LBBW-Konzern. Für den LBBW-Konzern bündelt sie die Kompetenzen für die Wirtschaftsräume Frankreich und Benelux im Bereich Immobilien. Bis zum 30. Juni 2008 soll die Integration der LRP in den LBBW-Konzern abgeschlossen sein. Damit wird die Zentralbankfunktion für die Sparkassen in Rheinland-Pfalz von der LBBW übernommen werden.

Sachsen Bank.

Mit dem 1. April 2008 ist in Sachsen eine neue Bank aus Sachsen LB und den Niederlassungen der BW-Bank in Sachsen entstanden: die Sachsen Bank. Die Sachsen Bank richtet den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf das mittelständische Firmenkunden- und gehobene Privatkundengeschäft in Mitteldeutschland. Auch der künftige Marktauftritt der LBBW-Gruppe in Polen und Tschechien wird von der Sachsen Bank gesteuert.

Weitere Konzernunternehmen.

Im LBBW-Konzern stellt eine Reihe weiterer Tochtergesellschaften spezifische Produkte und Dienstleistungen bereit. Das komplette Spektrum des Leasinggeschäfts wurde 2006 in der neu gegründeten **LBBW Leasing Holding** konzernweit zusammengefasst. Unter dem neuen Dach stehen drei operativ tätige Gesellschaften: Die **SüdLeasing** stellt Kfz-Leasing sowie Lösungen für großvolumiges Mobilienleasing bereit, während sich die **MKB/MMV** auf das kleinvolumige Mobilienleasing konzentriert. Die **LHI**, die zu 51 % zum LBBW-Konzern gehört, ist auf Immobilienleasing und das Fondsgeschäft fokussiert. Die **LBBW Immobilien GmbH** ist das Immobilienkompetenzzentrum innerhalb des LBBW-Konzerns mit Fokus auf Wohn- und Gewerbeimmobilienmanagement, der Projektentwicklung, der Investmentberatung und der Kommunalentwicklung. Die **SüdFactoring GmbH** bietet ihren Kunden alle Leistungen rund ums Factoring. Das institutionelle Asset Management wird von der **BWInvest**, die als Servicegesellschaft Produktions- und Abwicklungsleistungen übernimmt, und der **LBBW Asset Management**, die Spezialfonds für institutionelle Kunden sowie Publikumsfonds für institutionelle und Privatanleger managt, abgedeckt. Eigenkapitalfinanzierungen werden durch spezielle Tochterunternehmen, die unter dem Dach der **Beteiligungsmangementgesellschaft mbH** gebündelt sind, bereitgestellt.

Landesbank Baden-Württemberg

Hauptsitze

Stuttgart

Postfach 106049
70049 Stuttgart
Am Hauptbahnhof 2
70173 Stuttgart
Telefon 0711 127-0
Telefax 0711 127-43544
Telex 72519-0
www.lbbw.de
kontakt@lbbw.de

Karlsruhe

76245 Karlsruhe
Ludwig-Erhard-Allee 4
76131 Karlsruhe
Telefon 0721 120-0
Telefax 0721 120-23012
www.lbbw.de
kontakt@lbbw.de

Mannheim

Postfach 100352
68003 Mannheim
Augustaanlage 33
68165 Mannheim
Telefon 0621 428-0
Telefax 0621 428-72591
www.lbbw.de
kontakt@lbbw.de

LB≡BW